Dienstag/Mittw., 15./16. Nov. 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 267 - 46.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„DDR"-Kredit: Ohne deutliche Konzessionen der „DDR", vor allem bei der Senkung des Ausreisealters und der Befreiung auch der *Rentner vom Zwangsumtausch*, will Bundeskanzler Kohl keiner weiteren Kreditgewährung an Ost-Berlin zustimmen. In Bonn sieht man zur Zeit keine Anzeichen, *daß die „DDR" zu solchen* Erleichterungen bereit sein könnte.

Marschflugkörper: Auf dem Luftwaffenstützpunkt Greenham Common bei London sind gestern die ersten amerikanischen *Marschflugkörper* eingetroffen, *teilte* Verteidigungsminister Heseltine dem Unterhaus mit.

Flucht gescheitert: Mit mehreren Schüssen haben „DDR"-Posten an der hessisch-thüringischen Zonengrenze in der Nähe von Bad Hersfeld eine Flucht in den Westen verhindert.

Südkorea: US-Präsident Reagan will die Kampfkraft der südkoreanischen Truppen *und* des amerikanischen Kontingents stärken. An die Entsendung zusätzlicher US-Soldaten ist nicht gedacht.

Beteiligung abbauen: Für eine Reduzierung der Bundesbeteiligung an der Lufthansa (rund 74 Prozent) tritt Verkehrsminister Dollinger ein.

INF-Gespräche: Bei den Genfer Verhandlungen haben die USA gestern einen neuen Vorschlag gemacht. Er konkretisiert frühere Vorschläge dahingehend, daß die Obergrenze für Gefechtsköpfe auf landgestützten Mittelstreckenraketen auf 420 begrenzt wird. Die gegenwärtige Verhandlungsrunde, *die heute zu Ende gehen sollte*, wurde um eine weitere Sitzung verlängert. (S. 1)

Neuer Vorstoß: Für den Eintritt von CSU-Chef Strauß in das Bundeskabinett hat sich jetzt auch der Leiter der *bayerischen Staatskanzlei, Stoiber, ausgesprochen.* Ein Ministeramt für Strauß wäre für Unionspolitik und Koalitionsregierung ein großer Vorteil. (S.3)

Berliner Mauer: Mit einem demonstrativen Besuch der Mauer wollen heute 20 konservative griechische Abgeordnete gegen die Haltung ihrer Parlamentskollegen protestieren, die vergangene Woche einen Blick auf die Mauer abgelehnt hatten.

Heute und morgen: Debatte im Europa-Parlament über Raketenstationierung. – Vorstand und Präsidium der SPD bereiten Parteitag vor. – Abschluß der Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission in Moskau.

WELT-Report Baden-Württemberg

Baden-Württemberg, das Bundesland mit der geringsten *Arbeitslosenquote, verdankt seinen Reichtum dem Fleiß* seiner Bürger und ihrem Erfindungsreichtum. Dafür stehen unter anderem Autos, Maschinen, Feinmechanik, aber auch alles, was Leib und Seele zusammenhält. Ein 32seitiger Farbreport.

WIRTSCHAFT

„Jobkiller": Eine Wertschöpfungssteuer anstelle der Gewerbesteuer wäre ein *Jobkiller ersten* Grades, warnen die Spitzenverbände der Wirtschaft. (S. 13)

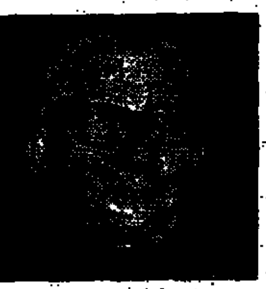
Schutz vor Preisverfall: Ab 1. Dezember gilt in der EG ein Mindestpreissystem für vier Kategorien von Stahl mit der Untergrenze von 323 Dollar die Tonne. (S. 13)

Israel: Nach Kürzung staatlicher Subventionen erhöhten sich die Preise für Grundnahrungsmittel um zehn bis 19 Prozent.

Konjunktur-Prognose: Nach einer „Wachstums-Atempause" im *dritten Quartal erwartet die* Deutsche Bank für die letzten Monate des Jahres ein Wiedereinschwenken der Wirtschaft auf Expansionskurs. (S. 13)

Börse: An den Aktienmärkten waren Chemie- und Automobilwerte gefragt. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 148,6 (148,6). Dollarmittelkurs 2,6681 (2,6671) Mark. Goldpreis pro Feinunze 382,60 (382,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Der Kampf gegen ‚abweichende Meinungen' in allen Ländern, welche sich auf den Sozialismus berufen, hat zu einem Absinken der Produktivität, aber im Bereich der Kultur zu einer wahren Katastrophe geführt"

Der Zagreber Philosoph und Soziologe Professor Rudi Supek auf dem Kongreß der jugoslawischen Soziologen in Portoroz
FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Leibniz-Forschung: 150 Wissenschaftler aus 22 Ländern stellen *auf dem gestern eröffneten* vierten Internationalen Leibniz-Kongreß ihre Forschungen über Leibnizsche Philosophie, Mathematik und Physik zur Diskussion.

Paläster: Mit dem „Tedeum" des im Pariser Exil lebenden polnischen *Komponisten* Roman Palăster wurde in der Krakauer Philharmonie die Saison eröffnet. Das Werk ist Papst Johannes Paul II. gewidmet.

SPORT

Fußball: Vor dem Nordirland-Spiel (morgen in Hamburg) streiten die deutschen Torwarte: Burdenski erhebt den Anspruch, vor Schumacher Nummer 1 zu sein.

Fechten: Alexander Pusch gewann nach fünf Jahren wieder einen internationalen Titel. In Lissabon wurde er Europameister mit dem Degen. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Mammut-Rakete: In der Sowjetunion steht die größte Rakete der Welt startbereit. Der mehrstufige Träger soll Nutzlasten von 135 *Tonnen* schleppen können. Eine Rakete genügt, um eine permanente Erdaußenstation für ein Dutzend Kosmonauten in den *Weltraum zu befördern.* (S. 24)

Wetter: Bewölkt im Norden, sonst heiter und trocken.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Nach dem Buß- und Bettag erscheint die nächste Ausgabe der WELT am Donnerstag. In einigen Gebieten ist die normale Frühzustellung jedoch nicht möglich, wenn Regional- und Lokalzeitungen, mit denen die WELT in Vertriebsgemeinschaft zusammenarbeitet, am Donnerstag nicht erscheinen. Unsere Leser erhalten dann die Zeitung durch die Post.

Kohl nennt Voraussetzungen weiterer Kredite an die „DDR"

Befreiung der Rentner vom Zwangsumtausch / Senkung des Reisealters

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird keinen weiteren Kreditgewährungen für die „DDR" zustimmen, ehe nicht von dort spürbare Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland gewährt werden. In der Umgebung des Bundeskanzlers hieß es gestern, Kohl denke dabei vor allem an die Befreiung auch der Rentner vom Zwangsumtausch und an eine Senkung des Ausreisealters. Ohne deutliche Konzessionen der „DDR" auf diesen Feldern werde es keine weiteren Kredite geben. Sie wären nach Einschätzung des Bundeskanzleramtes zur Zeit auch in den Reihen der CDU/CSU politisch nicht durchzusetzen.

Dem Bundeskanzler liegt an einer solchen klaren Positionsbeschreibung, nachdem es am Wochenende Spekulationen über eventuell weitere Kreditleistungen an Ost-Berlin gegeben *hatte. Offizielle Kontakte zwischen* der „DDR" und der Bundesregierung hat es in dieser Frage, wie gestern Regierungssprecher Boenisch bekräftigte, nicht gegeben. Die *Sondierungen liefen, wie bereits* beim Milliardenkredit, auf inoffiziellen Kanälen. Der Staatssekretär im „DDR"-Außenhandelsministerium, Alexander Schalck-Golodkowski, hat den bayerischen Ministerpräsidenten *Franz Josef Strauß* in den vergangenen Wochen in München besucht und dabei weitere Kreditwünsche Ost-Berlins vorgetragen. Strauß hat darüber Bundeskanzler Helmut Kohl berichtet. Strauß *möchte* keine Vorreiterrolle spielen und verweist darauf, daß eine politisch-finanzielle Absicherung weiterer Kredite ausschließlich in die Zuständigkeit der Bundesregierung *falle.*

Der Bundesregierung ist bekannt, daß die „DDR" angesichts ihrer desolaten wirtschaftlichen Lage weitere Kredite benötigt. Dieser Engpaß, so schätzt man in Bonner Regierungskreisen, werde bis mindestens 1986 anhalten. Boenisch meinte dazu, der Bundesregierung sei von Anfang an bekannt gewesen, daß die „DDR" *einen weiteren Finanzbedarf habe.* Zur gegenwärtigen Bonner Haltung sagte er, man stehe in einer „Warteposition", bis „bestimmte Verbesserungen" von der anderen Seite erfüllt *worden* seien.

In jüngster Zeit war durchgesikkert, SED-Generalsekretär Erich Honecker haben nicht nur den Abbau aller Todesautomaten, sondern auch die Räumung der Minen an der innerdeutschen *Demarkationslinie* zugesagt. Außerdem habe es Aussagen von seiten der „DDR" gegeben, die de facto auf eine Aufhebung des Schießbefehls hindeuteten. Honekker *habe zu verstehen gegeben*, daß der Schießbefehl nicht offiziell aufgehoben werden könne, weil nach dem Strafgesetzbuch der „DDR" bei „Verbrechen" von der Schußwaffe *Gebrauch gemacht werden könne. Als* ein solches werde „Republikflucht" von der „DDR" betrachtet. Deshalb könne man den Schießbefehl nur durch Anweisung an die Soldaten an der *Demarkationslinie außer Kraft* setzen. In jüngster Zeit hatte es Meldungen gegeben, wonach im Zusammenhang mit Festnahmen von Fluchtwilligen keine Schüsse mehr gefallen seien.

Auch ist aufgefallen, daß die amtliche „DDR"-Nachrichtenagentur ADN in Meldungen über Festnahmen vermerkt, von der Schußwaffe sei *„kein Gebrauch"* gemacht worden.

USA: Noch ein Versuch in Genf

420 Atomsprengköpfe als „globale Obergrenze" / Reagan-Brief an Kohl

PETER PHILIPPS/DW. Bonn

Der amerikanische Chefunterhändler bei den Genfer Verhandlungen über *Mittelstreckenwaffen* (INF), Paul Nitze, hat gestern dem sowjetischen Delegationschef Jurij Kwizinskij als „globale Obergrenze" für landgestützte Mittelstreckenraketen *420 Atomsprengköpfe vorgeschlagen.* US-Präsident Ronald Reagan hatte diesen Schritt am vergangenen Wochenende in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl angekün*digt und dabei dies als eine „Konkretisierung"* des am 22. September von Washington eingebrachten Verhandlungsvorschlags bezeichnet.

Wie Reagan nach Auskunft von Re*gierungssprecher Peter Boenisch in* seinem Brief weiter schrieb, hätten die USA diesen „weiterführenden Schritt" auch das am 26. Oktober vom sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow vorgelegte Angebot aufgegriffen, die Zahl der Mittelstreckenwaffen auf 140 mit 400 Sprengköpfen zu begrenzen. Zu dem von Nitze vorgelegten Paket gehöre auch *die Offerte, daß von den insgesamt* 420 Sprengköpfen „nur ein Teil in Europa stationiert" werde. Im Zusammenhang damit würde dann auch die Zahl der zu dislozierenden *Pershing 2 und Cruise-Missiles „in* angemessener Zahl reduziert". Wie Boenisch betonte, seien sowohl der auf Europa entfallende Anteil der Sprengköpfe als auch die Zahl der *neuen amerikanischen Mittelstrekkenwaffen* „Punkt der Verhandlungen in Genf" und deshalb noch nicht näher zu beziffern.

Die von Reagan in Genf eingebrachte *„Konkretisierung" ist nach* den Worten des Regierungssprechers auch das Ergebnis des „intensiven Briefwechsels" zwischen Kohl und Reagan. Der Bundeskanzler sei „in *dieser Richtung" in der Vergangenheit* „sehr aktiv gewesen". Um allen Spekulationen vorzubeugen, wies Boenisch darauf hin, daß es sich bei dem amerikanischen Vorschlag nicht um eine *Einbeziehung der französischen* und britischen Mittelstreckenwaffen in den Verhandlungsgegenstand handele.

Wie die „Washington Post" gestern *unter Berufung auf amerikanische* Regierungsstellen berichtete, ist der Vorschlag Reagans als letzter Versuch gedacht, die Differenzen bei den Genfer Verhandlungen möglicher*weise doch noch vor dem für nächsten* Monat geplanten Beginn der Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Europa zu überbrücken.

Der amerikanische Präsident hatte *im September zum ersten Mal eine* „weltweite Obergrenze" für die Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen vorgeschlagen, damals jedoch keine konkrete Zahl genannt. Der *sowjetische Staats- und Parteichef* Juri Andropow hatte in seinem jüngsten Vorschlag ebenfalls 420 Sprengköpfe erwähnt, diese Zahl jedoch nur auf Europa bezogen und die in Asien *aufgestellten Systeme nicht mitgezählt.* Dafür verlangte Andropow jedoch eine Anrechnung der 162 britischen und französischen Atomraketen auf die Obergrenze für Europa. *Dies wird von Washington,* Paris *und* London abgelehnt.

Bei den Genfer Verhandlungen haben die Partner vereinbart, die Verhandlungsrunde nach Dienstag um *mindestens eine weitere Sitzung zu* verlängern.

Sofia: Keine SS 20 nach Bulgarien

Parteichef Schiwkoff beruft sich auf Breschnew / Wächst Moskaus Druck auf Rumänien?

DW. Sofia/Athen

Die bulgarische Führung hat in Abrede gestellt, daß auf dem Territorium Bulgariens sowjetische Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 aufgestellt werden sollen, falls die Genfer Verhandlungen scheitern. *Zum* Abschluß eines dreitägigen Besuchs des *griechischen* Regierungschefs Papandreou in Sofia bekräftigte der bulgarische Staats- und Parteichef Schiwkoff die Moskauer Ankündigung, daß in drei Staaten neue Kernwaffen stationiert würden – in der „DDR", in der Tschechoslowakei und in „einem Land nahe den Vereinigten Staaten". Bulgarien jedoch, so Schiwkoff, beteilige sich an den Bemühungen um einen atomwaffenfreien Balkan.

Schiwkoff berief sich dabei auf eine Übereinkunft, die er mit dem 1982 verstorbenen sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew getroffen habe. *Danach will* die Sowjetunion eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan respektieren. Der bulgarische Führer verwendete jetzt die Formulierung: „Ein Volk, das um die Verhinderung eines Atomkrieges *kämpft, erörtert nicht die Aufstellung* von Atomwaffen auf seinem Boden." Auch im Falle eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen werde der Kampf um die Freiheit der Balkan-Staaten *von Atomwaffen fortgesetzt.*

Rumänien hat die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten abermals aufgefordert, in Genf „keine Anstrengung zu unterlassen", um die Aufstellung neuer *Mittelstreckenraketen* in Europa zu verhindern. Das rumänische KP-Organ „Scintea" schrieb, die Aufstellung neuer Atomraketen könne nicht allein als „innere Angelegenheit" betrachtet werden, sondern treffe den Lebensnerv Europas und der Welt.

In westlichen *Diplomatenkreisen* wurde der ausführliche Artikel in dem Parteiblatt mit Gerüchten über einen verstärkten Druck Moskaus auf Rumänien, nach einem Scheitern der Genfer *Verhandlungen* ebenso wie die „DDR" und die CSSR sowjetische Raketen zu stationieren, in Zusammenhang gebracht. Wie es heißt, hat der Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, der sowjetische *Marschall Viktor* Kulikow, bei einem Besuch in Bukarest im September die rumänische Führung mit einem entsprechenden Verlangen konfrontiert. Von der Führung in Bukarest war in jüngster Zeit wiederholt gefordert worden, daß der Balkan eine atomwaffenfreie Zone werden müsse.

China hat die USA und die Sowjetunion beschuldigt, bei den Raketengesprächen politische Propaganda über die Bemühungen um Abrüstung zu stellen. Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua kritisierte allerdings massiv die Sowjetunion, die sich „im Gebrauch sowohl harter als auch weicher Taktiken" gegenüber den USA einen Vorteil verschafft habe. In den siebziger Jahren habe die Sowjetunion von einer ursprünglich schwächeren Position aus einen Gleichstand mit den USA im Bereich der *strategischen Waffen* erreicht. Dann habe sie mit der Aufstellung von mehreren hundert Mittel- und Langstreckenraketen den Spieß umgedreht.

Kreml spricht im Golfkrieg für Irak

Öffentliche Unterstützung Bagdads folgt auf Repressalien gegen iranische Kommunisten

DW. Moskau

Die Sowjetunion hat im iranisch-irakischen Krieg zum ersten Mal deutlich für Irak öffentlich Stellung genommen. Das Parteiorgan „Prawda" *schrieb* gestern, die iranische Führung habe bisher alle Friedensinitiativen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und Iraks abgewiesen. Teherans Propaganda zur Fortsetzung des *Krieges* bis *zum* „siegreichen Ende" diene der Aufheizung chauvinistischer Stimmungen. Seit einem Jahr beliefert die Sowjetunion Irak auch wieder mit Waffen.

Weiter meinte die „Prawda", die Prinzipien und Ziele der antimonarchistischen Revolution in Iran seien in Vergessenheit geraten. Diejenigen, die diese Prinzipien *verteidigten*, würden verfolgt. Unter den echten patriotischen, revolutionären und demokratischen Elementen finde eine „Säuberung" statt.

Bisher hatte die Sowjetunion die Erklärungen Bagdads und Teherans zum Golf-Krieg meist nebeneinander ohne jeden Kommentar abgedruckt. Hintergrund für die Aufgabe der Neutralität ist nach Ansicht westli*cher Beobachter die Verfolgung moskautreuer* iranischer Kommunisten.

Im August hatte der verhaftete Chef der verbotenen moskautreuen iranischen Tudeh-Partei, Nurredin Kianuri, in einem Interview des Teheraner Fernsehens der Sowjetunion Streben nach Weltherrschaft vorgeworfen und sich zur Spionage für *Moskau in Iran bekannt. Das* überraschende Auftreten des Tudeh-Chefs wurde von Beobachtern als Indiz dafür genommen, daß die Prozesse gegen die fast 6000 inhaftierten prosowjetischen Kommunisten in Iran in Kürze beginnen werden. Zugleich scheint sich damit die eher traditionalistisch eingestellte Geistlichkeit gegen den revolutionären Klerus, der die Unterstützung der Tudeh hatte, durchgesetzt zu haben. Hunderte von *Tudeh-Anhängern haben nach Angaben* aus Exilkreisen in Paris nun mit der Hinrichtung zu rechnen.

In Iran waren nach US-Quellen seit 1981 mehr als 3000 sowjetische „Berater" an Wirtschaftsprojekten tätig. Eine große Zahl iranischer Offiziere studierte an sowjetischen Militärschulen. Hundert iranische Luftwaf*fenangehörige wurden in der* „DDR" und in Nordkorea ausgebildet.

DER KOMMENTAR

Im Osten Neues

HERBERT KREMP

Der iranisch-irakische Krieg, der die Leute hier höchstens deshalb beschäftigt, weil aus zerschossenen Quellen Öl in den Golf fließt, nimmt eine Wende. Eine wirkliche. Die Sowjetunion hat sich, soweit man der Parteizeitung „Prawda" glauben kann, nach mehrjährigem Zögern für Irak entschieden. Irak war mit sowjetischen Waffen aufgerüstet worden, und er wird seit einem Jahr wieder mit sowjetischen Waffen beliefert. Iran war in der Zeit des Schah amerikanisch gerüstet worden und *hatte* damit – solange die Ersatzteile reichten – den Vorteil im Felde.

Die sowjetische Erklärung ist weltpolitisch bedeutsam. Mos*kau hat Teheran aufgegeben,* weil Allah mit den Standhaften ist und weil die Konsequenz der islamischen Renaissance die grenzüberschreitenden Völker des schiitischen Aserbeidschan, des sunnitischen Turkmenistan und des bevölkerungsreichen, wirtschaftlich florierenden Usbekistan ergriffen hat. Das sind die Probleme der inneren Linie des Kontinental-Reiches Sowjetunion. An ihren Rändern gibt es keine Friedensbewegungen, sondern ethnische Bewegungen. *Die* Völker dort wünschen ihre besondere Freiheit, die nichts mit der Verfassungsfreiheit unserer Gebreiten zu tun hat, sondern mit der Alter*native Religionsfreiheit* oder Tod. Sie sind also, mit einem Wort, gegen den Leninismus Moskaus.

Die standhaften Muslimen von Teheran, an denen sich die geschmäcklerische Zunge des Westens im Dialog bricht, weil man dort nicht „dialogisiert", zerstören zur Zeit die Rudimente des Kommunismus. Er ist nach islamischer Meinung eine Irrlehre, weil Gott der Allmächtige im *abgefallenen Moskau* nicht vorkommt. Nach Ansicht Khomeinis und seiner Brüder gibt es zwei Feinde: den westlichen Geistes- und Lebensstil, der die Jugend verdirbt, und den Glaubens-Kommunismus der Moskowiter, der sich das Ende der Welt auf dieser Erde vorstellt. Daraus ziehen die Fundamentalisten in Persien *die Konsequenz: Sie zerstören* die kommunistische Tudeh-Partei und bringen ihre Mitglieder um.

Das paßt uns nicht, weil wir uns Christen nennen und, soweit wir es wirklich sind, an die Kompromißlosigkeit der Liebe glauben. Aber das ändert nichts daran, daß es andere Kulturen gibt. Israel und sein Lebenskampf bleiben unverständlich, solange wir eurozentrisch *und nicht in der Vielheit* der Kulturen und ihrer Werte denken, die auf Religionen oder Sittenlehren beruhen. Die Weltkonflikte zählen nicht nach Raketen. Sie ergreifen den Menschen viel tiefer. Das ist die Lehre aus den weltpolitischen *Veränderungen im Orient.* Wir haben sie zu beachten.

Geißler wirft SPD Anpassung an Grüne vor

MANFRED SCHELL, Bonn

Die CDU-Führung sieht in der zu erwartenden Ablehnung der NATO-Nachrüstung durch den Bundesparteitag der SPD eine „inhaltliche Anpassung" der Sozialdemokraten an die Programmatik der Grünen und der Protestbewegung. CDU-Generalsekretär *Heiner Geißler* sagte gestern vor Journalisten in Bonn, ein „Nein zum NATO-Doppelbeschluß ist in seiner Konsequenz ein Nein zur NATO selbst".

Die zu erwartende Entscheidung der SPD liege auf der Linie der von Willy Brandt verfolgten Strategie, eine „Mehrheit links von der Union zu suchen". Brandt wisse, daß diese Mehrheit nicht ohne die Grünen und die außerparlamentarischen Kräfte der Protestbewegung zu erlangen sei, die ihrerseits seit Jahren den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO forderten. Mit der zu erwartenden Ablehnung des Doppelbeschlusses, so Geißler in seiner Analyse, steige die SPD aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik des Westens aus.

Der Parteitag der SPD in Köln werde zum ersten Mal seit dem Godesberger Programm den „traditionell" sozialdemokratischen Flügel unter *Helmut Schmidt* „in eine hoffnungslose Minderheit" drängen. Damit seien, wie Geißler meinte, die seit einem Jahrzehnt andauernden Auseinandersetzungen innerhalb der SPD zwischen dem *„traditionell" sozialdemo*kratisch-gewerkschaftlichen Flügel, der „pazifistisch-ökologischen" und der neo-marxistischen Gruppe entschieden.

Dollinger-Kritik an Diskussion um Strauß

DW./rtr, München/Bonn

Der stellvertretende CSU-Vorsitzende Werner Dollinger hat deutliche Kritik an der von der eigenen Parteiführung ausgelösten Diskussion über einen möglichen Eintritt von Franz Josef Strauß in die Bundesregierung geäußert. Dollinger, Bundesverkehrsminister, sagte im Münchener Presseclub, diese Diskussion müsse eine Woche vor der Bundestagsdebatte über die Raketenstationierung „für weite Kreise der Bevölkerung unverständlich" sein. Der CSU-Politiker fügte mahnend hinzu: „Die CDU/CSU hat keine Mehrheit für ei*ne Regierung ohne die FDP.*"

SEITE 3:
Ein Bayer vor den Toren Bonns

Die zuerst vom kommissarischen CSU-Generalsekretär Gerold Tandler erhobene Forderung nach einem Bonner Ministeramt für Strauß kom*mentierte Dollinger mit den Worten,* Tandler habe diese Meinung bereits im März vertreten.

Für einen Eintritt des CSU-Vorsitzenden in die Bundesregierung sprach sich gestern auch Staatssekretär Edmund Stoiber von der bayerischen Staatskanzlei aus. „Für die Qualität der Unionspolitik in Bonn" sowie für die „Stabilität der Koalitionsregierung" wäre es ein großer Vorteil, wenn Strauß nach Bonn käme. Vor allem die „offenkundigen Mißhelligkeiten" zwischen Strauß und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) könnten von „außen" nur sehr schwer beigelegt werden.

Scharfe KP-Attacken gegen die französischen Bischöfe

Sozialisten begrüßen das Friedenswort von Lourdes

KNA, Paris

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Georges Marchais, hat den französischen *Bischöfen vorgeworfen, sie* rechtfertigten den Rüstungswettlauf. Marchais zeigte sich im Fernsehen „überrascht" von dem zum Abschluß der Bischofskonferenz in Lourdes verabschiedeten Dokument zur Friedens- und Abrüstungsproblematik, in dem die atomare Abschreckung als legitim bezeichnet worden ist. Außerdem wurde darin vor einseitiger Abrüstung gewarnt.

Die französischen Kommunisten *äußern sich besonders gereizt* über den Hinweis, daß die Sowjetunion bestrebt sei, die westlichen Demokratien zu neutralisieren und dem Einflußbereich des Marxismus-Leninismus einzuverleiben.

Der außenpolitische Experte der KPF, Maximae Gremetz, erklärte, wenn vom „herrschsüchtigen und aggressiven Charakter" der marxistisch-leninistischen Ideologie die Rede sei, dann komme das den Vorstellungen Ronald Reagans „vom Reich des Bösen" sehr nahe. Gremetz, der früher für die Beziehungen der kommunistischen Partei zu den Christen zuständig war, versicherte in einem Artikel der Zeitung „Le *Monde", auch die KPF sei gegen eine* einseitige Abrüstung.

Das kommunistische Parteiblatt „Humanité" warf den Bischöfen vor, ein Vokabular des „kalten Krieges" zu gebrauchen, *das Beschimpfung* an Stelle der Argumentation setze. Es sei besser geeignet, einen Kreuzzug vorzubereiten als den Frieden.

Zustimmung hat der Text bei den bürgerlichen Parteien gefunden. Auch die Sozialisten, die in der Koalition *mit den Kommunisten die Mehrheit* stellen, äußerten sich positiv. Der Generalsekretär der gaullistischen Sammelbewegung RPR, Bernard Pons, erklärte: „Die Bischöfe haben verstanden, daß einseitige Abrüstung zur Knechtschaft zu führen droht." Der sozialistische *Vorsitzende* des Verteidigungsausschusses der Nationalversammlung, Louis Darinot, betonte: „Das verantwortungsbewußte Dokument der Bischöfe ist geeignet, den Geist der Verteidigung zu stärken."


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Brüderliche Hilfe

Von Jürgen Liminski

Während der syrische Präsident Assad offiziell einer Blinddarmbehandlung unterzogen wird und deshalb seinen libanesischen Amtskollegen Gemayel vorerst nicht empfangen kann, behandeln seine palästinensischen Bundesgenossen die loyal zu Arafat stehenden PLO-Verbände und vor allem die Zivilisten zwischen den Fronten auf ihre Weise, unterstützt von der syrischen Artillerie.

Täglich werden wehrlose Zivilisten im palästinensischen Flüchtlingslager Badawi und in der libanesischen Hafenstadt Tripoli zu Opfern dieses arabischen Bruderkriegs. Um die Opfer kümmert sich kaum jemand in den Medien. Die Scheinwerfer sind auf Arafat gerichtet, der jeden Abend Gelegenheit bekommt, in die Wohnzimmer aller Welt zu grinsen und seine angebliche Unverzichtbarkeit zu demonstrieren.

Das war während des israelisch-palästinensischen Kriegs im Sommer des vergangenen Jahres anders. Zwar grinste auch damals Arafat martialisch in die westlichen Kameras. Zusätzlich aber wurden die Konsumenten des Horrors noch mit Statistiken über die Opfer dieses Kriegs auf libanesischem Boden gefüttert. Man warf Israel die Zahlen ins Gesicht.

Anders aber als die Syrer und PLO-Verbände des Abu Musa hatte sich damals die israelische Armee bemüht, mit Flugblättern in arabischer Sprache die Zivilbevölkerung zum Verlassen der Zielobjekte ihrer Artillerie zu bewegen. Auch die Bomben der Kampfflugzeuge zielten nur auf militärische Anlagen der PLO.

Die Syrer schießen in die Menge. Sie tun das übrigens auch im eigenen Land. Es gab in Beirut Zivilopfer vor allem deshalb, weil die PLO-Leute sich in unterirdischen Gefechtsständen unter den Wohnhäusern der Zivilisten versteckt und somit die Keller besetzt hielten.

Der libanesische Rote Halbmond sprach damals von mehr als einer halben Million Flüchtlingen, von Tausenden von Toten. Heute weiß man nicht, wieviel Tote es in Badawi gibt. Und man hat längst vergessen, daß es damals der Leiter des Roten Halbmonds selber war, der die Statistiken erstellen ließ. Dieser aber ist niemand anderer als Fatri Arafat, der Bruder des PLO-Chefs. Sein Grinsen ist nicht gefragt.

Computerspiele

Von Adalbert Bärwolf

Es war ganz einfach: Man mietete sich bei einem großen Hersteller für 89 Dollar im Monat einen kleinen Computer und gab dem Roboter einen Namen, beispielsweise „Sunnews". Den Namen fütterte man als Kennung in die Maschine ein. Sodann dachte man sich ein Codewort aus, beispielsweise „Brandywine". Und dieses sogenannte Paßwort wanderte in den Zentralcomputer der Fernmeldegesellschaft.

Jetzt konnte der Dialog beginnen. Man war in den Zyklus der „Elektronischen Post" eingeschaltet. Tippte man das Geheimwort mit der Aufforderung „send messages" in die kleine Maschine ein, dann spuckte der große Computer aus einem Speicher alle Meldungen aus, die für „Sunnews" mit dem Elektronikpost-Geheimnamen „Brandywine" eingegangen waren.

Nicht nur Journalisten oder Staubsaugervertreter arbeiteten in Amerika nach diesem System, sondern auch Staatslaboratorien, die Nasa und das Pentagon. Wer Monatsmiete, Kennung und Paßwort hatte, war drin. Und niemand hatte bedacht, daß neunzehnjährige Schlaumeier die Paßwörter knacken könnten. Niemand hatte daran gedacht, ein System der Änderung von Paßwörtern zu entwickeln.

In diesen Tagen steht in Los Angeles der Student Ronald Mark vor Gericht. Ihm wird vorgeworfen, mit seinem Heimcomputer unerlaubt Datenbanken geknackt und unter anderem dem amerikanischen Verteidigungsministerium großen Schaden zugefügt zu haben.

Das helle Köpfchen aus Santa Monica hatte, ebenso wie seine Kumpel und andere Nachwuchs-Computerknacker, nur zum Spaß in den Lücken der hochkommerzialisierten Hochtechnologie gespielt. Deswegen wird denn der Richter wohl auch Milde walten lassen. Angeklagt sind in Wirklichkeit diejenigen, die sensitive Informationen in dem Netzwerk der Technik nicht durch strenge Zugriffskontrolle kontrollierten.

Lex Hersant

Von Peter Brauneberg

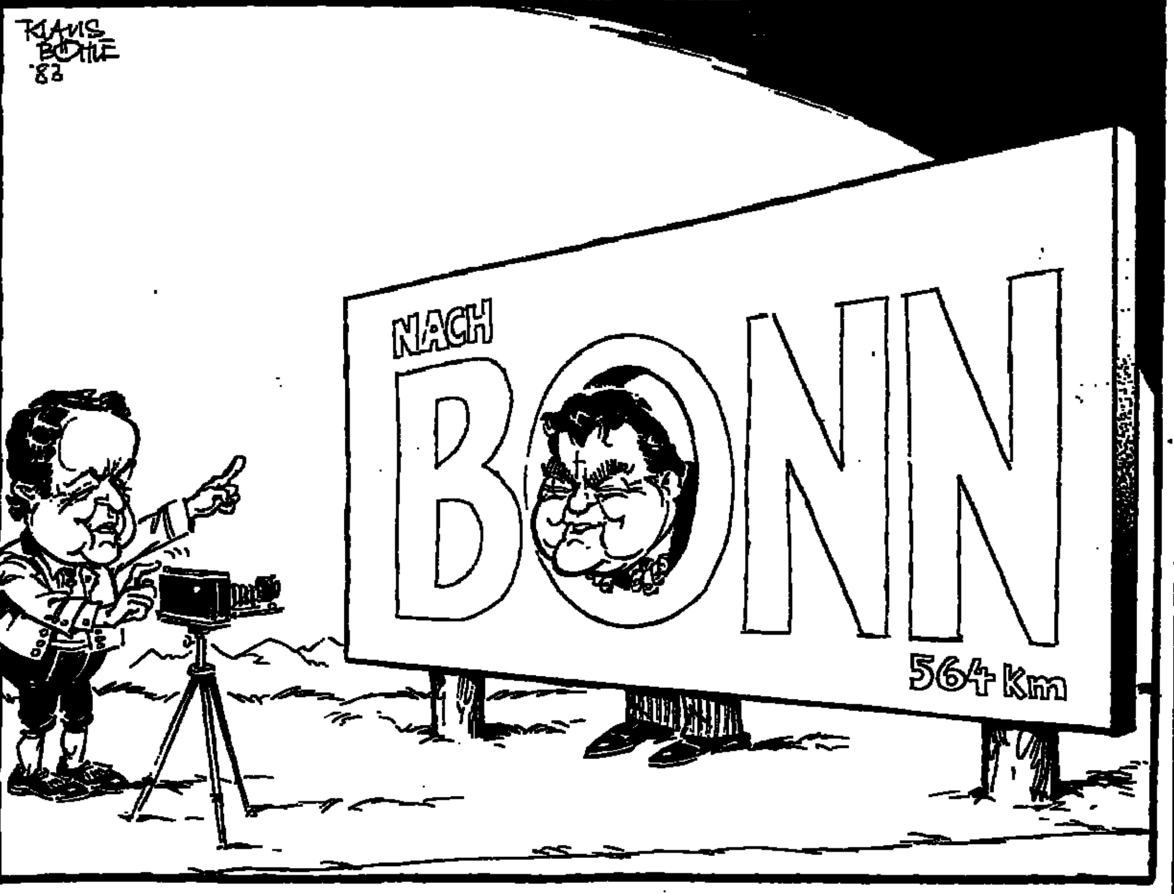
Das sozialistische Regime Frankreichs scheint zweieinhalb Jahre vor der nächsten Wählerentscheidung die Flucht nach vorne antreten und alle Brücken hinter sich verbrennen zu wollen. Anders ist sein Entschluß, ein Anti-Trust-Gesetz für die Presse durchzupeitschen, nicht zu interpretieren. Die Wende, von der sich die Wähler längst abzuwenden begonnen haben, soll oktroyiert werden.

Das galt gestern für die Verstaatlichungen und Einführung exorbitanter Rechte der Gewerkschaften in den Betrieben und gilt heute für die Gleichschaltung der Privatschulen und der privaten Presse. „Nichts, was wir gemacht haben, soll jemals wieder rückgängig gemacht werden", versprachen die Redner des sozialistischen Parteitages in Bourg-en-Bresse dem stürmisch jubelnden Parteivolk. Warum sollten sie nicht Wort halten.

Natürlich wird das Vorhaben, jede Konzentration von mehr als drei Zeitungstiteln in einer Hand zu verbieten, mit dem Mäntelchen der Demokratie verkleidet. Es gelte, den vom Kapitalismus abgewürgten Pluralismus wiederherzustellen und eine vielfältigere Meinungsbildung zu garantieren, heißt es. Daß Zeitungszusammenschlüsse gerade in einer pluralistisch-offenen Gesellschaft, die noch dazu von den audiovisuellen Massenmedien beherrscht wird, vom Markt diktiert werden, kommt einem strammen Sozialisten nicht in den Sinn. Aber darum geht es auch gar nicht.

Die Presse, und keineswegs nur die konzentrierte, ist in Frankreich traditionell auf seiten der Opposition. Das macht die augenblicklichen Machthaber ungeheuer nervös. Mit dem Mittel der Entflechtung will man die Kritiker mundtot machen.

Allen voran ist Robert Hersant anvisiert, der es durch Tüchtigkeit zu einem authentischen Konzernherrn gebracht hat. Seine Blätter gehen mit dem Sozialismus nicht gerade zimperlich um. Aber Hersant hat nie jemanden daran gehindert, eine Zeitung zu gründen. Andere kleinere Herausgeber haben es neben ihm zu beachtlichen Auflagen und Ansehen gebracht. Gerade die kleineren Konkurrenten aber sind es, die Hersant heute am zähesten verteidigen. Denn sie wissen, daß ihrer aller Freiheit bedroht ist, wenn der Große unter ihnen fällt.



Aufnahme

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Gehirn-Waffe

Von August Graf Kageneck

Frankreichs Intelligentsia, traditionell linkslastig, hat seit der Regierungsbildung durch Sozialisten und Kommunisten die Stimme verloren. Heinrich Böll fand sie „in einer tiefen Krise" und „offenbar zerstört". Er warf ihr vor, das Feld der ideologischen Auseinandersetzung der Rechten überlassen zu haben, die „als einzige heute noch Ideen habe". Ganz sicher nicht zu Unrecht suchte der Kölner den Grund der Verwirrung seiner Freunde bei den Vorgängen in Osteuropa.

Diejenigen Linken jedoch, die man die Abtrünnigen nennt, haben durchaus noch Ideen. Sie rechnen seit dem „GULag" Solschenizyns als „Neue Philosophen" hinter dem Altmeister Eugene Ionesco ungleich schärfer mit dem Bolschewismus ab, als es je die Rechte tat. Sie nennen sich die „Post-Marxisten". Nicht alle haben mit Marx gebrochen. Einige versuchen, dem Marxismus anhand anderer Philosophien, der Freudschen oder der Rousseauschen etwa, eine neue, humanere Begriffsbestimmung zu geben.

Zu diesen letzteren gehörte, neben Bernard-Henri Levy und Jean-Marie Benoist, auch André Glucksmann, der wohl tiefste unter ihnen. Glucksmann indes hatte in seinem Buch „Les Mâitres Penseurs" (Die Vordenker) schon 1977 Marxismus und Nationalsozialismus auf eine Stufe gestellt und beiden Systemen eine zutiefst inhumane Grundeinstellung bescheinigt. Das war der Bruch mit seinen bisherigen Freunden. Jetzt geht er einen Schritt weiter: Der Marxismus der Moskauer Lesart ist nicht nur inhuman, er ist von Natur aus expansionistisch, und er bedient sich dazu eines diabolischen Mittels – der Bombe als Erpressung mit der Atomtodangst. In seinem neuesten Buch stellt Glucksmann die eigentliche Frage unserer Zeit: Wie kann man die Zivilisation von der atomaren Erpressung befreien, welche die Tyrannei gegen sie richtet?

Glucksmann nennt seinen Essay „La Force du Vertige", etwa zu übersetzen: Die Macht der Schwindelerregung. Die großen Schlachten der Nuklear-Ära sind geistiger Natur, sagt er. Die Raketen der Sowjets sind auf die Gehirne der Menschen gerichtet; dazu bestimmt, nie eingesetzt zu werden, sondern Angst zu machen und zu erweichen, einzuschüchtern und Panik zu verursachen.

Von da aus stellt Glucksmann die Frage, ob die Atomwaffe nicht schon die Werte unterhöhlt hat. Man könne ihr nicht mehr mit den lyrisch-ethischen Begriffen der Vergangenheit beikommen. Die Moralisten von heute seien der Erpressung gegenüber um so wehrloser, als sie angesichts des Weltuntergangs immer mehr in Panik gerieten. Das Unverhandelbare müsse, sagt Glucksmann, ständig „abschreckend" verhandelt werden. Das Unverhandelbare aber ist für ihn weniger das Leben als die Freiheit. „Lieber Sklav' als tot" heißt der Wahlspruch der Pazifisten. Damit ist die Verhandlungsposition der westlichen Führer untergraben.

„Alles für das Leben zu tun und gleichzeitig alles für die Freiheit zu geben, ist ein unauflösliches Paradox. Am Ende des Nuklearen finden wir daher nichts anderes als die guten alten Wertbegriffe der primitiven Existenzen, nämlich, daß man um sein Leben zu retten, es zu opfern bereit sein muß." Die Präsidenten des Atomzeitalters sollten besser ihren Corneille als ihre Ministerratsprotokolle lesen, meint Glucksmann.

Glucksmann spricht von einer „Selbstzerstörung der Raison". Der intellektuelle Selbstmord gehe bereits dem politischen voran. Dieser sei bei den Deutschen durch die Vergangenheit, durch das verbogene Verhältnis zu Auschwitz, Dresden und Hiroshima ausgelöst worden.



Freiheit ist unverhandelbar: Philosoph Glucksmann FOTO: ZOLTAN NAGY

Jean-François Revel, ein Gesinnungsgenosse Glucksmanns, der gleichwohl der älteren Generation angehört und schon in den sechziger Jahren mit der Linken brach, veröffentlichte im Frühjahr unter dem resignierenden Titel „So enden die Demokratien" die erste alarmierende Warnung vor dem Pazifismus in Frankreich. Die Demokratie sei vielleicht nur ein Unfall der Geschichte gewesen, meint der Autor. Wenn sie untergehe, so nicht, wie Tocqueville voraussah, an ihrer eigenen Gemächlichkeit und Uniformität, sondern an den Rammstößen der Tyrannei von außen. Und sie werde sterben, ohne zu fühlen, wer ihr den Todesstoß versetzte. Denn sie sei vorher von systematischer Desinformation, von der Erpressung mit dem atomaren Untergang so entwaffnet und anästhesiert worden, daß sie sich quasi wollüstig dem Eroberer hingebe.

Revel zählt eine lange Liste von Kapitulationen auf, von der Nichtreaktion auf Afghanistan und Polen bis zum Kauf sowjetischen Erdgases und Verkauf amerikanischen Weizens an die Erpresser. Der Pazifismus der zukünftigen Opfer sei die letzte Etappe vor dem endgültigen Triumph. Niederschmetternd sei, daß man das alles schon bei Lenin habe nachlesen können, niemand aber sich offenbar die Zeit dazu genommen habe. Die Menschen im Westen hätten ein „Gewohnheitsgedächtnis", das sie dazu treibe, alle vierzig Jahre dieselben Fehler zu machen. So seien die Pazifisten von heute nur die Wiederholer ihrer Väter, die 1950 den Stockholmer Anti-Atom-Appell unterschrieben und 1934 in Paris gegen die Aufrüstung als Antwort an Hitler protestierten.

Die Sowjets dagegen, sagt Revel, hätten ein „Notar-Gedächtnis" für die Schwächen des Weskus. Der Bolschewismus aber sei „die Nekrose der Welt". Er trage nicht, wie die germanischen Barbaren des fünften Jahrhunderts, Elemente der Neubelebung einer sterbenden römischen Welt in sich, sondern werde allem Lebenden seinen Todeshauch einatmen. Revels Buch hat eine der höchsten Auflagen dieses Jahres erreicht. Vielleicht belebt es das westliche Gedächtnis.

IM GESPRÄCH Christoph Böhr

Einer blieb sitzen

Von Peter Schmalz

Mit langem Beifall dankten die Delegierten der Jungen Union auf ihrem Münchner Deutschlandtag dem Gast Franz Josef Strauß für Rede und Antwort, zwei Drittel der Unionsjunioren sprangen sogar von ihren Stühlen, auch das Kongreßpräsidium erhob sich fast geschlossen. In der Mitte aber blieb einer sitzen und klatschte eher lustlos in die Hände: Christoph Böhr, 29 Jahre alt, wissenschaftlicher Assistent an der Universität Trier und seit dem Münchner Wochenende neuer Bundesvorsitzender der gemeinsamen Nachwuchsorganisation von CDU und CSU.

Strauß bemerkte den Sitzenbleiber auf dem Podium hinter seinem Rükken nicht, aber er spürte den kühlen Wind, der ihm aus einigen Landesverbänden entgegenwehte. Aus Niedersachsen etwa, wo man dem Bayern die Kanzlerkandidatur gegen Ernst Albrecht noch nicht verziehen hat, aus Rheinland-Pfalz, wo die bayerischen Nadelstiche gegen Helmut Kohl besonders schmerzen – dort liegt auch Trier! – und aus Hessen natürlich, weil Strauß der dortigen CDU Dummheit im Taktieren mit der SPD unterstellte.

Die Junge Union ist eine der wenigen organisatorischen Klammern der beiden Unionsparteien, der Kurs der Einheit ist im CDU/CSU-Nachwuchs jedoch umstritten. Auf Böhr kommt die schwere Aufgabe zu, diese Verbindung zu sichern, womöglich zu festigen. Ob er dafür der richtige Mann ist, ob er dafür Kraft und Neigung besitzt, gehört noch zu den Fragezeichen, die mit dem in der Öffentlichkeit weithin umbekannten Namen verbunden sind.

Selbst den Münchner JU-Delegierten galt er nicht als die allgemein überzeugende Lösung. Ein Redner sprach offen vom „Verlegenheitskandidaten". Doch mit einem Stimmergebnis von gut 90 Prozent hat Allein-Kandidat Böhr den sichtbaren Rückhalt seines Verbandes.

Macht betrachtete der Jungwissenschaftler, der in Trier Germanistik, Politik, Philosophie und Geschichte studierte, bisher meist von der philosophischen Warte. Die Niederungen pragmatischer Politik kennt er bisher



Es braucht Kraft, die JU zusammenzuhalten: Neuer Vorsitzender Böhr FOTO: AP

nur aus Tätigkeiten als JU-Bezirksvorsitzender in Trier, als Mitarbeiter der von seinem Vorstands-Vorgänger Matthias Wissmann geleiteten Bonner Enquête-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat" und seit vier Jahren als Mitglied des JU-Bundesvorstands.

Er werde, so versprach Böhr in seiner Münchner Antrittsrede, sein Hauptaugenmerk auf die Verbesserung der Verständigung innerhalb des Verbandes legen. Da wird er ein gerüttelt Maß Arbeit haben. Seine Distanz zu Strauß ist sichtbar, aber der bayerische CSU-Nachwuchs wird seinen Einfluß auf die gesamte Junge Union unvermindert reklamieren. Dafür wird schon Böhrs ebenfalls neugewählter bayerischer Stellvertreter Josef Nachmann sorgen – immerhin stellen die Bayern mit knapp 55 000 das größte Kontingent der 265 000 JU-Mitglieder, und nicht zuletzt: Sie können seit Jahren bei allen Wahlen stets über 50 Prozent der Jungwähler für die CSU gewinnen. Böhr wird gut daran tun, die Mahnung des bayerischen JU-Vorsitzenden Sauter ernst zu nehmen, zur Sicherung eines Unionssieges bei den nächsten Bundestagswahlen bedürfe es auch besserer Leistungen der Unions-Jugend in Gebieten, „wo die Grünen fast so stark sind wie die Junge Union".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Daily Telegraph

Die Entsendung von US-Truppen nach Costa Rica beschäftigt das Londoner Blatt:

Obwohl amerikanische Truppen seit dem Ende der spanischen Herrschaft wiederholt in Mittelamerika im Einsatz waren, kommt der Entsendung eines Bataillons amerikanischer Heerespioniere nach Costa Rica doch besondere Bedeutung zu ... Die Erhöhung der Feuerkraft Nicaraguas und das Engagement von Kubanern, Ostdeutschen, Bulgaren und Nordkoreanern in diesem Land hat die Costaricaner aufgeschreckt. Die Notwendigkeit äußerer Absicherung gegen die Möglichkeit einer Invasion von Nicaragua aus, getarnt oder eingeleitet als „Volksaufstand", wird nun in amtlichen Kreisen anerkannt. Bislang hat Costa Rica jede Beteiligung an gemeinsamer militärischer Planung mit seinen mittelamerikanischen Nachbarn, mit Panama und den Vereinigten Staaten vermieden. Jetzt stellt die Entscheidung, einem Pionierbataillon des US-Heeres zu erlauben, zusammen mit der costaricanischen Guardia Civil Orientierungsübungen im Grenzgebiet zu Nicaragua zu erlauben, einen gewaltigen Sprung nach vorn dar.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung sieht in der Reise Reagans eine Warnung an den Kreml:

Die von Pjöngjang als „Provokation" angesehene Reise ist eher ein Gegenschlag. Er richtet sich gleichzeitig gegen die Tragödie der südkoreanischen Boeing, das Attentat von Rangun und die laute Propaganda des Regimes von Kim Il Sung. Wenn sich Reagan seinen eigenen Worten gemäß auf den „Vorposten der Freiheit" begeben hat, so zweifellos weniger, um eine in Washington wohlbekannte Lage zu beobachten, sondern damit er auf dem von der mächtigen nordkoreanischen Armee bedrohten 38. Breitengrad im Kampfanzug gesehen wird. Nach der Warnung an Kuba in Form der bewaffneten Operation auf der Insel von Grenada, nach der Verstärkung der amerikanischen Flotte vor Libanon (im Angesicht Syriens) hat sich Ronald Reagan zum dritten heißen Punkt der Welt begeben, um die Entschlossenheit der USA zu unterstreichen, Südkorea um jeden Preis zu verteidigen. In allen drei Fällen war die Botschaft vor allem für den Kreml bestimmt.

NEUE ZÜRICHER ZEITUNG

Das Blatt wertet das Treffen der Regierungschefs Spaniens und Portugals als „ergebnisarm" und meint:

Das Projekt Madrids, mit Portugal so etwas wie eine Zollunion nach dem Vorbild der Benelux-Länder zu realisieren, stieß in Lissabon ebenso auf Ablehnung wie der Wunsch von González, die Bemühungen um den EG-Beitritt zu koordinieren ... In den wichtigsten Fragen der Fischerei und der Handelsbeziehungen ist man keinen Schritt vorangekommen ... Die sogenannte Erklärung von Lissabon, die von einem neuen Modell der Zusammenarbeit spricht und in der viel von Solidarität, Dialog, Toleranz und gegenseitigem Verständnis die Rede ist, bleibt vorerst noch eine leere Hülle.

Sie wollen Mitgefühl und hören: Wer braucht euch denn?

Umdenken für die Ausgeschlossenen von Grenada / Von Günter Friedländer

Präsident Reagan hat eigenartige Schwierigkeiten mit der amerikanischen Presse: Die Politik des Präsidenten wird von „mindestens 63 Prozent der Bürger unterstützt, zwanzig Punkte mehr als vor neun Monaten", stellt das „Wall Street Journal" fest. Das hat offenbar mit Grenada zu tun – aber gerade wegen Grenada wird er von vielen Zeitungen auf das bitterste kritisiert. Inzwischen freilich denken selbst die Leitartikler der großen Zeitungen über den Unwillen des Publikums nach.

„Wir in der Presse", schreibt David S. Broder in der „Washington Post", „verlangen nicht, daß ihr uns gern habt ... Wir wollen nur, daß ihr euch im eigenen Interesse fragt, ob ihr in einer Gesellschaftsordnung leben wollt, in der die Regierung uns kontrolliert und ausschließt."

Diese „Kontrolle" wird darin gesehen, daß bei der Aktion in Grenada während der ersten sechzig Stunden keine Journalisten aufs Kampffeld gelassen wurden. Der Zorn der solcherart Mißachteten schlug sich in empörten Beschwerden über diese Majestätsbeleidigung sowie in prinzipieller Kritik an der Grenada-Aktion selber nieder. Die Taktik erwies sich als ungeschickt, wie viele Leserbriefe an die Zeitungen zeigen.

„Das Gejammer der Presse, weil sie nicht im voraus unterrichtet und nicht unmittelbar zur Rettungsaktion in Grenada zugelassen wurde, erinnert an ein Kind, dem man seinen Lutschbonbon verweigert", schreibt ein Leser. Viele wurden an Vietnam erinnert, aber in anderer Weise, als es die Kritiker in der Presse monierten: „Die Reporter mißbrauchten ihre Privilegien mit einseitigen, nur negativen Berichten. Präsident Reagan wäre dumm gewesen, hätte er die gleichen Leute das alles wieder in Grenada machen lassen", heißt es da. Und Broder zitiert eine Bekannte: „Sie sei es satt, sagte sie, Reporter und Fotografen zu sehen, die unschuldige Kriegsopfer belästigen ... Wenn die Heulbabys der Presse sich unerwünscht, ungeschätzt und ungeliebt fühlen – na wenn schon! Wer braucht sie denn überhaupt? Wenn der Präsident oder das Pentagon glauben, sie stehen bei einer wichtigen Aktion im Weg, haben sie alles Recht, sie fernzuhalten."

Broder gibt zu, daß solche Ansichten weit verbreitet sind: „Wir in der Presse müssen unsere Fehler und die Exzesse zugeben, die uns diese Feindseligkeit einbrachten". Tatsache ist, daß große Teile der Medien inzwischen von ihrer einseitigen Grenada-Kritik abgeschwenkt sind.

Sie übersahen, daß die Leser ihnen seit langem Manipulierung und sogar Unterschlagung von Nachrichten vorwerfen, wobei nicht nur ideologische Erwägungen, sondern so nüchterne wie Rücksicht auf die Inserenten z. B. der Tabakindustrie maßgebend waren. Auch die „New York Times" konnte an diesem Vorwurf nicht vorbeisehen und sprach zur Verteidigung der Journalisten von angeblich „dramatischen Konflikten", wenn sie darüber entscheiden, gewisse Dinge aus ihren Berichten zu streichen, um den Leser „nicht zu verwirren".

Das größte Problem der liberalen Presse ist, daß sie tagtäglich vergeblich ein in seiner Mehrheit konservatives Publikum zu bekehren sucht. Sie sieht sich als die „nicht gewählte Elite" des Landes, aber sehr viele Leser sehen in ihr eine Gruppe von Menschen, die das „First Amendment" (den ersten Abänderungsartikel der US-Verfassung über das Recht auf uneingeschränkte Meinungsäußerung) „an die Stelle des ersten der Zehn Gebote gesetzt haben". Die 240 führenden Autoren der Medien Amerikas sind, wie Soziologen ermittelt haben, meist wohlhabende Söhne wohlhabender Eltern. Nur zwanzig Prozent kommen aus unbemittelten Familien. Sie sprechen für ein Amerika, das sie aus eigener Erfahrung kaum kennenlernten. Wohl auch deshalb wählten 81 Prozent dieser Journalisten McGovern gegen Nixon, als Nixon mit 62 Prozent aller Stimmen gewann. 54 Prozent fühlen sich links, 19 Prozent rechts vom Zentrum zu Hause. In Fragen von Wirtschaft, Religion und Moral leben sie auf einem anderen Planeten als ihre Mitbürger.

Grenada hat ein bisher erfolgreich von den Medien ignoriertes Problem ins Licht der Öffentlichkeit gerückt: Der Zeitungsleser beginnt zu entdecken, daß auch er ein Recht auf das First Amendment hat. Das heißt in der Praxis, daß er verlangen kann, von den Medien intelligent unterrichtet und nicht arrogant geschulmeistert zu werden. Er scheint mehr und mehr darauf zu bestehen. Broder jedenfalls stellt offenbar traurig aber ehrlich fest, daß die Zeichen für einen neuen Reagan-Erdrutsch gesetzt seien.

Aus dem Fall Barbie wird auch ein Fall Moulin

Der Prozeß gegen den ehemaligen Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, verzögert sich. Nicht Beweisnot, sondern Angst vor Enthüllungen sind der Grund; das zumindest glauben viele Franzosen.

Von A. GRAF KAGENECK

Was viele in Frankreich mit der Auslieferung des ehemaligen Gestapo-Chefs von Lyon, Klaus Barbie, von Bolivien an Frankreich im letzten Februar gefürchtet hatten, ist eingetreten: Der Mann, der wie kein zweiter die obskuren Rivalenkämpfe innerhalb der französischen Resistance im freien Südfrankreich kennen dürfte, ist offenbar in der Lage, manche Heldenlegenden *zum Einsturz zu bringen und* den französischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg in einem neuen, menschlich tragischen Licht erscheinen zu lassen.

Der Abbau von Klischees begann mit der sensationellen Enthüllung des französischen Barbie-Anwalts Jacques Verges, der erklärte, das Barbie-Opfer Jean Moulin, Held des Widerstandes und eine Hauptfigur *des künftigen Prozesses, sei verraten* worden. Verges sagte am Wochenende im französichen Fernsehen: „Ich kann beweisen, daß zwei bis drei hohe Persönlichkeiten des Widerstands Jean Moulin an die Deutschen verraten haben. Sie taten es, um sich eines *unbequemen Konkurrenten für* ihre eigene politische Karriere zu entledigen, und sie taten es mit Deckung allerhöchster politischer Kreise." In einer Radio-Sendung am Montag nannte Verges dabei den Namen René Hardy. Er ist ein noch lebender *Adjutant Moulins, der sich in zwei* Prozessen nach 1945 nicht ganz frei von Verrats-Verdacht waschen konnte.

Die Resistance verlangt Beweise

Überlebende ehemalige Chefs der Resistance haben sofort vehement gegen solche Anschuldigungen protestiert und einwandfreie Beweise verlangt. Unter ihnen befinden sich Henri Frenay, der 1942 die Widerstands-Gruppe „Combat" gegründet hatte, sowie der spätere sozialistische Außenminister Christian Pineau. Pineau ist einer der letzten, der den sterbenden Moulin im Hof des Lyoner Montluc-Gefängnisses sah. Moulin war zusammen mit sechs Vertrauten am 21. Juni 1943 in der Villa eines Arztes im Lyoner Vorort Caluire von deutschen Beamten verhaftet worden. Wenige Wochen später erlag er, vermutlich während des Eisenbahntransportes nach Deutschland, den schweren Verletzungen, die er sich während seiner kurzen Haft zugezogen hatte. Bisher war man davon ausgegangen, daß Barbie oder seine Häscher ihn zu Tode gefoltert hatten. Maître Verges verbreitet jetzt eine andere Version: Moulin habe sich aus Verzweiflung über den an ihm verübten Verrat selbst getötet, indem er mit dem Kopf an die Wand seiner Zelle rannte. Ähnliches hatte Barbie selber *schon in früheren Zeitungs-*Interviews im bolivischen Exil behauptet.

Verges ging in seinem Fernseh-Interview *äußerst scharf* gegen die „Legendenbildung" um den Widerstand vor. In seinem gleichzeitig veröffentlichten Buch „Macht Schluß mit Pontius Pilatus" nennt er den Barbie-Prozeß eine „Farce" und ein mittelmäßiges Remake des Eichmann-Prozesses. Das Dossier der Anklage gegen Barbie sei gespickt mit Lügen und Berichten, die längst durch die Geschichtsforschung widerlegt seien und nur noch „einige Rentner des *Widerstandes" interessierten.* Verges, der in den letzten Jahren durch die Verteidigung von Links-Extremisten, darunter des deutschen Baader-Anwalts Claus Croissant, bekannt wurde, wirft der Justiz seines Landes außerdem vor, das Dossier Jean Moulin *aus* Angst vor Enthüllungen von der Prozedur abgetrennt zu haben und Barbie nur wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" anklagen zu wollen.

„Aufklärung im Interesse der historischen Wahrheit"

In der Tat soll der Fall Moulin im Prozeß gegen Barbie nicht verhandelt werden, angeblich, weil er als „Kriegsverbrechen" gilt und Kriegsverbrechen verjährt sind. Dagegen soll Barbie sich wegen Verhaftung, Folterung und Tötung von Franzosen sowie Verschleppung von Juden verantworten. Hierzu sagt Anwalt Verges, daß sich keinerlei Verdachte gegen Barbie zu diesen Punkten aus den Akten und bisherigen Zeugenaussagen anführen lassen. Verges will aber „im Interesse seines Klienten und der historischen Wahrheit" im Prozeß dafür sorgen, daß auch der Fall Moulin angesprochen wird.

Vermutlich wird der Prozeß aus allen diesen Gründen nicht vor 1985 eröffnet werden, obwohl die Untersuchungen praktisch abgeschlossen sind. Zweimal haben Barbies Anwälte inzwischen versucht, Haftaufhebung für ihren Klienten zu erwirken, da er nicht ordnungsgemäß von Bolivien ausgeliefert, sondern mit bolivischer Einwilligung und Mithilfe französischer Polizisten verschleppt worden sei. Das Berufungsgericht hat den Antrag jedesmal abgewiesen. Für die Verschleppung des Prozesses gibt es für die Franzosen nur eine Erklärung: Barbie könnte Enthüllungen machen, die Frankreichs Widerstand im Zweiten Weltkrieg in ein neues, weniger überzeugendes Licht rücken, alte Narben aufreißen und *vielleicht sogar das Fundament der* gaullistischen Republik erschüttern könnten. So gesehen, gibt es ein überbrückendes Interesse aller politischen Kreise des Landes, das heiße Eisen Barbie so lange wie möglich hinter Gefängnismauern abkühlen zu lassen. Barbie ist dem Vernehmen nach schwer krank. Vielleicht löst der Tod alle Probleme.



Zwei Parteivorsitzende – doch der eine regiert in der Hauptstadt, der andere in der Provinz – Helmut Kohl und Franz Josef Strauß
FOTO: JUPP DARCHINGER

Ein Bayer vor den Toren Bonns

Kommt Franz Josef Strauß nach Bonn oder nicht? Die CSU in München will es. Der Kanzler aber hält sich bedeckt, denn ein Minister Strauß brächte Ärger mit der FDP und würde ein *größeres Kabinettsrevirement* erfordern.

Von *MANFRED SCHELL*

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef *Strauß bremst keinen*, der ihn für ein Ministeramt in Bonn vorschlägt. Warum sollte er auch? Solche Forderungen entsprechen seiner politischen Interessenlage und *es ist deshalb auch nur* schwer vorstellbar, daß er von dem öffentlichen Vorstoß seines amtierenden Generalsekretärs Gerold Tandler vorab nichts gewußt hat.

Bundesanzler Helmut Kohl ist auf diese Diskussion gefaßt. Er weiß seit *längerem, daß es Strauß in München* umtreibt und dieser seine eigentliche politische Aufgabe in der Bundesrepublik sieht. Die Tatsache, daß sich Strauß „in eigener Sache" bislang strikt *zurückhält*, entspringt dem Gebot der politischen Klugheit. Der CSU-Vorsitzende weiß natürlich, wie schwer es sein dürfte, eine Rückkehr nach Bonn zu bewerkstelligen. Die *Vorbehalte* gegen *ihn sind stark*, auch beim Bundeskanzler, der offensichtlich die Furcht hegt, Strauß könne ihm, wenn er einmal am Kabinettstisch sitzt, in allen wichtigen *Angelegenheiten* dreinreden und so seine Richtlinienkompetenz schmälern.

Die FDP, der notwendige Koalitionspartner, hat erst in den letzten Tagen zu verstehen gegeben, daß sie sich gegen ein Kabinettsmitglied *Strauß sperrt*. Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher sieht in einem solchen Falle auf Dauer die Substanz seiner Partei bedroht.

Gerold Tandler hat für Strauß einen Stein ins Wasser geworfen. Der CSU-Vorsitzende wartet jetzt ab, welche Folgerungen sich daraus ergeben. Das nächste Datum, das sich stellt, ist die erwartete Anklage der Bonner Staatsanwaltschaft gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP). Bundeskanzler Helmut Kohl hat verschiedentlich signalisiert, daß er Lambsdorff nicht fallen lassen wird. Dieser solle zumindest im Amt bleiben, bis ein ordentliches Gericht entschieden hat, ob das Hauptverfahren eröffnet wird oder nicht.

Die FDP-Führung ist ebenfalls für diesen Kurs. Die Frage ist freilich, ob Graf Lambsdorff bei einer hereinbrechenden Flut von publizistischen Angriffen überhaupt noch durchhalten will. Lambsdorff steht seit Monaten unter Beschuß: Systematische Indiskretionen aus dem Justizbereich sollten ein Klima der Vorverurteilung erzeugen. Kohl hat in seiner Empörung darüber von einem Anschlag gegen den Rechtsstaat gesprochen. Er wird Lambsdorff schon deshalb nicht ablösen, weil er Verdächtigungen keinen Vorschub leisten will.

Aber was ist, wenn Lambsdorff von sich aus nicht mehr will? Für den Kanzler und die FDP würde sich daraus eine schwierige Situation ergeben. Die FDP *kann* das *Amt* des Bundeswirtschaftsministers aus der Bundestagsfraktion heraus nicht befriedigend besetzen. Der Gedanke, einen Wirtschaftsprofessor von außen *zu holen*, ist *offensichtlich wieder* verworfen worden. Kohl selbst weiß, daß er sich auf diesem wichtigen Feld keine Schwäche einhandeln darf. In einer solchen Situation würde sich *die Entscheidung* über *ein Kabinetts*revirement stellen.

In Teilen der Union ist die Stimmung nicht gut

Strauß ist Vorsitzender der zweitstärksten Koalitionspartei, und auch seine Gegner können ihm wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz nicht absprechen. Hinzu kommt, und auch dies muß Kohl berücksichtigen, daß die Stimmung in Teilen der Union nicht gut ist. Viele Anhänger haben sich einen rascheren Wirtschaftsaufschwung erhofft. Die Wirtschaftslage, wie sie sich an Indikatoren ablesen läßt, ist jedenfalls besser als die Stimmung. Jetzt kommt wieder die Art der Union zum Vorschein, Erfolge eher *zu* bemäkeln als zu feiern.

Ein Wirtschaftsminister Strauß würde die Gewichte innerhalb der Bundesregierung verschieben. Die FDP müßte mit anderen Ministerämtern abgefunden werden: Das Verkehrsministerium, das Entwicklungshilfeministerium und auch das Bundesinnenministerium werden inzwischen von CSU-Seite zur „Verhandlungsmasse" erklärt.

Bundeskanzler Kohl sind freilich die Risiken, die sich aus einer solchen „isolierten" Entwicklung für das christlich-liberale Bündnis ergeben können, bewußt. Deshalb sind Informationen aus seiner Umgebung *glaubhaft*, daß im Bundeskanzleramt Gedanken über eine Neustrukturierung des Bundeskabinetts auf breiter Basis angestellt werden. Eine an der „Sache orientierte Reform", so wird erklärt, würde es erlauben, auch „über Personen", also über ein Kabinettsmitglied Strauß, zu reden.

Schon die alte Bundesregierung unter Helmut Schmidt hat sich Gedanken über *eine* wirkungsvollere Arbeit in den Ministerien gemacht. Zum Beispiel haben alle großen Industrienationen ein Außenhandelsministerium. Bonn kennt bisher ein solches Ressort nicht. Das Bundesbildungsministerium ist jetzt, wo die Diskussion über BAföG abgeklungen ist, praktisch ohne Kompetenzen und Wirkungsmöglichkeiten, da hier die Zuständigkeit bei den Ländern liegt. Der Umweltschutz ist über mindestens drei Ressorts verteilt, ebenso sind Zuständigkeiten für sozialpolitische Belange in verschiedenen Häusern angesiedelt. Überschneidungen und Ungereimtheiten liegen auf der Hand. Auf dem Weg einer großen Kabinettsreform könnten auch neue Ministerien – wie zum Beispiel Umweltschutz, Technik und Gesundheitsfürsorge – gebildet und der FDP angeboten werden.

Helmut Kohl hatte schon vor dem 6. März solche Überlegungen angestellt, aber die Zeit wurde durch den Wahlkampf und nach der Wahl durch die Koalitionsverhandlungen verbraucht. Dem Kanzler war außerdem an einer schnellen Regierungsbildung gelegen. Er hatte die schlechten Erfahrungen in Erinnerung, die Konrad Adenauer 1957 machen mußte, als sich die Regierungsbildung Monate hinauszögerte. Diesen Fehler wollte Kohl nicht machen. In der Hektik der Koalitionsverhandlungen hatte man, auf Vorschlag Kohls, freilich häufige Treffen der Vorsitzenden der drei Koalitionsfraktionen verabredet. Damit sollte dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Strauß als einziger nicht dem Kabinett angehört. In dieser kleinen Runde sollten beikle Probleme erörtert und Konzepte entwickelt werden. Auch als Informationsinstrument sollte es nützlich sein.

Im Hinblick darauf hatte die CSU ihre Korrekturwünsche gegenüber der Afrika- und Mittelamerikapolitik, wie sie Genscher verfolgt, zurückgestellt. Inzwischen hat dieses Gremium nach mehreren Verzögerungen erst einmal getagt. Strauß hat dies kritisch vermerkt. Kohl und seine Mitarbeiter argumentieren freilich anders. Solche Treffen dürften nicht „institutionalisiert" werden, weil ansonsten sehr schnell der Eindruck über die „Nebenregierung" entstehen könne. Der Bundeskanzler in seiner dominierenden Rolle dürfe nicht beeinträchtigt werden. Außerdem sei die Arbeit innerhalb der Bundesregierung nicht ineffizient.

Dies mag richtig sein, aber Informations- und Abstimmungsdefizite wurden in den zurückliegenden Wochen durchaus ersichtlich. Die amtliche Bewertung der amerikanischen Intervention auf Grenada ist dafür ein Paradebeispiel. Bonn mußte sich mehrfach korrigieren. Strauß hatte, ehe er öffentlich Kritik übte, vergeblich versucht, Kohl zu sprechen. Der Kanzler hatte andere Verpflichtungen. Daraufhin schickte Strauß per Kurier dem Kanzler einen Brief in dessen Haus in Ludwigshafen, und erst danach kam es zu einem Telefongespräch, bei dem freilich die kontroversen Positionen nicht ausgeräumt werden konnten.

Der Kanzler hat einen eigenen Führungsstil

Kohl hat vor dem Bundestag eingeräumt, daß die Abstimmung in der Bundesregierung über die Zweckmäßigkeit der Reise von Staatssekretär Spranger nach Grenada mangelhaft war. Im Bundeskanzleramt gibt es Klagen, der Administration fehlten häufig die politischen Vorgaben. Kohl hat seinen eigenen Führungsstil. Er setzt bewußt auf die Eigenverantwortung der Ressortminister und läßt sie an der langen Leine laufen. Dieser Führungsstil bedingt publizistische Nachteile, wie die Entscheidung des Kanzlers, Kabinettssitzungen nur bei Bedarf anzusetzen, gezeigt hat. Der Aktionismus, wie ihn sein Amtsvorgänger Helmut Schmidt entfacht habe, sei schließlich nicht erfolgreich gewesen. Und den Kritikern, die Informationen vermissen, hält Kohl entgegen: Wer im Kabinett zuhöre, sei bestens informiert. Er rede im Kabinett, in Lagebesprechungen, in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und in den Parteigremien. „Wer es da nicht gefressen hat, dem kann ich nicht helfen." Gemäß seines Führungsstils wird Kohl die Entscheidung, ob Strauß nun nach Bonn kommt oder nicht, gewiß nicht übereilt treffen.

WIE WAR DAS?

Als Luthers Kirche nach Rom kam

Von F. MEICHSNER

Für den 11. Dezember hat Johannes Paul II. seinen Besuch in der Christuskirche der deutschsprachigen evangelisch-lutherischen Gemeinde Roms angekündigt. Als sich diese Gemeinde am 9. November 1817, drei Jahrhunderte nach der Verkündung der lutherischen Thesen in Wittenberg mit einer gottesdienstähnlichen Reformationsfeier in der Wohnung des damaligen preußischen Legationsrats bei der Gesandtschaft am päpstlichen Hof, Christian Bunsen, konstituierte, war für die 40 Anwesenden eine eigene Kirche in Rom nicht mehr als eine irreale Wunschvorstellung.

Schloß doch die Reformationsfeier, *zu der die deutschen Protestanten* Roms auf einem im Café Greco angehefteten Zettel eingeladen worden waren, mit einer trutzigen „Danksagung für die Erlösung vom Papst*tum". Und schritt doch* die päpstliche Regierung seinerzeit nur deshalb nicht gegen solche Ketzerei ein, weil sie sich nach den napoleonischen Wirren Preußen gegenüber verpflichtet fühlte, wegen dessen *Mithilfe* bei der Vertreibung des kirchenfeindlichen Korsen und bei der Restauration von Kirchenstaat und Papstmonarchie. Pius VII., der soeben erst *die evangelischen Bibelgesellschaf*ten als „Pest und arglistige Erfindung" geächtet hatte, ignorierte zunächst aus Staatsräson die sich bildende Ketzergemeinde in seiner Stadt.

Deutsch-protestantischer Anti-Baptismus auf der einen und eine tiefsitzende vatikanische Ketzerangst auf der anderen Seite überschatteten *bis zur Auflösung* des Kirchenstaates im Jahre 1870 immer wieder die Entwicklung der jungen Gemeinde, die fest mit der preußischen Gesandtschaft verbunden blieb. König Friedrich Wilhelm *III.* begründete *1818* seine Kabinettsorder, mit der er an der römischen Gesandtschaft eine feste Gesandtschaftspredigerstelle einrichtete, mit der katholischen „Bekehrungssucht, die den nach Rom kommenden jungen (evangelischen) Ausländern gefährlich wird".

Der Einzug der italienischen Truppen im Jahre 1870 erlöste dann die Gemeinde aus ihrem halben Katakombendasein. Gleichzeitig breitete sich freilich auch im neugegründeten Deutschen Reich unter den Protestanten eine eifernde Überheblichkeit aus, die sich eines ihrer *Ziele* im Bau einer lutherischen Trutzkirche „in der Diaspora Rom" suchte. Im Lutherjahr 1883 wurde diese Idee vom damaligen Botschaftsprediger Roenneke zum ersten Mal öffentlich lanciert. Sie blieb allerdings in Berlin ohne Echo und wurde auch vom Großteil der römischen Gemeinde als provokatorisch abgelehnt.

Die folgende Zeit bis 1908 stand dann für die Gemeinde fast ganz im Zeichen eines „Kirchenbaukampfes". 1899 erwarb ein „Deutsches Komitee für Rom" ein Kirchenbaugrundstück, aber *der* Gemeindevorstand lehnte mit Mehrheit den Kirchenbau als verfrüht ab. Die Minderheit trat daraufhin 1900 aus der Gemeinde aus und bildete eine eigene Gemeinde. Erst *1911* konnte nach der Beilegung des Kirchenbaustreits der Grundstein für die neue Kirche gelegt werden, die dann am 5. November 1922 eingeweiht wurde.

Engelhard gegen Änderung des Paragraphen 218

dpa, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat sich gegen eine Änderung des Abtreibungsparagraphen 218 ausgesprochen. Mit scharfer Kritik wies er gestern einen entsprechenden Vorstoß von 52 CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten und des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken zurück, der zum Ziel hat, Schwangerschaftsabbrüche aus sozialen Gründen nicht mehr von den Kassen bezahlen zu lassen.

Die Initiative der Unionsabgeordneten könne angesichts der eindeutigen Regelung in den Koalitionsvereinbarungen von CDU, CSU und FDP nur als eine „gezielte und bewußte Störung des Koalitionsfriedens" bezeichnet werden, meinte Engelhard. Durch das „ständige Gerede" werde der Rechtsfriede gestört, Frauen würden unsicher gemacht. Der Schutz des werdenden Lebens könne am besten dadurch sichergestellt werden, daß die Gesellschaft notleidenden Schwangeren die erforderliche Hilfe leiste, um Schwangerschaftsabbrüche aus sozialen Gründen überflüssig zu machen, erklärte der FDP-Politiker.

Mehr Rechtssicherheit Bonn–Madrid

hay. Bonn

Nach 15jährigen Verhandlungen haben die Bundesrepublik und Spanien einen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen und Vergleichen in Zivil- und Handelssachen geschlossen. Bei der Unterzeichnung, zu der der spanische Justizminister Fernando Ledesma nach Bonn gekommen war, erklärte gestern Bundesjustizminister Hans Engelhard, daß mit dem Abkommen das Vertrauen der Wirtschaft in beiden Staaten verstärkt und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter intensiviert werden sollten. Immerhin ist die Bundesrepublik Deutschland der zweitgrößte Handelspartner Spaniens. Außerdem bringt der Vertrag mehr Rechtssicherheit für die hier lebenden 77 000 spanischen Arbeitnehmer und die 4,5 Millionen Deutschen, die jedes Jahr Urlaub auf der iberischen Halbinsel machen.

Streit im Deutschlandfunk

fac., Köln

Der Verwaltungsrat des Deutschlandfunks muß sich auf seiner nächsten Sitzung mit einem brisanten Thema befassen: Chefredakteur Bernhard Wördehoff hat in einem Brief an Intendant Richard Beecker (SPD) gebeten, ihn aus seinem mit rund 11 000 Mark dotierten Amt zu entlassen. Hintergrund ist der Streit um die vom Rundfunkrat verabschiedeten „Programmrichtlinien", die Wördehoff als gegen sich gerichtet empfindet. Wördehoff steuert, wie verlautet, einen Korrespondentenposten in den USA an, um den sich aber bereits der DLF-Mitarbeiter Hans-Peter Riese bemüht. Ein Vertrag mit Riese soll sogar schon unterschriftsreif sein.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Schulatlas der „DDR" belegt, wo die Grenze an der Elbe liegt

Bonn präsentiert bei der nächsten Sitzung der Grenzkommission wichtiges Dokument

Von H. KAMPHAUSEN

Ein Schulatlas aus der „DDR", gedruckt 1952 unter Kontrolle der SMAD, der sowjetischen Militäradministration in Deutschland, wird hoffentlich dazu beitragen, daß die Feststellung der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" im Elbe-Abschnitt endlich abgeschlossen werden kann. In diesem Schulatlas ist die Grenze zwischen Mecklenburg und Niedersachsen eindeutig entlang dem Nordostufer der Elbe eingezeichnet.

Seit dem 29. November 1978 wird in der Gemeinsamen Grenzkommission die Frage der Grenzfeststellung im Elbeabschnitt Schnackenburg–Lauenburg hinhaltend behandelt. Die 1393 km lange Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland ist bis auf diesen 93,7 km langen Abschnitt und einem Stück von circa 1,5 km Länge im Harz von der Gemeinsamen Grenzkommission festgestellt und markiert worden. In der am 29. November 1978 unterzeichneten Grenzdokumentation wurden diese beiden Abschnitte einfach ausgespart.

Auf dem Höhepunkt der Entspannungseuphorie hatte die Bonner Delegation anläßlich der 14. Grenzkommissionssitzung am 2. und 3. Juli 1974 in Schwerin den Vertretern der „DDR" vorgeschlagen, bei der Grenzfeststellung im Elbeabschnitt von der Mitte des Flusses auszugehen. Der „DDR"-Delegation war das nur recht, denn in der „Erklärung zu Protokoll über die Aufgaben der Grenzkommission durch die beiden Delegationsleiter" heißt es: „Der Verlauf der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt sich nach den diesbezüglichen Festlegungen des Londoner Protokolls vom 12. September 1944. Soweit örtlich die Grenze von diesen Festlegungen aufgrund späterer Vereinbarungen der damaligen Besatzungsmächte abweicht, wird ihr genauer Verlauf durch die Kommission an Ort und Stelle unter Beiziehung aller Unterlagen festgelegt und markiert ..."

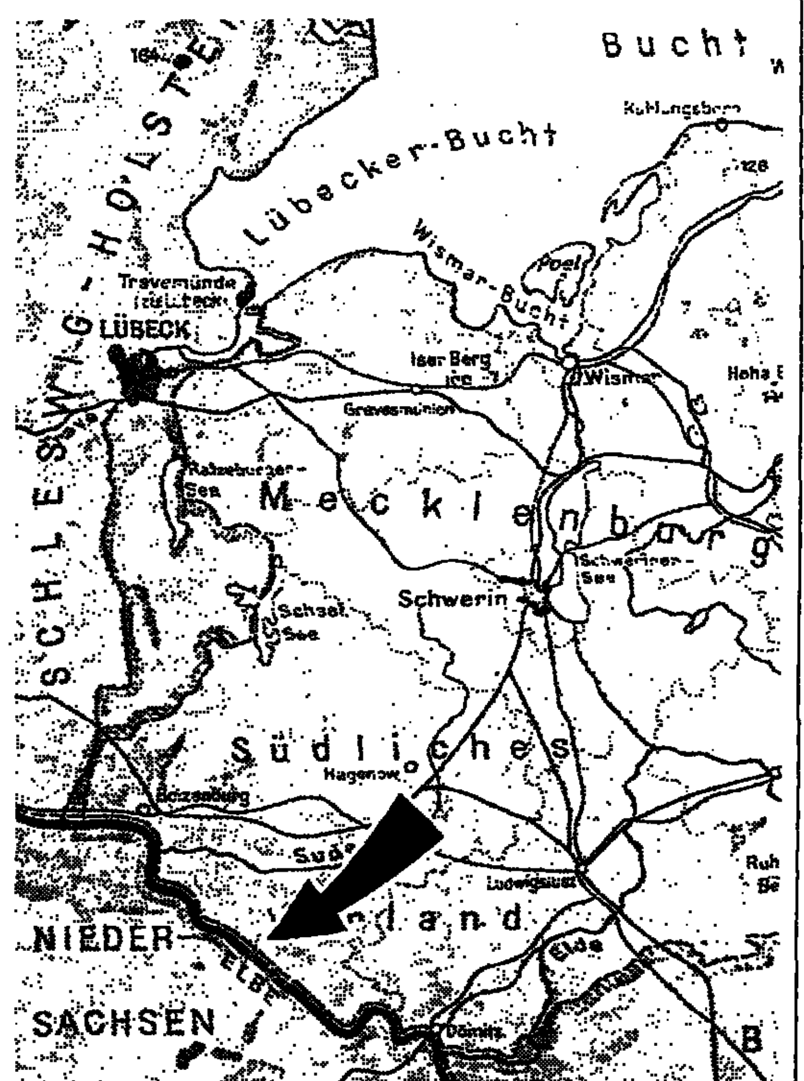
Hier im Elbeabschnitt aber gab es eine deutliche Veränderung der in London festgelegten Besatzungsgrenzen. Die Engländer traten nämlich im Juli 1945 das ursprünglich zu ihrer Besatzungszone gehörende Amt Neuhaus, ostwärts der Elbe gelegen, an die Sowjets ab. Die Kontrolle über den Fluß übten die Engländer von Schnackenburg stromabwärts immer allein aus. Die Elbe in ihrer ganzen Breite gehörte also von Anfang an zur britischen Besatzungszone. Das wußten die Delegationsmitglieder der „DDR" natürlich auch und waren deshalb bestrebt, den Vorschlag der Bonner Delegation von der Juli-Sitzung in Schwerin 1974 schriftlich zu erhalten.

Als das Schweriner Protokoll durch Veröffentlichung in der Presse im Oktober 1974 der damaligen CDU/CSU-Opposition bekannt wurde und sie heftig gegen eine Grenzfeststellung in der Mitte des Flusses protestierte, versuchte die sozialliberale Regierung Schmidt durch ein Rechtsgutachten zweier Karrierebeamter die These von der Grenze in der Flußmitte zu erhärten. Ein Gutachten des Völkerrechtlers Professor Dietrich Rauschning kam 1975 zu einem anderen Ergebnis. Dort heißt es: „Nach dem zwischen den Besatzungsmächten und dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR geltenden Recht verläuft die Grenze im Sinne von Artikel 3.II Grundvertrag zwischen Schnakkenburg und Lauenburg auf der rechten Elbseite in der Verbindungslinie der Buhnenköpfe." Damit war das Gutachten und die rechtliche Würdigung der Bundesregierung aus der Öffentlichkeit verschwunden und die Feststellung der Grenze im Elbeabschnitt festgefahren.

Das Innenministerium unter Gerhart Baum (FDP), dem federführend die Grenzkommission unterstand, behauptete immer, daß eindeutige Unterlagen über den Grenzverlauf im Elbeabschnitt nicht vorhanden seien. Demzufolge könne die Bonner Delegation der Behauptung der „DDR"-Delegation, die Sowjets hätten der „DDR" einstmals den halben Fluß mitübergeben, nichts entgegensetzen. Beweismaterial aus dem westlichen Lager, wie Karten der ehemaligen britischen Besatzungsmacht sowie NATO-Karten wurden von der Bonner Delegation als auf Irrtümern beruhend nicht anerkannt.

Nun liegt dieser Schulatlas des Landes Mecklenburg aus dem Jahre 1952 vor. Seine Grenzsignierung deckt sich völlig mit den Karten der Engländer, der NATO und der Karte A als Anhang zum Londoner Protokoll. Die Karten in dem Atlas wurden von dem renommierten Verlag Justus Perthes, damals Gotha, heute Darmstadt, erstellt unter ständiger Kontrolle der Sowjets, wie ein Mitarbeiter des Verlages, der heute in der Bundesrepublik lebt, erklärte. Im Atlas ist ein Lizenzvermerk. Er lautet: „Für die Karten Lizenz Nr. K1, gen. von MdI der DDR Nr. 453".

Am 30. November dieses Jahres findet in Würzburg die 67. Sitzung der Gemeinsamen Grenzkommission statt. Es ist zu hoffen, daß den Beamten des Innen- und vor allem des Innerdeutschen Ministeriums nun endlich, 13 Monate nach Ablösung der soziallliberalen Regierung, eindeutige Weisungen erteilt werden, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Elbeabschnitt energisch zu vertreten. Natürlich ist es schwierig für diese Beamten, jetzt bekennen zu müssen, daß sie neun Jahre lang eine falsche Rechtsauffassung vertreten haben. Diesen Atlas einfach vom Tisch zu fegen, wie die Karten der NATO oder der ehemaligen Besatzungsmacht, wird ihnen kaum gelingen; denn die absolute Kontrolle der Sowjets gerade bei Druckerzeugnissen dieser Art läßt einen Irrtum nicht zu. Die Sowjets wußten 1952, wo ihre Besatzungszone endet.



Der Atlas für das 3. und 4. Schuljahr des Landes Mecklenburg aus dem Jahre 1952 wurde unter Kontrolle der Sowjets hergestellt. Deutlich ist die Grenze des Landes Mecklenburg im Elbeabschnitt am Nordostufer des Flusses eingezeichnet.

Juristische Folgen für SPD-Sprecher Scheuble?

Neue Ungereimtheiten um den Lauschangriff auf Strauß

PETER SCHMALZ, München

Der Lauschangriff auf Franz Josef Strauß und Gerold Tandler wird für den Sprecher der bayerischen SPD, Fridolin Scheuble, voraussichtlich juristische Konsequenzen haben. Nach Informationen der WELT soll Scheuble entgegen seinen bisherigen Einlassungen bereits vor dem Treffen mit dem der Öffentlichkeit noch unbekannten Funkamateur, der das Telefonat zwischen dem CSU-Vorsitzenden und dem CSU-Fraktionschef im bayerischen Landtag abgehört und auf Band aufgenommen hatte, gewußt haben, daß ihm ein illegal mitgeschnittenes Telefongespräch übergeben wird. Außerdem hat Scheuble Zeitabsprachen mit dem Unbekannten bisher selbst vor der Staatsanwaltschaft verheimlicht.

In seinen ersten Erklärungen hatte der SPD-Pressesprecher gesagt, ein Unbekannter habe ihm am Montag vergangener Woche telefonisch um 15 Uhr ein Tonband angeboten, weil er Strauß nicht möge. Später wurde jedoch bekannt, das Gespräch, in dem Strauß seinen Vertrauten gebeten hatte, vorübergehend den Posten des CSU-Generalsekretärs kommissarisch zu übernehmen, habe erst kurz vor 16 Uhr stattgefunden. Scheuble räumte daraufhin ein: „Der Unbekannte kann auch gegen 16 Uhr angerufen haben."

Der große Unbekannte

Inzwischen verdichten sich Hinweise, wonach dem SPD-Mitarbeiter nicht irgendein Band, sondern ausdrücklich ein Tonband mit drei Minuten des Strauß-Tandler-Gesprächs angeboten worden ist. Scheuble hatte bisher angegeben, der Unbekannte sei in seine Wohnung gekommen und habe die Kassette in einem mitgebrachten Recorder abgespielt, worauf er – Scheuble – erstmals erfahren haben will, daß es sich um das bewußte, illegal aufgenommene Gespräch handelte.

Auch über die Vereinbarungen mit dem Unbekannten mußte der SPD-Sprecher gegenüber der WELT seine bisherige Darstellung ergänzen. Das Tonband wurde am Morgen nach dem Telefonat um 8.45 Uhr in Scheubles Wohnung übergeben. Ursprünglich jedoch sollte der Treff bereits am Abend um 19 Uhr stattfinden, Scheuble war jedoch aus privaten Gründen verhindert: Er wollte mit seiner Frau, einer Münchner SPD-Stadträtin, Essen gehen.

Nach Informationen der WELT beinhaltet das Band keine spektakulären Äußerungen der beiden CSU-Politiker, die Worte lassen auch nicht den Schluß zu, Strauß sei von seinem verunglückten und mit einem Strafverfahren wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung konfrontierten Generalsekretär Otto Wiesheu abgerückt. Es enthält den Hinweis Tandlers auf ein Schreiben Wiesheus an Strauß, das dieser zu diesem Zeitpunkt noch nicht kannte und in dem ihn Wiesheu um das vorübergehende Ruhen seines Amtes als Generalsekretär bittet.

Amüsante Lektüre

Scheuble hatte vor der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, aus dem Vergleich des von der CSU veröffentlichten Wiesheu-Briefes und dem Strauß-Tandler-Gespräch bestehe eine Diskrepanz, indem er vor Journalisten erklärt habe, er habe sich nach Kenntnis des Tonbands über den Brief „amüsiert".

In München wurde daraufhin spekuliert, Strauß habe Wiesheu aus dem Amt gedrängt. Auf empörte Vorhalte Tandlers, der Scheubles Verhalten als „unanständig" bezeichnete, schränkte der SPD-Sprecher ein, man könne sich auch „über Nuancen amüsieren". In der CSU beschuldigt man den SPD-Mitarbeiter, er habe mit seinem „Amüsier-Satz" wider besseres Wissen eine unwahre Spekulation anheizen wollen. Tandler: „Ich bin darüber zutiefst erschüttert und menschlich enttäuscht." Gegenüber Tandler erklärte auch SPD-Fraktionschef Helmut Rothemund sein Mißfallen über Scheubles Verhalten. Um sich nicht strafbar zu machen, hatte Rothemund das illegale Tonband nicht abgehört und unverzüglich seinem CSU-Kollegen Tandler ausgehändigt. Dieser hatte daraufhin im Einvernehmen mit Strauß Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt.

Fällt die Rentenerhöhung noch knapper aus?

GISELA REINERS, Bonn

Zwei Wochen nach Vorlage des Rentenanpassungsgesetzes durch das Bundesarbeitsministerium muß die angekündigte Rentenerhöhung zum 1. Juli 1984 nach unten korrigiert werden. Es ist dabei nicht ausgeschlossen, daß die Anhebung noch einmal gekürzt werden muß, wenn nämlich im Januar die endgültigen Werte über die Entgeltsteigerung für 1983 vorliegen.

Ende Oktober hatte das Arbeits- und Sozialministerium berichtet, die Renten würden Mitte nächsten Jahres um 3,4 Prozent entsprechend der durchschnittlichen Einkommensentwicklung erhöht. Dieser Betrag sollte sich reduzieren um zwei Prozentpunkte für die Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung entsprechend dem Haushaltsbegleitgesetz von 1982. Effektiv sollten die Ruhegeldempfänger rund 1,3 Prozent mehr erhalten.

Was jedoch nicht beachtet wurde, war der einschränkende Paragraph, daß die Anhebung nach dem Stand der statistischen Erhebung errechnet sei und berichtigt werden könne. In der vergangenen Woche hat der Arbeitskreis gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung, dem Experten von Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsministerium angehören, die Statistik nach unten revidiert. Jetzt werden für 1983 nur noch 3,1 Prozent mehr Lohn und Gehalt unterstellt statt 3,4. Die effektive Rentenanhebung würde somit nur noch rund ein Prozent betragen. Da sich die Rentenaufbesserung aber erst nach der endgültigen Entgeltsteigerung, die im Januar vorliegt, richtet, kann es sein, daß dieser Wert sich noch einmal vermindert.

Für 1984 hat der Arbeitskreis seine Schätzungen ebenfalls zurückgenommen. Es wird nicht länger von 3,8, sondern nur noch von 3,4 Prozent mehr Lohn und Gehalt im Durchschnitt ausgegangen. Für die Rentenversicherung bedeutet das einen Ausfall von rund 500 Millionen, der noch verschärft wird um einen fast gleich hohen Beitragsausfall aufgrund stagnierender Beschäftigungszahlen. Das stellt die 1984 mit Liquiditätsproblemen belastete Rentenversicherung vor neue Schwierigkeiten.

CDU wirft Börner „Wortbruch" vor

SPD und Grüne verhandeln seit gestern über Bildung einer gemeinsamen Regierung

dpa, Wiesbaden

Die hessische SPD und die Grünen haben ihre öffentlichen Verhandlungen über Möglichkeiten politischer Zusammenarbeit bis hin zur Bildung einer neuen Landesregierung gestern in Wiesbaden eröffnet. Mit der Aufnahme der Gespräche im Landtag zogen die beiden Parteien Konsequenzen aus der vorgezogenen Neuwahl des Parlaments am 25. September, bei der keine Fraktion eine regierungsfähige Mehrheit erzielt hatte.

CDU und FDP hatten das Verhandlungsangebot der SPD abgelehnt. In Hessen regiert geschäftsführend ein SPD-Minderheitskabinett von Ministerpräsident Holger Börner, der als SPD-Landesvorsitzender auch die sechs Mitglieder zählende Gesprächskommission seiner Partei bei den Vehandlungen mit den Grünen anführt. Die Umweltpartei nimmt an den zeitlich und thematisch unbegrenzten Gesprächen mit vier Angehörigen ihrer Landtagsgruppe und zwei Vertretern des Landesvorstandes teil.

Vor Beginn der Verhandlungen lehnte die SPD jede Stellungnahme zu der Tagung der sogenannten Radikalökologen innerhalb der Grünen ab, die am Wochenende in Fulda ihre negative Haltung zu einer Zusammenarbeit der beiden Parteien bekräftigt hatten. Zwei Landtagsabgeordnete der Umweltpartei – Gertrud Schilling und Reinhard Brückner – kündigten an, sie wollten Börner auch nach einer Einigung zwischen SPD und Grünen nicht zum Ministerpräsidenten wählen. Die SPD stellt im Parlament mit 51 Mandatsträgern die stärkste Fraktion. Die CDU hält 44 Sitze; die FDP stellt acht Parlamentarier, und die Grünen sind mit sieben Abgeordneten vertreten. Die absolute Mehrheit liegt bei 56 Stimmen.

Die hessische CDU warf Börner wegen der Verhandlungen mit den Grünen „ungeheuerlichen Wortbruch" vor. Die Union, die zur Lösung der politischen Krise eine Große Koalition mit der SPD nicht ausgeschlossen hatte, erinnerte daran, Börner habe die Grünen in die geistige Nähe von Faschisten gerückt und noch kurz vor der Wahl jede Zusammenarbeit mit der Umweltpartei mehrmals abgelehnt. Die FDP bezeichnete die Entscheidung der SPD für Gespräche mit den Grünen als „Wählertäuschung und historischen Umfall".

Raketen-Debatte im italienischen Parlament

dpa, Rom

Mit Zuversicht auf eine klare Mehrheit für die Aufstellung der ersten von 112 Cruise Missiles der NATO zum Jahresende auf Sizilien ist die italienische Regierung in eine dreitägige Parlamentsdebatte über die Raketen-Frage gegangen.

Übereinstimmend wurde gestern, wenige Stunden vor Beginn der Beratungen in Rom erwartet, das die Koalitionsparteien, Sozialisten, Christdemokraten, Republikaner, Sozialdemokraten und Liberale, morgen geschlossen für den NATO-Doppelbeschluß stimmen werden, der eine Aufstellung der neuen Atomwaffen bei einem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen in diesem Jahr vorsieht.

Die in Rom oppositionellen Linksparteien mit den Kommunisten an der Spitze haben Anträge gestellt, die *eine Verlängerung der Genfer Verhandlungen* um mindestens ein Jahr vorsehen. In dieser Zeit sollen die NATO und die Sowjetunion auf neue europäische Raketen oder Marschflugkörper verzichten.

Brandt: Europäische Sicherheitspolitik fördern

WELT-Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden vor dem Parteitag in Köln / „Sowjets haben mehr in sich aufgenommen, als sie verdauen können"

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt will auf dem außerordentlichen Parteitag am kommenden Wochenende in Köln versuchen, die beiden Themen miteinander zu verbinden: Am Freitag steht die Europa-Politik auf der Tagesordnung mit der Wahl der SPD-Kandidatenliste für die Europa-Wahl am 17. Juni 1984; am Sonnabend geht es um die Sicherheitspolitik und die Standortbestimmung der SPD zum NATO-Doppelbeschluß. Brandts Rede soll daher in starkem Maße von der „europäischen Sicherheitspolitik" geprägt sein.

In einem Gespräch mit der WELT vor dem Parteitag sprach Brandt von dem Anspruch Europas, nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft zu sein, sondern auch „ein politischer Organismus – und ein solcher ist nicht denkbar, ohne daß er sich auch mit Sicherheitspolitik befaßt". Auf den Einwurf, daß ja gerade auf diesem Gebiet die Unterschiede am gravierendsten sind – hier Atommächte, dort Nicht-Atommächte –, betonte er, daß er „jedenfalls nicht drängen und nicht falsche Eindrücke provozieren" wolle. Aber es gebe, auch in Frankreich, „ein Gefühl" dafür, daß ein gewisser Widerspruch bestehe zwischen Frankreichs Zugehörigkeit zum Bündnis und der militärischen Strategie, die sich auf die Verteidigung des eigenen Landes konzentriert. Aber für Brandt, der gestern in Paris mit dem Generalsekretär der französischen Sozialisten. Jospin, zusammentraf, darf „dies nicht ausschließen, enger zusammenzurücken und damit den Amerikanern zu helfen". Denn Washington gehe es mit *Sicherheit* „auf die Dauer auf den Nerv, wenn es mit den Partnern nicht nur unterschiedlicher Größenordnung, sondern auch unterschiedlich vorgebrachter Interessen zu tun" habe.

Brandt, der bei der ersten Wahl zum Europäischen Parlament 1979 noch auf Platz Eins der SPD-Liste kandidiert hatte, bringt die weitere Entwicklung einer europäischen Politik, die sich auch auf Gesamteuropa bezieht, in engen Zusammenhang mit der bevorstehenden westlichen Nachrüstung: Man müsse mit einer verschlechterten „Großwetterlage" als Folge rechnen, die sich auch „zu Lasten der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa entwickeln". Aber „wenn wir Glück haben", werde das gesamteuropäische Thema wiederkommen, das Thema, „wie man die andere Dimension von Europa-Politik entwickelt".

Ein an diesem Punkt ungemein temperamentvoller Brandt wirft ein, daß man sich vorstellen könne, auf dem Gebiet der gesamteuropäischen Politik, „dies dann mit Einschluß der Sowjetunion", sogar gegen die von der SPD erwarteten negativen Folgen der Nachrüstung „gegenzusteuern". Kontakte auf den Feldern der Wirtschaft und der Technik, der Kultur wie der Wissenschaft könnten dazu beitragen, „daß man die Krise sich nicht ungebührlich verschlimmern läßt".

In der Perspektive für Europa, in der ferneren Zukunft muß man nach Brandts Worten auch berücksichtigen, daß die Erfahrung der letzten 40 Jahre zeige, daß die Sowjets „mehr in sich aufgenommen haben, als sie verdauen können". Die politische Landkarte Europas zeige dies: Sie habe nach dem Krieg zuerst „wie eine flache Landkarte" ausgesehen. Doch inzwischen sei sie schon wieder zu einer „Reliefkarte geworden, weil die Kulturen der europäischen Staaten, ihre historischen Bezüge und Interessen doch immer wieder zum Durchbruch kommen". Und zwar „stärker, als viele vermutet haben" Nur, dies *betont Brandt sehr deutlich, man* müsse Moskau immer wieder klar machen, daß dies keine anti-sowjetische Politik bedeute, sondern daß es „im eigenen sowjetischen Interesse läge, auch ihrer Sicherheit, daß hier in Europa das, was auseinandergegangen ist, wieder zusammenwachsen kann". Nur dies müsse dann sehr viel weiter reichen als die „doch sehr unzulänglichen Geschichten, die auf der KSZE-Konferenz in Helsinki versucht wurden", wobei es gut sei, daß sie überhaupt versucht worden seien.

Einmal mehr hat Brandt im Gespräch mit der WELT die Sorgen in der SPD betont, daß durch die neuen westlichen Waffen, „die es in sich haben", die NATO „in den Herzen und Köpfen vieler Menschen geschwächt" werde. Zum Beweis führt er an, daß es „lange Jahre nicht so viel Streit um die Allianz" gegeben habe, wie zur Zeit. Er gebe zu, daß dies alles natürlich „sehr viel Hypothetisches" an sich habe. *Und er wäre* froh, wenn er sich irren sollte. Aber unser Interesse an den „gesamteuropäischen Dingen" *müsse* „zwangsläufig ein anderes sein, als es sich aus der geographischen und geopolitischen Situation der Vereinigten Staaten" ergäbe. Er werde in Köln auf dem Bundesparteitag der SPD an das erinnern, „was in der Europa-Politik schon mal auf den Weg gebracht werden" könne. Dabei wolle er auf jeden Fall, auch wenn er über die europäische Friedensordnung spreche, „keine zu hohen Erwartungen wecken".

Auch fünfte Nachwahl ging an Opposition

dpa/v. K. Paris

Die Rechtsopposition in Frankreich hat bereits die fünfte Nachwahl zu den Gemeindewahlen des vergangenen März im Raum Paris, die wegen erwiesenen Wahlschwindels kommunistischer Bürgermeister vom Verfassungsrat angeordnet waren, triumphal gewonnen. Mit 54,5 Prozent der Stimmen setzte sich der gaullistische Bewerber Jean-Claude Abrioux in der Industriegemeinde Aulnoy-sous-Bois im Norden von Paris in der Stichwahl durch. Sein *kommunistischer Rivale, der bisherige* Bürgermeister Pierre Thomas, kam auf 45,6 Prozent.

Der hohe Stimmenzuwachs der Rechtsparteien kam durch das Votum von Wählern zustande, die im ersten Wahlgang ihre Stimmen der rechtsextremen „Nationalen Front" gegeben hatten. Einen Wahlpakt mit der Nationalen Front hatten Gaullisten und *Giscardisten* allerdings abgelehnt.

Gemrges Marchais, Chef der *französischen KP, gab den Sozialisten die* Schuld für die Wahlniederlage.

Beschluß

Die Firma IBH Holding AG., Erthalstraße 1, 6500 Mainz 1, vertreten durch den Vorstand

a) Horst-Dieter Esch, Schwalbenweg 17, 6272 Niedernhausen-Wildpark,
b) Heinz-Friedrich Hoppe, Erwin-von-Witzleben-Straße 38, 4000 Düsseldorf,
c) Ewald W. Ahrem, Zieglerstraße 19, 4100 Duisburg 1,
D) Walther M. Herzog, Quellbornstraße 66, 6200 Wiesbaden-Frauenstein,
e) Gerhard Fahr, Erlenweg 6, 6104 Jugenheim,
f) Hans Trautnitz, Nieder-Olmer-Straße 4, 6501 Zornheim,
g) Ahmed A. Moussa, Avenue Général Leclerc, F-54000 Nancy,
h) *William J. Dalton, 16 Dunvegan Drive Newton Mearnl/Glasgow,* Great Britain,

hat durch einen am 4. November 1983 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen *beantragt.*

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Petereit, Kaiserstraße 24A, 6500 Mainz 1, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

An die *Schuldnerin* wird *heute, am* 4. November 1983, 13.00 Uhr ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Gleichzeitig wird angeordnet, daß die in § 57 der Vergl.O. bezeichneten Beschränkungen der Schuldnerin eintreten und daß dem vorläufigen Verwalter die dort vorgesehenen Befugnisse des Vergleichsverwalters zustehen. Der Schuldnerin wird verboten, über die in ihrem Eigentum stehenden Grundstücke zu verfügen.

Mainz, den 4. November 1983 — 13 VN 1/83 —

Das Amtsgericht

Die NATO wird zum Faustpfand Madrids

Das spanische Junktim zwischen EG und Nordatlantikpakt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Nach einem Jahr „sozialistischer" Außenpolitik kann Spanien im Ausland ein positives Echo seines von innen her gefestigten Image registrieren. Das zeigt sich in seinen Wirtschaftsbeziehungen – die einzigen nennbaren Investitionen kommen aus dem Ausland – so wie in der positiven Reaktion auf die geschickte Hilfestellung der Spanier in Mittelamerika. Im wesentlichen sind dies persönliche Prestige-Erfolge von Ministerpräsident Felipe Gonzalez.

Die Hauptziele der eigentlichen Außenpolitik Spaniens aber erscheinen ferner denn je gerückt. Seit 1962 bemüht sich das Land um die Integration in die Europäische Gemeinschaft. Innere Schwierigkeiten in der Gemeinschaft, vor allem die mediterrane Konkurrenz der Landwirtschaften in Italien und Frankreich schieben das ursprünglich schon für 1983 angesetzte Beitrittsdatum aber immer wieder hinaus.

Heute erscheint es bereits fraglich, ob dieser Beitritt noch während der laufenden Legislaturperiode – bis Ende 1986 – geschehen kann. Aber allein vom Beitritt in die EG hängen alle wichtigen Bewegungen der spanischen Außenpolitik ab. Die sich in der Spanienfrage oft widersprechenden Äußerungen der EG-Mitglieder mußten im Madrider Außenministerium deshalb Nervosität und Unsicherheit auslösen. Das äußert sich ganz logisch hinsichtlich des Verbleibs Spaniens in der NATO. In der Opposition steuerte die sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) einen klaren Anti-NATO-Kurs. Für den Fall des Wahlsieges verkündete die Partei 1982 ein Referendum, das über die Zugehörigkeit entscheiden sollte.

Nachdem aber die bürgerliche Unionsregierung im Sommer 1982 den Beitritt vollzogen hatte, konnten die Sozialisten – nun in der Regierung – diesen Schritt nicht mehr rückgängig machen und schwenkten auf den atlantischen Kurs ein. Die Mitgliedschaft wurde jedoch nicht ausgebaut. Es blieb bei dem bis dahin vollzogenen politischen Beitritt. Die erwartete Eingliederung der spanischen Armee in die militärische Struktur der NATO behielt sich die sozialistische Regierung vor; sozusagen als das kleinere Faustpfand für den Beitritt in die EG.

Das spanische Junktim NATO–EG mag im übrigen Europa auf Widerspruch stoßen. Auch in Deutschland gibt es wichtige Stimmen, die auf die Unterschiedlichkeiten der beiden Allianzen hinweisen. Subjektiv – von Madrid aus gesehen – bleibt den Spaniern aber nicht viel anderes übrig, als mit dem NATO-Austritt zu drohen, wenn es um die Mitgliedschaft in der EG geht.

So wird sich denn die Formulierung bei dem vorgesehenen Referendum ausschließlich an den Chancen für den EG-Beitritt orientieren. In der Zwischenzeit aber überläßt die Regierung den Medien die „Information" über die Aufgaben der NATO, nämlich die Erhaltung des Friedens. Praktisch kommt dabei – vor allem beim staatlichen Fernsehen – eine Desinformation zuungunsten der NATO und zugunsten der Sowjetunion heraus.

Die Methodik dieser Informationspolitik läßt befürchten, daß die sozialistische Regierung bewußt der extrem links orientierten Redaktion des Fernsehens hier freie Hand läßt.

Ministerpräsident Felipe Gonzalez und Außenminister Fernando Moran reden bei der Behandlung atlantischer Themen oft mit verschiedenen Zungen. Gewiß, auch das kann Absprache sein; selbst wenn damit zu rechnen ist, daß der Außenminister zu jenen Kabinettsmitgliedern ohne Fortüne gehört, die im nächsten halben Jahr ausgewechselt werden dürften.

Zu den NATO-Befürwortern zählt im Regierungslager offensichtlich der Verteidigungsminister Narcis Serra. Er weiß um das allgemeine Interesse der Armee an den gemeinsamen Aufgaben in der NATO. Auch dies ein Beispiel für den dringenden Wunsch nach einem Ende der politischen Isolierung. Serra kennt aber auch Gegenstimmen und ihren betont nationalistischen Klang, der deshalb aber nicht auch konservativ sein muß. Die Einstellung der radikaleren Gegner ließe sich eher militär-sozialistisch umschreiben. Und hier ist der ideologische Weg zu den gegenwärtig unruhigen „Ex-Kombattanten" und den Altfalangisten gar nicht weit. So sind denn gerade die loyalen und verfassungsbetonten Befehlshaber schon aus Gründen der inneren Stabilität für den NATO-Beitritt.

In Costa Rica bauen USA Straße nach Nicaragua

epd, San José

Mitglieder der US-Nationalgarde werden nach Angaben des US-Botschafters in San José, Curt Winsor, von Januar nächsten Jahres an im costaricanischen Norden nahe der Grenze Nicaraguas „Straßenbaumaßnahmen durchführen und die medizinische Versorgung verbessern".

Wie Winsor vor Journalisten in San José sagte, würden die Truppen lediglich zivile Aufgaben übernehmen. An der Pressekonferenz nahm auch der stellvertretende US-Verteidigungsminister Fred Ikle teil, der sich zuvor mit dem costaricanischen Präsidenten Luis Alberto Monge zu längeren Gesprächen getroffen hatte.

Ikle führte an, mit dem Projekt, das im Januar beginnen solle und langfristig angelegt sei, solle die Demokratie in der mittelamerikanischen Region verstärkt werden. Sowohl Winsor als auch Ikle machten deutlich, daß die amerikanische Regierung bereit sei, Costa Rica Militärhilfe zu geben.

Auf die Frage von Journalisten, ob das Projekt Teil der Vorbereitungen zu einer Intervention in Nicaragua sei, sagte Ikle, es sei inzwischen klar, daß „die Kommandanten in Managua" davor Angst hätten.

Saar-Minister Henn setzt sich gegen Vorwürfe zur Wehr

„Nie versucht, finanzielle Regelung mit früheren Arbeitgeber zu verheimlichen"

JOACHIM NEANDER, Saarbrücken

Der saarländische Wirtschaftsminister Walter Henn (FDP) hat sich gegen Vorwürfe verteidigt, er habe in einem „Geheimabkommen" mit seinem bisherigen Arbeitgeber, der Vereinigten Saar-Electricitäts AG, seine Ministerbezüge um bis zu 100 000 Mark im Jahr aufgebessert. Es handele sich, sagte Henn, um normale Ruhestandsbezüge, die er sich in 27jähriger Tätigkeit für das Unternehmen wohl verdient habe. Im übrigen habe er auch nie versucht, diese finanzielle Regelung zu verheimlichen.

Tagelange Suche nach dem Nachfolger

Henn war kurzfristig ins Amt gekommen, als vor sechs Wochen der FDP-Politiker Edwin Hügel von der eigenen Partei zum Rücktritt vom Amt des Wirtschaftsministers praktisch gezwungen worden war. Tagelang wurde nach einem Nachfolger gesucht. Der 56jährige Walter Henn, einer der beiden Vorstandsmitglieder bei der VSE (die zu 41 Prozent dem Großaktionär RWE, ansonsten der öffentlichen Hand gehört), lehnte zunächst ab. Erst nach hartnäckigem Drängen, unter anderem auch durch den FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, entschloß er sich, in die Politik zu wechseln.

Schon in der ersten Pressekonferenz nach seinem Amtsanstritt wehrte Henn Versuche ab, ihn für seinen „Abstieg" aus einem hochdotierten Posten der Wirtschaft in das mit rund 150 000 Mark im Jahr honorierte saarländische Ministeramt als löbliches Beispiel auch für andere zu rühmen. Henn gab offen zu, er werde sich „nicht verschlechtern". Einzelheiten kamen damals nicht zur Sprache, waren auch noch nicht geregelt.

In der Zwischenzeit jedoch billigte der Aufsichtsrat der VSE, in dem u. a. der Oberbürgermeister Oskar Lafontaine (SPD) sitzt, mit Mehrheit folgende Regelung: Vorstandsmitglied Henn wird von der VSE in den einstweiligen Ruhestand versetzt und kann 1985, wenn nach den nächsten Landtagswahlen im Saarland die FDP nicht mehr im Parlament vertreten sein sollte, auf seinen alten Vorstandsposten zurückkehren.

Über Henns Ruhestandsbezüge ist offiziell nichts bekannt. Der von der SPD geäußerten Behauptung, sie entsprächen genau der Differenz zwischen Vorstands- und Ministergehalt, wurde bisher allerdings nicht widersprochen. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet die Ruhestandsregelung mit dem Minister vor allem deswegen, weil das Monopolunternehmen VSE an der Saar in seiner Tarifgestaltung von der Zustimmung des Wirtschaftsministers abhängig ist.

Empörung in der CDU/FDP-Koalition

Aus der Saarbrücker Staatskanzlei war gestern kein offizieller Kommentar zu hören. Inoffizell wird in Kreisen der CDU/FDP-Koalition Empörung über die Art und Weise geäußert, in der die von Minister Henn nie bestrittene Regelung von der SPD jetzt in einen Zusammenhang mit der nach dramatischen Verhandlungen zustande gekommenen Rettung der Firma Arbed Saarstahl gebracht wird.

Henn hatte, obwohl er sich in den gesamten Komplex in wenigen Tagen einarbeiten mußte, bei den langwierigen Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung, Betriebsrat, Bundesregierung und Landesregierung großen Anteil am Zustandekommen der Lösung, bei der schließlich auch die Belegschaft einer Kürzung ihrer Sozialpläne von 90 auf 82 Prozent der letzten Nettolöhne zustimmte.

Bangladesh wählt neuen Präsidenten und ein Parlament

dpa, Dacca

Der oberste Kriegsrechtsverwalter und Regierungschef von Bangladesch, Hussain Muhammed Ershad, hat am Montag für den 24. Mai 1984 die Wahl eines neuen Präsidenten angekündigt. In einer landesweiten Rundfunk- und Fernsehansprache kündigte der General, der vor über zwei Jahren nach einem Militärputsch die Macht übernommen hatte, außerdem für den 25. November 1984 Parlamentswahlen und für den 27. Dezember 1984 Kommunalwahlen an. Das bisher für politische Parteien geltende öffentliche Betätigungsverbot wurde aufgehoben.

In seiner Rede ließ Ershad offen, ob er selbst für das Präsidentenamt kandidieren werde. Der General ist jedoch bereits von seinen Anhängern zu einer Kandidatur aufgefordert worden.

Die Ankündigung Ershads erfolgte kurz vor dem Eintreffen der britischen Königin Elizabeth II. zu einem Staatsbesuch in dem asiatischen Land und erfüllt eine der grundlegenden Forderungen der Opposition. Die Opposition, die weiter für eine sofortige Aufhebung des Kriegsrechts und die Freilassung aller politischen Gefangenen eintritt, wollte während des Besuches der Monarchin Demonstrationen veranstalten und mehr bürgerliche Freiheiten verlangen. Bangladesch, das frühere Ostpakistan, ist Mitglied des Commonwealth.

Bartoszewski: „Wahrer Friede nur in Freiheit"

Der polnische Schriftsteller und Historiker vor dem ZdK

H. GRAF PLETTENBERG, Bonn

Das Deutschlandbild der Polen habe sich gewandelt. Zwei Drittel des polnischen Volkes hätten keine persönlichen Erfahrungen mehr aus der letzten kritischen Epoche der deutsch-polnischen Geschichte. Damit sei zwar keineswegs die Geschichte vergessen. Doch es fehle das starke persönliche Engagement derer, die noch über diese Erfahrung verfügten. Diese Sätze sprach Professor Wladislaw Bartoszewski bei einem Vortrag auf der Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Bartoszewski war Häftling in Auschwitz und in stalinistischen Lagern. Er lebt seit Frühjahr 1982 in der Bundesrepublik Deutschland.

Nicht zu unterschätzen sei, so Bartoszewski, in diesem Zusammenhang auch der Wert der deutschen Polenhilfe. Erst wer die Psyche der Polen kenne, könne die Wichtigkeit dieser Beweise des guten Willens und der menschlichen Solidarität verstehen. Die Hilfe sei ein Beitrag zum „Frieden, der von den Köpfen und Herzen der Menschen ausgeht". In der Zeit, da sich die Hilfe so reich entfaltet habe, seien die Polen durch die Äußerungen einiger für die deutsche Politik damals (1981/82) verantwortlicher Männer eher gekränkt als erfreut worden.

Bartoszewski zitiert auch den polnischen Literaturwissenschaftler Jan Józef Lipski zum deutsch-polnischen Verhältnis. Polen, so Lipski, träume als „eine Nation, die sich dem westlichen Mittelmeer-Kulturkreis zugehörig fühlt, von der Rückkehr in das größere Vaterland Europa". Daher sei die Aussöhnung mit den Deutschen unbedingt erforderlich. Daher müsse man begreifen, daß es auf beiden Seiten Schuld gebe.

Die Vertreibung vieler Deutscher sei vielleicht im Verhältnis zu dem Unrecht, was Polen von deutscher Seite zugefügt wurde ein kleineres Übel, meint Bartoszewski, immer noch Lipski zitierend. Ein Übel, das ein von zwei Räubern überfallenes Land vielleicht nicht habe vermeiden können. Doch wird Böses nicht gut, weil es unvermeidbar ist. So ziehe diese Schuld auch moralische Verpflichtungen nach sich.

Bartoszewski vertritt den Standpunkt, es sei nicht damit getan, einen Strich unter die Geschichte zu ziehen und alles zu vergessen oder Vergangenheitsbewältigung mit Forderungen an andere zu betreiben. Vielmehr hätten sich beide Völker „im Interesse der besseren zukünftigen europäischen Ordnung und des zukünftigen Miteinanderlebens" ihrer weiteren Generationen selbst „harte moralische Forderungen" zu stellen.

Mit einem unverkennbaren Seitenblick auf die deutsche „neue Friedensbewegung" stellte Bartoszewski fest, daß für die Polen „der wahre Frieden nur in Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit" denkbar sei. „Unter anderen Voraussetzungen kann keine Rede von Frieden sein", sagte der Schriftsteller. „Der Begriff Frieden um jeden Preis verhöhnt die Grundlagen der Freiheit und Demokratie". Er bedeute die freiwillige Kapitulation vor der Aggression, ohne die möglichen Folgen zu bedenken. So bedeute ferner freiwillige Unterordnung unter jede Brutalität, „auch Mord und Mordbefehl".

Priester lobt die KP

Streit um Sekretär der britischen „Friedensbewegung"

wth, London

Bruce Kent, der Generalsekretär der britischen „Kampagne für nukleare Abrüstung" (CND), ist wegen seines Auftritts als Redner auf dem Parteitag der britischen Kommunisten hart kritisiert worden. Der katholische Priester hatte dabei die „Partnerschaft zwischen der britischen Friedensbewegung und der kommunistischen Partei" gelobt. Ausdrücklich bedankte sich Kent für die Unterstützung der CND-Bewegung durch die kommunistische Tageszeitung „Morning Star".

Zu dem Auftritt von Kent erklärte Sir John Biggs-Davidson, einer der führenden katholischen Abgeordneten im Parlament, wenn ein Priester so militant eine politische Sache vertrete, dann würde das eine Spaltung und sogar einen Skandal unter der katholischen Gemeinde auslösen. Bereits vor einem halben Jahr war Kent von seinem Vorgesetzten, Kardinal Hume, aufgefordert worden, sich aus der Parteipolitik herauszuhalten.

Kent räumte zwar ein, daß sein Auftreten bei den Kommunisten eine delikate Sache gewesen sei, dennoch wolle er auch in Zukunft die Wahrheit sagen. Er sprach von einem Messen mit zweierlei Maß. Wenn ein katholischer Priester in Polen mit der Gewerkschaft „Solidarität" Kontakt aufnehme, so werde dies nicht als delikat angesehen.

Haushälterin von Papst Pius XII. gestorben

dpa, Wien

Die Haushälterin und Betreuerin von Papst Pius XII., Mutter Pasqualina, ist im Alter von 89 Jahren in Wien an einer Hirnblutung gestorben. Die in Deutschland geborene Nonne Pasqualina Lehnert hatte Pius bereits gedient, als er noch als Päpstlicher Nuntius (Monsignore Eugenio Pacelli) in Berlin *und München tätig* war. Sie folgte ihm nach seiner Wahl zum Papst im Jahre 1939 nach Rom und wurde bis zu seinem Tod im Jahre 1958 zu einer zentralen Figur im Vatikan. Selbst hochgestellte Prälaten suchten erst bei ihr um Erlaubnis nach, wenn sie um eine päpstliche Audienz baten.

Nach dem Tod von Pius XII. gründete Pasqualina einen in Rom ansässigen Orden. Anfang des Jahres veröffentlichte sie ein Buch mit dem Titel „Ich hatte das Privileg, ihm zu dienen". Im Februar gab sie einer katholischen Publikation ihr erstes Interview, wobei sie den wegen seines Verhaltens im Zweiten Weltkrieg zuweilen kritisierten Pius XII. engagiert verteidigte.

In der vergangenen Woche fuhr Mutter Pasqualina nach Wien, um an einer Feier zum 25. Todestag des Pacelli-Papstes *teilzunehmen. Am Don*nerstag brach sie beim Betreten des Flugzeugs, das sie nach Rom zurückbringen sollte, zusammen und wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo sie am Sonntag starb.

Jugoslawien: Vorstoß für politische Gefangene

Kriminologen debattieren über Milderung im Strafrecht

CARL GUSTAF STRÖHM, Laibach

Die Abschaffung oder zumindest eine entscheidende Milderung politischer Strafbestimmungen im Strafgesetzbuch Jugoslawiens ist auf dem *Kongreß der jugoslawischen Krimi*nologen in der mazedonischen Stadt Struga gefordert worden und hat dort heftige Debatten ausgelöst. So verlangte Georgije Marjanovic, Professor für Strafrecht an der Universität Skopje, die Streichung jener Paragraphen des Strafgesetzbuches, die sich auf sogenannte „feindliche Propa*ganda" sowie auf die sogenannte* „böswillige, unwahre Darstellung der gesellschaftlichen Zustände im Lande" beziehen.

Aufgrund dieser Bestimmungen sind in Jugoslawien zahlreiche Personen in die Gefängnisse geschickt worden – angefangen in den 50er und 60er Jahren mit Milovan Djilas, der seine kritischen Bücher im Westen veröffentlicht hatte, bis zu kleinen Bauern, die irgendeinen Witz erzählt oder ein „nationalistisches" Lied gesungen haben, wofür auch sie zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. In Belgrad kursiert die Geschichte von einem *angeheiterten Intellektuellen*, der jüngst von einem Passanten auf der Straße gefragt wurde: „Worauf wartest Du?" und der antwortete: „Auf die Russen." Resultat: 10 Tage Gefängnis.

Jetzt forderte Professor Marjanovic vor den versammelten Kriminologen, Staatsanwälten und Richtern außerdem eine bessere Behandlung für die politischen Häftlinge sowie eine Trennung der „Politischen" von den „Kriminellen" im Gefängnis. Marjanovic forderte die jugoslawischen Juristen auf, das Problem der politischen Straftaten nicht länger als Tabu *zu betrachten, zumal diese Frage* von der internationalen politischen Propaganda gegen Jugoslawien immer wieder ausgenutzt werde. Kein Paragraph des jugoslawischen Strafgesetzbuches dürfe so ausgelegt werden, daß sich Menschen fürchten *müssen, ihre Gedanken auszuspre*chen. „Wenn wir anders handeln", so erklärte der Gelehrte, „dann können wir zu einer Janus-Gesellschaft werden, in der die Menschen das eine denken, etwa anderes sprechen und etwas drittes tun". Nur noch offene *Versuche zu einer gewaltsamen ver*fassungsfeindlichen Aktivität sollten in Zukunft in Jugoslawien strafbar sein, meinte Marjanovic und wies darauf hin, daß eine solche Regelung in allen Staaten der Welt Geltung habe. Besonders wandte sich der Professor aus Skopje gegen den Straftatbestand der „Verleumdung des Staates". In Jugoslawien werde immer wieder erklärt, daß der arbeitende Mensch den höchsten Wert der sozialistischen Gesellschaft darstelle.

Chinesen sprechen mit Briten wieder über Hongkong

dpa/rtr/AP, Peking

Die sechste Runde der chinesisch-britischen Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs hat gestern in Peking begonnen. Die Regierung der Volksrepublik China hatte in der vergangenen Woche angekündigt, sie werde unabhängig vom Verlauf der *Gespräche mit Großbritannien* bis September nächsten Jahres über das Schicksal der kapitalistischen Enklave vor der Haustür der Volksrepublik entscheiden, wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine Einigung erzielt worden sei. Peking hatte zum ersten Mal seinen äußersten Termin für das Ende der vor einem Jahr begonnenen *vertraulichen Konsultationen* mit London genannt.

Darauf reagierte die britische Regierung mit der Bemerkung, sie wolle sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Es sei wichtig, die Beschlüsse über Hongkong „ohne zu große Hast" *zu fassen. Nur dann sei eine befriedi*gende Lösung möglich.

Im Jahr 1997 will die Volksrepublik China die Souveränität über Hongkong von Großbritannien übernehmen. Peking hatte erklärt, es wolle die Kronkolonie in eine „Sonderverwaltungszone" verwandeln, die das kapitalistische System beibehalten könne. China lehnte jedoch britische Vorschläge ab, wonach London auch künftig an der Verwaltung des Gebiets teilnehmen sollte.

Kritik wird laut an der Politik der Generale in Montevideo

Liberalisierung in Uruguay? / Reger Meinungsaustausch von Parteien und Offizieren

MANFRED NEUBER, Bonn

Argentiniens bevorstehende Rückkehr vom Militärregime zur parlamentarischen Demokratie bringt wieder Bewegung in die starren politischen Fronten im Nachbarland Uruguay. *Dort herrschen seit zehn Jah*ren die Generale.

Wie aus Militärkreisen in Montevideo verlautete, will die Führung in Kürze einen neuen Vorschlag zur Änderung der Verfassung von 1967 vorlegen. Als Begründung werden die nach der Wende in Argentinien „sehr veränderten Bedingungen" angegeben.

Beim ersten Anlauf zu einer Verfassungsreform erfuhr das Militär eine derbe Abfuhr: Mit großer Mehrheit lehnten die Uruguayer im November 1980 in einem Plebiszit die Pläne der Kommandeure ab, für die Zukunft ein Mitspracherecht der Streitkräfte in der Konstitution zu verankern.

Sondierende Gespräche

Im Mai dieses Jahres nahm die Regierung sondierende Gespräche über einen allmählichen Übergang zur Demokratie mit den drei geduldeten, nichtmarxistischen Parteien auf. Doch schon am 5. Juli wurde dieser Dialog abgebrochen, weil die Politiker sich den Forderungen der Militärs widersetzten.

*Nun begann in Uruguay eine „chi*lenische Entwicklung": Die Opposition organisiert jeden Monat einen nationalen Protesttag. Tausende demonstrieren friedlich auf den Straßen, viele Hausfrauen trommeln auf leeren Töpfen, und wie von Zauberhand *gehen in Montevideo die Lich*ter aus.

Wohl unter dem Druck dieser Entwicklung haben die Militärs am Wochenende als politische Geste, die auf die Wiederaufnahme des Dialogs mit den Parteien zielt, 26 Politiker demokratischer Parteien rehabilitiert. Ausgeschlossen von dieser Maßnahme blieben marxistische Politiker. Ebenso nicht rehabilitiert wurden die beiden Präsidentschaftsbewerber des Jahres 1971, der Sieger Aldunate sowie sein linker Gegner Seregni.

Im Zeitplan der Militärregierung für die Normalisierung in Uruguay sind Wahlen für den November 1984 und ein Machtwechsel für März 1985 vorgesehen. Die Wachablösung in Buenos Aires könnte die Entwicklung jedoch beschleunigen – oder auch aufhalten.

Uruguays Staatschef, General Gregorio Alvarez, hat nämlich die Ambition, sich für weitere fünf Amtsjahre bestätigen zu lassen. Er wird von Offizieren der harten Linie unterstützt. Gegen diese Absicht machen *jüngere Militärs offen Front; sie for*dern eine baldige Rückkehr in die Kasernen.

In den vergangenen Wochen herrschte hinter den Kulissen ein reger Meinungsaustausch zwischen Parteiführern und hohen Offizieren, die Uruguay zur einstigen Musterdemokratie Südamerikas zurückkehren sehen möchten. Besonders umstritten ist die Frage einer Generalamnestie für Verletzungen der Menschenrechte während der *Militärherr*schaft.

Unter Berufung auf die Doktrin der nationalen Sicherheit leistet der Militärrat, dem 25 Generale und Admirale aller drei Waffengattungen angehören, noch hinhaltenden Widerstand in diesem Punkte und bei der Wiederzulassung aller Parteien. Gegenwärtig werden *nur die Blancos und Colo*rados, die Traditionsparteien, und die rechtskatholische Bürgerunion toleriert.

Verboten sind nicht nur die Kommunistische und die Sozialistische Partei, sondern auch die Christlichen Demokraten. Ihr gemeinsamer Präsidentschaftskandidat von 1971, General Liber Seregni, ist sei zehn Jahren inhaftiert. Anhänger der Linken ziehen protestierend an seinem Haus in Montevideo vorbei.

Persönliche Animositäten

Der zivile Politiker mit der größten Ausstrahlungskraft, Wilson Ferreira Aldunate von den Blancos, wirkt auf die Militärs *wie ein rotes* Tuch. „Das sind persönliche Animositäten, das hat mit Politik nichts zu tun", heißt es in Montevideo. Der frühere Senator ist politisch gebannt und lebt im Exil. Ohne seine Kandidatur bei Wahlen wäre das Ergebnis ziemlich fragwürdig.

„Wie können wir mit den Militärs verhandeln, wenn unseren Führern die politische Betätigung untersagt ist und sie nach öffentlichen Protesten *willkürlich festgenommen* werden?" fragt man bei den geduldeten Parteien. Die Sicherheitskräfte waren wieder dazu übergegangen, Regimegegner heimlich abzuholen.

Seit dem Abbruch des Dialogs sind die Pressezensur und die Überwachung politischer Aktivitäten in Uruguay verschärft worden. „Es ist eine schwierige Aufgabe, einen geordneten Übergang von der Militär- zur Zivilherrschaft auszuhandeln", räumen besonnene Politiker ein. Militante Regimekritiker sehen sich jetzt durch den Umschwung in Argentinien ermutigt und drängen auf eine *schnellstmögliche Ablösung* der Generale.

Jugoslawiens Soziologen fordern eine „radikale Demokratisierung der KP"

Kongreß in Portoroz / „Völlig freie Wahlen in der Partei" / Professoren begehren auf

CARL G. STRÖHM, Portoroz

In Jugoslawien stehe die Liberalisierung und *Demokratisierung einer* „postrevolutionären Diktatur" auf der Tagesordnung. Diese These des bekannten Belgrader „Praxis"-Professors Svetozar Stojanovic stand im Mittelpunkt der Diskussionen des Kongresses der jugoslawischen Soziologen. Die *Zusammenkunft* dieser von den politischen Instanzen der jugoslawischen KP eher mißtrauisch betrachteten Wissenschaftler fand jüngst – nach neunjähriger politisch bedingter *Zwangspause* – im slowenischen Adria-Badeort Protoroz süd*lich von Triest statt.*

Fast alle Referenten und Diskussionsteilnehmer des Kongresses forderten eine grundlegende Änderung des politischen und wirtschaftlichen Kurses in Jugoslawien. Professor Stojanovic formulierte diese Analyse der gegenwärtigen Lage Jugoslawiens mit den Worten: „Wenn die Krise *sich weiter* verschärft und keine konstruktiven Lösungen sichtbar werden, dann geht Jugoslawien nicht nur in eine wirtschaftliche Katastrophe, sondern auch in Katastrophen anderer Art." Darum müsse man der Zeit entgegengehen und etwas unter*nehmen, bevor man von spontanen* Entwicklungen überrollt werde.

Stojanovic forderte vor allem eine radikale Demokratisierung der Kommunistischen Partei. So wie sich die *Idee der sowjetischen Oktoberrevo*lution mit der Verkündung des Kriegszustandes in Polen „erschöpft" habe, sei seit Ende der sechziger Jahre auch der jugoslawische Titoismus historisch „erschöpft".

„Wie kann man eine Gesellschaft demokratisieren, deren führende Kraft *– die Kommunistische Partei – nicht* demokratisiert ist?", fragte Stojanovic, um dann „völlig freie Wahlen" in der Partei zu fordern – also mit mehreren Wahllisten und unterschiedlichen politischen Plattformen. Als Gegengewicht und Ergänzung zur ju*goslawischen KP soll laut Stojanovic* eine zweite Organisation – ein „Bund der Sozialisten" zugelassen werden. Dadurch solle in Jugoslawien ein politischer Pluralismus entstehen und das bestehende Machtmonopol abgebaut werden.

Stojanovic tritt für einen begrenzten politischen Pluralismus in Jugoslawien ein. Ein unbegrenzter Pluralismus – etwa ein Mehrparteiensystem westlichen Typs – müsse zu nationalen und religiösen Streitigkeiten und damit zum Zerfall des Vielvölkerstaates führen. Bevor Jugoslawien für einen solchen unbegrenzten Pluralismus reif werde, *müsse* das Land und auch die KP einen Lernprozeß durchmachen. Es müsse, so Stojanovic, eine „sozialistische zivile Gesellschaft" geschaffen werden.

Der Belgrader Soziologe meinte dann, für Jugoslawien komme weder der „ungarische Weg" des Jahres 1956 – also eine gewaltsame Revolution – noch der „polnische Weg" – also eine Konfrontation von System und Volk – in Frage. Vielmehr stehe der Prager Frühling des Jahres 1968 der Lage Jugoslawiens am nächsten. *Man müsse eine Reform der Kommu*nistischen Partei anstreben. Veränderungen dürften nicht „chaotisch" und nicht „über Nacht" stattfinden.

Stojanovic forderte die jugoslawischen Intellektuellen und Wissen*schaftler zum Maßhalten, zum* Durchdenken und zur „Beherrschung des eigenen politischen Temperaments" auf. Eine Reform stelle für das herrschende politische Monopol ein Risiko dar – aber wenn das bestehende Monopol aufrechterhal*ten werde, sei das Risiko noch grö*ßer.

Professor Rudi Supek aus Zagreb übte scharfe Kritik an der Kaderpolitik des kommunistischen Systems. Es finde unter diesem System eine „negative Selektion" statt: nicht die *fähigsten*, sondern die unfähigsten Menschen gelangten an die führenden Positionen. In Jugoslawien hätten die Politiker die Intellektuellen zur „bourgeoisen Kategorie" erklärt. „Früher gab es eine normale Diskussion", sagte Supek, „aber jetzt gibt es nur noch *Denunziation. Die* politischen Funktionen verwandeln sich in polizeiliche Funktionen."

Supek forderte die politische Führung des Landes auf, „Respekt vor dem Fachwissen" zu zeigen. Die politische Bürokratie verstecke sich hinter kollektiver Autorität und sei nicht bereit, Verantwortung auf sich zu nehmen. So würden *Denunzianten* und Parasiten geschützt und arbeitende Menschen verfolgt. „Wie lange können wir uns diesen Zustand noch leisten?" fragte Supek. Der Professor, der als einer der Väter der mordernen jugoslawischen Soziologie *und Philosophie gilt, schloß mit dem* Aufruf: „Der Mensch braucht persönlichen Mut, aber unsere Konsumgesellschaft erzieht Opportunisten."

Kreisky bedauert mangelnde Hilfe für Arafat

AFP, Wien

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky hat die mangelnde Unterstützung für die Politik von PLO-Chef Yassir Arafat durch westeuropäische Länder und die USA bedauert. Kreisky erklärte *in einem Interview mit der Wiener* Zeitschrift „Profil": „Arafats Politik ist gescheitert, weil sie keine Früchte getragen hat. Aber daran ist nicht Arafat schuld, sondern wir."

Den USA warf der frühere Kanzler vor, die Bedeutung der Palästinenserfrage bis zur Unterbreitung des Reagan-Plans unterschätzt zu haben. *Kreisky weiter: „Aber da war es zu* spät. Israel hatte die versäumte amerikanische Nahostpolitik durch den Libanon-Krieg ersetzt." Nach Ansicht Kreiskys hätte Arafat und der PLO nur eine Änderung der amerikanischen Position helfen können. Doch die Öffnung zum Westen habe dem Palästinenserführer nichts eingebracht.

Der Abzug Arafats aus Beirut be*deutet für Kreisky das politische* Ende des PLO-Führers. Die Spaltung der PLO sei die logische Folge des Prestigeverlusts von Arafat, dessen Persönlichkeit bis jetzt die rivalisierenden Tendenzen innerhalb der PLO verdeckt habe, meinte Kreisky.

Syrien erneuert seine Bedingungen an Beirut

Assad erkrankt / US-Schiffe in Reichweite der SS 21

Von PETER M. RANKE, Beirut

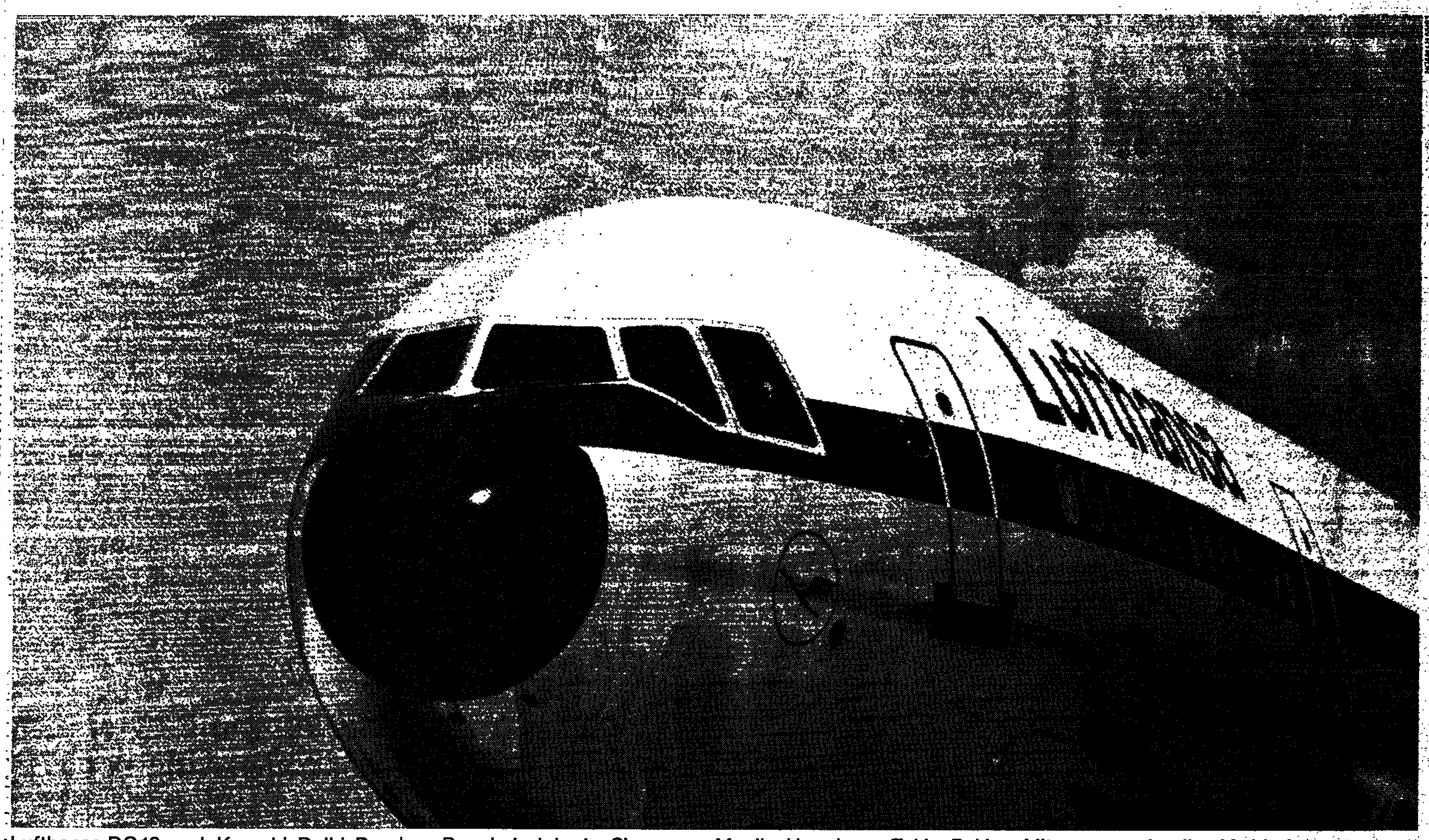
Syriens Vorbedingungen für eine Lösung im Libanon-Konflikt werden von den Sowjets anerkannt. Das geht aus den Gesprächen zwischen Sowjetaußenminister Gromyko und dem syrischen Außenminister Khad*dam in Moskau hervor. Danach soll* die libanesische Regierung zunächst den Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon und die Annullierung des Abzug-Abkommens mit Israel vom 17. Mai sowie den Rückzug der internationalen Friedenstruppe aus Beirut durchsetzen.

Diese syrischen Bedingungen belasten die Verhandlungen, die der libanesische Präsident Amin Gemayel in Damaskus führen will. Die Reise ist wegen einer plötzlichen Blinddarmentzündung des syrischen Präsidenten Assad auf einen späteren Zeit*punkt verschoben worden. Möglich*erweise will Damaskus nur Zeit gewinnen. Bei dem *Treffen stehen so*wohl die Abmachungen mit Israel vom 17. Mai als auch die militärische Präsenz der Syrer in Libanon zur Diskussion. Syrien hat bisher keinerlei Zusagen gemacht, gleichzeitig mit Israel aus Libanon abzuziehen und fordert auch nach einem Abzug der Israelis die Berücksichtigung seiner Sicherheitsinteressen.

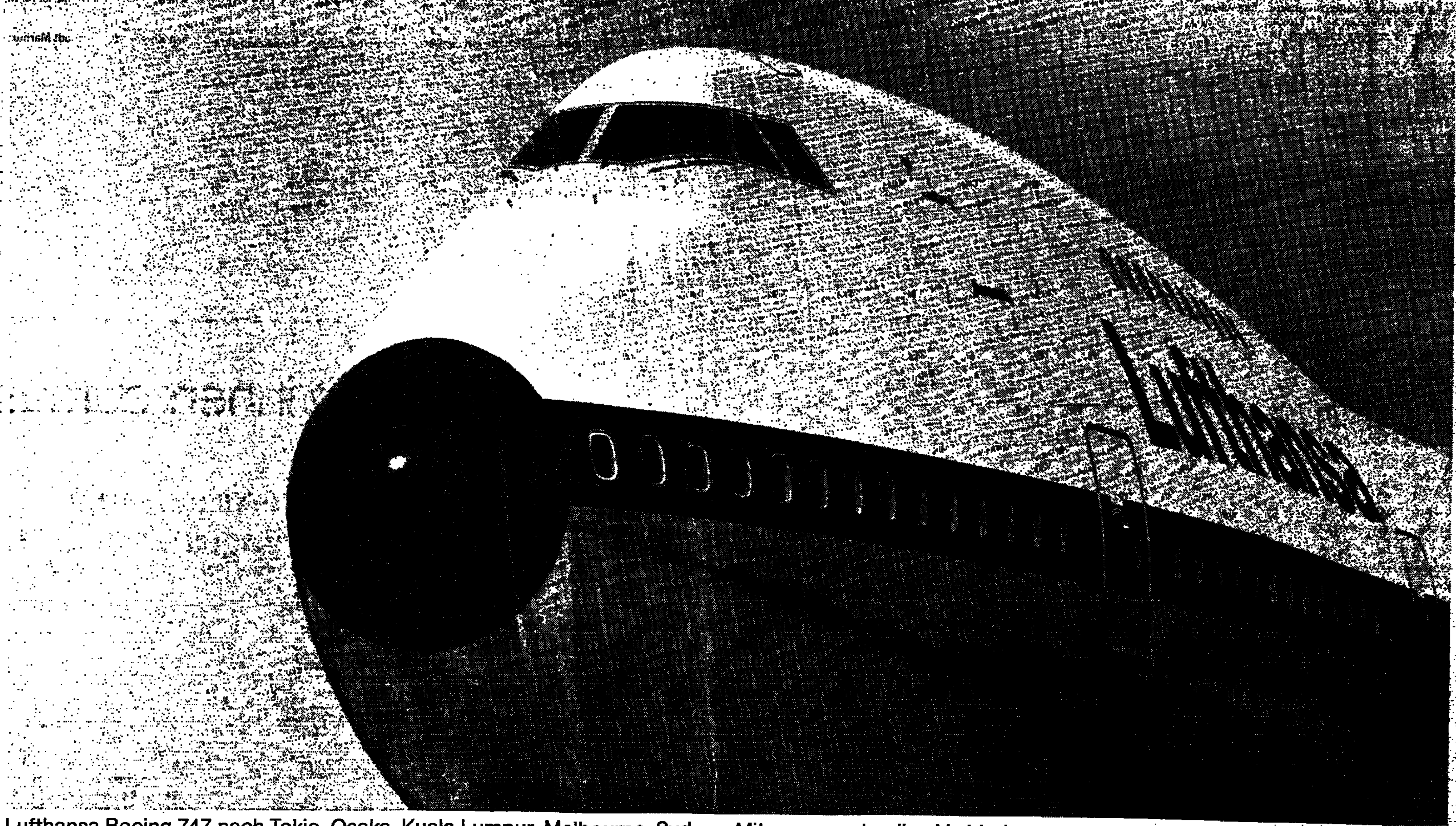
Wie weitgehend Damaskus diese Sicherheitsinteressen auslegt, zeigt *sich nicht nur im Kampf der von* Syrien aktiv unterstützten PLO-Rebellen gegen Arafat in Tripoli, sondern auch in der Stationierung sowjetischer Boden-Raketen vom Typ SS 21 auf dem Sannin-Berg oberhalb Beiruts. Diese 120 Kilometer weit reichenden Raketen *stehen jetzt* also schon auf dem Westabhang des Liba*non-Gebirges und bedrohen die* amerikanischen Kriegsschiffe. Als US-Aufklärer des Trägers „Eisenhower" die Stellungen der SS 21 mit wahrscheinlich sowjetischen Beratern vorige Woche erkundeten, wurden sie von syrischer Flak beschossen.

Mit den SS 21 am Sannin, nur dreißig Kilometer von Beirut entfernt, will Syrien eine Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der Kämpfe *um Beirut schaffen, das heißt bessere* artilleristische Unterstützung für die prosyrischen Drusen-Milizen gegen die libanesische Armee. Im September war die Armee zeitweise von Schiffsgeschützen der US-Flotte unterstützt worden.

Gesichter Asiens.



Lufthansa DC 10 nach Karachi, Delhi, Bombay, Bangkok, Jakarta, Singapore, Manila, Hongkong, Tokio, Peking. Mit neuen, schnellen Verbindungen. Immer mit First Class, Business Class und Tourist Class.



Lufthansa Boeing 747 nach Tokio, Osaka, Kuala Lumpur, Melbourne, Sydney. Mit neuen, schnellen Verbindungen. Und natürlich mit First Class, Business Class und Tourist Class.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Neue Wege zum Fortschritt

„420 Mill. in der Streikkasse"; WELT vom 2. November

Es wird so viel von Opfern und von Solidarität mit den arbeitslosen Kollegen gesprochen, aber die Gewerkschaften sind auch nicht mehr die alten!

Die Forderung von Adolf Schmidt nach 20 vollbezahlten Feierschichten und von Steinkühler nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich sind doch konservativ und kapitalistisch.

Da sollen die Bergleute nun 20 Schichten, und alle anderen Arbeitenden 5 Wochenstunden für die Arbeitslosen opfern und weniger arbeiten und nicht einmal mehr, sondern nur das gleiche Geld dafür bekommen?

Modern, fortschrittlich und auch gleichzeitig echt solidarisch zu den Arbeitslosen wäre es erst, nur noch Feierschichten zu fahren (vollbezahlt natürlich) und die Null-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu fordern. Dann müßten nur noch alle Arbeitslosenunterstützungen auf vollen Lohn angehoben werden und wir hätten erstmalig eine ideale Solidargemeinschaft!

Allerdings, irgendeiner muß ja arbeiten, allein schon um Bockwurst und Bier zu erzeugen und uns zu verkaufen. Aber dafür können wir ja „unsere" Ausländer nehmen. Die können dann von unserem, immer wieder neugedruckten Geld bezahlt werden! Die Ausländer sind ja alle noch etwas rückschrittlich gesinnt und sparen noch Geld! Aber wäre das nicht auch unsolidarisch, sie allein arbeiten zu lassen?

Besser ist dann vielleicht, alle Millionäre zu enteignen. Das bringt einmalig wenigstens 2000,– Mark pro Kopf der Bevölkerung und die Millionäre bekommen von ihrem eigenen Geld natürlich auch jeder einzeln 2000,- Mark ab. Wir sind ja solidarisch!

Jedenfalls ist die uralte Regel, daß jede Mark, die ausgegeben werden soll, erst verdient werden muß, heutzutage hoffnungslos antiquiert, wie wir uns das selber schon seit Jahren vorführen!

Noch dümmer scheint es, in einem modernen Staat anzunehmen, daß wir etwas von unserem Geld und Einkommen opfern sollten für unsere Arbeitslosen. Arbeitszeit bei gleichbleibender Bezahlung zu opfern, ist schon der Zug der Zeit! Dabei ist es zwar nicht ganz gerecht, wenn wir für dieses „Opfer" nicht noch mehr Bargeld bekommen. Aber durch den vollen Lohnausgleich werden wir doch wenigstens ein wenig entschädigt, denn Opfer müssen ja immer bezahlt werden.

Völlig verkehrt wäre es, wenn die schwarze Regierung nun die Arbeitslosigkeit spürbar verringernde Einkommensopfer und eine entsprechende Verringerung des Lebensstandards von uns verlangen würde. Sie ist, wie wir jetzt sehen, ja auch viel zu feige dazu! Die Wende, die viele von uns arbeitenden Kleinbürgern eigentlich schon lange vorher und bei ihrem Amtsantritt sofort erwartet hatten, versprach sie offenbar nur, um erst mal ans Ruder zu kommen.

Die Gewerkschaften, die ja unser Vertrauen haben und uns allein davon überzeugen könnten, daß wir in Solidarität zu unseren arbeitslosen Kollegen auch für die nicht geleistete Arbeit auf einen entsprechenden Teil unseres Einkommens verzichten sollten, machen's schon richtig!

Man stelle sich nur einmal vor, wir sollten bei weniger Arbeit auch so viel Geld abgeben, daß unsere arbeitslosen Kollegen dann damit für ihre Arbeit bezahlt werden könnten? Völlig konservativ, dann sollten sie solidarischerweise lieber arbeitslos bleiben!

Natürlich muß unser Geld bei der Null-Stunden-Woche und auch sonst stets den gleichen Wert behalten. Das werden die Gewerkschaften schon gewährleisten. Sonst stiegen die Preise ja ins Endlose und es ginge alles zu Lasten von unseren Sparkonten. Die Sparenden unter uns Arbeitenden sind ja auch noch etwas rückschrittlich, dafür aber gute Staatsbürger! Nur sie sind zu redlich und machen ebenso ungern Schulden.

Da sind die großen Kapitalgesellschaften mutiger, seien es nun die staatlichen, die gewerkschaftlichen oder die privaten oder gar der Staat selber. Die haben ja alle viele Schulden, meist von unseren kleinen Sparkonten, gemacht und sich gewöhnlich dafür Sachwerte gekauft. Bei einer schleichenden Inflation werden die deshalb auch gemeinsam reicher, weil sie die Schulden nie mehr in alter Höhe an uns zurückzuzahlen brauchen.

Karl Steinfeld,
Hamburg 52

Dr. Ehlers war der Urheber

„Als das Fernsehen das Parlament eroberte"; WELT vom 5. November

Sehr geehrte Redaktion,
mit großer Aufmerksamkeit und Freude habe ich (als derjenige, dem damals die redaktionelle Aufgabe bei Einführung des Bundestags-Fernsehens zugefallen war) Ihren Artikel gelesen. Der Zwischenfall mit zufälliger Aufnahme einer Abgeordneten, die gerade ihre Handtasche öffnete, hat sich allerdings nicht im Plural, sondern nur einmal ereignet; er wurde von uns gebührend bedauert und hat sich m. W. nicht wiederholt.

Zur Sache möchte ich nur eins ergänzen: Der Verantwortliche für die Einführung des Fernsehens, den ich damals beraten durfte, war Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers, sehr um Popularisierung der Parlamentsarbeit bemüht. Dank ihm war die Fernseh-Übertragung einer großen Zahl (32) wichtiger Debatten möglich, die starkes Echo in der Bevölkerung fanden.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Wendt,
Bonn 1

Offene Grenze

„Frage der Ost-Grenze ist noch offen"; WELT vom 25. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,
Ihr Bemühen, die offene Grenzfrage Deutschlands immer wieder in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken, verdient Dank. Bundesverfassungsrichter a. D. Professor Geiger vertritt zu Recht die Auffassung, daß territoriale Zugeständnisse durch Politiker der Bundesrepublik in den Bereich der freien Meinungsäußerung gehörten, weil die Bundesrepublik verfassungsrechtlich in dieser Frage nicht handeln könne.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die Bundesrepublik u. a. mit Belgien am 24. September 1956 geringfügige Grenzberichtigungen vertraglich regelte und sogar in einem Schlußprotokoll bekundete, „daß die... vereinbarte Grenze... endgültig sein soll", der US-Botschafter die Bundesregierung am 7. Juli 1958 darauf hinwies, daß die Bestimmungen des Deutschland-Vertrages (endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bei einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland) „von dem Vertrag und dem Schlußprotokoll unberührt bleiben". Folgerichtig muß auch die von der Bundesrepublik mit der CSSR im Prager Vertrag „im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen" vereinbarte Nichtigkeit des Münchner Abkommens gegenüber dem gesamtdeutschen Souverän erneut überprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen
Roland Schnürch,
Düsseldorf 13

Wahre Identität

„Vaterlandsliebe geriet in Verruf"; WELT vom 7. November

Endlich hat ein Historiker, der Kölner Berglar, auf dem Seminar der Bonner Verbindung Tuisconia einmal öffentlich herausgestellt, was „der christliche Beitrag von der Missionierung der ostfränkischen Stämme bis in die Neuzeit" für die deutsche Geschichte zu bedeuten hat: er ist „nationstiftend" gewesen. Damit ist das Christentum zum entscheidenden Wesenszug des Deutschtums erklärt (bei den westlichen Nationen waren auch rein antike Ideen staatsbewußtseinsbildend).

Wenn daher nach Berglar wie Kardinal Höffner das Verhältnis des Menschen zu Volk, Vaterland und Staat in Deutschland immer auf der christlichen Botschaft beruhte, ergibt sich zwingend, daß der Nationalsozialismus nicht deutschem Wesen entsprach (Hitlers Gerede von der Vorsehung war nichts weiter als Demagogie). Wir besinnen uns also endlich auf unser eigentliches Wesen, wenn wir den Wiedervereinigungsauftrag als Christenpflicht bezeichnen und darauf hinweisen, daß die gesamte deutsche Geschichte vom Schatten der schlimmen zwölf Jahre heutzutage ungebührlich verdunkelt ist, nämlich durch das Treiben der Linken.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang R. Thorwirth,
Gummersbach

Grenzen der Bearbeitung

Sehr geehrte Damen und Herren,
aus Anlaß seines 60. Geburtstages wurde Wolfgang Sawallisch, einer der bedeutendsten Dirigenten unserer Zeit, in einem TV-Interview über sein Verhältnis zum modernen Opernregisseur befragt. Seine Antwort war von so hoher künstlerischer Ehrlichkeit geprägt, daß sie jedem Opernhaus als Richtlinie dienen könnte: „Dirigent und Regisseur arbeiten jeder nach einer Vorlage, der gegenüber sie gleichberechtigt, aber auch gleichverpflichtet sind. Veränderungen dieser Vorlage und damit der Absicht des Werkschöpfers lehne ich ab. Es sei denn, daß zur szenischen Auslegung einer Oper im experimentellen Sinn eine andere, dazu adäquate Musik gespielt wird."

Mit Sawallischs Worten ist also keine Absage an das moderne Musiktheater ausgesprochen, das durchaus faszinierende Aufführungen im Sinn der heutigen Zeit hervorbringt. Es handelt sich vielmehr um das Mißverhältnis zwischen klassischen Partituren eines Weber, Wagner oder Verdi und der Sicht dieser Werke mit den Augen von Regisseuren, die bewußt die Tradition und damit ihre Vorlage übergehen. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß es schon moderne Regisseure gibt, die in der Lage sind, Forderungen des Komponisten u n d der Gegenwart zu erfüllen.

Wenn dann aber nach der leider überwiegend gegenteiligen Aufführungspraxis die Rezensionen zwischen bedauernder oder empörter Ablehnung und geistig hintergründiger Zustimmung schwanken, vermißt der verunsicherte und nachdenkliche Zuhörer eine Erklärung dieser Entwicklung, vor allem aber die naheliegende Fragestellung, warum noch nie ein Dirigent genauso mit den berühmten Partituren verfährt.

Wie jedoch würde sich dann ein Intendant verhalten, wenn auch Dirigent, Sänger und Orchester mit der gleichen grenzenlosen Freiheit sich von ihrer Vorlage entfernen würden, wie es der Regisseur mit der seinen tut?

Es wäre also denkbar, um zwei Beispiele zu nennen, daß ein Dirigent Charaktere der Opernszene mit anderen Fachsängern verändert oder im Orchester das Hornquartett – Böhm nannte es einmal die Seele des Orchesters – durch Saxophone auswechselt. In beiden Fällen müßte dann, wie es viele Regisseure schon tun, der Notentext der Vorlage geändert werden.

Dieser Punkt ist in der heute so heftig diskutierten Situation des modernen Opernspielplans gottlob noch nicht erreicht, wenngleich die Frage nach der weiteren Entwicklung immer drängender wird. Ist die alte Kunstform der Oper in Zukunft nicht wirklich in Gefahr, ihren ursprünglichen Sinn zu verlieren, und warum zieht gerade sie die Experimentierer so sehr in ihren Bann? Das Ergebnis zeigt in den meisten Fällen das Gegenteil von Begeisterung und eine unüberwindliche Kluft zur Musik eines Weber, Wagner oder Verdi.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Prick
Ehem. Konzertmeister des Philharmonischen Staatsorchesters und Dozent der Musikhochschule,
Hamburg 13

Alte Merkregel

„Leserbrief: Sprachverhunzert"; WELT vom 22. Oktober

Sehr geehrte Herren,
mit einem gewissen Vergnügen habe ich die Genetiv- bzw. Dativ-Behandlung der Worte

trotz und dank

gelesen. Es wurden Kindheitserinnerungen wachgerufen aus den letzten Jahren vor dem 1. Weltkrieg. Damals habe ich in der Grundschule einen Vers gelernt, der mir – zumindest teilweise – im Gedächtnis haften geblieben ist. Er lautete mit einigen Auslassungen:

Unweit, mittels, kraft und während...
längs, zufolge, trotz,
schreibe mit dem Genetiv,
doch ist hier nicht zu vergessen,
daß bei diesen letzten drei
auch der Dativ möglich sei.

Ich weiß nicht, ob dieser Vers vollständig ist. Immerhin bildet er eine Ergänzung zum Brief „Sprachverhunzert".

Mit freundlichem Gruß eines 84-jährigen
Otto Maasch,
Ahrensburg

Wort des Tages

„Wenn jemand einmal eine Theorie akzeptiert hat, führt er erbitterte Nachhutgefechte gegen die Tatsachen."

Jean-Paul Sartre, franz. Philosoph (1905 - 1980)

Jahrtausend

„Leserbrief: Häufiger Irrtum"; WELT vom 9. November

Wieder einmal hat eine Leserin angezweifelt, daß unser Jahrhundert mit dem 31. 12. 1999 zu Ende geht. Wie geht denn nun die Zeitrechnung?

Gewiß hat das Jahr 1 („n. Chr.") seine Benennung zu Recht. Aber davor war doch auch noch ein Zeitraum nach Christi Geburt, nämlich der vom 24. bis 31. Dezember. Wer etwa am 27. Tag dieses Zeitraums geboren wurde, dessen Geburtstag lag doch nicht „vor Chr. Geb."! Sondern eindeutig danach! Er muß also mitgezählt werden.

Das mit „1" bezifferte Jahr war also bereits der zweite Zeitabschnitt, und 1999 wird der hundertste unseres Jahrhunderts sein, so daß das neue Jahrhundert dann also mit dem 1. Januar 2000 beginnt. Für die letzte Jahrhundertwende hatte ein „kaiserlicher Erlaß" ausdrücklich klargestellt, daß diese am 31. 12. 1899 auf den 1. 1. 1900 eintritt.

Zum 1. Januar 2000 wird es sich die Presse und ein großer Teil der Bevölkerung nicht nehmen lassen, das erstmalige Vorkommen der Erstzahl 2 in der Tausenderzählung als Jahrhundertwende gebührend zu feiern.

Hans Klüver,
Hamburg 62

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Moderne Phrasen

„Mut zur Wahrheit"; WELT vom 8. November

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,
zu dem „raus aus der NATO" meine Eindrücke als „Gasthörer" einer vor dem hiesigen Ev. Arbeitskreis für Sozialfragen am 3. 11. 1983 von Professor Dr. Jürgen Seifert (Jahrgang 1928) gehaltenen „Vorlesung". Der Tenor „Sagt nein, wenn ihr überleben wollt!" ist aus der öffentlich bekundeten Parteinahme für die „Friedensbewegung" und der Teilnahme am Widerstand in Mutlangen zu verstehen.

Luthers Zitat „Einigkeit könnte viel helfen. Ach, daß wir Deutsche treulicher beieinander stünden" hätte dem kirchlichen Arbeitskreis dienlicher sein können. Es kam erst gar nicht zur Sprache. Kennt man es überhaupt? Daß die EKD zumindest in der „Nachrüstung" gespalten ist, „verdankt" sie den „Leuten mit den lilafarbigen Halstüchern", Zeichen der „Alleinseligmachung" und „Unfehlbarkeit"! Was würde Luther heute zu dieser „modernen Phrase" sagen?

Der Referent „verlor die Sprache", als er in der Diskussion von mir das nachfolgende Zitat von Dimitri Manuilski, ehemaliges KPdSU-Mitglied der Kommunistischen Internationale, „unter die Nase gehalten" bekam: „Um die Bourgeoisie einzuschläfern, werden wir die eindrucksvollste und theatralischste Friedensbewegung der Welt starten. Es wird sensationelle Angebote und Zugeständnisse geben. Die kapitalistischen Länder, stupide und dekadent wie sie sind, werden freudig an ihrer eigenen Vernichtung mitarbeiten."

Bruno Lamm,
Bielefeld 14

Prüfung begonnen

„Jugendschützer machen Jagd auf Video-Piraten"; WELT vom 1. November

Sehr geehrter Herr Nitschke,
Ihre richtigen Ausführungen zu der neuen Form von Wirtschaftskriminalität enthalten zum Schluß des Berichtes auch einen kurzen Hinweis auf das Thema „Freiwillige Video-Selbstkontrolle". Nach dem Hinweis, daß die Prüfung der ca. 2000 jugendgefährdenden Filme Kosten in Höhe von rund 8 Mill. DM verursachen würde, zitieren Sie Herrn Rehm zum Schluß wörtlich: „Inzwischen hat man von der Video-Selbstkontrolle nichts mehr gehört."

Bereits im September 1982 haben sich die Mitgliedsfirmen des Bundesverbandes Video, dies sind nahezu alle Videoprogrammanbieter in Deutschland, für die Durchführung einer freiwilligen Video-Selbstkontrolle ausgesprochen. Nach mehreren Gesprächen mit Vertretern der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) und der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) konnten wir im Juli 1983 schließlich eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der freiwilligen Video-Selbstkontrolle treffen. Seit diesem Zeitpunkt sind wir mit der Prüfung der im Handel legal befindlichen Filme auf Videocassetten befaßt und hoffen, daß wir bereits im ersten Quartal 1984 die Filme abgeschlossen haben.

Joachim Birr,
Bundesvorstand Video,
Hamburg 11

Personalien

EHRUNGEN

Prof. Dr. **Alfred Heuß**, 74, erhält als erster Preisträger den von der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wirtschaft gestifteten „Preis des Historischen Kollegs". An der Verleihungsfeier am Dienstag im Vortragssaal der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München nehmen Bundespräsident **Karl Carstens** und Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** teil.

Der in Gautzsch bei Leipzig geborene Historiker war nach der Habilitation in Leipzig von 1938 bis 1941 Professor für Alte Geschichte in Breslau, nach Flucht Ordinarius für Alte Geschichte in Kiel, Köln und Göttingen. Seit 1957 ist er Mitglied der Göttinger Akademie der Wissenschaften.

Seine „Römische Geschichte" (1960) sowie die griechische Geschichte bis zum Vorabend des Hellenismus (1962) gelten als Zeugnisse großer Geschichtsschreibung, wobei Heuß Exaktheit mit Anschaulichkeit verbindet.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit von Heuß sind die Geschichte der Geschichtswissenschaft („Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert", 1956, und „Barthold Georg Niehburs wissenschaftliche Anfänge", 1981) sowie Überlegungen zum Verhältnis von Anthropologie und Weltgeschichte („Zur Theorie der Weltgeschichte", 1968).

*

Lothar Günther Buchheim, Verleger, Schriftsteller („Das Boot") und Verleger, wird am heutigen Dienstag von Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz Erster Klasse überreicht.

*

Der vom Bundesbildungsminister gestiftete und mit 10 000 Mark dotierte Heinz-Maier-Leibnitz-Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist für 1983 jetzt Dr. **Ulrike Beisiegel**, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Humangenetik der Universität Marburg, verliehen worden. Frau Dr. Beisiegel hat durch ihre Arbeit zur Erkenntnis der Wechselwirkung von Cholesterin und Arteriosklerose beigetragen. Der Preis wird durch Bundesbildungsministerin Dr. **Dorothee Wilms** am 17. November in der Universität Tübingen überreicht.

*

Dr. **Johanna Runkel-Storch**, Jugendrichterin i. R. und langjährige Marburger Vorsitzende im Deutschen Kinderschutzbund, ist für ihr besonderes Engagement für sozial benachteiligte Kinder mit der Goldenen Ehrennadel der Stadt Marburg/Lahn ausgezeichnet worden.

ESSEN

50 verschiedene Speisen wurden bei einem gesetzten Essen mit rund 100 Gästen im Bad Godesberger Kelterhaus gereicht, als der „Hobbykochklub Bonn" sein 15jähriges Bestehen feierte. Gastgeber waren der Vorsitzende und Unternehmer **Michael Hannhorst** und der Journalist und Unternehmer **Ulli Hanschild**. Der Hobbykochklub Bonn ist die Nachwuchsorganisation des bundesweit bekannten „CG Club Kochender Männer", dem hier in Bonn **Hanswolf Haunhorst**, Chef des Büros der Deutschen Welle, vorsteht.

„Karl Marx würde heute hier mit seinen Ideen ausgewiesen werden“

Begegnungen und Gespräche mit „DDR“-Bürgern am Rande der Luther-Feierlichkeiten

HANS-RÜDIGER KARUTZ, Leipzig

Zukunftsangst und eine pessimistische Grundstimmung angesichts der inneren und äußeren Zwänge, denen sie ausgesetzt sind, beherrscht offenkundig viele Christen im „Kernland der Reformation“ (Erich Honecker). Viele von ihnen legen dennoch ihre Beklommenheit ab und versuchen, die Anpassung nicht bis zur Selbstaufgabe zu treiben. Am Rande der kirchlichen Luther-Schlußfeiern in Leipzig erhielten auch westliche Journalisten vom Luther-Komitee die Gelegenheit, Gemeindefeste und Gesprächskreise an der Basis zu besuchen. Die Teilnehmer redeten offen und freimütig von ihren Sorgen und Problemen, aber auch von überwundener Angst und dem gewonnenen Gewinn, frei nach Luther ein „freier Christenmensch“ zu sein.

Sonnabend vormittag in einer Leipziger Kirche, Ehepaare und Alleinstehende stehen in Gruppen in den Seitenschiffen, Kinder tollen durch den Altarraum. Man versammelt sich in Gesprächsgruppen; die angesagte Prominenz aus der weltweiten Ökumene bleibt größtenteils aus – staatliche Empfänge zum 500. Luther-Geburtstag und Redevorbereitungen scheinen wichtiger als die Begegnung mit den Nachfahren des Reformators.

Ein Lapsus in der Propaganda-Maschinerie

Mehrere tausend Mitglieder zählt diese Gemeinde auf dem Papier – höchstens 70 haben sich eingefunden. Ein junger Mann sitzt am Tisch. Am Revers trägt er einen Button, aus dem FDJ-Blatt „Junge Welt“ ausgeschnitten: „Keine neuen Atomraketen – beendet das Wettrüsten“, steht rings um eine Friedenstaube zu lesen. Heute, nach der angekündigten Gegen-Stationierung von SS 20 in der „DDR“, sind derartige Parolen in den Medien längst verpönt. Der Abdruck war ein Lapsus in der Propaganda-Maschinerie.

„Ich möchte ein wenig loswerden, was mich bedrückt“, sagt ein Handwerker. Nur hier, im engsten Kreis, wagt man noch das Vertrauen, sich auszusprechen, „ohne gleich zu fürchten, daß das, was man sagt, an bestimmten Stellen landet“. Ihn belastet, „daß wir nicht mehr sagen, was wir denken, sondern schon lange nur noch das sagen, was wir nicht denken“. Die Gefahr bei dieser Heuchelei sei, „sie am Ende gar nicht mehr von der Wahrheit unterscheiden zu können“.

Ein anderer spricht von seinem Sohn: „Er ist erst 14 Jahre alt, aber er beherrscht schon unser doppeltes Denken. In der Schule bescheinigt man ihm sogar, sein politisches Bewußtsein sei gut.“ In Luther und den ausgiebigen Feiern von Obrigkeit und Kirche sieht in diesem Kreis niemand eine Hilfe. Sie schätzen sogar die aktuellen Wirkungsmöglichkeiten eines anderen, staatlicherseits besonders gelobten Klassikers, skeptisch ein: „Würde Karl Marx heute mit seinen ganzen Ideen, Anschauungen, Meinungen und Arbeiten in diesem Lande auftreten – ich glaube, er würde ausgewiesen werden.“

Wie weit das Klima der Einschüchterung und Kontrolle seine Wirkung zeigt, beschreibt jemand in der Runde: „Ich habe kürzlich einmal meine Tochter gefragt: Wem vertraust du eigentlich? Ihre Antwort: Der Mutter, dem Vater und vielleicht noch dem Großvater. Der Oma schon nicht mehr völlig, weil sie vielleicht unbewußt weitererzählt, was ich ihr irgendwann einmal gesagt habe.“

In der Gemeindearbeit „von unten“ gräbt das Gefühl, selbst harmlose Dinge würden an die „falsche Glocke gehängt“, seine Spuren: „Wenn mal ein neues Gesicht in unseren Gesprächskreis kommt, sind wir sehr mißtrauisch. Neulinge müssen, wenn wir ihnen von Anfang an trauen sollen, eigentlich durch Freunde eingeführt worden sein.“

Ein Wissenschaftler berichtet vom wachsenden Umweltschutzbewußtsein vor allem unter den Jugendlichen: „Ich weiß, daß sich junge Leute vor einiger Zeit aufgemacht haben, um in Leipzigs Umgebung die kranken oder toten Bäume zu zählen. Mit diesem Ergebnis sind sie dann zum Leipziger Oberbürgermeister gegangen und haben ihm berichtet. Jeder einzeln und für sich, denn eine gemeinsame Aktion dieser Art wäre schon als verbotene ‚Gruppenbildung‘ betrachtet worden.“

Ein Lehrer spricht von einer neuen Durchführungsverordnung, die vorschreibt, Wehrkunde und militärisch-politisches Denken künftig auch in die Fächer Mathematik und Physik einzubauen. Wochenendtreffen zur ideologischen Schulung der Lehrer seien an der Tagesordnung. Dabei würden beispielsweise in jüngster Zeit Resolutionen beschlossen, die der Staatsführung freie Hand für sämtliche Maßnahmen im Innern wie nach außen nach einer Raketenstationierung in der Bundesrepublik ließen. Er habe einer solchen weitgehenden Formulierung nicht zugestimmt. „Jetzt lebe ich in ständiger Angst.“

Es kommt kaum noch Fröhlichkeit auf

Ein Teilnehmer schildert die Schwierigkeiten, selbst privat nicht mehr ohne weiteres außerhalb der eigenen Wohnung feiern zu können, wenn der Kreis eine bestimmte Größe erreicht: „Wir wollten einmal in dieser Zeit, wo selbst auf Familienfeiern kaum noch Fröhlichkeit und Ausgelassenheit aufkommen will, unbeschwert zusammensein. Als wir das Treffen in einem Lokal anmelden wollten, wie es Vorschrift ist, wurde es uns von amtlicher Seite verboten. Also haben wir die Verlobung eines Pärchens als Ausweg benutzt.“ Erst hier, im Kreise Gleichgesinnter, habe er wieder ein „Gefühl der Angstlosigkeit“ empfunden wie seit langer Zeit nicht mehr. „Ich glaube, selbst wenn ein Polizist auf der Tanzfläche gestanden hätte, es wäre uns gleichgültig gewesen.“

Was christliche Studenten oder Oberschüler an Lasten zu bewältigen haben, kam in einer ebenfalls westlichen Journalisten zugänglichen Gesprächsrunde mit jungen Menschen im „Lutherhaus“ zur Sprache. David Preuss (US-Lutheraner), Glenn Williams (Konferenz Europäischer Kirchen) und ökumenische Gäste aus Indien, Ungarn, Indonesien, der Bundesrepublik und Äthiopien hörten dabei von einer Reihe von Exmatrikulationen an der Leipziger Karl-Marx-Universität. Der Grund: An der Sektion Physik hatten pazifistische, keineswegs ausgesprochen christliche Studenten, einen Brief zur Abrüstungsfrage an das amerikanische Volk entworfen – ohne Einflußnahme der FDJ oder SED. Ein großer Teil der Autoren flog von der Universität – herausgesiebt wegen angeblicher „Leistungsschwäche“.

Demonstrativer Besuch an der Berliner Mauer

dpa, Berlin

Mit einem demonstrativen Besuch an der Berliner Mauer wollen 20 konservative griechische Parlamentarier heute gegen die Haltung ihrer Parlamentskollegen protestieren, die in der vergangenen Woche einen Blick auf die „DDR“-Sperranlagen abgelehnt hatten. Bei einer Tagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in München entschlossen sich die Abgeordneten der griechischen Oppositionspartei Nea Democratia (ND) nach Angaben eines Sprechers der Stiftung „spontan“, nach Berlin zu fliegen.

Die griechische Politikerdelegation unter Leitung von Parlamentspräsident Yoannis Alevras hatte am vergangenen Dienstag einen Blick über die Mauer nach Ost-Berlin mit der Begründung abgelehnt, ein kommunistischer Politiker innerhalb der Delegation sei dagegen. Auch für einen Besuch im Reichstag wurde eigens ein Raum ausgewählt, von dem die Mauer nicht zu sehen ist. Das Verhalten der Athener Delegation war in Bonn auf scharfe Kritik gestoßen.

„Der Verstand ist aus der Mode“

DW. München

Vor den Gefahren der „neuen emotionalen Grundstimmung“ vieler Menschen in der Bundesrepublik Deutschland hat die Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Professor Elisabeth Noelle-Neumann, gewarnt. In einem Interview der „Quick“ erklärte sie, der Verstand sei heute aus der Mode. Früher habe man über eine Sache etwas wissen müssen, bevor man darüber befinden konnte, heute dagegen genüge Überzeugung. Je weniger jemand wisse, desto leichter sei er beeinflußbar und verführbar.

Frau Noelle-Neumann zog einen Vergleich zur Begeisterung der Jugend in den dreißiger Jahren, denen mit Sachargumenten niemand habe beikommen können. „Man kann sich wohl kaum vorstellen, mit welch ungeheuren Empfindungen zum Beispiel die Leute damals einen von Albert Speer ausgedachten Lichterdom erlebt haben. Sie waren mindestens so hingerissen, wie heute die Hunderttausende, die sich an den Händen halten und eine Menschenkette von Ulm nach Stuttgart bilden.“ Die Allensbach-Chefin wies den Parteien eine hohe Verantwortung zu, der Jugend klarzumachen, daß Politik nicht unter Ausklammerung von Wissen und Verstand gemacht werden dürfe.

SEGELN / Internationaler Verband entscheidet über neue Klassen

Frauen wollen auch bei Olympia das Ruder selbst in die Hand nehmen . . .

INGA GRIESE, Hamburg

Frauensegeln als olympische Disziplin – dieses Thema wird einer der wichtigen Punkte sein, die auf der Jahrestagung des Internationalen Wettseglerverbands (IYRU), die gerade in London begann, diskutiert werden. Das Leistungssegeln soll nicht länger nur eine Domäne der Männer sein, sondern auch den Frauen ermöglicht werden. Es gibt internationale Bemühungen, bei den Olympischen Spielen in Seoul 1988 erstmals auch einen oder mehrere Segelwettbewerbe für Frauen auszuschreiben. Zwar haben Frauen auch jetzt schon durchaus die Möglichkeit, in einem olympischen Team mitzusegeln, allerdings zusammen mit Männern. Nur selten hat eine Frau das Ruder in der Hand.

Bereits 1974 war in Frankreich erstmals eine internationale Regatta in der Laser – und der 420er – Klasse ausgeschrieben worden, um das Interesse zu testen. Elf Länder schickten ihre Vertreterinnen. Zwischen 1976 und 1981 stiegen die Zahlen von 70 auf 150 Seglerinnen bei der Weltmeisterschaft.

In Deutschland ist die Zahl der Leistungsseglerinnen noch gering. Hanne-Marie Bense, Präsidentin des Komitees für Frauensegeln in der IYRU, schätzt die Zahl der Aktiven auf rund 100. Eine Förderung durch den Deutschen Seglerverband (DSV) gibt es nicht. Die Seglerinnen finanzieren ihre Reisen zu den Welt- oder Europameisterschaften selbst - wegen der hohen Kosten fährt meist auch nur ein deutsches Team. In Ländern wie Kanada, USA, Österreich, Frankreich, Italien, Niederlande gibt es dagegen Ausscheidungsregatten für die WM-Aspirantinnen. Die Seglerinnen sind dort in Verbänden straff organisiert, es gibt kaum einen Unterschied zum Wettkampfbetrieb der Männer. Die Niederlande leisten sich zum Beispiel einen Honorartrainer, der nur für die Frauen zuständig ist.

„Wir möchten ein Ereignis für Frauen bei den 470ern und Windglidern“, sagt die Hamburgerin Hanne-Marie Bense. „Allerdings müssen wir zufrieden sein, wenn wir nur eine Klasse zugeteilt bekommen. Wir wollen uns nicht auf Kosten der Männer Platz verschaffen, sondern nur zusätzlich den Frauen die Teilnahme ermöglichen“, ergänzt Hanne-Marie Bense mit Blick auf die Bestrebungen in der olympischen Programmkommission, die Zahl der Klassen von sieben auf sechs zu reduzieren. Die Kommission will die teuersten Klassen streichen oder durch billigere Bootstypen ersetzen. Hanne-Marie Bense fürchtet, es könne der Eindruck entstehen, eine Klasse müsse zugunsten der Frauen weichen. Sie erwartet aber, daß die IYRU noch in dieser Woche zu dem Entschluß kommen wird, dem Olympischen Komitee zwei Frauendisziplinen nahezulegen. Eine endgültige Entscheidung wird allerdings erst bei den Spielen in Los Angeles im August 1984 fallen.

Dennoch hat der DSV bereits mit der Sichtung und Betreuung möglicher Kandidatinnen begonnen. Bislang stand der deutsche Verband, in dessen gemischtem Kader auch Frauen vertreten sind, dem reinen Frauensegeln skeptisch und mit verschlossenem Geldbeutel gegenüber. Die Leistungen der Frauenteams bei den Weltmeisterschaften waren stets unbefriedigend. „Wir können den Mädchen doch keine Reise in möglichst entfernte Länder finanzieren, wenn sie nicht einmal unter die ersten 30 kommen. Schließlich sind wir ein leistungsorientierter Verband“, sagt DSV-Sportdirektor Hans Sendes aus Hamburg.

Die Hamburgerin Kathi Ochsen, die mit ihrem Steuermann Andreas Bock auf Platz vier der deutschen Rangliste in der 470er-Klasse steht und sich zur Zeit mit Tina Tönges (Hamburg) in Oakland/Neuseeland auf die Frauenweltmeisterschaft (24. November bis 4. Dezember) vorbereitet, sieht es anders: „Wenn es mehr Ansporn und Anerkennung gäbe, wären die Frauen sicher auch bei uns erfolgreicher.“

Um sich einen Überblick über die besten Seglerinnen zu verschaffen, hatte der DSV Anfang September zehn Talente zu einem Lehrgang unter der Leitung von Jugendbundestrainer Thomas Dierks ins Leistungszentrum Schilksee eingeladen. Die Teilnehmerinnen, die bei den harten Kieler Segelbedingungen sehr vielversprechende Leistungen zeigten, waren zwischen 15 und 19 Jahre alt. Seglerinnen wie Kathi Ochsen (26) wurden nicht berücksichtigt. „Es geht darum, Talente zu fördern, die in fünf Jahren das richtige Alter haben“, sagte Dierks.

Ein weiterer Schritt zur Anerkennung des Frauensegelns war die Ausschreibung eines DSV-Pokals für Seglerinnen, der im August in den Klassen der 420er, Laser und Windsurfer ausgetragen wurde. Im nächsten Jahr könnte dieser Pokal den Status einer Deutschen Meisterschaft bekommen. Hanne-Marie Bense geht auch davon aus, daß 1984 erstmals ein komplettes deutsches Frauenteam mit drei Brettern, drei 420ern und drei Lasern an der Europameisterschaft in Schottland teilnehmen wird. Wenn das Frauensegeln tatsächlich olympische Disziplin wird, wird vom DSV automatisch ein Kader mit entsprechender finanzieller Unterstützung gebildet. Doch bis dahin wird „Frau“ sich noch gedulden müssen.

SPORT-NACHRICHTEN

Klage gegen Klemme

Hennef (sid) – Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) will wegen übler Nachrede gegen den Spielervermittler Holger Klemme klagen. Das kündigte DFB-Schatzmeister Egidius Braun bei einem Gespräch mit Journalisten in der Sportschule Hennef an, dem auch Bundestrainer Jupp Derwall beiwohnte. Klemme hatte DFB-Angestellte als „Flaschen“ bezeichnet.

Deutsche Reiter Dritte

Toronto (sid) – Nach Washington und New York gewannnen die amerikanischen Reiter auch in Toronto den Preis der Nationen. Die deutsche Equipe kam auf den dritten Rang. In der Wertung um den Präsidentenpokal, der erfolgreichsten Mannschaft einer Saison, belegte die deutsche Mannschaft ebenfalls den dritten Platz.

Belgier kandidiert nicht

Zürich (dpa) – Luis Wouters, Präsident des belgischen Fußball-Verbandes, wird nicht für das Amt des Präsidenten der Europäischen Fußball-Union (UEFA) kandidieren. Die UEFA teilte mit, Wouters verzichte zugunsten des Franzosen Jacques Georges, der derzeit die UEFA als Interims-Präsident führt.

Tennis: Guter Auftakt

Brisbane (sid) – Einen guten Auftakt gab es für die deutschen Tennis-Mädchen zu Beginn ihrer Australien-Reise beim Turnier in Brisbane. Claudia Kohde (Saarbrücken) besiegte die Australierin Amanda Tobin (4:6, 6:4, 6:0), Myriam Schropp (Heidelberg) siegte über die Französin Sophie Amiach (6:4, 6:1) und Steffie Graf bezwang die Amerikanerin Anna Maria Fernandez mit 6:3, 6:4.

Secretin gewinnt in Ungarn

Budapest (dpa) – Der Franzose Jacques Secretin gewann die internationale ungarische Tischtennis-Meisterschaft in Budapest. Der Franzose, der im Halbfinale in fünf Sätzen mit Chen den letzten Chinesen ausgeschaltet hatte, setzte sich im Finale mit 21:16,14:21,21:12,21:18 gegen den Schweden Eric Lindh durch.

Bulgarin erfolgreich

Straßburg (dpa) – Die erfolgreichste Teilnehmerin bei den Gymnastik-Weltmeisterschaften in Straßburg war die 18 Jahre alte Bulgarin Diliana Gueoguiva. Neben dem Vierkampf (39,65 Punkte), gewann sie auch den Titel mit Keule und Band. Dazu war sie Drittbeste mit dem Ball.

McEnroe besiegte Connors

London (sid) – Vorjahressieger John McEnroe gewann erneut das Tennis-Grand-Prix-Turnier im Londoner Vorort Wembley. Der 24jährige New Yorker besiegte im Endspiel zweier Linkshänder vor 9000 Zuschauern seinen sieben Jahre älteren Landsmann Jimmy Connors mit 7:5,6:1,6:4. Für seinen Sieg kassierte McEnroe umgerechnet rund 100 000 Mark.

Jugendauswahl im Finale

Neu Delhi (dpa) – Die Jugendauswahl des Deutschen Hockey-Bundes (DHB) erreichte das Finale eines Turniers in Neu Delhi. Im Halbfinale schaltete die DHB-Auswahl das Hochschulteam von Kunti (Indien) mit 10:4 nach Siebenmeterschießen aus. Endspielgegner ist das indische Hochschulteam von Jalandhar.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 22. Spieltag: Freiburg – Iserlohn 5:1, Landshut – Mannheim 4:3, Rießersee – Köln 4:1, Kaufbeuren – Schwenningen 3:1, Düsseldorf – Rosenheim 2:2.

1. Mannheim	22	16	2	4	113:63	34:10
2. Rosenheim	22	12	7		99:71	31:13
3. Landshut	23	14	2	7	105:67	30:16
4. Köln	22	12	3	7	94:75	27:17
5. Freiburg	22	10	3	9	71:80	23:21
6. Schwenn.	22	8	4	10	75:89	20:24
7. Iserlohn	22	8	3	11	82:96	19:25
8. Kaufbeur.	22	6	4	12	79:106	16:28
9. Düsseldorf	22	6	3	13	64:101	15:29
10. Rießersee	23	3	1	19	65:127	7:39

FECHTEN

Europameisterschaft in Lissabon, Degen, Finale, um Platz 1: Pusch (Deutschland) – Mazzoni (Italien) 10:7, um Platz 3: Swornowski (Polen) – Cuomo (Italien) 10:8. – 5. Lembacher (Österreich), 6. Fischer, 7. Hoch (beide Deutschland).

SPRINGREITEN

Hallenturnier in Hannover, Championat von Hannover, S-Springen: 1. Edgar (England) auf Everest Forever null Fehlerpunkte/46,11 Sekunden, 2. Broome (England), Last Ressort, 0/50,61, 3. Koof (Deutschland), Lovely Boy, 0/51,51, 4. Dunning (England), Boysic, 0/55,75, 5. Kamps, Saloniki, 0/57,07, 6. Snoek (beide Deutschland), Palma Nova, 3/63,36; alle im Stechen.

TURNEN

Gymnastik-WM in Straßburg, Gruppenfinale: 1. Bulgarien 39,30 Punkte, 2. UdSSR 39,20, 3. Nordkorea 38,8, ... 6. Deutschland 38,00.

HANDBALL

Europapokal der Landesmeister, Frauen: Helsingör – Bayer Leverkusen 16:18. – Pokal der Pokalsieger, Männer: Dimitrow Sofia – TuSeM Essen 20:18. – IHF-Pokal, Männer: Großwallstadt – Istanbul 32:16 (Hinspiel 33:16), Frauen: Oldenburg – Fratanelle Esch (Luxemburg) 33:3. – Bundesliga, Männer: Bergkamen – Hüttenberg 25:20.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 7, 9, 11, 27, 33, 41 – Zusatzspiel: 30. (Ohne Gewähr).

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Telefon (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 535

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Frechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FECHTEN

Neuer Ansporn für Pusch: Europameister

dpa/sid, **Lissabon**

„Den Alexander Pusch bringe ich noch einmal aufs Treppchen." Das schwor sich Bundestrainer Emil Beck nach jedem Fecht-Finale bei Welt- und Europameisterschaften in den letzten Jahren. Am Sonntag gelang es endlich, obwohl Emil Beck diesmal nicht dabei war. Seit dem Weltmeistertitel 1978 in Hamburg gewann Alexander Pusch wieder einmal eine Goldmedaille und wurde Europameister mit dem Degen in Lissabon. Im Finale besiegte der Tauberbischofsheimer den Italiener Angelo Mazzoni mit 10:7. Und bei Emil Beck flossen daheim in Tauberbischofsheim wieder einmal die Freudentränen: „Nun ist Alex wieder der alte."

Für Alexander Pusch, der wie kaum ein anderer Fechter alle Höhen und Tiefen seiner Sportart mitgemacht hat, bedeutet der Erfolg von Lissabon im Alter von 28 Jahren einen Neubeginn. Pusch: „Bei den Olympischen Spielen in Los Angeles möchte ich noch einmal ins Finale kommen. Einen Erfolg habe ich wirklich gebraucht. Das ist gut für die *Motivation.*" Emil Beck aber sieht seine Arbeit belohnt, mit Pusch in den letzten Wochen besonders intensive Gespräche geführt und auch besonders hart trainiert zu haben. Bis zur Weltmeisterschaft im Juli in Wien nämlich hatte Beck sehr wenig Freude an seinem Musterschüler, der sich vom Lieblingsschüler zum Sorgenkind entwickelt hatte.

Denn Pusch hatte einen kontinuierlichen *Abstieg zu* verzeichnen. 1975 wurde er mit 20 Jahren Degen-Weltmeister, ein Jahr später in Montreal Olympiasieger. 1978 konnte er in Hamburg noch einmal Weltmeister werden. Für den Fechtsport schon in ungewöhnlich jungen Jahren erfolgreich, schien ihn nichts mehr motivieren zu können. Bei der Weltmeisterschaft in Wien schied Pusch auch vorzeitig aus.

Ausgelöst wurde der Erfolg in Lissabon durch einen Konkurrenzkampf innerhalb der deutschen Mannschaft. Daß sein Vereinskollege Elmar Borrmann in Wien Weltmeister wurde, hat Alexander Pusch neu motiviert: „Wenn man zehn Jahre die Nummer eins in der Rangliste war, dann ist es schon ungewohnt, einen vor sich zu haben."

EISHOCKEY

Kölns Spieler „wie die Läufer einer Eisrevue"

sid/dpa, **Düsseldorf**

Vor einer Woche schimpfte Bundestrainer *Xaver Unsinn* angesichts der vielen Schlägereien gegen den Kölner EC: „Das ist Anti-Eishockey." Am Sonntag schwärmte der Bundestrainer nach dem dramatischen 4:3 von Landshut über Mannheim vor 6500 Zuschauern: „Das war heute Eishockey, wie wir es gerne sehen. Schnell, hart und diszipliniert. Natürlich macht das auch den Spielern vor einer solchen Kulisse Spaß. Ich glaube, wir haben zwei Titelfavoriten gesehen."

Xaver Unsinn ist überzeugt, daß sich „nach dem fulminanten Start von Freiburg und Iserlohn die Bundesliga auf das Normalmaß eingependelt und am Schluß die vier Mannschaften vorne sind, die man dort erwartet hat". Gemeint sind die vier Spitzenteams Mannheim, Rosenheim, Landshut und Köln. Kölns Trainer *Josef Golonka beklagte* sich nach dem 1:4 in Rießersee über die Moral seiner Mannschaft. Er sagt: „*Meine Mannschaft besteht nur aus* satten Hunden, die nicht beißen. Die sind auf dem Eis herumgefahren wie die Läufer einer Eisrevue." Vor allem der kämpferische Einsatz der Kölner ließ alle Wünsche offen, so daß der zehnmalige deutsche Meister aus Garmisch-Partenkirchen fast mühelos zu seinen dritten Saisonsieg kam. Der Hauskrach steht bei den Kölnern bevor. Präsident Heinz Landen sagt: „*Unseren Spielern fehlt einfach* das Herz. Sie spielen nicht für Köln oder den Verein, nur für sich selbst."

Für *KEC-Manager* Bauer war die Leistung nicht einmal tauglich für die zweite Liga: „Dort wird mehr gekämpft." Landen kündigt deshalb personelle Konsequenzen an: „Jetzt wird hart durchgegriffen. Mit Geldstrafen werden wir zunächst versuchen, die Spieler zur Räson zu *bringen. Hilft das nicht,* werden wir Spieler auswechseln."

Schon heute im Spiel in Iserlohn sollen die ersten Veränderungen durchgeführt werden. Landen: „Ich will dem Trainer nicht vorgreifen, doch vielleicht sollten wir nur mit zwei Sturmreihen spielen."

Heute findet bereits der 23. Spieltag mit vier Spielen (alle 19.30 Uhr) statt: Iserlohn – Köln, Rosenheim – *Mannheim,* Landshut – Freiburg, Düsseldorf – Schwenningen.

FUSSBALL / Qualifikationsspiel gegen Nordirland morgen original im Fernsehen (ARD)

Dieter Burdenski zettelt Streit der Torwarte an: „Ich bin zur Zeit besser als Schumacher"

DIETER SCHULZ, **Hamburg**

Reizthemen hätte es eigentlich genug gegeben. Daß sich vor dem entscheidenden Europameisterschafts-Qualifikationsspiel der deutschen Nationalmannschaft in Hamburg gegen Nordirland (morgen ab 15.25 Uhr original im Fernsehen/ARD) die deutschen Torwarte in ein Rededuell einlassen, ist nun dennoch eine Überraschung.

Ungewöhnlich hart forderte Dieter Burdenski, Torwart von Werder Bremen, seinen Einsatz im Spiel gegen *Nordirland.* Burdenski: „Ich habe durch konstant gute Leistungen bewiesen, der zur Zeit beste deutsche Torwart *zu sein. Daher glaube ich an* meine Chance, schon gegen Nordirland eingesetzt zu werden. Ich bin selbstbewußt genug, das deutlich zu sagen. Ich habe zu viel erlebt, um jetzt noch Liebkind machen zu müssen."

Solchen starken Tobak hört der Bundestrainer Jupp Derwall selbstverständlich gar nicht gerne. Schließlich hat er sich auf den Kölner Harald Schumacher festgelegt. Wohl zu Recht, denn bei allem Respekt vor den Leistungen von Burdenski, an *Schumacher kommt er sportlich* nicht heran. Derwall war dann auch verärgert über den Stil von Burdenski: „*Ich habe es nicht gerne,* wenn ein Spieler solche Sätze öffentlich von sich gibt. Es geht nicht an, daß wir im eigenen Lager Differenzen aufbauen." An seiner persönlichen Rangfolge ließ Derwall keinen Zweifel: „Das *Ganze ist für mich* kein Thema: Toni ist die Nummer eins."

Davon zeigt sich auch Schumacher – wie gewohnt – überzeugt: „Das ist, als wolle einem ein junger Mann ein Mädchen ausspannen. Da muß er kämpfen wie ein Löwe. Wie Burdenski jetzt, so hat sich schon Eike Immel geäußert. Das ist legitim, aber es läßt mich kalt. Die Nummer eins bin ich." Burdenski aber verteidigt seine verbale Offensive: „Das ist keine Überheblichkeit von mir. Aufgrund meiner Leistungen könnte auch ich *die Nummer eins sein. Keiner hat* einen Heiligenschein, auch Schumacher nicht." Unberührt von der Auseinandersetzung blieb Derwalls Absicht, Dieter Burdenski erst am Sonntag im abschließenden Qualifikationsspiel gegen Albanien in Saarbrücken einzusetzen, falls am Mittwoch in Hamburg die Endrunden-Teilnahme bereits perfekt gemacht wird.

Für das Spiel im Hamburger Volksparkstadion nannte Jupp Derwall noch keine Aufstellung. Doch es ist *mit einer Elf zu rechnen,* in der der Star von Real Madrid, Uli Stielike, Libero spielt. Die Nominierung *hängt davon ab, ob der Hamburger* Wolfgang Rolff zur Verfügung stehen wird. Rolff kann wahrscheinlich spielen. Eine Röntgenuntersuchung in Hamburg ergab, daß es sich bei seiner Ripperprellung nicht wie befürchtet um einen Bruch handelt. Wäre Rolff ausgefallen, hätte Derwall Stielike im Mittelfeld benötigt.

Der Kölner *Libero* Gerd Strack wird nun wahrscheinlich das Spiel nur von der Reservebank aus miterleben. Vor dem 3:0 gegen Österreich stand die Nominierung von Strack auch schon auf der Kippe, gegen die Türkei überzeugte er. Strack: „Da hatte ich das Gefühl, einen Schritt in Richtung Stammplatz gemacht zu haben. Jetzt fühle ich mich verunsichert. Erst mit 28 Jahren habe ich den *Sprung in die Nationalelf geschafft.* Jetzt geht vielleicht schon wieder alles zu Ende." Der Kölner hat weder starke Fürsprecher, wie sein Rivale Klaus Augenthaler mit Karl-Heinz Rummenigge, noch die wichtigere Rückendeckung beim Bundestrainer: „Strack spielt im Verein so, wie ich es nicht gerne sehe. Er geht in guter Absicht nach vorne, schießt auch Tore, marschiert aber ins Verderben, denn hinten fallen mehr Treffer." Neuester Beleg: Kölns 1:4 gegen Kaiserslautern – Tor von Strack, aber vier Gegentreffer.

Gerd Strack: „Ich kann zur Zeit nur in Länderspielen beweisen, was ich *wirklich kann." Gegen Nordirland* erhält er keine Gelegenheit. Augenthaler, mit der Bewachung von Hamilton oder Whiteside beauftragt, bleibt zwar wie Strack als Libero zweite oder dritte Wahl, am Mittwoch aber immerhin in der Mannschaft.

50:50 beurteilt der Mannschaftsarzt Heinrich Hess die Chancen für Rudi Völler (*Oberschenkelzerrung*). Hess: „Sein Einsatz entscheidet sich heute nach einem Belastungstest. Jedenfalls sieht es günstiger aus als zunächst angenommen."

Auch Jupp Derwall geht davon aus, daß die EM-Endrunde erreicht wird. Er hat jedenfalls die Pläne für Frankreich schon ausgearbeitet. Den Auftakt der Vorbereitung bildet ein Trainingslager in Spanien ab 14. Februar *mit Spielen bei Real Madrid und dem* FC Barcelona. Die Bundesligarunde vom 18. Februar wird auf den 14. *März verschoben. Es folgen* Länderspiele in Belgien, gegen die UdSSR, in Frankreich und in Zürich gegen Weltmeister Italien. Zum Abschluß findet im Juni ein Lehrgang auf französischem Boden statt.

Bei einem Sieg über Nordirland muß der Deutsche Fußball-Bund (DFB) nicht nur das EM-Programm hervorholen, sondern auch die Kasse öffnen. Prämien von 384 000 Mark werden fällig – 3000 Mark pro Spiel und Spieler. Insgesamt 29 Spieler werden beteiligt. Die Höchstprämie *von 24 000 Mark können* Schumacher, Strack, Rummenigge, Völler, Briegel und Littbarski kassieren.

Nordirland: „Es geht uns um einen guten Abschied"

DW. **Bonn**

In sechs Spielen gegen Nordirland *gab es für die deutsche Mannschaft* (bei einem Unentschieden) nur eine Niederlage – das 0:1 in Belfast am 17. November 1982 im Hinspiel der EM-Qualifikation. Die Nordiren verspielten ihre Chance, sich für Frankreich zu qualifizieren, beim 0:1 in Ankara gegen die Türkei. Trainer Billy Bingham zum Spiel in Hamburg: „An ein Wunder will ich nicht glauben. Aber wir werden kämpfen. Jetzt gilt es, *uns einen guten Abgang zu verschaffen.*" Nordirlands Star, der 18 Jahre alte Norman Whiteside, meldete sich nach einer Leistenzerrung gesund.

DIE MANNSCHAFTSAUFSTELLUNG

Schumacher (29 Jahre/42 Länderspiele)
(1. FC Köln)

Stielike (29/34) (Real Madrid) – **Dremmler (29/24)** (München) – **K. H. Förster (25/51)** (Stuttgart) – **Briegel (28/45)** (Kaisersl.)

Rolff (23/6) (Hamburg) – **Matthäus (22/17)** (Gladbach) – **Meier (25/7)** (Bremen) – **Augenth. (26/2)** (München)

Rummenigge (28/69) (München) – **Waas (20/3)** (Leverkusen)

Nordirland: Jennings (38/101) – Donaghy (26/26), McClelland (27/25), C. Nicholl (37/51), J. Nicholl (26/57) – McCreery (26/46), McIlroy (29/71), O'Neill (26/24) – Stewart (21/11), Hamilton (26/30), Armstrong (29/49). – **Schiedsrichter:** Karoly Palotai (Ungarn).

Tabellensituation: Deutschland führt die Tabelle der Gruppe 6 mit 9:3 Punkten an. Vor Österreich und Nordirland, die zwei Minuspunkte mehr auf dem Konto haben. Das bedeutet: Ein Sieg in Hamburg ist die Qualifikation für die Endrunde und macht die Begegnung am Sonntag gegen Albanien bedeutungslos. *Österreich spielt morgen in der Türkei.*

Portugal gehört wieder zu Europas Spitze

DW. **Bonn**

Portugals Fußball zählt wieder zur europäischen Spitze, die Sowjetunion bleibt zweitklassig. Durch einen 1:0-Sieg über die UdSSR in Lissabon qualifizierten sich die Portugiesen nach Belgien als zweite Mannschaft für die Endrunde.

Weitere Entscheidungen fallen morgen. Ein Sieg Dänemarks in Griechenland, wirft England (in Luxemburg) aus dem Rennen. Ein Unentschieden von Spanien in Holland reicht für das WM-Land von 1982. Weiter spielen: „DDR" – Schottland, Bulgarien – Wales, CSSR – Italien *und Irland – Malta.*

STAND PUNKT

Zwei Modelle, das Olympiateam zu nominieren

Das Gerangel setzt früh ein, viel früher als üblich vor Olympischen Spielen. Es geht schon jetzt um Nominierungen für Los Angeles. Vielleicht ist auch dies eine Folge der Liberalisierung der Zulassungsbestimmungen: Wer sehr früh weiß, daß er starten wird, kann sich beizeiten um lukrative Unterstützung kümmern. Diese Randbemerkung soll nur darauf *hinweisen, daß es in den nächsten* Monaten wohl noch nervtötender als sonst werden wird, die endgültige Mannschaft aufzustellen. Die Verantwortung der Verbände wird größer.

Und der Weg, den die Verbände dabei beschreiten, ist unterschiedlich. Zwei Entscheidungen des Wochenendes beweisen das, sie haben gleichsam Modellcharakter.

1. Die Deutsche Reiterliche Vereinigung hat Paul Schockemöhle und seinem Pferd Deister eine Sonderstellung eingeräumt. Der Europameister gilt bereits als sicherer Olympia-Starter, ihm wird weitgehend freigestellt, wann und wo er vorher startet. Grundidee einer solchen Maßnahme ist es, Nerven und Kraft zu schonen, die Besten nicht schon vor der großen Prüfung in internen Scharmützeln zu verschleißen.

2. Der Deutsche Fechter-Bund hat *den Antrag seines Bundestrainers* Emil Beck abgelehnt, schon jetzt die komplette Weltmeistermannschaft im Florettfechten zu nominieren. Mathias Gey, Frank Beck, Mathias Behr, Harald Hein (alle Tauberbischofsheim) und Klaus Reichert (Bonn) müssen sich nun doch in internen Ausscheidungen strapazieren. Grundidee dieses Modells ist es, Leistungsbereitschaft und Trainingseifer *wachzuhalten, offen zu* bleiben für Entwicklungen, die sich plötzlich ergeben können.

In beiden Möglichkeiten steckt Unwägbares. Wenn es schief geht, wird *sich die Kritik ähneln:* Beim einen war die Form nicht so recht zu überprüfen, weil er ja so früh nominiert wurde, der andere mußte seine Kraft in Ausscheidungskämpfen lassen. Die Verantwortung der Verbände wird immer größer. Deshalb kann es nicht falsch sein, schon jetzt nachzudenken.

MARCUS BERG

Sacharow nach Bonn eingeladen

W. K. **Bonn**

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft hat dem sowjetischen Regimekritiker und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow „wissenschaftliche Gastfreundschaft" in der Bundesrepublik Deutschland angeboten. Die Einladung an den im Verbannungsort Gorki in Lebensgefahr schwebenden Wissenschaftler wurde gestern in Bonn auf einer Pressekonferenz der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) bekanntgegeben. Mit jeweils fünftägigen Aktionen in Bonn, Berlin, München, Frankfurt und Hamburg sowie im Ausland wollen die Menschenrechtler seit gestern die Bevölkerung aufmerksam machen, daß der 1980 verbannte Physiker ihre Hilfe brauche. Nach Abwägung aller Interessen solle die sowjetische Regierung, so IGfM-Sprecher Gnauck, Sacharow die Ausreise in ein Land seiner Wahl erlauben. Mit der Verbannung versuchten vor allem die Militärs, das Auftreten des Friedenskämpfers gegen die Militarisierung und Invasion Afghanistans zu verhindern, sagte der Moskauer Schriftsteller Wladimirow, der im Mai 1983 in den Westen reisen durfte.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Werner Marx, sprach von neuen Informationen, die befürchten ließen, daß Sacharow in eine psychiatrische Klinik eingewiesen werden solle.

Unterschriften für Verfolgte

DW. **Bonn**

Freiheit und Menschenrechte für verfolgte Christen und Bürgerrechtler in der Sowjetunion fordern mehr als 35 000 Kirchenzeitungs-Leser in einer Unterschriftenaktion, die auf Initiative der Osnabrücker Bistumszeitung „Kirchenbote" zustande kam. Die Unterschriften sollen heute der sowjetischen Botschaft in Bonn ausgehändigt werden. Zu den Unterzeichnern gehören die Bischöfe Helmut Hermann Wittler (Osnabrück) und Reinhard Lettmann (Münster), der CDU-Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag, Werner Remmers, die niedersächsischen Minister Burkhard Ritz und Walter Remmers sowie Vertreter von Verbänden und Organisationen.

Reagan verspricht Südkorea die weitere Stärkung der Kampfkraft

US-Sprecher dementiert Seouler Berichte über die Entsendung zusätzlicher US-Truppen

AFP/AP/dpa, **Seoul**

Washington beabsichtigt, die Kampfkraft der südkoreanischen Truppen sowie auch der in dem Land stationierten 39 000 amerikanischen Soldaten zu verstärken. Dies wird in einer Erklärung angekündigt, die der amerikanische Präsident Reagan gestern zum Abschluß seines Besuchs in Seoul gemeinsam mit dem südkoreanischen Staatschef Ohun Doo Hwan veröffentlichte. In einer einschränkenden Richtigstellung betonte ein Sprecher des US-Präsidenten, die Entsendung zusätzlicher amerikanischer Truppen sei vorerst nicht geplant. Er dementierte damit anders-lautende Meldungen von südkoreanischer Seite.

Reagan ist inzwischen nach Washington zurückgekehrt. Der ersten sechstägigen Asien-Reise Reagans, die ihn auch nach Japan führte, soll im April ein Besuch in der Volksrepublik China folgen.

In dem Abschlußkommuniqué bekräftigte Reagan, wie bereits in seiner Rede vor dem Parlament in Seoul, die amerikanischen Sicherheitsgarantien für das Partnerland. Die Sicherheit Südkoreas sei der „Angelpunkt" für Frieden und Stabilität im Fernen Osten und „vital" für die Sicherheit der USA. Der seit 30 Jahren bestehende Verteidigungspakt zwischen Washington und Seoul habe sich als wirksame Abschreckung gegen den Norden erwiesen.

Nordkorea wird in der gemeinsamen Erklärung der Bombenanschlag von Rangun angelastet, bei dem im Oktober vier Mitglieder der südkoreanischen Regierung getötet wurden. Es handle sich dabei um einen „Akt von Staatsterrorismus", der mit wirksamen internationalen Sanktionen gegen die Regierung in Pjöngjang bestraft werden müsse, erklärten die beiden Präsidenten. Reagan wies erneut die Einladung Nordkoreas zu separaten Gesprächen zurück. Washington werde solche Verhandlungen nur mit der „vollen und gleichberechtigten" Teilnahme Südkoreas führen. Das durch „starke und unzählige Bande" geknüpfte Freundschafts- und Kooperationsverhältnis zwischen den USA und Südkorea sei in „ausgezeichnetem Zustand".

Die Menschenrechtssituation in Südkorea wird in dem Kommuniqué nur mit einem Satz erwähnt: „Die beiden Präsidenten bejahen die Bedeutung der Verteidigung und Stärkung der Freiheit und der Institutionen, die der Freiheit, Offenheit und politischen Stabilität dienen." Ein Mitarbeiter aus der Umgebung Reagans erklärte vertraulich, es habe langer Verhandlungen mit den Koreanern bedurft, um diesen einen Satz in das Kommuniqué aufzunehmen.

Außenminister George Shultz sprach von den Fortschritten im Bereich der Menschenrechte in Südkorea: „Die Situation entwickelt sich in eine sehr positive Richtung." Der Minister räumte allerdings ein, daß es in dieser Hinsicht immer noch Probleme gebe. Es müsse aber berücksichtigt werden, daß hinter der Nordgrenze ein Land liege, das Südkorea ständig bedrohe. Die Menschenrechtsproblematik sei aber bei den Gesprächen zwischen Reagan und Chun erörtert worden. Reagan sprach das Problem in einem Augenblick an, als christliche und studentische Gruppen in Seoul Beschwerde gegen die ungesetzliche Verhaftung von 45 führenden Dissidenten vorgebracht hatten.

Die Tagesordnung für Stockholm steht

Genscher für „Dialog auf hoher Ebene" / Stuft Moskau KVAE höher ein als Drohtaktik?

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Mit der Einigung auf die Tagesordnung der am 17. Januar 1984 in Stockholm beginnenden „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" (KVAE) ist in Helsinki ein dreiwöchiges Vorbereitungstreffen von Delegationen aus 33 europäischen Ländern, den USA und Kanada zu Ende gegangen. Bundesaußenminister Genscher teilte mit, er selbst werde an der Konferenzeröffnung teilnehmen, und appellierte an seine Amtskollegen der 35 KSZE-Staaten, das ebenfalls zu tun, damit die Stockholmer Beratungen zu einem „Forum des politischen Dialogs auf hoher Ebene" würden.

Von der überraschend geräuschlosen Einigung in Helsinki schließen westliche Regierungskreise auf ein sowjetisches Interesse am Zustandekommen der Stockholmer Konferenz. Offenbar werde in Moskau die Fortsetzung des Dialogs mit dem Westen höher eingestuft als die eigenen Versuche zur Einschüchterung der Öffentlichkeit der NATO-Staaten im Zusammenhang mit der nach einem Scheitern der Genfer Verhandlungen zu erwartenden Stationierung neuer NATO-Waffen auf westeuropäischem Boden. Moskau, so westliche Diplomaten, habe erkannt, daß seine Taktik fehlgeschlagen sei, die Regierungen der NATO-Staaten durch den „Druck der Straße" von ihrem Doppelbeschluß abzubringen.

Offensichtlich setzt auch Genscher auf das sowjetische Einlenken. Er sagte, daß die Völker von der KVAE konkrete Ergebnisse erwarten, die zu mehr Sicherheit, Vertrauen und Stabilität führen: „Wir sollten ihre Hoffnungen nicht enttäuschen." Die KVAE erörtert Möglichkeiten, wie die Ankündigung von Manövern europaweit zwischen Ural und Atlantikküste, die Verlegung von größeren Truppenkontingenten in dieser Region und deren Überwachung so geregelt werden, daß die Gefahr von Überraschungsangriffen und damit das wechselseitige Mißtrauen abgebaut werden.

Warnende Stimmen in der NATO äußerten die Meinung, in Stockholm müßten alle die Sowjetunion begünstigenden Vereinbarungen unterlassen werden, in deren Rahmen die Fähigkeiten der Allianz zur Verstärkung ihrer Truppen in Westeuropa eingeschränkt und die Seeverbindungen über den Atlantik behindert werden könnten. In diesem Sinne äußerten sich die Verteidigungsminister Großbritanniens und der Bundesrepublik, Heseltine und Wörner, bei ihrer Begegnung letzte Woche in Bonn.

Freiheit und Gold lockten den achten Piloten nach Taiwan

HEINER KLINGE, **Bonn**

Mit einem Jagdflugzeug des sowjetischen Typs MiG-17 ist gestern ein Pilot der Luftwaffe der Volksrepublik China in die Republik China geflüchtet und auf Taiwans internationalem Flughafen südlich der Hauptstadt Taipeh sicher gelandet. Wie ein Militärsprecher mitteilte, bat der 28jährige Pilot Wang Xuecheng aus Kaifeng in der nordchinesischen Provinz Henan aus politischen Gründen um Aufnahme in der Republik China.

Wang kam von Zhou Shan, einer Insel vor der chinesischen Küstenprovinz Zhejiang, rund 600 Kilometer nördlich von Taipeh. Seine Maschine wurde von nationalchinesischen Kampfflugzeugen abgefangen und zur Landung auf Taipehs internationalem Flughafen geleitet, nachdem der Pilot über Funk seine Fluchtabsichten zu erkennen gegeben hatte. Wie Wang aussagte, nutzte er einen Übungsflug zur Flucht.

Damit sind seit Oktober 1982 bereits drei Piloten mit ihren Maschinen aus der Volksrepublik China desertiert und zur Republik China übergelaufen. Wang wurde bei seiner Landung in Taipeh von Offizieren der Luftwaffe und von dem am 7. August ebenfalls geflüchteten 46jährigen Testpiloten Oberst Sun Tianqin begrüßt. Oberst Sun war mit einer MiG-21 nach Südkorea geflüchtet und drei Wochen später auf eigenen Wunsch nach Taiwan übergesiedelt, wo er politisches Asyl erhielt. Am 16. Oktober 1982 war bereits der 26jährige Major Wu Ronggen mit einer MiG-19 nach Südkorea desertiert. Wang hat angeblich gemeinsam mit Wu die Luftwaffenschule in der Volksrepublik China besucht. Wu lebt seit einem Jahr ebenfalls in der Republik China. Die Flugzeuge Suns und Wus behielt Südkorea zurück.

Patriotische Begeisterung

Die Flucht nach Taiwan macht Wang zum Dollarmillionär. Die Regierung der Republik China bietet Derserteuren aus der Volksrepublik für mitgebrachte Flugzeuge und Waffen Belohnungen in Gold, die nach den jeweiligen Flugzeugtypen gestaffelt sind. So kann Wang für die MiG-17 mit einer Prämie im Wert von 1,7 Millionen US-Dollar rechnen. Für eine MiG-19 zahlt Taipeh 2,5 Millionen und für eine MiG-21 sogar 3,85 Millionen US-Dollar. Außerdem werden die Deserteure mit Offiziersrang in die Luftwaffe der Republik China übernommen.

In Taiwan hat die jüngste Flucht eines Luftwaffenoffiziers aus der Volksrepublik China eine neue Welle patriotischer Begeisterung ausgelöst. In Rundfunk und Fernsehen überstürzten sich die Sondermeldungen und Berichte, die betonen, daß Wang seit 1960 schon der achte geflohene Angehörige der rotchinesischen Luftwaffe ist. Zur Flucht von Oberst Sun hatte Regierungssprecher James Soong erklärt, sie habe bewiesen, „daß sich unsere Landsleute auf dem Festland nach unserem Regierungssystem sehnen und daß das kommunistische System am Rande des Bankrotts steht".

Noch Ausnahmezustand

Die Führung der Republik China sieht sich durch die Flucht rotchinesischer Piloten in ihrer Auffassung bestätigt, daß die Chinesen auf dem Festland den Kommunismus ablehnen und sich nach Demokratie sehnen. Somit rücke das Ziel der Wiedervereinigung Chinas auf der Grundlage der „Sanminzhuyi" immer näher. Diese „drei Prinzipien des Volkes" wurden von Sun Yat-sen, dem Gründer der ersten chinesischen Republik, verkündet und umfassen Unabhängigkeit, Demokratie und Wohlstand. Die in den vergangenen Jahren wiederholt von Peking gemachten Angebote zu Gesprächen über die Wiedervereinigung wurden von der Regierung der Republik China unter Präsident Tschinag Ching-kuo sämtlich abgelehnt.

Zwar haben die 18,5 Millionen Bewohner Taiwans im Vergleich zu der Milliarde Chinesen auf dem Festland viel größeren Wohlstand erzielt. Doch läßt die Demokratie bislang in Taiwan zu wünschen übrig: Seit mehr als drei Jahrzehnten ist der Ausnahmezustand auf Taiwan niemals aufgehoben worden. Dies wird mit der aus Peking drohenden Gefahr begründet. Liberale Opposition in Kreisen der Elite wird scharf unterdrückt.

Inzwischen umfassen die Streitkräfte der Republik China rund eine halbe Million Mann. Davon entfallen zwei Drittel auf die Landstreitkräfte, 40 000 auf das Marine-Landungs-Korps, 70 000 auf die Luftwaffe und 35 000 auf die Flotte. Ein Drittel des Budgets fließt dem Militär zu.

RAF-Fahndung an der Grenze zu Holland

WERNER KAHL, **Bonn**

An den Grenzübergängen der Bundesrepublik Deutschland und den nichtkontrollierten Grenzabschnitten fahnden die Sicherheitsbehörden verstärkt nach den Resten der „Rote Armee Fraktion" (RAF). Experten schließen nicht aus, daß die versprengte RAF versuchen könnte, in die Aktionen zur Radikalisierung der innenpolitischen Szene, die von Gruppen der „Friedensbewegung" propagiert werden, mit eigenen Anschlägen einzugreifen.

Bei einem Nachteinsatz an der deutsch-niederländischen Grenze in der vergangenen Woche wurde dem Vernehmen nach die „GSG 9" alarmiert: Die Polizei hatte Hinweise, daß Susanne Albrecht auf dem Weg aus Holland nach Köln sei. Die Hamburger Anwaltstochter wird seit der Ermordung des Bankiers Ponto gesucht; die Fahndung blieb jedoch ergebnislos.

Nach Mitteilungen von Banken ist auch wieder Geld mit Registriernummern aus dem Entführungsfall Palmers aufgetaucht. Der Wiener Industrielle war 1977 gegen ein Lösegeld von 31 Millionen Schillingen (ca. 4,5 Millionen D-Mark) freigelassen worden. Einen Teil der Beute hatte das BKA bereits in den 1982 entdeckten 18 Erddepots der RAF sichergestellt.

Seit der Zerstörung des Großteils ihrer Logistik hielt sich die RAF im Ausland auf. Hinweise auf eine Beteiligung deutscher Terroristen an der Entführung des Niederländers Heineken gibt es bisher nicht.

Raketen: Antrag in Karlsruhe

dpa, **Karlsruhe**

Elf Wissenschaftler aus Tübingen und Stuttgart haßen beim Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVT) Verfassungsbeschwerde gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland erhoben und einen Antrag auf Einstweilige Anordnung gestellt. Wie der Tübinger Professor Johannes Neumann gestern mitteilte, soll das Karlsruher Gericht die Bundesregierung verpflichten, ihre Zustimmung zur Aufstellung dieser Waffensysteme zurückzunehmen und deren Stationierung mit allen Mitteln staatlicher Gewalt zu verhindern.

Nicht überbewerten

ed. – Es regt sich etwas im Export. Das Auslandsgeschäft habe die Talsohle wohl jetzt hinter sich, kommentiert die Deutsche Bank und *andere auch. Nach einem dreiviertel* Jahr Exportflaute ist die jetzt auch statistisch sichtbar werdende Belebung natürlich sehr erfreulich. Aber man sollte sie auch nicht überbewerten. Denn sie ist noch keineswegs nachhaltig, wie die Deutsche Bank zu Recht bemerkt.

Von einem Aufschwung der deutschen Ausfuhr kann noch nicht die Rede sein; er zeichnet sich auch nicht recht für 1984 ab, selbst dann nicht, wenn es mit der Konjunktur in den USA weiter gut läuft. Der Export in die USA hat an den deutschen Gesamtausfuhren gerade einen Anteil von gut 8,5 Prozent, schlägt also auch bei einer Steigerung kaum nennenswert zu Buche. Von der flotten *US-Konjunktur* profitieren vor allem die Japaner, und zwar in einem Ausmaß, das dieses Thema schon zum Politikum werden ließ.

Die deutschen Ausfuhren gehen zur Hälfte in die EG. Und da sieht es, wenn man einmal von Großbritannien absieht, mit dem Wirtschaftswachstum nicht gerade rosig aus. Besonders nicht bei so wichtigen Handelspartnern wie Frankreich und Italien. Die Korrektur einer falschen Wirtschaftspolitik der Pariser Sozialisten trifft jetzt auch uns indirekt. Zudem stehen die klassischen deutschen Exportangebote, Industrieanlagen und Investitionsgüter, derzeit nicht gerade obenan auf den ausländischen Einkaufswunschlisten.

Daher sollte man sich auch keine übertriebenen Hoffnungen auf eine deutliche Leistungsbilanzverbesserung machen, zumal da die Importe zunehmen. Mit einem Plus von rund acht Milliarden wie 1982 muß man wohl zufrieden sein.

Benzinstreik

J. Sch. (Paris) – Wenn zwei das gleiche tun, dann ist das noch längst nicht dasselbe. Dies haben am letzten Wochenende in Frankreich die *kleinen Tankstellenbesitzer zu* spüren bekommen. Aus Protest gegen die Erhöhung des behördlich zulässigen Benzinrabatts von zehn auf 17 Centimes je Liter versuchten sie, die Auslieferungslager der Raffinerien zu blockieren. Mit massivem Polizeieinsatz wurde das verhindert. Wenn die Bauern streiken, ist das anders. Unter dem Zapfsäulen-Boykott hatten die Autofahrer nicht zu leiden *Die Regierung* brauchte dafür noch nicht einmal einzugreifen. Sie konnte darauf zählen, daß die Franzosen vor ihrer Abreise den Tank so voll gemacht hatten, um bis zur nächsten Großtankstelle zu kommen. Schließlich reicht heute eine Tankfüllung durchweg 100 Kilometer weiter *als* in den benzinsparenden Autos von vor einigen Jahren. So können die Großtankstellen, insbesondere die der Supermärkte die ab heute erweiterten Rabattspannen voll ausnutzen und die kleinen Tankstellenbesitzer allmählich aus dem überbesetzten Markt verdrängen.

Viel Hektik im Spiel

Von WERNER NEITZEL

Aus der anfänglichen Ratlosigkeit erwächst mehr und mehr eine Art von Selbstzufriedenheit. Die Spielwarenbranche in der Bundesrepublik, also die Hersteller und der Fachhandel, die sich bisher dem Vormarsch der Elektronik vor allem in Form der Videospiele recht hilflos ausgesetzt sahen, wittern wieder Morgenluft. Angesichts der Turbulenzen am Markt der Videospiele und Homecomputer wird sogar eine Spur von Schadenfreude sichtbar.

In der Tat, die Anzeichen für eine sich steigernde Hektik und Unruhe in diesem Teil der Elektroniksparte sind deutlich. Ihre äußeren Merkmale sind Schnellebigkeit des Produkts, Preisverfall, [illegible] teilweise fehlende [illegible], Softwaremangel. Die Systeme der ersten und zweiten Generation sind dabei, durch neue Videospiel-Systeme abgelöst zu werden. Entsprechend groß ist die Marktunruhe. Wenngleich das Interesse der Kinder und Jugendlichen stark auf diese Art des Spiels gerichtet ist, kann von der früher prognostizierten Marktexplosion zumindest wertmäßig keine Rede sein. Fehlende Kaufkraft setzt eben manchen Wünschen enge Grenzen.

Der Ausstieg von Texas Instruments aus dem Homecomputer-Geschäft, einem Produkt, das in seinen Möglichkeiten sozusagen von „oben" her in den herkömmlichen Videospiel-Sektor hineinreicht, kann als *ein zusätzliches Indiz für die zunehmende Frustration* auf der Anbieterseite über nicht erfüllte Renditeträume gewertet werden. Der Spielwarenhandel hierzulande wie auch die Herstellerseite fühlen sich in ihrer Reserviertheit gegenüber dem elektronischen Produkt bestätigt, was sich letztlich auch aus dem Umstand erklärt, daß die Industrie in der Bundesrepublik keineswegs in der Entwicklung und Produktion derartigen Spielgeräts mitziehen konnte.

Ihre Devise lautet: Das Videospiel wird in unserem Lande das herkömmliche Spiel nicht ersetzen, wohl aber ergänzen. Folglich finden sich auch hier in den Spielwaren-Läden und in den entsprechenden Abteilungen der Kaufhäuser elektronische Spiele (fast durchweg ausländischer Herkunft) in den Verkaufsregalen. Man kann also doch nicht an diesen Produkten vorbei. Deren Attraktivität läßt sich nicht einfach wegdiskutieren, obwohl das Marktvolumen der Videospiele nach wie vor bei weniger als 10 Prozent des gesamten Spielwarenmarkts liegt.

Festzuhalten ist, daß man einem Trugschluß erläge, wenn man jedem *Verkaufsrenner* der USA *den gleichen* Erfolg auch auf dem deutschen Markt zutrauen würde. Gleichwohl wäre die Spielwarenbranche hierzulande schlecht beraten, Däumchen zu drehen und die weitere Entwicklung abzuwarten. Der Markt sollte schon genau beobachtet werden, zumal man ja eine *kleiner werdende* Zielgruppe zu beklagen hat. Mit einer gewissen Sorge registriert die Branche auch, daß sich das Spielverhalten der Kinder verändert. Sie wachsen früher in die Technik hinein. Darauf gilt es sich einzustellen. Und genau hier setzt beispielsweise die Chance für den *Homecomputer mit seinem* breiten Anwendungsspektrum an.

Die These „Amerika ist anders" mag zwar ihre Berechtigung auf bestimmten Gebieten haben, in einem Punkte bedeutet sie aber auch eine Aufforderung. In der Rangfolge der Exportländer der deutschen *Spielwarenindustrie* rangieren die USA (mit 6,5 Prozent Anteil an den Gesamtausfuhren) ziemlich weit hinten. Mit „erbärmlich wenig" umschrieb dieser Tage ein Branchen-Repräsentant diesen Tatbestand. Da sticht auch das Argument von der vorgegebenen Struktur der aus rund 1000 überwiegend kleinen und mittelgroßen Betrieben bestehenden deutschen Spielwarenindustrie nicht, denn andere ähnlich strukturierte Wirtschaftszweige verstehen es bedeutend besser, sich auf dem großen Markt USA zu verkaufen.

Produktion und Fachhandelsumsätze der Spielwarenbranche in der Bundesrepublik tendieren im bisherigen Verlauf des Jahres leicht ins *Plus, was unter den Konsumgüter*branchen in Anbetracht der zähen Konjunkturentwicklung so schlecht nicht ist. Alles hängt freilich von dem nunmehr anrollenden Weihnachtsgeschäft ab, auf das mehr als die Hälfte des Jahresumsatzes (im Handel) entfällt. Die Zuversicht der Branche auf ein ordentliches Geschäft hat realen Boden. Bekanntlich wird am Kind auch weiterhin nicht gespart. Die rege Nachfrage nach hochwertigen Spielzeugen heimischer Produktion sind da kein schlechtes Zeichen.

STAHL / Ein Mindestpreissystem soll einheitlichen EG-Markt retten

Die deutschen Hersteller beurteilen neue Brüsseler Maßnahme skeptisch

WILHELM HADLER / J. G., **Brüssel/Düsseldorf**

Um die Einheit des europäischen Stahlmarktes zu retten, muß die EG-Kommission zu immer stärkeren dirigistischen Mitteln greifen. So sollen als Ergänzung des bestehenden Produktionsquoten-Systems mit Wirkung vom 1. Dezember für vier Gruppen von Flachstahlerzeugnissen, Warmbreitband (Coils), kaltgewalzte Bleche, Grobbleche und schwere Profile, Mindestpreise festgelegt werden, bei deren Unterschreitung die Unternehmen mit Geldbußen rechnen müssen.

Wie EG-Vizepräsident Etienne Davignon vor der Presse erläuterte, soll die Einhaltung dieser Preise unter anderem durch ein Kautionssystem gesichert werden. Geplant ist, daß die Produzenten am Monatsende bei den Regierungen der Mitgliedsstaaten 100 Mark für jede Tonne in der EG verkauften Stahls hinterlegen. Der Betrag soll ihnen im Laufe des nächsten Monats zurückerstattet werden, falls sie die vorgeschriebenen Preise nicht unterboten haben.

Die Kommission will sich auch das Recht einräumen lassen, die Rechnungen der Stahlkocher zu überprüfen und die tatsächlich kassierten Beträge zu kontrollieren. Die Modalitäten für dieses Verfahren sollen zusammen mit den Unternehmen ausgearbeitet werden und spätestens am 1. Januar 1984 in Kraft treten. Um Ausmaß und Herkunft von Drittlandimporten besser übersehen zu können, wird an den Grenzen künftig ein besonderes Warenbegleit-Zertifikat verlangt.

Mit deutlich spürbarer Reserviertheit kommentiert die Düsseldorfer Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie die neuen Maßnahmen der Brüsseler EG-Kommission zur Ergänzung des Krisenbewältigungssystems nach Artikel 58 des Montanunionsvertrages.

In einem öffentlich-rechtlichen System, so erklärt der deutsche Produzentenverband, können die Stahlpreise nur durch eine Anpassung des *Mengenangebots an die* Stahlnachfrage und durch korrekte Einhaltung der von der Kommission vorgegebenen Produktions- und Lieferquoten stabilisiert werden. Solange hohe Subventionen die Wettbewerbsbedingungen in der EG verzerren, bedürfe es besonderer Vorsorge, um den binnengemeinschaftlichen Stahlaustausch in den traditionellen Grenzen zu halten.

Dabei seien, so betont der Verband weiter, Kontrollmaßnahmen und schnelle eindeutige Sanktionen gegen Verstöße der dafür aufgestellten Regeln „leider unverzichtbar". Öffentlich-rechtliche Preisvorschriften könnten in diesem Rahmen nur unterstützenden Charakter haben. Die von der Kommission bisher entwickelten Vorschläge für eine Verbesserung des Krisenmanagements nach Artikel 58 des Montanunionsvertrages „vermögen die notwendige Ordnung des Marktes nicht wiederherzustellen".

Die Bundesregierung hat die geplante Einführung von Mindestpreisen begrüßt. Ein Sprecher des Bun*deswirtschaftsministeriums erklärte*, es sei positiv zu werten, daß die Kommission so schnell reagiert habe. Ob dieser Vorschlag, gemessen an den jüngsten stahlpolitischen Forderungen der Bundesregierung an die EG-Kommission, als ausreichend zu werten sei, müsse aber noch geprüft werden.

Nach dem Montanvertrag braucht die Kommission (als Nachfolgerin der Hohen Behörde) keine formelle Zustimmung des Rates für die genannten Entscheidungen. Artikel 61 sieht aber vorherige Konsultationen mit den Unternehmen, dem beratenden Ausschuß der Kohle- und Stahlgemeinschaft und den Mitgliedsregierungen „über die Zweckmäßigkeit solcher Maßnahmen und über das von ihnen bestimmte Preisniveau" vor.

Deshalb hat die Kommission bisher lediglich zu erkennen gegeben, daß sie den Mindestpreis für Warmbreitband (Coils) auf „ungefähr 750 Mark je Tonne" (einschließlich Transport- und Nebenkosten) festsetzen will, was auf jeden Fall mehr ist, als die gegenwärtigen Marktpreise hergeben, aber weit unterhalb des Orientierungspreises für dieses Grunderzeugnis von 860 Mark liegt.

UMWELTPOLITIK

DIHT: Ökologie darf nicht vor Ökonomie rangieren

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Die Umweltpolitik sollte trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten nicht zurückgeschraubt werden. Allerdings dürfe solche grundsätzlich richtige Einstellung nicht dazu führen, daß umweltpolitische Ziele einen höheren Stellenwert einnehmen als die wirtschaftspolitischen. Dies erklärte Franz Schoser, Hauptge*schäftsführer des Deutschen Indu*strie- und Handelstages (DIHT), gestern vor der Presse, als er ein vom DIHT ausgearbeitetes Positionspapier zu grundlegenden Fragen der Umweltpolitik vorstellte.

Der Überbietungswettbewerb von Politikern aller Parteien in diesem Themenbereich bringe nicht den gewünschten *Erfolg. Erforderlich seien* Augenmaß und ausreichende Fristen, um den betroffenen Unternehmen die nötige Zeit für entsprechende Innovationen zu geben. Schoser stellte diese Forderung besonders mit Blick auf die von Baden-Württemberg geplante Verschärfung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung. Unterstützte Auflagenverschärfungen könnten den Unternehmen zu große Lasten aufbürden. Die umweltpolitischen Anforderungen an die Unternehmen mit den damit verbundenen hohen Investitionen und Betriebskosten dürften den Rahmen nicht sprengen, innerhalb dessen die *deutsche Wirtschaft dem scharfen in*ternationalen Wettbewerb noch Paroli bieten kann.

Daher forderte Schoser, *daß* ein Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie gefunden wird, der allerdings nicht in einem „wachsenden Absicherungsdenken" durch die Behörden bestehen dürfe. Denn die *Vorschriftenflut beeinträchtige* Investitionsbereitschaft und Verantwortungsfreude der Betriebe. Größere Freiräume bei der Erfüllung staatlicher Zielvorgaben hingegen förderten das Ziehen an einem Strang.

In diesem Zusammenhang verwies der DIHT-Geschäftsführer auf in den *USA angewandte Modelle für einen* verbesserten Umweltschutz, die freilich nicht immer direkt auf die bundesrepublikanischen Verhältnisse übertragbar seien. Als positives Beispiel führte Schoser das Glockenprinzip („bubble policy") an, nach dem umweltpolitische Auflagen nur für bestimmte Regionen, nicht für einzelne Unternehmen festgelegt werden. Den betroffenen Firmen bleibt es überlassen, wie sie durch Absprachen, Kompensationsverfahren, zu einer gemeinsamen Lösung *finden – der für alle Beteiligten am* günstigsten.

Generellen übergreifenden Maßnahmen im *Hinblick* auf die Finanzierung des Umweltschutzes steht der DIHT kritisch gegenüber. Sowohl eine staatliche Unterstützung, als auch eine Umverteilung gezahlter Abgaben beurteilte Schoser negativ. Gerade die unter dem Stichwort „marktwirtschaftliche Instrumente" *geforderten Umweltabgaben seien* im Grunde nichts anderes als Sondersteuern, gegen die der DIHT grund*sätzlich ordnungspolitisch Bedenken* habe. Denn das Verursacherprinzip werde bei dieser Methode nicht eingehalten.

AUF EIN WORT

„Haushalts- und Finanzpolitik müssen in den nächsten Jahren die entscheidenden Rahmendaten für ausreichendes Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen. Erst dann wird es möglich sein, in der Sozial- und Gesellschaftspolitik größere Reformen einzuleiten."

Dr. Walter Althammer, CSU-Bundestagsabgeordneter FOTO: WEREK

Israel: Preise angehoben

AFP, **Jerusalem**

Die Preise für Grundnahrungsmittel sind in Israel am Sonntagabend zwischen zehn und 19 Prozent angehoben worden. *Der* Grund für die Verteuerung von Brot, Speiseöl, Milch und Gefrierfleisch liegt in der Entscheidung des Finanzministers, die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln zu kürzen. Die israelischen Verbraucher hatten bereits vor einigen Wochen einschneidende Preiserhöhungen von 50 Prozent für Grundnahrungsmittel hinnehmen müssen. Gleichzeitig war der Schekel um 23 Prozent abgewertet worden. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbandes „Histadrut", Yeruham Meshel, kündigte an, er werde von den Arbeitgebern eine Vorauszahlung der Teuerungsprämie verlangen, die eigentlich erst im Januar fällig wäre.

KONJUNKTUR

Deutsche Bank erwartet Impulse von den Exporten

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Erste Anzeichen deuten nach Auffassung der Deutschen Bank darauf hin, daß die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik jetzt auch von der Außenwirtschaft Impulse erhält. Zwar fehle noch eine gegenseitige Selbstverstärkung positiver Tendenzen; doch erwartet die Bank nach der Wachstums-Atempause im dritten Quartal für die letzten *Monate dieses Jahres* ein *Wiedereinschwenken* der Wirtschaft auf einen Expansionspfad. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem Wirtschaftswachstum von rund einem Prozent. Das Auslandsgeschäft habe jetzt die Talsohle wohl hinter sich, heißt es weiter im „Bulletin" der Deutschen Bank. Eine *nachhaltige* Belebung der deutschen Ausfuhr sei aber erst dann wahrscheinlich, wenn weltweit auch *die Investitionsgüter*nachfrage wieder stärker wächst, *eine Entwicklung, die sich jetzt* erst vereinzelt abzeichne.

Im nächsten Jahr werde die Aufwärtsbewegung der deutschen Konjunktur um so stärker ausfallen, je mehr es gelingt, das inländische Investitionsklima durch weiter verbesserte Rahmenbedingungen positiv zu beeinflussen. Dazu gehöre ein angemessenes Zusammenwirken der Geldpolitik, der Finanzpolitik und nicht *zuletzt* der *Tarifpartner*.

Als überbewertet sieht die Deutsche Bank den US-Dollar an. Sein hoher Kurs und der Aufschwung in den USA begünstigten zwar die Ausfuhr anderer Länder; aber gleichzeitig, so hebt die Bank hervor, komme die Konjunktur außerhalb der USA *nicht zuletzt wegen der hohen Zinsen* nur langsam auf Touren. Zudem bremsten die starken Dollarkursschwankungen tendenziell Wachstum und Welthandel.

WERTSCHÖPFUNGSSTEUER

Spitzenverbände warnen vor „Jobkiller ersten Grades"

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Spitzenverbände der deut*schen Wirtschaft haben gestern davor* gewarnt, „eine ohnehin schlechte Steuer, die Gewerbesteuer, durch eine noch *schlechtere, die Wertschöpfungssteuer"* zu ersetzen. Eine solche „Super-Lohnsummensteuer" würden den Rationalisierungsdruck erheblich verschärfen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verschlechtern und sich damit als „Job-Killer ersten Grades" *erweisen*.

Die Bemessungsgrundlage einer Wertschöpfungssteuer setzt sich aus *Löhnen, Gehältern, Gewinnen, Mie*ten, Pachten und Fremdkapitalzinsen zusammen. Nach der Rechnung der Spitzenverbände würde die Einführung dieser Steuer eine zusätzliche Steigerung der Lohnkosten von jährlich 20 Milliarden Mark bewirken. Davon wären vor allem lohnintensive Betriebe betroffen, und die ohnehin geschwächte internationale *Wettbewerbsfähigkeit der deutschen* Unternehmen würde durch eine solche fast ausschließlich ertragsunab*hängige Steuer weiter beeinträchtigt*.

„Andere mit der Bundesrepublik Deutschland auf den Weltmärkten konkurrierende Industrieländer kennen eine derartige Sonderbelastung gewerblicher Tätigkeit nicht", heißt es in der Stellungnahme der Spitzenverbände. Auch im Binnenhandel *würden sich Wettbewerbsverzerrun*gen ergeben.

„Alarmiert" zeigen sie sich durch *die Tatsache, daß* der vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium propagierte Gedanke einer umfassenden Wertschöpfungssteuer unkritisch aufgegriffen werde. So fordere vor allem die SPD-Bundestagsfraktion einseitig eine Diskussion dieses Vorschlags.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

DAT erwartet Rekordjahr bei Gebrauchtwagen

Stuttgart (dpa/VWD) – Ein neues Rekordjahr für den Gebrauchtwagenmarkt erwartet die Deutsche Automobil Treuhand GmbH (DAT), Stuttgart. Das Geschäft *laufe weiterhin* auf vollen Touren, heißt es in dem neuesten Marktbericht der DAT. Dennoch würden erfahrungsgemäß die Gebrauchtwagenpreise in den letzten Wochen des Jahres etwas nachgeben. Durch die hohe Zahl von Neufahrzeug-Auslieferungen werde das Gebraucht-Angebot weiterhin attraktiv bleiben. Besonders gefragt ist zur Zeit nach Feststellung der DAT nach wie vor die Kompaktwagenklasse bis 1,3/1,5 Liter Hubraum und 55/70 PS Leistung.

Mehr Mineralölerzeugnisse

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Einfuhr von *Mineralölerzeugnissen* erreichte im dritten Quartal 9,6 Millionen Tonnen, wofür 6,4 Milliarden Mark gezahlt werden mußten. Das Einfuhrvolumen dieser Energieträger war damit um elf Prozent höher als im dritten Quartal 1982, während der Importwert nur um acht Prozent stieg, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Gegenüber dem zweiten Quartal dieses Jahres nahmen jedoch die Einfuhren von Mineralölprodukten um sechs Prozent in der Menge ab, während der Wert um zwei Prozent stieg.

Wichtige Asean-Staaten

Bonn (HH) – Die Asean-Staaten werden „in den nächsten 20 bis 50 *Jahren zu* den entscheidenden Wachstumspolen der Weltwirtschaft zählen", erklärte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Professor Rodenstock, vor der Abreise einer BDI-Delegation zu einem zehntägigen Informationsbesuch nach Singapur, Thailand und auf die Philippinen. In Gesprächen *mit* Regierungen und Vertretern der dortigen Wirtschaft sollen Voraussetzungen *und Möglichkeiten* einer stärkeren wirtschaftlichen Kooperation erkundet werden. Wenn die Bundesrepublik ihre Position als zweitgrößte Welthandelsnation halten wolle, müsse sie sich künftig noch intensiver am wachsenden Wirtschaftsgeschehen in Südostasien beteiligen. Dies um so mehr, als die Präsenz europäischer, vor allem deutscher Unternehmen im Vergleich zu den wichtigsten Konkurrenten Japan und USA derzeit „noch *unzureichend" sei*.

Ölkrise – 10 Jahre danach

Bonn (HH) – „Ölkrise – 10 Jahre danach", ist das diesjährige Tagungsthema der Gesellschaft für Energiewissenschaft und Energiepolitik (GEE) am 30. November und 1. Dezember *im Bonner Wissenschaftszentrum*. Angesichts der unterschiedlichen Urteile über die Wirkungen der Ölpreissteigerungen im vergangenen Jahrzehnt sei es an der Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen. Zu den Hauptrednern gehört der Exekutivdirektor der Internationalen Energieagentur Paris, Ulf Lantzke. In *acht Arbeitsgruppen* sollen Themen wie Zukunftsperspektiven des Ölmarkts, Wechselwirkungen von Weltwirtschaft und Ölpreis, die Rolle der Steinkohle, aber auch die Bewußtseinsveränderung der Verbraucher nach der Ölkrise erörtert werden.

Jemen will sparen

Sanaa (dpa/VWD) – Die Regierung der Arabischen Republik Jemen will auf Grund akuter Devisenknappheit die Importe erheblich einschränken. Nach Angaben der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, plant die Regierung, sich bei der Einfuhr auf solche Güter zu konzentrieren, die für die Entwicklung des Landes *erforderlich sind. Der* Import von Luxusgütern soll dagegen stark verringert werden. Außerdem soll die einheimische Wirtschaft künftig stärker auf eigene Rohstoffe zurückgreifen.

Zu hoher Bundesanteil

München (rtr) – Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat sich grundsätzlich für eine Reduzierung der Bundesbeteiligung an der Deutschen Lufthansa ausgesprochen. Es sei „nicht notwendig", daß der Bund *in diesem Ausmaß an der Fluggesell*schaft beteiligt sei, sagte der Minister im Münchner Presseclub. Man könne „durchaus darüber reden", insbesondere wenn eine Kapitalerhöhung anstehen sollte. Die Bundesbeteiligung an der Lufthansa liegt derzeit bei gut 74 Prozent.

EDV-INDUSTRIE

Beschleunigtes Wachstum bei Umsatz und Aufträgen

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Noch schätzt die deutsche Computerindustrie die Entwicklung ihrer Auftragseingänge im Gesamtjahr 1983 recht vorsichtig ein: Um elf bis zwölf Prozent sollen sie steigen, schätzt der Fachverband Datenverarbeitung im ZVEI. Das Wachstum könnte aber durchaus steiler ausfallen, nachdem sich speziell im dritten Quartal eine deutliche Beschleunigung abgezeichnet hat.

So nahm die Nachfrage nach EDV-Erzeugnissen in den ersten neun Monaten des Jahres um gut 13 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu – Ende August war man erst bei einem Plus von etwa zehn Prozent angelangt. Das Dreivierteljahres-*Wachstum der* Aufträge wurde vom Inland (plus 13,6 Prozent) und vom Ausland (plus 13,2 Prozent) fast gleichgewichtig bestimmt. Zwar dürfte der September-Schub von 42,6 Prozent auch durch den Jahresab*schluß eines großen Anbieters* (Siemens per 30. 9.) beeinflußt sein. Doch auch ohne diesen Sondereffekt spürt die Branche durchaus Rückenwind.

Noch besser als die Auftragslage haben sich bislang die Umsätze entwickelt. Bis Ende Sepember stiegen sie um knapp 16 Prozent. Auch hier lagen das Inland mit einem Zuwachs um 17,1 und das Ausland mit einem Plus von 16,5 Prozent nicht weit auseinander. Für das Gesamtjahr rechnen die Computerbauer mit einer Steigerung um 18 *Prozent auf 11 (9,4)* Milliarden Mark.

Dabei werden die Erzeugerpreise, die 1982 erstmals leicht angezogen hatten, wieder unter dem Vorjahresniveau bleiben. Die Branche, die derzeit allein im Produktionsbereich 61 000 Mitarbeiter beschäftigt, sucht nach wie vor *Kräfte für Vertrieb*, Service und Software-Entwicklung.

BALLUNGSGEBIETE / Fünftes Daimler-Benz-Seminar in Berlin

Unbekannte Größe Güternahverkehr

GERD BRÜGGEMANN, **Berlin**

Verkehrsprobleme in Ballungsgebieten werden zumeist nur im Hinblick auf den Individualverkehr diskutiert. Da ein weiterer Ausbau der Straßen nicht nur an den leeren staat*lichen und kommunalen Kassen* scheitert, sondern zunehmend auf den Widerstand der Bevölkerung stößt, muß nach anderen Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, um *die Ver- und Entsorgung* von Wohnungen und Betrieben sicherzustellen. Wie wenig sich Politik und Forschung bisher mit diesem Thema befaßt haben, wurde auf einem Seminar deutlich, das die Daimler-Benz AG jetzt in Berlin veranstaltete. Es war dem Thema „Transportabwicklung *im Güternahverkehr" gewidmet und* sollte zugleich Arbeiten aus dem Aufgabenbereich der Forschungsgruppe Berlin des Unternehmens einer fachlich interessierten Öffentlichkeit vorstellen. Die Daimler-Benz AG, die ihr Berlin-Seminar in diesem Jahr zum fünften Mal veranstaltete, will damit *aber auch ihre Verbundenheit mit* der alten Hauptstadt dokumentieren, in der sie mit rund 4400 Mitarbeitern der viertgrößte industrielle Arbeitgeber ist.

Die Stuttgarter Automobilbauer hatten wieder eine Reihe von Experten ins Hotel Kempinski eingeladen, *die unter Leitung des Dortmunder* Professors Paul Baron über verschiedene Aspekte des Themas referierten und mit den etwa 200 Teilnehmern diskutierten. Im einzelnen sprachen die Professoren Wilhelm Leutzbach (Karlsruhe) und Gösta Ihde (Mannheim) über die Bedeutung des Güter*verkehrs in der Stadt. In zwei weite*ren Referaten behandelten Prof. Erich Bahke (Karlsruhe) und Paul Strifler (Daimler-Benz) Transporttechnologien. In den abschließenden Vorträgen referierten die Professoren Carl Graf Hoyos (München) und Hellmuth Seidenfus (Münster) sowie Hans-Dieter Chemnitz (Daimler-Benz) über die Organisation des Güternahverkehrs und Informationssy*steme, die* den Ablauf verbessern und den Fahrer entlasten.

Vertreter der Praxis des Speditionsgewerbes und kommunale Verkehrsexperten gehörten nicht zu den Referenten, wobei offen blieb, ob sie nicht eingeladen oder nicht gekommen waren. Dies führte dazu, daß die Veranstaltung etwas *unter einem* wissenschaftlich-theoretischen Akzent litt. In seinem Schlußwort forderte der Leiter der Forschungsabteilung von Daimler-Benz, Prof. Huber*tus Christ, daß die Verbesserung der* Transportabläufe im städtischen Verkehr nachhaltig auch durch gesetzgeberische und stadtplanerische Maßnahmen unterstützt werden müßte. Der Wirtschaftsverkehr sei bisher von der Stadtplanung vernachlässigt worden. Ziel aller Maßnahmen müsse ein flüssiger und reibungsloser Güterverkehr zur Ver- und Entsorgung von Wirtschaft und Bevölkerung sein.

KOHLEBERGBAU

Krise weiter zugespitzt

SAD, Paris

Die Krise im französischen Kohlebergbau spitzte sich am Montag mit dem Rücktritt des kommunistischen Präsidenten der staatlichen „Charbonnages de France" (CdF), Georges Valbor, einem fast vollständigen Streik in den Kohlebergwerken und Protestmärschen der Bergarbeiter in mehreren Städten zu einem für die Regierung hochbrisanten Politikum zu. Valbor, 59, Mitglied des Zentralkomitees der französischen Kommunistischen Partei seit 1970, war im Februar 1982 von der neuen sozialistisch-kommunistischen Regierung zum Präsidenten der CdF ernannt worden. Er begründete jetzt seinen überraschenden Rücktritt damit, daß er von der Regierung nicht die finanziellen Zusagen erhalten habe, die zur Aufrechterhaltung der Produktion im nächsten Jahr auf dem Niveau von 1983 erforderlich sind. Sein Rücktritt war eine politische Geste vor der heutigen Debatte in der Nationalversammlung über das Budget von Energieminister Jean Auroux.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Elektro u. Kabelmontagen Bergmann GmbH, Aichach; **Bonn:** BFK Ges. f. Vermittlung von Kapitalanlagen GmbH; **Braunschweig:** Wilhelm Hartmann Sanitär- u. Heizungstechnik GmbH & Co. KG; **Bremen:** Reimers Gebäudereinigung GmbH; GMT Ges. f. Management-Training mbH; **Celle:** Hilde Buchholz geb. Neumann u. Erwin Deinis, Hambühren, Inh. e. Thermalbades; **Detmold:** Manfred Klinksiek, Dachdeckermeister, Leopoldshöhe; **Düsseldorf:** Possberg u. Kiefer GmbH; Projektor Eigenheim- u. Bauträgerges. mbH; **Essen:** Ralf Wierig, Kaufmann, Sportartikel; Ligo, Behälter u. Rohrverbindungen Handelsges. mbH; **Flensburg:** Nachl. d. Peter Friedrich Diestel, Meyn; **Fürth (Bay.):** Marco Pelz GmbH u. Co. Pelzindustrie KG; **Geilenkirchen:** Wina-Bau GmbH; **Göppingen:** Nachl. d. Friedrich Mauz, Einsteller, Uhingen-Baiereck; **Höxter:** Wieneke KG, Bad Driburg; **Köln:** Nachl. d. Bernd Walter Sievers, Dipl.-Kfm.; **Krefeld:** Karl Heinz Germeshausen, Kaufmann, Kempen/N'rhein; **Mayen:** Ackermann Verwaltungs GmbH, Andernach; **Mönchengladbach:** MIC Gravurdesign, Marketing u. Industrie-Consulting GmbH, Viersen 1; **Neuss:** Gerhard Kraatz Geschäftsführungs GmbH; Gerhard Kraatz GmbH & Co. KG; **Pinneberg:** Nachl. d. Martha Louise Peta geb. Langheim; **Ravensburg:** Hauss GmbH, Ravensburg-Bavendorf; **Wiesbaden:** Bauhaus Ges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Euskirchen: Heinz Drath, Mitinh. d. Holzbearbeitung Jakob Drath; Elisabeth Drath geb. Tollmann; **Mühldorf a. Inn:** Manfred Dreyer, Dipl.-Ing. Neuötting, Alleininh. d. Bauunternehmung St. Grundner.

Vergleich eröffnet: Schleiden: Helmut Metzinger, Kaufmann, Inh. d. Helmut Metzinger, Elektrotechnik.

Vergleich beantragt: Göppingen: Staufen Fahrzeug-Werke Eislingen Jakober GmbH & Co.; Jakober GmbH, Eislingen/Fils.

AKP-KONFERENZ / Friderichs befürwortet eine schrittweise Liberalisierung der EG-Agrarimporte

Deutsche Wirtschaft zieht eine positive Bilanz

HEINZ STÜWE, Hamburg

Das zwischen der EG und 63 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) vereinbarte System der Exporterlösstabilisierung (Stabex) hat sich nach Auffassung der deutschen Wirtschaft bewährt. Der vertragliche Rahmen des Abkommens von Lomé müsse jedoch an die weltwirtschaftliche Veränderungen und die wirtschaftliche Situation der Gemeinschaft angepaßt werden.

Das erklärte der Vorstandssprecher der Dresdner Bank Hans Friderichs auf einer Konferenz in Hamburg, an der 350 Vertreter der AKP-Staaten und der EG teilnahmen. Anläßlich der beginnenden Neuverhandlungen über eine Verlängerung der Anfang 1985 auslaufenden Konvention von Lomé soll auf dem zweitägigen Treffen eine Bestandsaufnahme vorgenommen werden. Von Fallbeispielen aus den Bereichen Berufsausbildung, industrielle Zusammenarbeit und Markterschließung, präsentiert von Vertretern deutscher Unternehmen und Organisationen, verspricht man sich Anregungen für die künftige Kooperation.

Der Warenverkehr zwischen der EG und den AKP-Staaten ist in den letzten Jahren zurückgegangen, und zwar in beiden Richtungen. Der Anteil der Lieferungen aus diesen Entwicklungsländern an den gesamten Importen der EG ist seit 1975 von sieben auf 5,5 Prozent im vergangenen Jahr gesunken. Vor diesem Hintergrund warnte Friderichs, der Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft ist, davor, das Lomé-Abkommen als „Auffangnetz bei wirtschaftlichen Rückschlägen" in den Partnerstaaten der Dritten Welt zu betrachten. Dazu sei es weder konzipiert noch geeignet. Die Maßnahmen hätten allerdings ein „beschleunigtes Absinken des Wohlstandsniveaus" und eine Überschuldung einzelner AKP-Länder verhindert.

Das Stabex-System hat nach Ansicht von Friderichs seine Funktion weitgehend erfüllt: „Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die marktneutrale Sicherung gegen Ausfälle von Exporterlösen dirigistischen Instrumenten überlegen ist." Stabex könne zwar kurzfristige, konjunkturelle Preisschwankungen wirkungsvoll bewältigen, jedoch keine Katastrophensituationen.

Der Dresdner Bank-Chef plädierte für eine verbesserte Verwendungskontrolle, um die Erzeugung in den einzelnen Ländern stärker zu diversifizieren und Überschußproduktionen abzubauen. Eine Erweiterung der derzeit 44 Produkte umfassenden Warenliste komme allenfalls bei einem Beitritt weiterer Staaten in Frage. Von seiner Forderung, ein neues Abkommen auf fünf Jahre zu befristen, nahm Friderichs die Stabex-Regelung ausdrücklich aus.

Der frühere Wirtschaftsminister setzte sich mit der von Sprechern der AKP-Staaten geäußerten Kritik an den Handelsrestriktionen der EG auseinander. Er nannte sie „verständlich", betonte aber gleichzeitig, die deutsche Industrie habe „selbst schmerzhaften Anpassungsprozessen" den Vorzug vor Handelsrestriktionen gegeben. Bei gewerblichen Erzeugnissen verfügten die AKP-Staaten über einen unbeschränkten Marktzugang ohne Zollbelastung, ebenso bei einigen Agrarprodukten.

Friderichs befürwortete eine schrittweise Liberalisierung der EG-Agrarimporte. Zollpräferenzen seien jedoch nutzlos, solange keine wettbewerbsfähigen Produkte angeboten würden. Deshalb müßten die AKP-Länder vor allem neue Produkte entwickeln und ihre Transport- und Lagereinrichtungen verbessern.

Sanierungsplan für Chapelle-Darblay

J. SCHAUFUSS, Paris

Der seit längerer Zeit in Konkurs befindliche größte französische Produzent von Zeitungspapier, La Chapelle-Darblay, soll jetzt dank einer auf 2 Mrd. Franc geschätzten Staatshilfe gerettet und von der niederländischen Gesellschaft Parenco B. V., Renkum, zunächst pachtweise fortgeführt werden. Darüber hinaus plant Parenco eine 34prozentige Kapitalbeteiligung. Der Sanierungsplan berührt indirekt auch die deutsche Papiergruppe Haindl, Augsburg, die sich noch vor Jahresende mit 69 Prozent am Kapital der Parenco beteiligen will.

Ursprünglich bestand Parenco darauf, daß die Belegschaft der französischen Gesellschaft von 2000 auf 500 reduziert wird. Nunmehr erklärte sie sich mit der Reduzierung um 1000 Arbeitsplätze bis 1988 einverstanden. Der Grund für diesen Kompromiß, mit dem sich die Gewerkschaften (grundsätzlich) einverstanden erklärt haben, liegt in den verstärkten Investitionen (zusätzliche Papiermaschinen), durch die die auf 600 Mill. Franc veranschlagten Kosten für die überschüssige Belegschaft kompensiert werden sollen.

Damit erklärten sich auch – dank der Staatshilfe – die Hauptaktionäre einverstanden. Das ist vor allem die verstaatlichte Bankgruppe Paribas, die das Unternehmen gegenwärtig zu 51 Prozent kontrolliert. Die Gewerkschaften hatten zunächst eine rein französische Lösung gefordert und dafür die Papiergesellschaft Cellulose-du-Pin des verstaatlichten Saint-Gobain-Konzerns auserkoren.

DRITTE WELT / Günstige Konjunkturprognose

Schuldenkrise ist lösbar

H.-A. SIEBERT, Washington

Das noch vor kurzem sehr düstere Konjunkturbild in den Entwicklungsländern hellt sich langsam auf. Zu diesem überraschenden Ergebnis kommt eine neue Computerstudie, die der Nobelpreisträger Professor Lawrence R. Klein zusammen mit der Wharton Econometric Forecasting Associates Inc. im Auftrag des US-Wirtschaftsmagazins „Business Week" ausgearbeitet hat. Danach folgt die Dritte Welt mit nur geringer Verzögerung dem Aufschwung, der nun in den Industrienationen an Breite gewinnt.

Laut Klein, der vor einigen Jahren ein „ökonomisches Weltmodell" entwickelt hat, wächst das zusammengefaßte Bruttosozialprodukt der westlichen Industriestaaten 1983 real um 2,1 (1982: minus 0,3) und 1984 um 3,5 Prozent. In der Dritten Welt nimmt die Wertschöpfung im kommenden Jahr bereits um 3,1 Prozent zu, verglichen mit minus 0,6 Prozent 1983 und plus 1,2 Prozent 1982. Als Motor erweist sich der Welthandel, der sich schneller erholt als erwartet. So beträgt die mengenmäßige Wachstumsrate in diesem Jahr 0,8 (1982: minus 1,8) und 1984 etwa 5,8 Prozent.

Wegen der Verschuldungskrise in Lateinamerika, der desolaten Wirtschaftslage in weiten Teilen Afrikas und der geringeren Einnahmen der Ölexportländer vollzieht sich der Gesundungsprozeß in der Dritten Welt nicht gleichmäßig. Das Schlimmste scheint jedoch überwunden, obwohl das wirtschaftliche Wachstumstempo unter der früher üblichen Jahresrate von sieben Prozent bleibt. Besonders ausgeprägt ist der Aufschwung in den Schwellenländern des pazifischen Raumes. 1984 erhöht sich die preisbereinigte Wertschöpfung in Hongkong um 5,2, in Südkorea um 8,3, in Singapur um 7,1, in Taiwan um 6,9, in Indonesien um 3,8 und in Malaysia um 6,6 Prozent. Bei leicht anziehender Teuerung wächst Indiens Wirtschaft um fünf Prozent.

Folgt man der Wharton School, dann macht Lateinamerika Fortschritte in der Bewältigung der Schuldenkrise, wenn auch unter gewaltigen Opfern. Durch scharfe Reduzierung der Einfuhr schrumpft das zusammengefaßte Leistungsbilanzdefizit der Region 1984 von 31,7 auf 12,6 Milliarden Dollar. Für möglich gehalten wird eine neue Umschuldung, die Brasilien in den nächsten 15 Monaten in Gang setzen muß. Seine wirtschaftliche Wachstumsrate sinkt 1984 real noch einmal um 1,2 (1983: minus 2,8) Prozent. Dagegen expandiert die mexikanische Volkswirtschaft wieder – 1985 erreicht die Rate rund fünf Prozent. Im günstigsten Fall nimmt die Wertschöpfung in Argentinien und Chile um vier und ein Prozent zu.

Klein rechnet in der nahen Zukunft nur mit einem geringen Anziehen der Rohstoffpreise. Nach seiner Auffassung steht eine Dollar-Wende unmittelbar bevor.

Lohnauftrieb hat sich abgeschwächt

J. SCH. Paris

Der Lohnauftrieb in Frankreich hat sich erheblich abgeschwächt. Im Verlauf der ersten drei Quartale dieses Jahres ging er von 3,1 über 2,5 auf 1,7 Prozent zurück. Die letzte Zahl ist eine vorläufige Schätzung des Nationalinstituts für Statistik (Insee) auf Grund einer Repräsentativerhebung bei Industrie- und Handelsunternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten.

Sie bestätigt eine vorangegangene Befragung über die Lohnerhöhungsabsichten. Die Unternehmer haben sich demnach weitergehenden Lohnforderungen der Gewerkschaften erfolgreich widersetzt. Das jüngste Quartalsergebnis kann als Erfolg der Stabilisierungspolitik von Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors bewertet werden. Denn im Unterschied zu den behördlich immer noch stark reglementierten Preisen ist die Entspannung an der Lohnfront weitgehend echt. Allerdings liegt Frankreich in seiner Lohninflation immer noch etwas über dem internationalen Durchschnitt. Da bis zum Jahresende die gesetzlich garantierten Mindestlöhne nicht mehr erhöht werden sollen, dürfte der Lohnanstieg für das Gesamtjahr etwa neun Prozent erreichen, was einen gewissen Rückgang der Reallöhne bedeuten würde. Im nächsen Jahr will die Regierung den Anstieg der Konsumentenpreise auf fünf und den der Löhne auf fünf bis sechs Prozent begrenzen. Die ihrer direkten Kontrolle unterliegende öffentliche Verwaltung sowie die staatlichen Unternehmen sollen mit gutem Beispiel vorangehen.

IBH-VERGLEICH / Esch: Gesamtlösung unverzichtbar

Wibau braucht Finanzspritze

JOACHIM WEBER/VWD, Frankfurt

Der Baumaschinenhersteller Wibau AG, Gelnhausen, der im Gefolge des IBH-Vergleichs am Mittwoch vergangener Woche ebenfalls den Vergleich anmelden mußte, benötigt umgehend eine Finanzspritze von 6 Mill. DM, so Vergleichsverwalter Wilhelm Schaaf. Diese Summe sei allein nötig, um das Unternehmen für jene zwei Wochen am Leben zu erhalten, die die vom Land Hessen beauftragte Prüfungsgesellschaft Treuarbeit brauche, um ihre Ermittlungen als Voraussetzung für eine Landesbürgschaft abzuschließen.

Da der Antrag auf eine Landesbürgschaft von 50 Mill. DM schon vor dem Vergleichsantrag vom Vorstand des Unternehmens gestellt worden war, konnte die Treuarbeit bereits in der vergangenen Woche ihre Arbeit aufnehmen. Die Lage ist kritisch: Stellen die Banken den Kredit von 6 Mill. DM nicht noch in dieser Woche zur Verfügung, bricht die Wibau zusammen, ehe überhaupt über eine Landesbürgschaft entschieden ist.

Bei einem derzeitigen Finanzbedarf von 12 Mill. DM im Monat würde freilich auch diese Bürgschaft nur ein Polster für vier Monate bedeuten. In dieser Zeit müßte entweder ein Übernahme-Interessent gefunden oder das Unternehmen soweit saniert sein, daß es aus eigener Kraft weiterlaufen könnte. Augenblicklich läuft der Betrieb – bei einem Auftragsbestand von 100 Mill. DM, der vom Unternehmen genannt wird – normal weiter.

Die Wibau beschäftigt am Stammsitz 1200, im Konzern 2500 Mitarbeiter. Zu dem finanziellen Engpaß soll es unter anderem deswegen gekommen sein, weil das Unternehmen sein Eigenkapital in ausländischen Beteiligungen festgelegt hat. Nachschub aus ausstehenden Forderungen ist ebenfalls nicht im üblichen Maß zu erwarten: Die Wibau pflegte ihre Außenstände umgehend im Factoring-Verfahren flüssigzumachen.

Einzellösungen regionaler Art zur getrennten Fortführung verschiedener Werke des in Vergleich befindlichen Baumaschinenkonzerns IBH Holding AG, Mainz, gibt Vorstandschef Horst-Dieter Esch keine Chancen. Gerade wegen der hohen Exportabhängigkeit der zur IBH-Gruppe gehörenden Deutschen Werke komme es entscheidend auf die internationale Glaubwürdigkeit und die ausreichende Breite der Produktpalette an. Beides sei nur über eine Gesamtlösung erreichbar.

Details zu seinem Gesamtkonzept gab der IBH-Vorstandschef im Hinblick auf die am Donnerstag stattfindende Gesprächsrunde mit den Banken nicht.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Übernahmegebot verlängert

London (rtr) – Die Allianz Versicherung verlängert ihr Übernahmeangebot von 500 Pence je Aktie für die britische Eagle Star bis zum 25. November. Die erste Frist war am Samstag abgelaufen. Die Allianz bis zu diesem Zeitpunkt angedienten Aktien machten 0,01 Prozent der Eagle-Star-Stammaktien aus. Eagle-Star-Aktien wurden gestern in London mit 647 Pence gehandelt.

Mehr Dividende bei Hussel

Berlin (VWD) – Die Hussel Holding AG, Hagen, wird für 1983 die Dividende erhöhen. Nachdem für 1982 7 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet wurden, rechnet man nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Dr. Jörn Kreke mit einem „sehr vernünftigen Ergebnis" und denkt an eine Erhöhung um etwa 1 DM. In den ersten drei Quartalen nahm der Umsatz der Holding um 3,5 Prozent auf 732 Mill. DM zu. Für 1983 wird ein Umsatz von 1,1 Mrd. DM erwartet nach 1,060 Mrd. DM im Vorjahr. In Berlin wird Hussel sich gemeinsam mit der Kempinski AG, Berlin, mit einem Aufwand von 8 bis 10 Mill. DM am neugeschaffenen Kranzler Eck beteiligen. Die Victoria Versicherungs-AG, Berlin/Düsseldorf, investiert in dem Areal 20 Mill. DM.

Württ. Hypo optimistisch

Stuttgart (nl) – Einen positiven Ergebnistrend registriert die Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. In den ersten neun Monaten dieses Jahres, die in der Ertragsrechnung durch einen gestiegenen Zinsüberschuß gekennzeichnet waren, hielt sich das Kommunalgeschäft mit 511 (502) Mill. DM in etwa auf Vorjahreshöhe. Insgesamt wurden 916 (984) Mill. Darlehen neu zugesagt.

Weniger Ertrag erwartet

Nürnberg (VWD) – Die Hutschenreuther AG, Selb, erwartet für das Geschäftsjahr 1983 eine gewisse Ertragsabschwächung gegenüber dem Vorjahr, geht aber dennoch von einem nicht unbefriedigenden Ergebnis aus. Der Umsatz werde sich um rund 4 Prozent erhöhen, nachdem er in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres um 3,9 Prozent auf 256,2 (246,6) Mill. DM gestiegen war. Ende September beschäftigte das Unternehmen insgesamt 5688 (5764) Mitarbeiter.

TABAKWAREN-FACHHANDEL / Für Raucherbedarfsartikel ruhen Hoffnungen auf dem Weihnachtsgeschäft

Konzentrationsprozeß noch längst nicht beendet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der seit vielen Jahren beobachtete Schrumpfungsprozeß im deutschen Tabakwaren-Fachhandel dürfte mittelfristig unvermindert weitergehen. Eckhard Streit, Geschäftsführer der zur Melitta-Gruppe gehörenden Gustav Geber GmbH in Lübbecke, geht davon aus, daß die Zahl der Geschäfte noch in diesem Jahrzehnt von derzeit rund 6500 um etwa die Hälfte schrumpfen wird. Die Gründe für diese Einschätzung sind vielfältig. Streit nennt unter anderem das in dieser Branche häufig ungelöste Problem der Nachfolge, wenn der Inhaber aus Altersgründen ausscheidet.

Wachsende Probleme ergeben sich aber auch von der Kostenseite her. Gerade für das Fachgeschäft spielt der Standort – neben der Kompetenz des Einzelhändlers – die entscheidende Rolle. In guten Lagen indes sind die Mieten oft zu hoch. Zudem wächst der Druck der Industrie vor allem auf kleinere und mittlere Einzelhändler; die Kapitalbindung steigt. Streit schätzt, daß im Durchschnitt rund 95 Prozent der Kosten auf Miete und Personal entfallen. Die Nettorendite eines Tabakwaren-Fachhändlers mit einem durchschnittlichen Umsatz von 0,5 Mill. DM dürfte bei 1,5 bis 2 Prozent liegen.

Der Tabakwaren-Fachhandel in der Bundesrepublik läßt sich allerdings nur bedingt genau abgrenzen. Tabakwaren werden auch an Kiosken, vom Schreibwarenhandel und von Spezial-Shops in Selbstbedienungsmärkten offeriert. Außerdem gibt es eine Reihe von Fachhändlern, die parallel dazu den Großhandel betreiben. Nur drei Gruppen, darunter Geber, sind überregional als Filialbetriebe tätig.

Gut die Hälfte des Umsatzes eines Fachgeschäfts entfällt auf die Zigarette. Die drastischen Verluste der Markenzigaretten im Zuge der Konkurrenz durch „weiße Ware" konnten mittlerweile gestoppt werden. Die Rücknahme der Preise im Markenbereich zeigte Wirkung. Unterschiedlich ist die Entwicklung im Tabakbereich, der rund 12 Prozent des Umsatzes repräsentiert. Der Preisverfall bei Feinschnitt schmälere nicht nur die Spanne, sondern bringe auch keinen Mehrumsatz. Günstiger ist die Lage beim Grobschnitt, der allerdings guter und intensiver Beratung bedarf.

Mit jeweils 7 Prozent sind am Umsatz der Fachgeschäfte der Zigarrenbereich (einschließlich Zigarillos und Stumpen) sowie Raucherbedarfsartikel beteiligt. Einig ist sich der Handel mit den Herstellern darin, daß die Zigarre ein neues Image braucht. Auch bei den Preisen müsse umgedacht werden. Streit: „Die gute 30er gibt es nicht." Der wirkliche Genuß fange erst bei einem Stückpreis von 1 DM an.

Die Hoffnungen für Raucherbedarfsartikel richten sich auf das Weihnachtsgeschäft. Während im Jahresverlauf Einweg-Feuerzeuge das Geschäft in diesem Bereich dominieren, werden gegen Jahresende Pfeifen, Etuis und Zubehör sowie höherwertige Feuerzeuge stärker nachgefragt. Zu diesem Spektrum gehört auch die legendäre „Davidoff". Kenner zahlen dafür einen Stückpreis von bis zu 60 DM. Ähnliches gilt für Pfeifen-Liebhaber, die für exklusive Stücke schon mal einen vierstelligen Betrag hinlegen. Zusätzlich zum angestammten Sortiment führen Tabakwaren-Fachgeschäfte immer häufiger auch Alkoholika und Zeitschriften. Deren Umsatzanteil erreicht inzwischen rund 20 Prozent.

FRANKREICH / Verbraucher wollen weniger sparen

Ausgaben steigen kaum

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach ihrer derzeitigen Austerity-Kur erwarten die Franzosen wieder etwas bessere Zeiten. Sie glauben aber nicht, daß ihre Realeinkommen wesentlich steigen werden. Deshalb wollen sie weniger sparen, um ihren Lebensstandard verbessern zu können. Ihren Zuwachs an Verbrauchsausgaben schätzen sie aber geringer als bisher ein. Dies ergibt sich aus einer Umfrage des Verbrauchsforschungsinstitutes Credos.

Der Enquete wurde die Prognose des Nationalinstitutes für Statistik (INSEE) zugrunde gelegt, wonach die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte bis 1990 um jahresdurchschnittlich real 1,5 bis 2,3 Prozent steigen sollen, nach Zuwachsraten von 3 Prozent zwischen 1973 und 1983, von 5,1 Prozent zwischen 1970 und 1973 und von 4,3 Prozent zwischen 1959 und 1970. (Der künftige Zuwachs erklärt sich vor allem aus besseren Sozialleistungen und geringerem Sparen).

Der Rückgang des Verbrauchsanstiegs wirkt sich aber sehr unterschiedlich aus. Vor allem der Anteil der Ernährungs- und Bekleidungsausgaben am Familienbudget wird weiter und zwar in verstärktem Maß zurückgehen. Der Verbrauch soll hier bis 1990 nur noch um jährlich 0,6 bis 0,9 bzw. 0,5 bis 0,6 Prozent steigen, gegenüber 2,2 bzw. 4,2 Prozent in den sechziger und siebziger Jahren.

Auch am Restaurantessen wollen die Franzosen sparen. Hier soll der reale Ausgabenzuwachs auf 0,5 bis 1,4 Prozent (vor 1970: 3,2 Prozent) zurückgehen. Überdurchschnittlich bliebe der Umfrage zufolge die Ausgabenexpansion für das Wohnen mit 2,1 bis 3,1 (6,3) Prozent. Stark abschwächen wird sie sich aber für Verkehrsmittel auf 1,5 bis 2,5 (6,9) Prozent.

EISENWARENHANDEL / Aufbruch-Stimmung

Erste Belebungsimpulse

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Im dritten Jahr nacheinander werden die etwa 5000 deutschen Eisenwaren- und Hausrathändler auch 1983 mit 24,5 Mrd. DM einen nur nominal stabilen und real weiter gesunkenen *Umsatz* schaffen. Der FDE-Fachverband dieser Branche, bei dem etwa die Hälfte der Händler organisiert ist, fügt nach jüngster Umfrage im Mitgliederkreis endlich wieder einen Hoffnungsschimmer hinzu: Von den meisten Händlern werde für 1984 auch real eine Umsatzbelebung erwartet. *Dies gründe sich* vor allem auf den Wohnungsbau („unser stärkster Umsatzmotor"), der wieder an Fahrt gewonnen habe und dies mit dem für das Ausbaugewerbe üblichen einjährigen Nachhinken auch in höherer Eisenwaren/Hausrat-Nachfrage zeigen werde.

FDE-Verbandspräsident Georg Hungerkamp ergänzt das mit Warnung vor Ungeduld bei den Erfolgsaussichten der „Bonner Wende". Was eine 14 Jahre lang sozialistisch geprägte Politik hinterlassen habe, könne nicht in sieben Monaten repariert werden. „Für diesen Prozeß brauchen wir wahrscheinlich Jahre." Dies vermutlich auch für die von den Händlern ersehnte Erholung ihrer *Ertragslage, die der Verbandspräsident* als „nach wie vor äußerst unbefriedigend" kennzeichnete.

Licht und Schatten sind in dieser breitgelagerten Handelssparte, die knapp 40 Prozent ihres Umsatzes im „Produktionsverbindungshandel" mit Handwerkern und Architekten abwickelt, je nach *Produktsparte* immer noch an der Tagesordnung. Auf der Schattenseite liegen noch, von kompletten Küchen bis zu Haushalts-Kleingeräten, die meisten Produktfelder des Konsumgüterbereichs. Prächtig in der Konjunktursonne stehen die Heimwerker-Produkte, die 1983 auch real 6 bis 7 Prozent Umsatzwachstum bringen dürften. Ungebrochen ist auch der Trend wachsender Nachfrage nach Sicherheitseinrichtungen.

RODENSTOCK / Einstieg in die Produktion technischer Meßgeräte geplant – Erfreuliches Ergebnis

Auslandsgeschäft trug das Wachstum beim Umsatz

DANKWARD SEITZ, München

Eine noch wenig ermutigende Tendenz für die Umsatzentwicklung *zeigt das laufende Jahr nach Ansicht* von Prof. Rolf Rodenstock, persönlich haftender Gesellschafter der Optischen Werke G. Rodenstock, München, für die Branche Feinmechanik und Optik. Bei in etwa konstantem Exportgeschäft stagniert die Inlandsnachfrage, wobei die Importe im ersten Halbjahr 1983 noch weiter leicht gestiegen sind. Unverändert stark werde der augenoptische Markt auch *von den Auswirkungen des Gesetzes* zur Krankheitskostendämpfung belastet. Schon 1982 habe die Branche dadurch einen Rückgang der Brillenverkäufe um rund 17 Prozent und dem Wert nach von minus 7 Prozent hinnehmen müssen.

Gleichwohl beurteilte Rodenstock vor der Presse in München das Jahr 1983 für sein Unternehmen, das weltweit zu den größten Herstellern von Brillengläsern und -fassungen gehört, relativ zuversichtlich. Der Gruppe, *zu der 21 direkte oder indirekte* Beteiligungsgesellschaften (davon 4 im Inland und 17 im Ausland) gehören, werde es auch in diesem Jahr gelingen, Zuwachsraten in nahezu allen Markt- und Produktbereichen zu erzielen. Insgesamt wird ein Umsatzplus von rund 10 Prozent erwartet. Überdurchschnittliche Zuwachsraten sollen dabei die Sektoren Präzisionstechnik sowie optalologische Instrumente *mit 25 und 13 Prozent* bringen.

Große Hoffnungen für die Zukunft *setzt Rodenstock* in die Produktion technischer Meßgeräte. In diesen Tagen wurde als erstes Produkt ein optisches *Rauheitsmeßgerät* vorgestellt. Wenn dieser Einstieg gelingt, könnte die Meßtechnik zu einem weiteren Bein des Unternehmens werden, so Rodenstock, ohne aber ein tragendes Volumen zu bekommen. Gute Chancen sieht er auch in der Herstellung von Leseobjektiven für Compact-Discs und die Bildplatte, wovon bereits 1983 etwa 15 000 Stück *verkauft werden konnten. Im* Bereich Brillen soll in den nächsten Wochen der Einstieg in den US-Markt mit Gläsern vollzogen werden; bisher war man hier lediglich mit Fassungen vertreten.

Als überaus positiv bewertete Rodenstock die Entwicklung der Gruppe im Jahr 1982 angesichts der schlechten Marktverfassung. Daß der Umsatz trotz des harten Wettbewerbs im In- und Ausland um 11,4 Prozent auf 575 Mill. DM gesteigert werden konnte, sei ein „erfreuliches Ergebnis". Getragen wurde der Anstieg allerdings vom Auslandsgeschäft. Hier wiederum steuerten Lieferungen von Investitionsgütern in die UdSSR in erheblichem Umfang bei. 1981 hatte Rodenstock von Moskau einen Auftrag zur Errichtung einer Brillengläserfabrik (Volumen rund 50 Mill. DM) erhalten. Im Inlandsgeschäft hingegen ergab sich in der Augenoptik ein Umsatzminus von 4,5 Prozent, während in der Präzisionsoptik noch ein Plus von 3,4 Prozent erzielt werden konnte.

Um die „Kontinuität in der Unternehmensleitung" sicherzustellen, hat Rolf Rodenstock seinen Sohn Randolf mit Wirkung vom 1. April 1983 zum vollhaftenden Gesellschafter berufen.

Rodenstock	1982	±%
Gruppe		
Umsatz (Mill. DM)	575	+ 11,4
dav. Ausland	297	+ 30,3
Sachinvestitionen	35,6	– 4,3
Abschreibungen	33,7	– 9,2
Bilanzsumme	391	+ 11,4
Cash-flow	72,2	+ 10,1
Zigaretten (Mrd. St.)	14,2	– 1,4
Jahresüberschuß[1])	132	+ 6,5
Eigenkapital	7084	+ 0,4
Mitarbeiter		
Optische Werke		
Umsatz (Mill. DM)	468	+ 16,1
davon Ausland	218	+ 52,4
Exportquote (%)	47[3])	(36)
Sachinvestitionen	29,0	– 6,8
Abschreibungen	28,2	– 13,0
Mitarbeiter[2])	5857	+ 0,8

[1]) nach Steuern; [2]) am Jahresende; [3]) ohne Anlagengeschäft 42 Prozent.

Progress-Werk stellt noch ein

nl. Stuttgart

Während andernorts der Trend überwiegend zum Personalabbau geht, stockt die Progress-Werk Oberkirch AG, Oberkirch/Baden, Hersteller auf den Gebieten Zieh- und Stanzteile, Stahlblechbau und Metall-Bauverkleidungen, kräftig auf. Zur Zeit beschäftigt das Unternehmen 857 Mitarbeiter, das sind 104 (oder rund 14 Prozent) mehr als zu Beginn dieses Jahres. Die kräftige Zunahme hängt zusammen mit der Inbetriebnahme neuer Fertigungs- und Montagekapazitäten.

Der *Umsatz* des Unternehmens, dessen Aktien an der Stuttgarter Börse (Börsenkurs derzeit bei 187 DM je 50-DM-Aktie) gehandelt werden, ist in den ersten drei Quartalen 1983 um 23 Prozent auf 74,5 Mill. DM angestiegen. Für das Gesamtjahr 1983 wird ein Umsatz von über 100 Mill. DM erwartet. Man rechne auch mit einem „entsprechend befriedigenden" Jahresergebnis. Für 1982 waren 14 Prozent Dividende gezahlt. Der Export macht 31,1 Prozent des Umsatzes aus.

BERLINER VEREIN / Ergebnis erneut verbessert

Kapitalanlagen gut verzinst

HARALD POSNY, Köln

Die Berliner Verein Krankenversicherung AG, Berlin und Köln, hat 1982 ihr wirtschaftliches Ergebnis erneut verbessert. Dafür waren vor allem das Abflachen der Ausgaben für Versicherungsleistungen und eine *mit 7,8 (8) Prozent hohe und über* dem Branchendurchschnitt liegende Verzinsung der Kapitalanlagen maßgebend. Die Beitragseinnahmen stiegen 1982 um 13,7 (8,4) Prozent auf 228 Mill. DM, denen Versicherungsleistungen von 188 Mill. DM (plus 6,2 nach 11,6 Prozent), gegenüberstanden.

Die Schadenquote verringerte sich auf 81,7 (87,5) Prozent.

Unter Einbeziehung der Zuführungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen und der Aufwendungen für Beitragsrückerstattung flossen von jeder gezahlten Beitragsmark 98,2 Pfennig unmittelbar an die Mitglieder zurück (Leistungsquote 98,2 (96,6) Prozent der Beiträge). Mit aller Vorsicht weist der Vorstand auf „eine erste merkliche Beruhigung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen" hin.

Auf Beschluß einer a. o. HV werden die Versicherten auch 1984 nicht mehr an Prämien zu bezahlen haben als 1983, auch wenn es sich um Tarife *handelt, die durch Leistungssteige*rungen eigentlich teurer werden müßten. Der Mehrbedarf wird 345 Mill. DM kosten, die aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen werden.

Aus den Kapitalanlagen, die von 323 auf 357 Mill. DM stiegen, flossen 36 (30) Mill. DM an Erträgen. Das Geschäftsergebnis wuchs um 18,4 auf 23,2 Mill. DM, von denen 21,7 (4,2) Mill. DM in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung gingen. Aus ihr wurden auch bis zu 3 Monatsbeiträge für nicht in Anspruch genommene ambulante Leistungen gezahlt. Zur Milderung notwendig gewordener Beitragsanpassungen sind außerdem 11,7 (7,3) Mill. DM bereitgestellt worden.

MIETFINANZ / Volumen der neuen Verträge liegt 1983 wieder auf Vorjahresniveau

Die Ertragskraft ist weiter gestiegen

HANS BAUMANN, Essen

Auch im insgesamt schwierigen Geschäftsjahr 1983 wird die Mietfinanz GmbH, Mülheim, wieder einen zufriedenstellenden Abschluß vorlegen, erklärte der geschäftsführende Gesellschafter des Unternehmens, Gerd Koenig, auf der jährlichen Herbst-Pressekonferenz seines Hauses. Das Volumen der neu abgeschlossenen Mietverträge wird wieder auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Die Ertragskraft ist jedoch weiter gestiegen.

Die Mietfinanz weist ein Stammkapital von 15 Mill. DM und 16 Mill. DM offene Rücklagen aus. Da er auch vor Ablauf des Geschäftsjahres, dessen Höhepunkt immer kurz vor Jahresschluß liegt, „keine Veranlassung sieht, einen niedrigeren Gewinn als im Vorjahr zu erzielen", darf man davon ausgehen, daß auch mindestens die Vorjahrsesdividende wieder bezahlt wird. Sie betrug 25 Prozent plus 5 Prozent Bonus zuzüglich Steuergutschrift. Sicher ist Koenig, daß die offene Rücklage weiter erhöht werden wird.

Nach wie vor legt Mietfinanz strenge Maßstäbe für die Risiko-Auslese bei ihren Neuengagements an. Auch im ablaufenden Jahr hat sich das Unternehmen bei der Risikoauswahl der strukturellen und konjunkturellen Entwicklung in den einzelnen Branchen angepaßt.

Nach Koenig hat sich der Wettbewerb am Markt der Investitionsfinanziers und insbesondere am Leasingmarkt weiter verschärft. Die Mietfinanz beteiligt sich jedoch nicht an dem Konkurrenzkampf über die Mietraten. Beim Neugeschäft kommt seinem Unternehmen zustatten, sagt Koenig, daß die meisten investierenden Unternehmen sich ihren Mietfinanzier von Investitionsgütern heute sorgfältiger aussuchen und sich hierbei besonders um die Zuverlässigkeit des Finanziers kümmern.

Wie seit ihrer Gründung vor gut 20 Jahren kalkuliert Mietfinanz nicht mit Restwerten aus den vermieteten Objekten. Solche Restwerte, die nach Ablauf des Vertrages eventuell erzielt werden können, werden weder bei der Kalkulation der Mietraten noch in der Bilanz berücksichtigt. Ihre Erträge verbucht Mietfinanz stets erst dann, wenn sie tatsächlich fällig geworden sind.

Trotz der allgemein gewachsenen Risiken in der Wirtschaft gab es auch im laufenden Jahr nach Koenig keine nennenswerten Ausfälle im Vertragsbestand. Mietfinanz beschränkt sich auch nach wie vor auf die Mietfinanzierung vom mobilen Wirtschaftsgütern, von wenigen Grenzfällen bei Immobilien abgesehen, bei denen aber ebenfalls keine Restwerte kalkuliert werden. Zur Politik des Unternehmens gehört auch, daß Mietfinanz wegen der hohen Risiken alle verbrauchsnahen Mietgeschäfte meidet.

BILANZANALYSE / Vier Branchen mit Plusraten

Höheres Anlagevermögen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Eine insgesamt deutlich verlangsamte Investitionstätigkeit kennzeichnete die Aktivitäten baden-württembergischer Unternehmen im letzten Jahr. Dies geht aus der von der Landesbank Stuttgart durchgeführten Bilanzanalyse des Jahres 1982 bei 100 Industrie-Aktiengesellschaften in dem Bundesland hervor. Die Sachanlagezugänge dieser Firmen nahmen demnach im vergangenen Jahr um 12,4 Prozent zu, nachdem im Jahr zuvor die Steigerungsrate vor allem aufgrund des beträchtlich erhöhten Investitionstempos in der Autoindustrie noch bei rund 29 Prozent lag.

Plusraten wiesen lediglich vier Branchen auf, allen voran die chemische Industrie mit 117 Prozent, die einen erheblichen Nachholbedarf aus den drei Vorjahren aufwies und die Investitionszulage kräftig nutzte. Außer dem Straßenfahrzeugbau (plus 29 Prozent) stockten die Textilindustrie (plus 13 Prozent) und der Maschinenbau (plus 7 Prozent) die Sachinvestitionen auf. Nach wie vor wichtigste Quelle der Investitionsfinanzierung waren die Abschreibungen, die fast 72 (63) Prozent der Sachanlagezugänge deckten. Erhöht hat sich auch der Anteil des gesamten Anlagevermögens an der um 6,2 Prozent gestiegenen Bilanzsumme, nämlich auf 33,4 (31,7) Prozent.

Der Bilanzquerschnitt zeigt auch auf, daß das ausgewiesene Eigenkapital um knapp 6 (13) Prozent zugenommen hat. Die Eigenkapitalquote blieb mit 26 Prozent praktisch unverändert. Die höchsten Quoten weisen die Brauereien (38,4 nach 37,1 Prozent), die Baustoffindustrie (38,2 nach 39,5 Prozent) und die chemische Industrie (35,3 Prozent) aus.

Die Gesamtleistung der 100 Unternehmen stieg (brutto) um 6 (9,2) Prozent auf 77,2 Mrd. DM. Noch nicht verbessert hat sich 1982 die Ertragslage der Unternehmen; die Jahresüberschüsse lagen um 3,8 Prozent unter dem Vorjahr.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Rentenmarkt abwartend

Am Rentenmarkt war das Geschäft auf allen Sektoren schleppend. Es wird abgewartet, ob die Tendenz sinkender Zinsen in den USA auf den deutschen Kapitalmarkt durchschlagen wird. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Die Renditen liegen im zehnjährigen Laufzeitbereich im Handel und der Banken bei 8,35 Prozent. In der Vorwoche hatten sie zeitweise bei 8,45 Prozent gelegen. Der Handel in D-Mark-Auslandsanleihen geriet ins Stocken, weil der Emissionskalender für die nächsten Wochen im allgemeinen als zu umfangreich beurteilt wird. Bei den Pfandbriefen nur kleine Umsätze auf bisheriger Kursbasis.

	14. 11.	10. 11.
M 5½ Bayer. Hypo Pf 14	80,25TG	80,25TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	84,75G	84,75G
7 dgl. Pf 3	84,5G	84,5G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
8½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	100,3bG	100,3bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,25G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
8 dgl. KO Pf 50	99,5G	99,5G
6½ dgl. Pf 10	81,5G	81,5bG
6 dgl. KS 1	98,6bG	98,6G

	14. 11.	10. 11.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	89,75G	89,75G
6 dgl. 47	77	77,5G
10 dgl. IS 48	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 73	100,2G	100,2G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 95	80,5	80,5
6½ dgl. Pf 80	89	89
8 dgl. Pf. 248	100,85	100,85
9 dgl. KO 125	100,4G	100,4G

	14. 11.	11. 11.
M 5 Vereinsbk. Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	78G	78bG
7 dgl. Pf 100	99,25G	99,25G
D 8 WestLB Pf 350	100,45G	100,45G
6¾ dgl. Pf 403	98,2G	98,2G
9½ dgl. Pf 1007	105,65G	105,85G
8 dgl. Pf 1015	98,5bG	98,5G
7 dgl. KO 566	99,35G	99,35G
6¾ dgl. KS 420	94,55G	94,55G
8¼ dgl. KO 1301	104,35G	104,35G
8½ dgl. KS 1278	101,35G	101,35G
8 dgl. IS 1512	99,7G	99,7G
9¼ dgl. IS 1520	102,15G	102,15G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

	14. 11.	11. 11.
F 6 Nichii Co Ltd 80	120G	120G
F 7 Nippon Sh. Gl. 82	161,75G	161,5
F 3¾ Nippon Sh 78	151G	151G
F 3½ Nissan Mot. 78	94,5bB	94G
F 4 Nisshin Steel 78	140G	140G
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G

Ausländische Aktien

	14. 11.	11. 11.
D General Motors	205	199
D Gen. Shopping	401G	420G
M Getty Oil	201	193,6
D Gevaert	119T	119T
F Goodyear	82,5	81,5
H Grace	120G	120G
D GKN	6,4G	6,4G
F Gulf	122	121
D Halliburton	103	100
M Hewlett Packard	96,3	93,7
D Highveld Steel	10,5G	10,5G
D dgl. o.D	10,5G	10,5G
F Hitachi	970	995
M Holiday Inns	139,9	134
F Homestake	76	75
M Hongk. & Shanghai Bank	2,45	2,45
D Hoogovens	33,2	32
D Hughes Tool	53	52
F IBM	339	336
F ICI	22,7	22,7
M Impala Plat. Hold	31,3	30,5
M Imperial Oil	79,5	78,5
F Inco	35,9	35,9
F Int. T & T	115	111
D Istituto Fin. Ind.	7,0bD	7,3G
F Italcementi	72	72
F Izumiya	9,1T	9,1T
F Japan Line	1,85T	1,85G
D Jusco	9,3G	9,1G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	1,85T	1,85T
M Kloof Gold Min	114	112
F Komatsu	5,45G	5,4

Neuer Höchstkurs bei BMW

Tauschoperation zu Gunsten der Chemie- und Autoaktien

DW. – Die schon an der Freitagbörse erkennbar gewordene Neigung, Bankaktien in Papiere der florierenden Branchen Chemie und Auto zu tauschen, bestand an der Montagbörse fort. Sie fand zusätzliche Nahrung in Vermutungen, wonach BMW die Dividende für 1983 von 10 auf 15 DM erhöhen wird. Dadurch machten BMW-Aktien einen Kurssprung um 15 DM auf 427 DM und erreichten einen neuen Höchststand. Die übrigen Sektoren des Aktienmarktes bewegten sich am Wochenbeginn nur wenig. Teilweise lag dies an Verkäufen der privaten Bankenkundschaft, eine Spätwirkung der zum Wochenschluß aufgekommenen, inzwischen aber dementierten Gerüchte über Schwierigkeiten bei Krupp.

Bei den Bankaktien wirkten die Gerüchte über angebliche Schwierigkeiten der luxemburgischen Tochter einer deutschen Bank nach. Außerdem macht man sich Gedanken über die Folgen der SMH-Stützung für die Gewinn- und Verlustrechnungen der eingesprungenen Banken. Solche Erwägungen lassen die Bankaktien immer weiter ins Abseits geraten. Dennoch hielten sich die Kursabschläge in bescheidenen Grenzen. Am stärksten unter Druck lag die Bayerische Vereinsbank mit einem Abschlag von 6 DM, Deutsche-Bank-Aktien verloren weitere 3 DM.

Düsseldorf: Girmes befestigten sich um 3,50 DM auf 167 DM, Audi NSU stiegen um 7,50 DM auf 280 DM, und Pegulan St. verbesserten sich um 5 DM auf 265 DM. Bilfinger verringerten sich um 5 DM auf 193 DM, DAT schlossen mit einem Minus von 12 DM auf 306 DM ab, und Rheag gaben um 5 DM auf 400 DM nach.

Frankfurt: Der Aktienmarkt war am Wochenbeginn überwiegend etwas freundlicher, bei Steigerungen für die Standardwerte bis zu 2 DM. Überdurchschnittliche Gewinne erzielten Autoaktien, so BMW 436,70 DM plus 13,70 DM und Daimler 688,50 DM plus 7,50 DM.

Hamburg: NWK-Vz. gingen zu 169 DM unverändert und HEW zu 103 DM (minus 1 DM) aus dem Markt. Phoenix-Gummi waren bei 164 DM (minus 0,50 DM) knapp gehalten. Je 1 DM leichter lagen Markt- und Kühlhallen bei 315 DM und Flensburger Schiffbau bei 117 DM.

München: Agrob Vz. verminderten sich um 3 DM auf 335 DM, Südchemie gaben um 6 DM auf 342 DM nach und Zahnräder Renk büßten 10 DM auf 265 DM ein. Diamalt AG erhöhten sich um 8 DM auf 186 DM, Flachglas stiegen um 7 DM auf 277 DM und Gehe AG befestigten sich um 1 DM auf 238 DM.

Berlin: Bekula und Schering lagen um je 1 DM freundlicher, Dub-Schultheiss konnten sich um 1,50 DM, Berthold um 2,50 DM und Berliner Kindl um 3 DM verbessern. DeTeWe wurden um 5 DM höher taxiert und Spinne Zehlendorf um 8 DM heraufgesetzt.

Nachbörse: freundlicher.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

New York

Brüssel

	14.11.
Arbed	1250
Brux. Lambert	2275
Cockerill Ougrée	165
Ebes	2355
Gevaert	2950
Kreditbank	6290
Pétrofina	5720
Soc. Gén. d. Belg.	1540
Sofina	4955
Solvay	3250
UCB	4020
Index	127,37

Singapur

	14.11.
Cycle + Car.	6,45
Cold Storage	4,88
Dev. Bk. of Sing.	9,20
Fraser + Neave	6,80
Kl. Kepong	2,90
Mal. Banking	9,10
Nat. Iron	6,30
OCBC	10,80
Sime Darby	2,55
Singapur Land	5,70
Un. Overs. Bank	15,55

Optionshandel

Frankfurt: 14. 11.: 776 Optionen = 39 850 (62 850) Aktien, davon 173 Verkaufsoptionen = 9 100 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-75/10,60, 1-80/5,40, 4-80/9,70, 4-85/6,50, 4-90/5,40, Siemens 1-380/21, 4-380/28,80, 4-420/12, 4-430/9, Veba 1-170/5, 4-170/10,60, 4-190/3, 7-190/5,15, BASF 1-139,30/20,80, 1-149,30/16, 1-160/8,30, 1-170/2,80, 1-150/15,60, 4-160/14,85, 4-170/8,60, 4-180/4,50, 7-160/19, 7-170/12,80, Bayer 1-146/19, 1-150/16, 1-156/10, 1-160/8,20, 4-170/9, 4-180/5,10, 7-170/13, 7-180/7,60, Hoechst 144,50/34, 1-150/30, 1-160/20, 1-170/12,50, 1-190/2,50, 4-160/23,40, 4-170/16,50, 4-180/11,85, 4-190/6,50, 7-180/19,70, 7-200/7,10, BMW 1-350/85,05, 1-420/20, 1-440/10,15, 1-450/5, 4-450/18, 7-450/32, VW 1-220/13, 1-230/9, 4-200/39,80, 4-220/25,80, 4-230/16,60, 4-240/11, 4-250/9,40, 7-240/19,40, 7-270/7, Conti Gummi 1-110/17, 1-120/9,90, 1-130/4,90, 4-110/22, 4-120/13, 4-130/10, 4-140/6,05, Lufthansa St. 4-140/4, 7-140/8,60, VZ 1-130/5, Commerzbank 1-170/9,50, 1-180/4,60, 1-190/2,65, 4-160/24,50, 4-170/16, 4-180/11, 4-200/4, 7-170/19,85, 7-200/7,50, 7-210/4,50, Dt. Bank 1-310/12, 4-310/27, 4-340/10, 7-330/21, 7-360/11, Dresdner Bank 1-170/10, 1-180/11, 4-180/10,20, 7-170/25, 7-180/19, 7-190/13, Hoesch 1-95/5,10, 1-100/3,50, 4-90/12,90, 4-95/9,90, 4-100/7, 4-110/4, 7-110/7, 7-120/5,50, Mannesmann 1-140/4,15, 1-150/1,60, 4-140/10,40, 4-150/5, 7-130/22, 7-140/16,60, 7-160/6,40, Preussag 4-260/26, Thyssen 1-75/9, 4-70/15,60, 7-85/10, 7-90/7, 7-85/3,50, Bayr. Vereinsbank 4-320/24,80, Bekula 1-100/7, 1-110/2,40, Daimler 1-600/95, 4-600/115, 4-720/29,80, Karstadt 1-290/16,50, Klöckner 4-40/3,20, 7-40/6, Mercedes 1-540/98, RWE VZ 1-170/8, 1-180/3,05, Schering 1-340/39, VEW 7-130/8, Chrysler 7-85/11,55, 7-95/5, Xerox 1-120/6, Philips 1-40/2,50, 4-40/4,90, 4-45/2,85, Royal Dutch 4-120/15,90. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-85/5, 1-90/10, 4-80/2,50, 7-75/2, 7-80/4,80, 7-85/8, Veba 7-170/8,30 Hoesch 1-100/6,50, 7-170/5, BMW 1-390/1,60, 1-420/11,75, 4-390/9, 4-420/19,40, VW 4-210/2,50, 4-220/3,60, 4-230/9, 7-220/6,40, Conti Gummi 7-120/5, Lufthansa St. 7-130/5, Commerzbank 1-170/5, 1-180/15, 4-170/7, 4-180/17, Dt. Bank 1-310/5,60, 1-320/15, 1-330/25, 4-300/5, Dresdner Bank 1-170/3,50, 1-180/14, 4-170/5,50, 4-180/15, 7-170/5,60, Hoesch 1-95/3, 7-90/4, 7-100/9, Bayr. Hypo 1-280/7, 4-280/12, Daimler 1-660/10,65, 1-670/14,40, Babcock St. 1-170/2,50, Klöckner 1-40/3,40, MAN 7-130/10, Metallgesellschaft 4-190/6,50, VEW 1-120/2,95, Chrysler 4-80/7, Xerox 7-110/4,90, Philips 1-40/2,50, 4-40/4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9⅝	5¾–6	3¼–3½
3 Monate	9¾– 9⅞	5⅞–6⅛	3⅞–4⅛
6 Monate	9¾–10	5⅞–6⅛	4⅛–4⅜
12 Monate	10⅛–10⅜	6¼–6½	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisen

Nach abwartender Haltung zu Beginn des Handels und Kursen um 2,6625 kam es im Tagesverlauf am 14. 11. zu einem Rückgang bis 2,6610. Von all den Gerüchten die den Markt am Freitagmittag belasteten blieb nichts zurück, so daß sich daraus der Kursrückgang erklären läßt. Die Bundesbank griff nicht in den Handel ein. Das amtliche Fixing wurde mit 2,6681 notiert, der Japanische Yen erreichte mit 1,1385 einen neuen historischen Höchstkurs, der zu diesem Zeitpunkt nihct mehr so recht erwartet wurde. Auch die meisten anderen Währungen konnten sich gegenüber der D-Mark behaupten. US-Dollar in: Amsterdam 2,9880; Brüssel 54,17; Paris 8,1125; Mailand 1616,20; Wien 18,7440; Zürich 2,1576; Ir. Pfund/DM 3,116; Pfund/Dollar 1,4887; Pfund/DM 3,972.

Ostmarkkurs am 14. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee uneinheitlich notierte, ging Kakao überwiegend gut behauptet aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	11. 11.	10. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	349,25	356,25
März	364,00	370,75
Mai	368,25	372,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	11. 11.	10. 11.
St. Lawrence 1 CW	238,20	238,70
Amber Durum	253,70	253,70
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez	geschl.	154,30
März	geschl.	159,00
Mai	geschl.	161,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	geschl.	127,70
März	geschl.	127,70
Mai	geschl.	127,20
Hafer Chicago (c/bush)	11. 11.	10. 11.
Dez.	183,00	184,75
März	192,00	194,00
Mai	196,25	198,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	356,00	359,00
März	355,00	359,00
Mai	345,50	358,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 11.	10. 11.
Dez.	geschl.	113,10
März	geschl.	136,60
Mai	geschl.	137,00

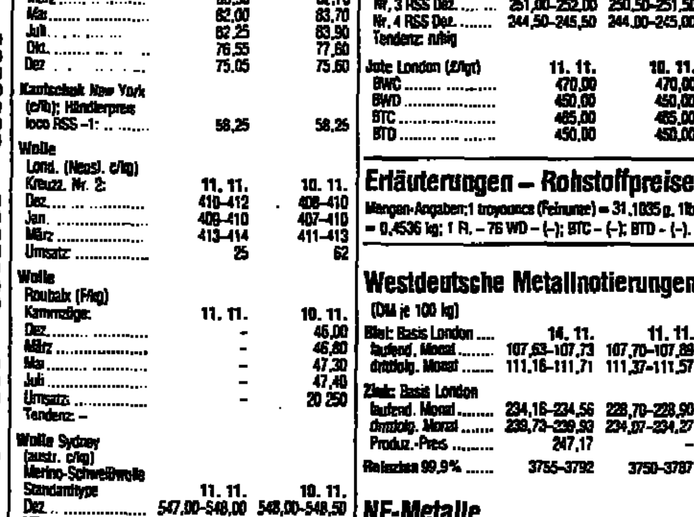
Genußmittel

	11. 11.	10. 11.
Kaffee		
New York (c/lb)	11. 11.	10. 11.
Dez.	149,25	148,25
März	144,00	143,90
Mai	139,30	139,39
Kakao		
New York ($/t)	11. 11.	10. 11.
Dez.	2135	2122
März	2147	2142
Terminkontr. Mai	2167	2157
Umsatz	5118	4874
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,75	9,50
März	9,25	9,94
Mai	9,77	10,27
Juli	10,05	10,54
Sept.	10,30	10,78
Umsatz	13 745	13 085
Ísa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	11. 11. 8,53	10. 11. 8,58
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	11. 11.	10. 11.
Kontrakt Nov.	1842–1849	1841–1850
Jan.	1847–1849	1843–1844
März	1818–1820	1814–1816
Umsatz	1867	2512
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1538–1539	1525–1527
März	1550–1551	1535–1537
Mai	1553–1554	1542–1543
Umsatz	5409	6386
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Dez.	154,25–155,00	157,25–158,00
März	161,55	165,10
Mai	168,75	169,25–169,75
Umsatz	2824	3621
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	11. 11.	10. 11.
schw. Sarawak spez.	335,00	337,50
weißer Sarawak	597,50	600,00
weißer Muntok	600,00	602,50

	11. 11.	10. 11.
Orangensaft		
New York (c/lb)	11. 11.	10. 11.
Nov.	133,00	134,00
Jan.	123,90	124,40
März	122,20	122,75
Mai	120,90	121,60
Juli	119,80	120,85
Umsatz	225	220

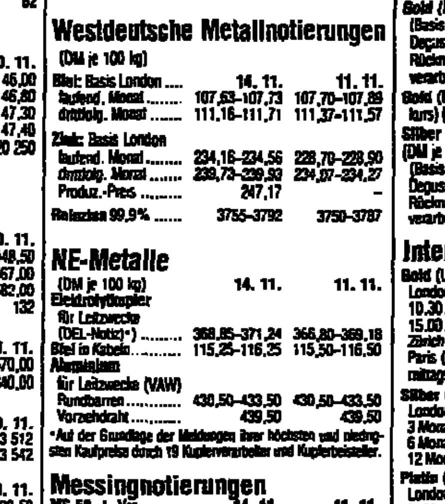
Öle, Fette, Tierprodukte

	11. 11.	10. 11.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	53,00	53,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	28,00	27,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	28,40	28,85
Jan.	28,53	29,05
März	28,95	29,50
Mai	29,10	29,60
Juli	29,30	29,70
Aug.	28,80	29,25
Sept.	27,45	27,75
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	30,00	30,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	20,00	16,00
Choise white hog 4% fr. F.	17,50	17,25
Talg		
New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,00	15,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Dez.	42,35	42,10
Febr.	46,40	46,30
April	45,90	45,90
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	61,20	60,55
März	61,60	60,90
Mai	63,35	62,80
Häute		
Chicago (c/lb)	11. 11.	10. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	55,00	55,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Nov.	828,00	851,60
Jan.	849,00	870,00
März	864,00	884,00
Mai	869,00	891,00
Juli	863,00	885,00
Aug.	839,50	861,00
Sept.	758,00	770,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Dez.	238,50	243,80
Jan.	240,00	245,80
März	241,50	247,80
Mai	240,50	246,00
Juli	238,00	244,00
Aug.	226,20	214,00
Sept.	214,00	215,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	11. 11.	10. 11.
Dez.	geschl.	337,00
März	geschl.	389,00
Mai	geschl.	396,80
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	11. 11. 40,50	10. 11. 34,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	14. 11. 965,00	11. 11. 970,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	500,00	515,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	675,00	680,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	194,50	197,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	905,00	910,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	309,00	313,00



Wolle, Fasern, Kautschuk

	11. 11.	10. 11.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	11. 11.	10. 11.
Dez.	79,10	81,00
März	80,55	82,70
Mai	82,00	83,70
Juli	82,25	83,90
Okt.	76,55	77,60
Dez	75,05	75,60
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS -1:	58,25	58,25
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	11. 11.	10. 11.
Dez.	410–412	408–410
Jan.	408–410	407–410
März	413–414	411–413
Umsatz	25	62
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	11. 11.	10. 11.
Dez.	–	46,00
März	–	46,80
Mai	–	47,30
Juli	–	47,40
Umsatz	–	20 250
Tendenz: –		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	11. 11.	10. 11.
Dez.	547,00-548,00	548,00-548,50
März	564,50-566,00	565,50-567,00
Mai	579,00-579,50	580,00-582,00
Umsatz	155	132
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	11. 11.	10. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	11. 11.	10. 11.
Nov.	13 531	13 512
Dez.	13 560	13 542
Kautschuk		
London (p/kg)	11. 11.	10. 11.
Nr. 1 RSS loco	78,75-80,00	79,25-80,50
Dez.	78,80-79,80	79,50-80,50
Jan.	79,00-80,50	79,80-80,50
Jan/März	79,40-79,50	79,70-79,80
Tendenz: uneinheitlich		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	11. 11.	10. 11.
Nr. 1 RSS loco:	257,00–258,00	256,00–257,00
Dez.	260,00–261,00	259,75–260,00
Jan.	264,50–265,25	263,50–264,50
Nr. 2 RSS Dez.	254,50–255,50	254,00–255,00
Nr. 3 RSS Dez.	251,00–252,00	250,50–251,50
Nr. 4 RSS Dez.	244,50–245,50	244,00–245,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	11. 11.	10. 11.
BWC	470,00	470,00
BWD	450,00	450,00
BTC	465,00	465,00
BTD	450,00	450,00



Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	14. 11.	11. 11.
Blei: Basis London	14. 11.	11. 11.
laufend. Monat	107,63–107,73	107,70–107,89
drittfolg. Monat	111,16–111,71	111,37–111,57
Zink: Basis London		
laufend. Monat	234,16–234,56	228,70–228,90
drittfolg. Monat	239,73–239,93	234,07–234,27
Produz.-Preis	247,17	–
Reinzinn 99,9%	3755–3792	3750–3787

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 11.	11. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	368,85–371,24	366,80–369,18
Blei in Kabeln	115,25–116,25	115,50–116,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*) Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	14. 11.	11. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	345–355	344–353
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	390–393	389–391
MS 63	387–391	386–390

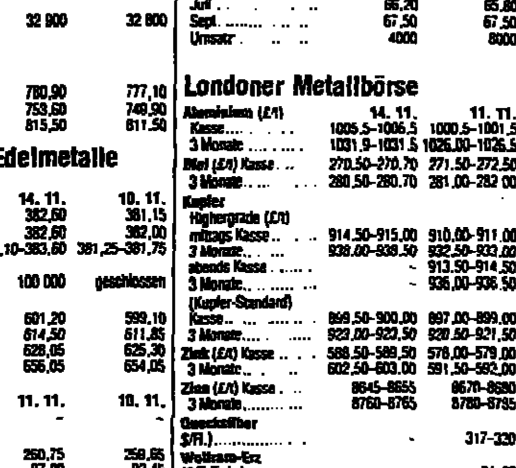
Zinn-Preis Penang

	11. 11.	10. 11.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,17	30,16

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	14. 11.	11. 11.
Leg. 225	400–413	405–413
Leg. 226	402–415	407–415
Leg. 231	432–445	437–445
Leg. 233	442–455	447–455

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.



Edelmetalle

	14. 11.	11. 11.
Platin (DM je g)	35,708	35,708
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 250	33 250
Rücknahmepr.	32 500	32 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 200	33 070
Rücknahmepr.	32 200	32 080
verarbeitet	34 840	34 710
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 900	32 800
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	780,90	777,10
Rücknahmepr.	753,60	749,90
verarbeitet	815,50	811,50

Internationale Edelmetalle

	14. 11.	10. 11.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	14. 11.	10. 11.
10.30	382,60	381,15
15.00	382,60	382,00
Zürich mittags	383,10–383,60	381,25–381,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 000	geschlossen
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	601,20	599,10
3 Monate	614,50	611,85
6 Monate	628,05	625,30
12 Monate	656,05	654,05
Platin (£-Feinunze)		
London	11. 11.	10. 11.
fr. Markt	–	–
Palladium (£-Feinunze)		
London	260,75	258,65
f. Händlerpr.	97,20	92,45

New Yorker Preise	11. 11.	10. 11.
Gold H & H Ankauf	382,00	381,80
Silber H & H Ankauf	899,50	896,50
Platin fr. Händlerpr	386,00–388,00	386,00–388,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr	143,00–145,00	144,50–146,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	898,50	899,00
Dez.	896,00	890,00
Jan.	909,70	900,70
März	918,00	913,00
Mai	943,00	932,00
Juli	956,00	949,00
Sept.	973,10	971,00
Umsatz	10 000	23 800

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	11. 11.	10. 11.
Nov.	61,30	60,95
Dez	61,55	61,25
Jan.	62,30	61,95
März	63,50	63,20
Mai	64,75	64,50
Juli	66,20	65,80
Sept.	67,50	67,50
Umsatz	4000	8000

Londoner Metallbörse

	14. 11.	11. 11.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1005,5–1006,5	1000,5–1001,5
3 Monate	1031,9–1031,5	1026,00–1026,5
Blei (£/t) Kasse	270,50–270,70	271,50–272,50
3 Monate	280,50–280,70	281,00–282,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	914,50–915,00	910,00–911,00
3 Monate	938,00–938,50	932,50–933,00
abends Kasse	–	913,50–914,50
3 Monate	–	936,00–936,50
(Kupfer-Standard)		
Kasse	899,50–900,00	897,00–899,00
3 Monate	923,00–923,50	920,50–921,50
Zink (£/t) Kasse	588,50–589,50	578,00–579,00
3 Monate	602,50–603,00	591,50–592,00
Zinn (£/t) Kasse	8645–8655	8670–8680
3 Monate	8760–8765	8780–8795
Quecksilber ($/Fl.)	–	317–330
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	74–77

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Diamantfirma in Antwerpen

sucht Verbindung mit Grossisten und Händlern, welche auf eigene Rechnung mit Brillanten arbeiten. Auch kann Schmuck zu sehr günstigen Preisen geliefert werden. Strengste Diskretion wird zugesichert.

Alpilex Diamonds PVBA, De Keyserlei 58–60, B. 35, 2018 Antwerpen, Belgien, Tel. 0 03 23 / 2 33 91 60, Tlx. 72 941

Welches prädestinierte Unternehmen ist an der Plazierung nachstehender einmaliger Anlage interessiert?
Struktur: Deutsche Kapitalgesellschaft
Branche: Unterhaltungselektronik
Laufzeit: 1 Jahr mit Prolongationsmöglichkeit
Zins: 12,75 Prozent + Bonus
Volumen: 250 Anteilscheine à DM 5 000,-
50 Anteilscheine à DM 50 000,-
Vorges. Zeichnungsschluß 31. 1. 84
Zuschriften bitte mit Angabe von Referenzen unter D 2151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Mexiko-Geschäft

Deutsch-mexikanisches Unternehmen bietet an:
Verkauf/Einkauf, Industrie-Promotion, Verkaufsförderung, Auftragsbeschaffung, Auftragsabwicklung, Regelung des Zahlungsverkehrs, Kompensationsgeschäfte, Ausgleich der Devisen-Balance
Detaillierte Information auf Anfrage unter E 2152 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

● Ihre Geschäftsadresse in Frankfurt ●
Wollen Sie sich selbständig machen und dabei Kosten sparen?
pbs bietet die Alternative:
● Geschäftsadresse ● Post-, Telefon- und Teletexservice ●
● Sekretariatsarbeiten ● Büro- und Konferenzräume ●
pbs Private Büro-Service GmbH, Wilhelm-Leuschner-Str. 7
6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 06 11 / 23 01 23

Limited statt GmbH?

Vermögenssicherung, Haftungsausschluß, Gewerbefreiheit, Steuerersparnis, Lizenzgebühren, Bankgeheimnis etc. Wenn Sie Fakten wollen statt Halbwahrheiten, dann fragen Sie bitte uns:

Roger und Wolfgang, die Anwälte, Philp und Heribert, die Wirtschaftsprüfer, Joe und Michael, die chartered secretaries, Fred, den Banker, Maurice aus Gibraltar und Jim von den Kanalinseln, Verena und Albert, die Berater.

MBC Derbyspring Ltd. – die Experten
9–15 Leonard Street
London EC2A 4HP
Tel. 0 04 41 / 2 51 92 01, Telextx. 2 64 079 Leonar G

Auslieferungslager für den Raum Düsseldorf gesucht

ggf. mit Vertretung. Geboten: erstkl. trockene Lagerräume, Telefon und Büro + Garage.
Kontaktaufnahme erbeten unter 8975/83 an Droste Annoncen Expedition GmbH, Postfach 25 09, 4000 Düsseldorf 1.

Vertriebsgruppe Anlageberater

für KG-Anteile über 16 000 000 DM gesucht. Allerbeste Vertriebsmöglichkeit durch Sicherheit u. Rendite für den Anleger. Neubau eines Seniorenheimes in einem Luftkurort im Solling. Angeb. schriftl. an: Harry Happes, Hannoversche Str. 18, 3352 Einbeck

Wir übernehmen Ihre Vertretung

im PLZ-Bereich 2 und 3 und sind bereits gut eingeführt in den Einzelhandelsbranchen Schreibwaren/Buchhandel. Büro und Lagerräume vorhanden.
Angeb. u. PJ 47 258 an WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36.

Wir bieten Bürogemeinschaft oder ähnl., ca. 90 m² große Räume im EKZ HH-Neugraben vorh., Aufteilg. d. Räume nach Vereinbarg. Bauberatung Süderelbe GmbH.
Tel. 0 40 / 7 01 50 35

Wir kaufen fast jeden Warenposten aus dem Food- u. Non-food-Bereich. Angebote erbeten unter Tel. 06 81 / 5 78 11 – FS 4 421 283.

Übernehme Vertretungen

auch m. Kundendienst, Bereich Hzg., Kälte-, Pumpen-, Haus- u. Industrietechnik f. Raum 44, 47, 48, 49. Lager möglich.
Zuschr. unter B 2250 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Baubiologie
Telefon 0 40 / 7 01 71 31

Handelsvertreterin (Kosmetikfachhandel)

sucht Vertretung im nordd. Raum, auch Zusatzvertretung.
Zuschriften unter A 2170 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gebietsvertretungen

für Video-Software in allen PLZ-Bereichen kurzfristig zu vergeben
Promotion Video GmbH
Tittardsfeld 110, D-5100 Aachen, Tel.: 02 41 - 17 27 47

Abschlußsicheres Vertriebsteam

sucht soliden Hersteller, der sein Verkaufsgebiet auf den süddeutschen Raum und (A, CH) erweitern möchte. Unser Standort befindet sich in Stuttgart.
Angeb. unter C 2150 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Eines der interessantesten Bauherrenmodelle sucht starke Vertriebsfirmen. Geboten werden Ferienwohnungen mit Steuervorteilen und 2×10% Investitionszulage + Grenzlandsonderabschreibung. Kontaktaufnahme unter 0 85 41 / 50 15 (Herr Braun)

Wenn

Sie im Hintergrund bleiben wollen, ich erledige alles für Sie, auch geschäftl. Besprechungen, Auktionen u. Verkäufe im In- u. Ausland, seriös u. korrekt. Zuschr. unter B 2149 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Millionen verdienen

durch gezieltes Engagement.
Millionen erzielen mit pfiffigen Ideen + Trainingsprogramme der Topmanager + Bewährte Möglichkeiten mehr Geld zu machen + Spezialreporte für den lukrativen Unternehmensaufbau und die erfolgreiche Unternehmensführung. Gratis-Info anfordern bei B.U.G.-GmbH, Hüttenweg 2, U 03, 8831 Weilheim

U.S.A.

EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22
Tel. (0 89) 22 91 33 · Telex 5 216 534 indad

Marketing-Vertrieb

Produkt-Manager, Anfang 30, wirtschaftswissenschaftliches Hochschulstudium, 4 Jahre Berufserfahrung im nationalen und internationalen Marketing, sucht neue verantwortungsvolle und ausbaufähige Aufgabe im Bereich Marketing und/oder Vertrieb.

Zuschriften erbeten unter T 2163 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Export-Kaufmann

30 Jahre, seit 3 Jahren in leitender Position (Prokurist), ungekündigt, 10 Jahre Auslandserfahrung, davon 4 Jahre im Mittleren Osten ansässig, Markenartikel und Investitionsgüter, verhandlungssicher und durchsetzungsfähig, sucht neuen anspruchsvollen Wirkungskreis, vorzugsweise im Raum Köln, Düsseldorf, Wuppertal.

Angeb. unter Z 2169 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen

MBA/Diplom-Betriebswirt

28 J., Großhandels-Kfm., Englisch fließend, Französisch ausreichend, Abschluß an führender nordamerik. Uni m. Schwerpunkt intern. Marketing, internat. Finanzierung u. strateg. Unternehmensführung; Absolvent eines Management-Trainingsprogramms im internat. Bankwesen in Nordamerika, sucht Anfangsstellung; ortsungebunden, Reisetätigkeit angenehm.
Angeb. erb. u. PE 47 232 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Extrusionsfachmann

(Kunststoff-Formgeber) sucht im Kunststoffbereich neuen Wirkungskreis. Telefon 0 95 53 / 4 91 oder unter G 2154 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Berufsfachmann

39, vorher: Verkaufsleiter (ppa.) und Objektleiter Gastronomie in Konzern (NGG), z. Z. selbst. in familieneig. Betrieb, su. Position in Handel, Gastronomie, Verwalt. etc. Ang. u. Y 2168 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Manager auf Zeit

f. Übergangslösungen oder Sonderaufgaben ab Januar 84 frei. Betriebswirt, 40 Jahre, mit langjähr. Erfahrungen in leitenden Positionen. Unternehmensplanung, -auf und -ausbau, Rechnungswesen, Organisation, Verwaltung, Controlling, Sanierungen. Einsatz in Part-time oder Full-time. Kontaktaufnahme unter K 2156 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter für Griechenland

Alter: 47 J., Bereich: Marketing, Sprachen: Dtsch., Engl., Griech., Wohnhaft: Hamburg – Athen, sucht neuen Wirkungskreis; Repräsentanz f. deutsche Firma in Griechenland. Welt. Auskünfte: Wickens, T. 0 40 / 6 01 57 56 / 57

Dipl.-Geologe

m. langj. Berufserf., 42 J., sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. u. PF 47 233 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36.

Nachwuchskraft

33 J., ledig, ungekündigt, [illegible] in Südamerika auf dem [illegible] des Außenhandels, [illegible] tes Studium der Soziologie [illegible] schlossen) u. [illegible] Marketing- und Personal[illegible] ments, geeignet für [illegible] Bereich der Öffentlich[illegible] Marketing im In- und Aus[illegible] sonal- bzw. Sozialwesen [illegible] che Aus- und Fortausbildung [illegible] Tätigkeiten in Vertre[illegible] Ausland; auf Wunsch [illegible]
Angeb. erb. unt. R 2165 [illegible] Verlag, Postf. 10 08 64, [illegible]

Lebensmitteltechnologe

Ing. (grad.), 25 J., Studien[illegible] punkte: Lebensmittel[illegible] Fleisch, Getreide, Verfahren[illegible] nik, Mikrobiologie, sucht An[illegible] in Produktion, Qualitätskon[illegible] evtl. Trainee-Programm[illegible]
Angebote unter B 2171 an W[illegible] Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 [illegible]

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben.

STELLENGESUCHE

Kfm. Führungskraft

Logistik, kfm. Verwaltung, Consulting

Industriekfm., Dipl.-Kfm., 40 J., verh., ungek., Erfahrung:

- 5 Jahre in intern. Konsumgüterunternehmen, davon:
  - 2 Jahre Controlling/Rechnungswesen
  - 3 Jahre Organisation/Datenverarbeitung
- 9 Jahre in Prod.- u. Handelsunternehmen, davon:
  - 3 Jahre Leiter Struktur- u. Ablauforganisation
  - 6 Jahre Aufbau u. Leitung d. Logistikbereichs, Schwerpunkte: Warenverteilung, Lager- u. Transportwesen, Warenwirtschaft, Verhandlungen mit Spediteuren

Offen für neue, herausfordernde Aufgabe in den Bereichen Logistik, kfm. Verwaltung o. Consulting zum 1. 4. 84 o. später.

Zuschriften unt. V 2165 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bin ich mit 48 Jahren zu alt?

Dipl.-Ing. (Starkstrom)

Ostpreuße – Studium Danzig-Langfuhr
Seit gut einem Jahr in Deutschland
(Frau und Sohn noch in Polen)
sucht dringend Arbeit – keinen Job!
Ang. erb. u. L 2157 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IDEALE KOMBINATION

Erfahrener Tennistrainer mit Ehefrau (Gastronomie, Verwaltung, Planung), mit langjähriger Erfahrung in der Führung eines Tennis- und Squash-Centers, sucht neuen Wirkungskreis, eventuell auch mit finanzieller Beteiligung.
Ang. erb. unt. P 2160 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kosten- und Leistungsrechnung/Controlling

Praktiker mit langjähriger Erfahrung im betriebl. Rechnungswesen, 44 Jahre, Abitur, abgeschl. kfm. Lehre (Industriekaufmann) und erstklassigen Fachkenntnissen in:

Budgetplanungen (Mengen/Kosten/Erlöse); Grenzplankostenrechnungen über EDV (Planung u. praktische Durchführung); Soll/Ist-Kostenvergleiche über EDV; Standardkalkulationen u. Erfolgsrechnungen über EDV; Deckungsbeitragsrechnungen; Berichtswesen (Kennzahlen/Analysen/Prognosen); Systemanalysen u. Programmiervorgaben

sucht zum 1. 1. 1984 oder später im Raum Hamburg anspruchsvolle Aufgabe in leitender Position.

Angebote bitte unter R 2139 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zentralheizungs-, Lüftungs- u. Sanitärmeister

37 Jahre, ortsungebunden, sucht für sofort oder später neuen Wirkungskreis.
Telefon 02 61 / 55 37 55

Heimerzieherin

mit guter u. solider Ausbildung, ledig, 27. J., 7 J. Berufserf., in ungek. Stellung, möchte sich verändern, am liebsten in kinderr. Privathaushalt, Raum Nürnberg/München wird bevorzugt, ist aber nicht Bedingung.
Angeb. erb. u. PH 47 235 an WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36.

Ich bin 19 J. alt, habe 12 J. die Rudolf-Steiner-Schule besucht und möchte mich als

Arzthelferin

für sofort od. später bewerben.
Zuschr. erb. u. PA 47251, WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Industriekaufmann

m. langj. Außendiensterf., 35 J., in ungek. Stellung, verh., sucht z. 1. 4. 84 neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. u. PF 47255, an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Detailkonstrukteur

29 J., leistungsorientiert, lernfähig und willig, nicht ortsgebunden, seit 4 J. im Werkzeug- u. Sondermaschinenbau, in ungekündigter Stellung, gute Hydraulik- und Pneumatikkenntnisse, sucht neue Aufgaben, auch freiberuflich.
Angeb. erb. unt. S 2162 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tiefbau-Ingenieur

50 J., Englisch, Straßen-, Tief- u. Rohrleitungsbau, derzeit als Oberbauleiter tätig, mit mehrjähriger Auslandserfahrung, sucht langfristige Auslandstätigkeit.
Ang. u. X 2167 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandstätigkeit

gleich welcher Art, von jg. Sped.-Kfm., 27 J., mit guten Englischkenntnissen, gesucht.
Angeb. erb. u. H 2155 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Suche Stelle als Chauffeur

32 Jahre, ledig, mit landwirtsch. Kenntnissen.
Telefon 0 53 46 / 26 10

Jg. dyn.

Dipl.-Betriebswirt

mit verantwortungsbewußter, unternehmerischer Einstellung u. abgeschl. Banklehre, Examen vorauss. Jan. 84, sucht adäquate Stellung auch in mittelst. Unternehmen ab Febr. 84. Ang. erb. u. PL 47 260 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Verkaufsleiter

36 J., gelernter Import-/Exportkaufmann, Hamburger, ledig, langj. Erf. im Innen- und Außendienst sowie Auslandsgeschäft, verhandlungsgewandt, abschlußsicher, vielseitig versiert im Umgang mit anspruchsvoller Kundschaft im In- und Ausland (inkl. Einkaufskonzerne in Deutschland Food – Non Food). Räumlich mobil, wünscht wegen Firmenliquidation neue Aufgaben zu übernehmen.
Angeb. erb. unter PH 47 257 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Koch

Franzose, sucht feste Stellung in der BRD. 15jähr. Erfahrung (Fisch, Fleisch usw. Mittelmeerküche). Alle Zuschriften werden beantwortet.
Herr J. M. Verguet
L'Epine Fleurie, „Les Bastides", F 83125 Figagnière

STELLENANGEBOTE

Wir sind eines der größten konzernfreien Kaltwalzwerke mit Betrieben in der Bundesrepublik und in den USA.

Von unserem Herstellungsprogramm nehmen das H&M-Kaltband RPG und das kontinuierlich elektrolytisch veredelte und walzplattierte Band eine internationale Spitzenstellung ein.

Unser Exportgeschäft hat einen hohen Stellenwert im Rahmen unseres gesamten Verkaufsvolumens und wird im wesentlichen über eigene Vertriebsgesellschaften abgewickelt. Für den administrativen Bereich verfügen wir in unserer Düsseldorfer Zentrale über einen gutfunktionierenden Innendienst.

Als Nachfolger des altershalber ausscheidenden Positionsinhabers suchen wir einen

Hauptabteilungsleiter für den Export „romanische Länder"

Wir erwarten Bewerbungen von Herren mit verhandlungssicheren französischen und englischen Sprachkenntnissen, die über Praxiserfahrungen aus der Stahl- bzw. NE-Metallindustrie verfügen. Die Position erfordert ein hohes Maß an persönlichem Engagement, Eigeninitiative und Kontaktfähigkeit sowie die Bereitschaft zu intensiver Reisetätigkeit. Sie ist der Geschäftsleitung direkt unterstellt.

Bewerbungen senden Sie bitte an unser Personalbüro für leitende Angestellte. Für telefonische Vorab-Kontaktaufnahme steht Ihnen Frau Böhme zur Verfügung.



HILLE & MÜLLER
Qualitäts-Kaltwalzwerk
4 Düsseldorf 13 · Postfach 130480 · Am Trippelsberg 48 · Tel. 0211/79500

Wir suchen weitere engagierte
Heilpraktiker
Förderkreis Naturheilkunde
Postf. 1324, 5020 Frechen

International Organization – based in Luxembourg
is looking for a personality to act as it's administrative manager. Experience in related field would be an advantage.
Confidential applications should be made under C 2172 to WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DM-Aktion Berufswahl 83/84

Haben Sie den richtigen Beruf? Lernen Sie das richtige Fach? Entspricht das Studium Ihren Talenten?

Wer eine dieser Fragen nicht klar mit ja beantworten kann, sollte sich testen. DM bietet Ihnen dazu ein ganzes Test-Programm. Zusammengestellt aus den praxisbewährten Tests der Industrie. Die können Sie nicht kaufen, sondern nur erleben: Wenn Sie sich im Beruf verändern oder als Berufsanfänger bewerben. Sie wissen: **Ohne Tests kommt heute kaum jemand voran,** weder im Beruf noch bei der Karriere. Unangenehm dabei: Sie erfahren nie das Ergebnis. Anders bei unserem DM-Programm. In fünf Folgen können Sie sich prüfen: **Ihre Intelligenz, Ihre Talente, Ihre Neigungen, Ihre Karriere-Chancen.** Die Auswertung erhalten Sie individuell: in persönlichen Gutachten, per Computer ermittelt vom Psychologischen Institut der Uni Düsseldorf. Das Testprogramm leitet wissenschaftlich Professor Dr. Dr. Franz-Josef Hehl. Die Auswertung sagt Ihnen, was Sie können – und was Sie anstreben sollten. Mitmachen kann jeder über 15 Jahre, also auch Schüler. Die fünf Tests stehen in DM von Oktober bis Februar. Machen Sie mit.

Einzelne Testbogen hält als Sonderdruck – kostenlos – auch jede Zweigstelle der Commerzbank für Sie bereit.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

GESUCHE

Wenn das „Aroma der Epoche" fehlt – Arnold Zweig und seine Werke

Schiefe Sicht auf schwierige Zeiten

Der schlesische Jude Arnold Zweig, der aus palästinensischem Exil in die „DDR" ging, wo er nach unproduktiven, politisch enttäuschenden Jahrzehnten starb, gehört zu den zahlreichen Schriftstellern seiner Zeit, die sich nur mit einem einzigen Werk in der Nachwelt behaupten dürften. Das ist nicht „Das Beil von Wandsbek", das heute abend in einer Fernsehfassung gezeigt wird.

Zweigs großer Wurf war „Der Streit um den Sergeanten Grischa", einer der sensationellen Anti-Kriegsromane, die in der Weimarer Republik sich im Gegensatz zur Kriegsbelletristik von Ernst Jünger, Franz Schauwecker, aber auch von Hans Carossa, Georg von der Vring bewegten. Andere Romane jener Richtung, wie „Krieg" von Ludwig Renn, „Im Westen nichts Neues" von Erich Maria Remarque, sind merkwürdigerweise im Œuvre ihrer Verfasser auch Solitäre geblieben.

Das Beil von Wandsbek – Di., ARD, 23.00 Uhr

Zufall oder Gesetz der Serie? Es handelte sich jedenfalls um Bücher, in denen die Stimmung der Saison geschickt und effektvoll eingefangen war. Aber ein vielschichtiges Phänomen wie der Krieg erschließt sich nicht einem saisonalen Zugriff und nicht einer pazifistischen Perspektive, die in der Weltgeschichte immer nur eine flüchtige Anwandlung gewesen ist. Weitere Darstellungen mußten deswegen wie Aufgüsse wirken. Arnold Zweig hatte das durchaus begriffen, als er sich anschickte, um den „Grischa" herum eine Epopöe über den Ersten Weltkrieg in der enzyklopädischen Manier der „Comédie Humaine" von Balzac oder der „Rougon-Macquart" von Zola zu schreiben.

In der Weimarer Republik erschien noch die „Junge Frau von 1914", die, wenn auch unter Vorbehalten, als ein verspielter Auftakt gelten konnte. In *„Erziehung vor Verdun"* und „Einsetzung eines Königs", im Exil erschienen, wurde es dann klar: Der Schriftsteller hatte die angestrebten Dimensionen, die der „Grischa" nicht besaß, verfehlt: die heroische Dimension nämlich und die politische Dimension.

Arnold Zweig hatte sich inzwischen den Heilslehren des Marxismus und der Psychoanalyse ergeben, die ihn noch weiter vom Krieg als einem elementaren Ereignis wegführten, das seine Höhen und Tiefen erst erschließt, wenn man ihn als Existenzkampf eines Volkes begreift. Der Verdun-Roman scheiterte schon aus dem einfachen Grund, daß von einer klassenkämpferischen, antinationalen Position aus Offiziere keine Helden sein dürfen und Soldaten keine Helden sein können.

Der Gesamttitel „Der große Krieg der weißen Männer" enthüllt die ganze Blässe, von der diese Romanreihe angekränkelt war. Was noch in der „DDR" erschien, „Die Feuerpause", ein Fragment, und „Die Zeit ist reif", ein mühsam zu Ende getröpfeltes Opus, offenbarten die schließliche Ohnmacht des Schöpfers vor seinem Werk. Aber auch die schwächsten Stücke des Kriegszyklus enthalten noch lesbare, von Erleben gesättigte Passagen. Das ist im „Beil von Wandsbek" nicht der Fall.

Die Zeit des Arnold Zweig um die beiden Weltkriege herum war angefüllt *mit Theorien und Doktrinen*, Vorurteilen und Fehlurteilen, Ideologien und fixen Ideen. Schriftsteller, die sich nicht an die eiserne Regel der Anschauung hielten, verirrten sich leicht in haltlose, unhaltbare Konstruktionen. Dieses allgemeine Problem spitzte sich für die Schriftsteller im Exil zu, wenn sie Stoffe aus dem Dritten Reich behandelten.

Werke dieser Art hatten, um Stephan Hermlin zu zitieren, das „Aroma der Epoche" nicht. Wenn in ihnen, was nur selten gelang, der Grundkonflikt stimmte, so stimmten doch die Figuren nicht, nicht das Milieu, nicht die Gegenstände. Dabei spielte keine Rolle, ob die Handlung eines Romans oder eines Schauspiels erfunden war, einem Pressebericht, einer Pressemeldung entnommen wurde oder Erzählungen von Flüchtlingen entstammte, die noch einige Jahre im Dritten Reich verbracht hatten. Die unmittelbare Anschauung ließ sich so gut wie nie einholen.



Der Heilslehre des Marxismus ergeben: Arnold Zweig (1887–1968)
FOTO: DPA

„Das Beil von Wandsbek" ist denn auch nichts weiter als ein intellektualisierter Schauerroman: Weil es keinen Henker gibt, meldet sich ein Schlachtermeister zur Hinrichtung von Kommunisten, die gegen Ende der Weimarer Republik SA-Leute erschossen hatten. Hier spitzt sich die Problematik dieser Literatur noch weiter zu, indem der Verfasser ausgerechnet politische Mörder zu Märtyrern machte. Die schiefe Sicht auf jene schwierige Zeit, die das bundesdeutsche Fernsehen durch fortgesetzte Verfilmungen jener Literatur verbreitet, wird hier zweifellos einen makaberen Höhepunkt erreichen.

HANS-DIETRICH SANDER

KRITIK

Passendes aus dem Steinbruch

Niemand kann, in der Kenntnis von Auschwitz und Holocaust, unberührt von den Worten bleiben, die er in Luthers Schrift von 1543 „Von den Juden und ihren Lügen" liest. Nachdem die Juden auch nach der Veränderung des Christentums durch den Reformator weiterhin Jesus als den Messias ablehnten und beim Glauben ihrer Väter blieben, empfahl Luther gegen ihre „Verstocktheit" die Zerstörung ihrer Synagogen und Schriften und die körperliche Zwangsarbeit. **War Luther ein Schreibtischtäter?** nannte Paul Karalus denn auch seine Sendung (ZDF).

Doch so sehr sich der Autor in Gesprächen mit dem Luther gegenüber durchaus kritischen niederländischen, in Tübingen lehrenden Luther-Biographen Heiko Oberman und dem jüdischen Historiker Robert Wistrich auch bemühte, den Reformator zum geistigen Vorfahren von Streicher und Himmler zu machen, sowenig überzeugend war der Versuch. Abgesehen davon, daß Luther – wie deutlich gemacht, aber vom Autor nicht akzeptiert wurde – nie einem Rassismus heutiger Form das Wort redete und im getauften Juden den Mitchristen mit allen Rechten und Pflichten sah, wurde hier wieder einmal der zum Überdruß vorexerzierte Versuch demonstriert, ohne Rücksicht auf damalige Geisteshaltung und Zeitumstände aus dem fast unübersehbaren Steinbruch von Luther-Äußerungen das Passende zur Untermauerung einer Theorie herauszubrechen. ohn

ARD Dienstag



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Das Traumschiff
11.25 Na, sowas!
12.10 [illegible]
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Kraftproben
Ich will nicht gequält werden
Menschenwürdig sterben
17.00 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Louis Armstrong
21.00 Report
EG-Kommission ermittelt – Deutsche Agrarwerbung gegen europäisches Recht? / Milchmarktskandal in der EG/Streit um Bernt Engelmann – Ist der „Verband deutscher Schriftsteller" am Ende? / Arzt/Patient – Intimes für die Personalakte? / Arbeitsämter bekämpfen Menschenhandel
Moderator: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Beil von Wandsbek
Fernsehfilm von Horst Königstein und Heinrich Breloer nach dem Roman von Arnold Zweig
Mit Roland Schäfer und Angelika Thomas u. a.
1937 in Haifa, Palästina. Dem Schriftsteller Arnold Zweig fällt die Notiz einer Exilzeitung in die Hände: „Selbstmord eines Henkers, Altona". Die kurze Meldung berichtet von einem Schlachter und SS-Mann, der in finanziellen Schwierigkeiten ist. Für das Blutgeld von 2000 Mark richtet er vier Kommunisten mit dem Handbeil hin, weil der Scharfrichter erkrankt ist. Bald gehen Gerüchte um, und keiner kauft in seinem Laden. Am Schluß bringen der Schlachter und seine Frau sich um.
01.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
16.35 Mandara
Ein Mystery von Justus Pfaue
1. Die Windgeister
15 Abenteuer zweier Kinder von der Nordseeküste
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Insisters
17.50 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner u. a.
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Konferenz der Tiere (2)
4teilige Zeichentrickserie von Curt Linda
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht
Kleiner Blechschaden mit großen Folgen
Mit Joachim Wörnsdorf und Ingrid Storz
Moderation: Petra Schürmann
21.00 heute-journal
21.20 Geschäfte trotz Raketen
Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Aus Moskau berichten Dieter Balkhausen, Günter Ederer und Dirk Sager
22.05 Die aktuelle Inszenierung:
Großvater und Halbbruder
Stück von Thomas Hürlimann
Mit Kurt Schlossmann und Ulrike Beimpold
Inszenierung: Klaus Höring
Aufzeichnung aus dem Burgtheater Wien
Die Bewohner des Schweizer Dorfs beim Bodensee nahe der deutschen Grenze verfolgen vom sichern Standort aus den Zweiten Weltkrieg.
00.15 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Arche 2000
21.00 Weltreise (6)
21.45 Wenn zu Hause im Twellbachtal ...
Hannes Wader – Lieder aus Kindheit und Jugend
22.15 Thema des Monats
Anschließend:
Letzte Nachrichten

NORD
19.00 Weltwunder der Technik (1)
Toronto: Der höchste Fernsehturm der Welt
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Opfer sein – ein Zufall? (1)
21.00 Nahaufnahme
Für die Ewigkeit
21.45 Juristenstammtisch
22.30 Das schwarze Kabinett
Die Totenliste
US-Spielfilm, 1963
Mit Kirk Douglas, Burt Lancaster
00.05 Letzte Nachrichten

HESSEN
19.00 Tier-Report
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtansichten (9)
21.00 Drei aktuell
21.15 Fernsehfilm nach Theodor Fontane (5)

SÜDWEST
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Wenn Bäume reden könnten ...
21.00 Antiquitäten in Serie
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Die Unbestechlichen
Amerik. Spielfilm, 1975
23.20 Avanti! Avanti!

BAYERN
19.00 Ein Leben auf dem Abstellgleis?
19.30 Unser Land
20.00 4. Rock- und Klassiknacht
Live aus dem Zirkus „Atlas" in München
in der Pause: Rundschau
24.00 Rundschau

ARD Mittwoch





ARD

10.00 Te Deum
10.45 Träumereien mit Lupe und Pinzette
11.15 Hausmusik, Hausmusik
11.45 Der Wolfsjunge
Franz. Spielfilm, 1969/70
Mit Jean-Pierre Cargol u. a.
Regie: François Truffaut
13.10 Aus fernen Tagen
Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus
13.55 Das Mädchen mit der Muschel
Tschechoslowakischer Spielfilm
15.25 EM-Qualifikationsspiel
Deutschland – Nordirland
Reporter Peter Jensen
17.30 Die Marquise von O...
Spielfilm von Eric Rohmer, 1976 nach der Novelle von Heinrich Kleist
19.10 Menschen und Straßen
Kemptthalstraße
CH-8330 Pfäffikon/ZH
19.45 Den Frieden bewegen
Emil Obermann im Gespräch mit dem Theologen Helmut Thielicke
20.00 Tagesschau
20.15 Jenny (1)
Zweiteiliger Film von Per Bronken nach dem Roman von Sigrid Undset
22.00 Zwischen Marx und Luther
Von den Chancen und Grenzen der evangelischen Kirchen in der „DDR"
22.45 Tagesthemen
23.15 Friedrich Luft im Gespräch mit Brigitte Horney
24.00 Tagesschau

ZDF

10.00 Programmvorschau
10.05 Die Optimisten
Engl. Spielfilm, 1973
Regie: Anthony Simmons
11.50 Franz Schubert
Sinfonie Nr. VIII, C-Dur D. 944
12.45 ZDF-regional
Stadtgeschichten: Kiel
13.15 heute
13.20 Up with People
Eine Show mit Gesang, Tanz und Musik
14.00 Schenk mir ein Buch
Neue Kinder- und Jugendbücher
14.45 Giuditta
Freunde, das Leben ist lebenswert
Operette von Franz Lehár
16.25 Zum Sehen geboren
Ein Lebensbild von Konrad Lorenz
17.10 heute
17.15 Krieg und Frieden
Amerik.-ital. Spielfilm, 1956, 1. Teil
Monumentalfilm nach dem Roman von Leo Tolstoi
19.00 heute
19.15 Lebensbäume
Gedanken zum Buß- und Bettag
19.30 ZDF Magazin
Moderator: Gerhard Löwenthal
20.15 Krieg und Frieden
Zweiter Teil
21.55 heute
22.00 Mittwochslotto – 7 aus 38
22.05 Der Eimer und die Mona Lisa
Eine Satire von Joachim Roering
23.25 heute
Anschl.: Peter Härtling liest aus der Bibel

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
Gespräche über Gott und die Welt
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
Utz Langhoff und Karin Krone von den Malediven:
22.15 Drei moderne Frauen
Chinesischer Spielfilm, 1941
Original mit deutschen Untertiteln
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 Indien – Land ohne Hoffnung? (9)
19.45 Heimatalbum
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik am Mittwoch
22.05 Der Film-Club
Hoffnung
Franz. Film, 1938/39
Regie: André Malraux
Mit deutschen Untertiteln
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
19.55 Andreas Vollenweider & Friends
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtansichten (10)
Frankfurt am Main
Anschließend: Fragen an den Autor unter Beteiligung der Zuschauer
22.15 Autoreport
22.20 Halbzeit

SÜDWEST
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Pop stop (16)
20.15 Die heimliche Kommunikation oder Welcher Druck bestimmt die Kultur
Zeitschriften, ihre Macher und ihr Publikum
21.00 Menschen vom Varieté
Dt.-ungar. Spielfilm, 1939
Regie: Josef von Baky
22.25 Theater-Talk

BAYERN
19.00 „Aus dem Glauben ganz allein"
Siegfried Fietz singt Lieder
19.15 Adieu, langsame Reisen
Film von N. G. Ripeau
20.15 Aus Budapest:
Leonard Bernstein und das Symphonieorchester des Bayrischen Rundfunks
21.05 Rundschau
21.20 Z. E. N.
21.25 Leonard Bernstein
22.10 Das historische Stichwort
22.15 Teleclub
23.55 Rundschau
24.00 News of the Week

Schnapsidee mit Folgen

A. W. – Wieder hat sich das Rad des Streits im VS, dem gewerkschaftlich organisierten Schriftstellerverband, einen Zahn weitergedreht. Die Gruppe um Günter Grass, die lautstark den außerplanmäßigen Rücktritt des Vorsitzenden Engelmann fordert, hat dessen Einladung zu einem „klärenden" Versöhnungsgespräch nächste Woche in Stuttgart abgelehnt. Statt dessen verlangt sie die Einberufung einer außerordentlichen, „für alle Mitglieder offenen" Delegiertenkonferenz für kommendes Frühjahr, auf der nur über den Kurs des ungeliebten Vorsitzenden diskutiert und abgestimmt werden soll.

Engelmann wird es leichtfallen, das Ansinnen zurückzuweisen, denn das Institut einer „offenen Delegiertenkonferenz" mit Stimmrecht für jeden Teilnehmer ist in den Statuten des DGB nicht vorgesehen. Allein die *Delegierten entscheiden*, wer im Vorstand sitzt. Wenn Engelmann gegenüber Grass & Co. irgendwo recht hat, dann immer dort, wo er seinen Widersachern „mangelnde Gewerkschaftsdisziplin" und „unsolidarisches Verhalten gegenüber den Kollegen" vorwirft. In der Tat scheint die Grass-Gruppe keine Ahnung von den politischen Verfahrensweisen innerhalb einer deutschen Industriegewerkschaft zu haben, während sich Engelmann stets streng an die Statuten gehalten hat.

Nun muß man freilich fragen: Was sind das für Statuten, die es einem Vorsitzenden gestatten, seinen Verband in ein Anhängsel der „Friedensbewegung" und in eine westliche Dependance der SED umzuwandeln? Und wieso muß sich ein Schriftsteller, der seine ökonomischen Interessen vertreten lassen will und deshalb in den VS eintritt, einem Statutenwerk unterwerfen, das ihn zur Knetmasse in der Hand literaturferner Funktionäre degradiert?

Die Schnapsidee, ausgerechnet den Verband der Schriftsteller in eine Industriegewerkschaft zu überführen, zeigt sich hier in ihrer vollen Größe. Und man kann es leider gar nicht oft genug sagen: Es waren vor allem diejenigen, die jetzt Engelmanns Kopf fordern, die *diese Schnapsidee seinerzeit ausgebrütet* haben. Sie fühlten sich als schlichte „Literaturproduzenten", die sich in eine Reihe stellen wollten mit anderen Produzenten. Dort stehen sie nun und wissen nicht, wie sie wieder wegkommen.

Sehr amerikanisch: Der Film „Koyaanisqatsi"

Rausch des Untergangs

Das Auge *zuckt, die* Ohren beben: Ein Film-Gottesdienst zu Karfreitag scheint das zu sein, was da aus Amerika in unsere Kinos kommt. Die Kamera fährt durch die phantastischen Landschaften Neu-Mexikos, wo die Berge wie Urwelt-Kathedralen aus der braunen Ebene in den Himmel wachsen. Sie fährt auch über Flüsse und Seen, an deren Ufern es grünt und blüht als sei die Schöpfung erst gestern gewesen. Und dazu drängt sich Musik ins Ohr, langgezogene Töne, weit schwingend. Entfernt an gregorianische Choräle erinnernd, skandiert eine Stimme ein Wort aus der Sprache der Hopi-Indianer: „Koyaanisqatsi".

Das Wort, das diesem ungewöhnlichen Film den Titel gab (deutscher Untertitel: „Prophezeiung"), soll, wie der Nachspann belehrt, mehrdeutig sein: Leben aus dem Gleichgewicht, verrücktes Leben, Veränderung der Lebensform. Aber ganz so vieldeutig ist der Film nicht, obwohl er ohne Text auskommt, nur Bilder (Kamera: Ron Fricke) und Musik (Philip Glass) anbietet. Wie der Mensch mit der Schöpfung umgeht, will er zeigen, wie das Ich zur Zahl wird, wie alles endet in Schaltkreisen und brennenden Satelliten.

Also Weltuntergangsstimmung? Ja, aber doch auch wieder nicht. „Koyaanisqatsi" (produziert vom gemeinnützigen Institut für regionale Erziehung) ist ein sehr amerikanischer Film. Er erinnert in gewisser Weise an die Oberflächenkunst des Andy Warhol. Die Kamera ist unendlich weit von den Menschen entfernt. Wo diese überhaupt vorkommen, bewegen sie sich stumm; Wesen, deren Individualität auf das Maß von Bienen oder Ameisen reduziert ist; Zutaten eines großen, stummen, gleichmütigen Welttheaters, in dem Willen und Vorstellung bestenfalls einem fernen, anonymen Gott zu eigen sind.

Hier wird ein Lebensgefühl zelebriert, das man wohl nur voll nachvollziehen kann, wenn man mal längere Zeit in einem Wolkenkratzer von New York oder Chicago gewohnt hat, im 50. oder 60. Stockwerk, wenn man in Flugzeugen daheim ist, mit denen man Landschaften überquert: weit weg, ohne persönliche Beteiligung, in schierer Draufsicht auf die ewige Wiederkehr des Gleichen.

Das Ergebnis ist eine polierte, farbenfrohe, gelegentlich bizarre Ästhetik. Wälder von Hochspannungsleitungen, silbern im Sonnenlicht blitzend; aufgetürmte Panzerberge, deren Geschützrohre nicht Tod sondern Schönheit verheißen; Hochofen-Anlagen, deren sprühendes Funkenmeer einen *überdimensionalen* Neujahrstaumel erzeugt. Da scheint es für Augenblicke, die Technikbegeisterung der italienischen Futuristen feierte freudige Urständ.

Aber auch dann, wenn es kritischer wird, bleibt man seltsam unberührt. Die verdreckten, Schutt beladenen Slums von Harlem stinken eben im Kino nicht. Sie tun nicht weh. Kein Hunger quält das Gedärm. Von oben hat das Reize. Fast bezaubernd sehen auch die monotonen Gebirge von Satellitenstädten aus. Blitzende Linien, geradeaus, ins Unendliche. Die Ästhetik des rechten Winkels.

Und dann im Zeitraffer: Fließbandproduktionen, Autokarawanen auf acht Highways nebeneinander, durcheinanderzuckende Menschenmassen in U-Bahnhöfen, auf Rolltreppen, Flughafen-Gangways. Schön. Wirklich schön! Auch wenn die *Menschen – plötzlich* verlangsamen sich die Bilder zum Zeitlupenbieten, sind sie dennoch nicht unserer Anteilnahme anempfohlen.
unserer Anteilnahme anempfohlen.

Das Schaltkreis-Nirwana von Computern entspricht dem: Eine bunte, vielgestaltige Welt, in deren mikroskopischer Vielfalt das Auge schier ertrinkt. Und die zuckenden Flammenbahnen brennender Raketen, explodierender Satelliten künden Apokalypse an. Aber welch ein hinreißendes Inferno! So mag Nero auf sein brennendes Rom geschaut haben. Regisseur Godfrey Reggio sieht das wie ein amerikanischer Nero: gigantischer, farbiger, überreizter, ein Berauscher des Auges, nicht des Herzens (und sei dieses noch so pervers).

Und die Musik des diesmal gar nicht minimalistischen Phil Glass peitscht die Sinne in eine Erregung, *als stünde der Zuschauer zur Rush*hour am Times Square in Manhattan. Am Ende aber fängt er das wieder auf in einem breiten, mystischen Oratorium. Also doch Gottesdienst zu Karfreitag? Nein. Eine Kreuzigung ohne Leid und Erlösung.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Wien: Uraufführung einer Messe von Brahms

Fassade von Palästrina

Im Rahmen eines Brahms-Kongresses, den der Wiener Musikverein veranstaltete, hörte man jetzt die erste liturgische Aufführung jener Messe von Johannes Brahms, die seit rund achtzig Jahren als verschollen galt und erst jüngst bei einer Erbschaftsteilung in Nordamerika im Nachlaß des Brahms-Freundes Julius Otto Grimm wieder auftauchte. Es handelt sich dabei um Kyrie, Sanktus, Benediktus und Agnus Dei, die der 23jährige Brahms 1856 komponierte und mit folgender Frage an seinen Freund Joseph Joachim schickte: „*Moduliert's* in der Messe nicht zuviel, wenn das Sanktus und Osanna aus As, das Benedictus aus F, das Agnus von f-a und die ganze Messe aus C-dur geht?"

Diese Frage des kompositionstechnisch noch unsicheren jungen Brahms mag heute, da man Bruckners, Regers oder gar Strawinskys Sakralmusik-Modulationen im Ohr hat, müßig scheinen. Vielmehr wundert's einen, daß Brahms kein Credo zu seiner Messe hinzukomponierte (das Gloria könnte, der Liturgie des Kirchenjahres folgend, gerade verboten gewesen sein) und daß er so brav und fromm am Stil der altklassischen Vokalpolyphonie klebte. Die herbe Kontrapunktik seines vier- bis sechsstimmigen Chorsatzes ließ Romantizismen oder liedhafte Einfälle wie beim Deutschen Requiem jedenfalls nicht zu, und der Zuhörer müht sich vergeblich, hinter der strengen Palestrina-Fassade einen Hauch von Brahms zu entdecken.

Interessant für Musikologen höchstens die eigenständige Continuo-Stimme im Kyrie (in den anderen Sätzen fehlt sie) und jene Passagen der Messe, die Brahms später in seiner Motette „Warum ist das Licht gegeben dem Mühseligen" Opus 74/1 verarbeitete. Die Messe selbst wurde zu Lebzeiten des Komponisten nie aufgeführt – Brahms hat das Manuskript wahrscheinlich vernichtet, eine Abschrift war bis 1908 in Grimms Besitz nachweisbar und wurde nun vom Archiv der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien auf einer Auktion erworben. Die Messe ist bei Doblinger im Druck erschienen, dürfte aber für künftige Brahms-Dissertanten interessanter sein als für die lebendige Kirchenmusik-Praxis.

ANDREA SEEBOHM

Eine echte Leseausgabe ohne Schnörkelei – Paul Celans „Gesammelte Werke in fünf Bänden"

Die Todesfuge war einmal ein Tango

Es hätte nicht viel gefehlt, und aus *Paul Antschel* wäre nie Paul Celan geworden. Gewiß, er hätte in jedem Fall den Bodensatz der üblichen Jungtalente in Czernowitz, wo er 1920 geboren wurde, und in Bukarest, wo er von 1945 bis 1947 lebte, durchstoßen. Er wäre zum stattlichen Dichter geworden – aber möglicherweise einer der rumänischen Sprache. Er hätte dann seinen Weg gemacht – zum Ruhme der rumänischen Nationalliteratur, und in Deutschland hätte niemand erfahren, daß der deutschen Literatur in Paul Ancel (so seine eigene phonetische Schreibweise, die ihn zu seinem Anagramm veranlaßt hat) eine erstrangige Begabung verloren gegangen wäre. Um ein Haar hätte sich der Sohn deutsch-jüdischer Eltern ganz von der deutschen Sprache abgewandt.

Der rumänische Schriftsteller und Verlagslektor Ion Caraion hatte es in der Hand – wortwörtlich genommen. Denn ihm lagen 1947 drei Gedichte des jungen Celan zur Veröffentlichung in seiner Zeitschrift „Agora" vor – in deutscher und rumänischer Sprache. Caraion entschied sich für die deutsche Version: ein kühner Vorgriff auf die Leerstelle in der deutschen Literaturgeschichte, die Celan fortan auszufüllen begann.

Damit war eine Wahl getroffen, die sich keineswegs von selbst verstand. Denn im selben Jahr erschien, ebenfalls in Rumänien, Celans berühmtestes Gedicht: die „Todesfuge", 1944 zwar in Deutsch geschrieben, aber in einer von Celan selbst gebilligten rumänischen Übersetzung. Übrigens hieß die „Todesfuge" damals noch „Todestango", was eine Menge interpretatorischer Bemühungen, die das Gedicht formal mit der musikalischen Fuge in Zusammenhang gebracht haben, zu Makulatur werden *läßt*.

Man kann nicht behaupten, daß Paul Celan seitdem in Vergessenheit geraten sei. Eine Heerschar von Exegeten sorgt dafür, daß die zwischenzeitlich geradezu als „heilige Texte" gehandelten Gedichte von Celan in germanistischen Seminaren zirkulieren. Aber die allgemeine Aufmerksamkeit scheint darunter eher zu leiden. Celan wird mehr interpretiert als gelesen.

Diesen unerfreulichen James-Joyce-Effekt zurückzuschrauben könnten die soeben bei Suhrkamp erschienenen „Gesammelten Werke in fünf Bänden" *(2547 S., 160 Mark,* ab 1. 1. 84: 180 Mark) bewirken. Die Ausgabe erscheint, dreizehn Jahre nach dem Tod des Dichters, zwar *etwas spät, aber* rechtzeitig genug, um den Celan-Spezialisten das Feld nicht ganz zu überlassen. Denn es handelt sich um eine echte Leseausgabe, ohne editionskritische Schnörkelei und ohne literaturwissenschaftliche Faktenhuberei!

Sie vereinigt, von „Mohn und Gedächtnis" (1952) bis „Schneepart" (1971), alle acht von Celan selbst autorisierten bzw. als autorisiert geltenden Lyrikpublikationen. Der dritte Band enthält, neben Celans erster von ihm aber wegen sinnentstellender Druckfehler schnell wieder zurückgezogener Lyriksammlung „Der Sand aus den Urnen" von 1948, den 1976 herausgebrachten Nachlaßband „Zeitgehöft", sodann einzelne an entlegener Stelle publizierte Gedichte und die wenigen Prosastücke, darunter die Erzählung „Gespräch im Gebirg" und die Büchner-Preis-Rede. Band 4 und 5 fassen bisher nur *verstreut erschienene Übertragungen* ins Deutsche (samt den zugrundeliegenden Originaltexten) zusammen, die eine überraschende Spannweite belegen: von Shakespeare mit 21 Sonetten über die französischen Symbolisten und den volksliedhaft schlichten Jessenin bis zum hermetischen Ungaretti.

Haben wir also endlich den ganzen Celan? Nein, wir haben ihn nicht. Zum Beispiel fehlen die Briefe, obwohl sie schon verschiedentlich, meist auszugsweise publiziert worden sind. Es fehlen die frühen Gedichte, in deutsch und rumänisch. Auch sie sind, zum Teil an abgelegener Stelle, veröffentlicht. Es fehlt schließlich das, was man an begleitender Lektüre, gerade bei Celan, erwartet: ein Kommentar. Die Lebensdaten, auch wenn sie gleich fünfmal abgedruckt sind – in der Form eines tabellarischen Lebenslaufes so dürftig wie ein Lexikoneintrag –, sind nicht im mindesten ein Ersatz.

Zwar beeilen *sich* die Herausgeber, Beda Allemann und Stefan Reichert, zu versichern, daß mit der vorliegenden Ausgabe kein Vorgriff auf eine historisch-kritische Edition beabsichtigt sei. Das tun sie übrigens ebenfalls gleich fünfmal, und im Klappentext erneut fünfmal. Aber mit keinem einzigen Wort wird etwas über die Entstehungsgeschichte der „Todesfuge" mitgeteilt oder über deren stilistische und metaphorische Verwandtschaft zu Gedichten anderer Lyriker aus der Bukowina. Wenn es zum Beispiel bei Immanuel Weißglas heißt: „Spielt sanft vom Tod, er ist ein deutscher Meister" und Celans Entsprechung lautet: „spielt süßer den Tod der Tod ist ein Meister aus Deutschland", dann ist das eine verblüffende Parallelität, die des Hinweises wert gewesen wäre.

Kein Wort davon ist in den „Gesammelten Werken" zu finden. Man setzt dort einfach voraus, daß der Leser seine Sekundärliteratur im Kopf hat. Nicht einmal im Ansatz wird eine Handreichung zu dieser Sekundärliteratur geliefert. Aber woher soll der unbefangene Leser wissen, daß „Todtnauberg" kein simples Schwarzwaldgedicht ist, sondern Celans Zusammentreffen mit Heidegger (1967) zum Hintergrund hat? Und woher soll der Leser wissen, daß mit dem Einhorn im „Schibboleth"-Gedicht nicht das Fabeltier, sondern Celans Freund Erich Einhorn gemeint ist?

Man wünscht sich hier ganz offensichtlich einen Leser, der nicht ständig in der Gebrauchsanweisung herumblättert. Das ist ein riskantes pädagogisches Verfahren. Aber letztlich – vielleicht – doch nicht das schlechteste? Schon Celan bat ja, ohne Koketterie, ganz ernsthaft: „Lesen Sie! Immerzu nur lesen, das Verständnis kommt von selbst." Man hat diesem Dichter oft vorgehalten, seine Sprache, insbesondere die seiner letzten Gedichtbände, sei dunkel, also schwierig. Richtig daran ist, daß man, wo's zu dunkel wird, nichts mehr sieht. Umgekehrt könnte aber auch gelten: Wo's zu hell wird, da wird man geblendet. Der Effekt wäre der gleiche: Man sieht nichts mehr.

Wenn schon optische Kriterien herhalten müssen, dann schlage ich vor: Celans Sprache ist *durchsichtig*. Wer seine Verse liest, schaut nicht auf eine Mauer, sondern blickt, wie durch ein Gitter, durch die Sprache hindurch. Das sprachliche Material, das Wort, verengt sich nicht auf eine Nutzformel. Das Wort schließt nicht ab, so wie man Verträge abschließt, sondern es schließt auf, es macht frei, es wird vertragsbrüchig. Im Verbund, eben im Sprachgitter des Gedichts, werden die Konnotationen frei.

Das Gedicht kann dann „durch die Zeit hindurchgreifen – durch sie hindurch, nicht über sie hinweg", wie Celan 1958 bei der Entgegennahme des Bremer Literaturpreises sagte.

Und wohin greifen? Dorthin, wo Wirklichkeit wirklich stattfindet – im *Entwurf*. Der Lohn: die „Blume der Zeit". Wenn wir auch nicht wissen, wo sie blüht und ob es sie überhaupt gibt, es ist ein anstrengender Genuß, Celan dabei zu folgen.

WOLFGANG MINATY



Wird heute mehr interpretiert als gelesen: der Lyriker Paul Celan FOTO: ULLSTEIN

Bielefeld: Erste deutsche Seurat-Ausstellung

Blick durch den Nebel

Es ist eine ungewöhnliche Ausstellung. Sie stellt Werke vor, die zu den Höhepunkten der Zeichenkunst gehören. Und doch sind es nur wenig bekannte Blätter. Denn die Zeichnungen von Georges Seurat, die in der Bielefelder Kunsthalle zu sehen sind, waren bislang noch nicht in dieser Geschlossenheit gezeigt worden (ganz abgesehen davon, daß es die erste Seurat-Ausstellung überhaupt in Deutschland ist).

Von Georges Seurat (1859–1891) kennt man die Gemälde der „Badenden bei Anières", den „Sonntag auf der Grand Jatte" oder den „Zirkus". Das Oeuvre des Künstlers, der bereits mit 32 Jahren starb, ist nicht sehr umfangreich. Das gilt auch für den Bestand der Zeichnungen. Knapp ein *Drittel der etwa zweieinhalbhundert* Blätter ist immerhin in Bielefeld zu sehen.

Die Hängung erfolgte chronologisch, erst beim Spätwerk wurden Gruppen nach Motiven gebildet. So stehen am Anfang die akademischen Versuche, konventionelle Zeichnungen, die mit Kohle oder Bleistift einen Akt oder einen Gipskopf zu erfassen suchen. Doch bereits 1880/81, mit dem „Soldaten auf dem Faltstuhl" und der „Frau mit Korb", deutet sich der Stil an, den Seurat dann zur Vollendung führen wird. Die Konturlinie tritt zurück, sie zerflattert, löst sich in tonigen Abstufungen auf. Die Figuren werden weich modelliert, gewinnen aus einer reichen Hell-Dunkel-Skala Gestalt. Dabei spielt die Textur des rauhen Papiers eine wichtige Rolle, die trotz des Verzichts auf jede Binnenzeichnung die Flächen belebt.

Die Zeichnungen Seurats haben etwas Schwebendes, Unbestimmtes. „Die Droschke" (um 1885) wirkt wie durch den Nebel gesehen. Sie lebt aus der Spannung zwischen Realität und Unwirklichem. Seurat scheut das Eindeutige, Konkrete. Seine Figuren wenden dem Betrachter meist den Rücken zu. Und selbst in den wenigen Blättern, auf denen man Gesichter sieht, verzichtet er auf die Konfrontation mit der Genauigkeit. Daß er dazu in der Lage war, verrät das Porträt von Paul Signac (1890). Aber Seurat legte darauf keinen Wert. Er liebt die Distanz ohne Kühle.

Seine Figuren lassen keine Emotionen erkennen, verraten nichts von ihrem Charakter – sieht man einmal von dem lässig mit legerer Attitüde auf den Betrachter zuschreitenden jungen Mann bei den „Zwei Männern auf dem Feld" (um 1882) ab. Es sind meist nur Silhouetten in einer leichten Aura vor dunklem Hintergrund. Sie sind in sich gekehrt und sich selbst genug. Die Akte verzichten auf die Indiskretion der Nacktheit. Und auch Gegenstände wie der „Zweispänner", die „Lokomotive", das „Dampfschiff" (1882/83) halten auf Entfernung, bewegen sich vom Betrachter weg. Die Landschaften erscheinen wie Blicke aus dem Zugabteil auf ein unbekanntes Land, ohne Schärfe, ein wenig fremd und unerreichbar.

Seurats Zeichnungen gewinnen durch ihre Zurückhaltung. Sie verzichten auf jede Geschwätzigkeit, drängen sich nicht vor, deuten nur an. Und ganz nebenbei eröffnen sie einen neuen Zugang zu Gerhard Richters realistischen Unschärfe-Bildern. Nur, was da mit dem großen Aufwand der Ölmalerei angestrebt wird, erreicht Seurat im Kleinen und mit sehr viel einfacheren Mitteln. Es sind Bilder der Stille, die durch ihre Diskretion gefangennehmen, die das Auge fesseln, weil sie auf die Phantasie vertrauen. (Bis 25. Dez.; Baden-Baden: 15. Jan. bis 11. März; Katalog: 35 Mark, im Buchhandel, Prestel-Verlag, 48 Mark.)

PETER DITTMAR



„Paul Signac", Porträtzeichnung von Georges Seurat (um 1890), aus der Bielefelder Ausstellung. FOTO: KATALOG

Ostdeutscher Hörspiel- und Erzählwettbewerb

Heimat, die keine ist

Eigentlich richtet sich der Hörspiel- und Erzählwettbewerb der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat nicht nur an Autoren, die aus Ost- oder Mitteldeutschland stammen. *Das spezielle Thema dieser 15.* Ausschreibung (neben dem Bundesinnenministerium war diesmal auch der Hessische Rundfunk an der Durchführung beteiligt) hätte ebensogut auch Rheinländer, Schwaben oder Holsteiner anrühren können: „Farben, Töne und Gerüche – Spuren der Heimat."

Aber Farben, Töne und Gerüche sind für den, der beliebig hinfahren und sie nachprüfen kann, wohl keine so starke Empfindung, kein so übermächtiges Bedürfnis wie für jene, die von ihrer Heimat endgültig Abschied nehmen mußten. So kamen auch *diesmal die meisten der insgesamt* 220 Text-Einsendungen von Autoren, die zwar hier im Westen leben, aber nicht hier geboren wurden.

Ein erster Preis wurde diesmal nicht vergeben. Drei zweite Preise gingen an Oskar Kreibich, Siegmar Faust und Ulrich Pietzsch, drei dritte *Preise an Helga Lippelt*, Robert Schiff und Hans Stilett.

Kreibich, Jahrgang 1916, der älteste unter den Preisträgern, als Maler und Buchillustrator bekannt, schildert in seiner Erzählung „Pfingsten in Zibridice" die Wiederbegegnung mit dem nordböhmischen Geburtsort, der eigentlich Seifersdorf hieß, nach 25 Jahren. Faust, Jahrgang 1944, der jüngste der sechs, hält in seinem Text „Sächsische Spuren" Abrechnung mit der Heimat: „Es ist besser, sich seiner Heimat zu schämen, als vor lauter Treue mit ihr und an ihr kaputtzugehn."

Der eine, seit Jahrzehnten im Westen, hat seinen Frieden gemacht, hackt das Gestrüpp aus, unter dem das Grab seines Vaters zu verschwinden droht, freut sich dann aber doch an dem kleinen Miroslav, der noch denselben ortsbekannten Pfiff auf den Fingern beherrscht, wie er schon vor 50 Jahren üblich war. Der andere, 1976 von der „DDR" ausgebürgert, blickt zurück im Zorn („natürlich im Zorn"), kutschiert genüßlich und doch bitter-ironisch durch seine sächsischen Erinnerungen und zitiert am Ende eigene Verse: „Es liegt kein Grund vor, Abschied zu nehmen, aber ich möchte mich dennoch verabschieden von der Heimat, die mir keine ist ..."

Auch Ulrich Pietzsch (Jahrgang 1937) spiegelt mit seinem Text „Verdammte Heimat" diese Spannung zum Zerreißen zwischen Heimweh und Zorn auf die, die diese Heimat geraubt haben, wie sie bei den meisten ehemaligen „DDR"-Autoren das Denken und Schreiben bestimmt.

Offenbar sind die vielfältigen Möglichkeiten, sich dem Phänomen der endgültig verlorenen Heimat sprachlich zu nähern, vor allem von der Generationszugehörigkeit geprägt. Junge Menschen stellen schärfere Fragen. Die Vorstellung, das Problem könne eines Tages mit dem Tode der letzten selbst Geflüchteten, Vertriebenen oder Ausgebürgerten erledigt sein, ist jedenfalls abwegig.

Vielleicht ist dies auch eine gewisse Garantie dafür, daß das kulturelle Erbe der ost- und mitteldeutschen Regionen hierzulande nicht in Vergessenheit gerät. Dieses Erbe werde weitgehend totgeschwiegen, klagte in seiner Begrüßungsansprache der Präsident des Ostdeutschen Kulturrats, Herbert Hupka. Vor allem in den elektronischen Medien seien vielfach Unkenntnis und Desinteresse die Regel. Aber vielleicht wird auch das nicht von Dauer sein. Das außerordentlich starke Interesse für Polen z. B. könnte auf lange Sicht auch den Blick für geschichtliche und kulturelle Zusammenhänge in längeren Fristen öffnen.

JOACHIM NEANDER

KULTURNOTIZEN

Lothar Meggendorfers, des Münchner Bilderbuchkünstlers, wird bei der Kinder- und Jugendbuchausstellung vom 21.–27. Nov. gedacht.

Das Tanzforum Köln unternimmt derzeit im Auftrag des Goethe-Instituts eine Tournee durch Süd- und Südostasien.

Arbeiten von Raoul Dufy werden bis zum 5. Januar in einer Ausstellung in der Londoner „Hayeard Gallery" gezeigt.

Othmar Maga, übernimmt als Chefdirigent die musikalische Leitung des Landesjugendorchesters in Nordrhein-Westfalen.

Die 26. Britisch-deutschen Musiktage werden vom 7. bis 15. Januar auf Schloß Elmau in Mittenwald abgehalten.

Ingmar Bergman hat das Skript zu seinem neuen Film „Fanny und Alexander" auch als „Roman in sieben Bildern" publiziert (Hanser Verlag, 29,80 Mark).

JOURNAL

Neue Leitung des Gärtnerplatztheaters

dpa, München

Das Münchner Staatstheater am Gärtnerplatz hat eine neue musikalische Leitung: Am 15. November übernimmt der aus der „DDR" kommende Wolfgang Rothe die Aufgabe des Chefdirigenten von Peter Falk. Der gebürtige Berliner, von 1965 bis 1971 Kapellmeister an der Staatsoper Dresden und danach Chefdirigent des Philharmonischen Orchesters in Frankfurt an der Oder, hat seit Oktober 1982 einen Wohnsitz in Berlin-West. Sein Vertrag am Münchner Haus, das seit einigen Wochen von dem neuen Intendanten Hellmuth Matiasek geleitet wird, läuft *zunächst bis 1988*.

Dortmunds Kunstmuseum neu eröffnet

DW. Dortmund

1983 ist das Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Stadt Dortmund 100 Jahre alt geworden. Mit dem *Jubiläum beginnen zugleich* neue Aktivitäten. Die Eröffnung im Gebäude Hansastraße am 26. November beendet die kriegsbedingte Auslagerung der reichen Dortmunder Sammlung. Mit einem Gesamtaufwand von 18,6 Mio. Mark, unterstützt vom Land Nordrhein-Westfalen mit einem Betrag von 9,8 Mio. Mark aus Städtebauförderungsmitteln, wird in der ehemaligen Stadtsparkasse ein Panorama der Kulturgeschichte geboten, das künstlerische Meisterwerke neben Zeugnissen des Alltagslebens präsentiert.

Pariser Festival des Science-fiction-Films

AFP, Paris

Zum 13. Mal geht jetzt im Pariser „Rex" das Internationale Festival des Science-fiction und phantastischen Films über die Bühne. Vom 17. bis 27. *November stehen in dem 2800* Zuschauer fassenden Lichtspielhaus mit dem üppigen Dekor pro Abend drei Vorführungen auf dem Programm. Rund die Hälfte der gezeigten Filme, überwiegend aus den USA, nehmen am Wettbewerb teil, darunter „Android", „Bloodbath at the house of death" und die neueste, in den Vereinigten Staaten gedrehte Fassung des Conan-Doyle-Schokkers „Der Hund von Baskerville". In die Kategorie der „Heroic Fantasy1", in der muskelbepackte Krieger die tragenden Rollen spielen, sind die amerikanisch-spanische Produktion „Hundra" sowie „Merlin and the sword" zu sehen, in dem die Artus-Sage aufgegriffen wird.

Das Leibnizhaus wird Gedenkstätte

DW. Hannover

Das nach Zeichnungen der alten Renaissance-Fassade rekonstruierte neue Leibnizhaus am Holzmarkt in Hannover wird künftig eine Gedenkstätte für den 1716 in Hannover verstorbenen Philosophen enthalten. Es soll außerdem zur Durchführung wissenschaftlicher Kongresse und als Wohnung für Gastprofessoren der hannoveranischen Universität dienen. Die letzte Wohnstätte des Philosophen, ursprünglich an einem anderen Platz, galt als eines der schönsten Bürgerhäuser Deutschlands, das 1652 vollendet und 1943 bei einem Luftangriff zerstört wurde.



Das rekonstruierte Leibnizhaus FOTO: BLÜHER

Sowjetische Musikerin in Detmold

dpa, Detmold

Die sowjetische Violoncellistin Karine Georgian ist als Nachfolgerin von André Navarra mit Beginn dieses Wintersemesters an die Staatliche Hochschule für Musik in Detmold berufen worden. Karine Georgian stammt aus Moskau, wo sie als Meisterschülerin von Mstislaw Rostropowitsch am Tschaikowsky-Konservatorium von Mstislaw studiert hat. Bei den Wiener Festwochen trat sie zusammen mit dem Geiger Gidon Kremer auf.

Chinesische Kampagne um geistige Reinheit

AFP, Peking

Die in China laufende Kampagne gegen „geistige Verschmutzung" hat sich jetzt auch im Kulturaustausch mit dem Ausland niedergeschlagen. So wurden unlängst zwei japanische Spielfilme, „Die Parade von Kamata" und „Ermittlungen über eine Kindesentführung", als erste ausländische Filme in chinesischen Kinos verboten. Die Kampagne zielt insbesondere auf die Ausmerzung sämtlicher Einflüsse des „bourgeoisen Liberalismus" ab.

In der UdSSR ist die größte Rakete der Welt startklar

Von A. BÄRWOLF

Die größte Rakete der Welt wird in Kürze die Sowjetunion starten. Nach Informationen der Amerikaner steht das Riesengeschoß bereits auf der Startrampe. Die kirchturmhohe Mammut-Rakete ist mit Tarnnetzen verhüllt, damit US-Aufklärungssatelliten keine Einzelheiten erkennen. Dennoch sind in Fachkreisen seit Jahren Einzelheiten bekannt: Der mehrstufige Träger soll Nutzlasten mit einer Masse von rund 135 Tonnen in eine niedrige Erdumlaufbahn tragen können. Die Rakete könnte mit einem einzigen Schuß eine permanente Erdaußenstation in 8en Weltraum befördern, in der gleichzeitig ein Dutzend Kosmonauten ständig leben könnten.

Nach Ansicht von Sachverständigen ist die sowjetische Großrakete an Tragkraft der amerikanischen Mondrakete Saturn V überlegen. Die von dem Kern der ehemaligen deutschen Forschergruppe um Wernher von Braun *konstruierte Super-Saturn* vermochte eine Last von 113 Tonnen in eine Erdkreisbahn von 185 Kilometer Höhe zu schleppen. Das Saturn-Geschoß, das 1968 die ersten Menschen zum Mond schoß, konnte rund 40 Tonnen zu dem Erdsatelliten tragen.

Nach Einsatzbereitschaft seiner größten Rakete kann Moskau die Konstruktion riesiger Orbitalkomplexe vorantreiben. Die Amerikaner haben gegenwärtig keine Pläne für den Bau einer ständigen Raumstation.

Die USA konzentrieren sich statt dessen auf den Ausbau ihrer kleinen Flotte von Raumflugzeugen, über die die Sowjets nicht verfügen. Die Raumflieger können jedoch nur rund 30 Tonnen oder auf polaren Bahnen noch weniger schleppen. Deswegen forciert das Pentagon Bestrebungen, zusätzlich zu den Raumflugzeugen noch unbemannte Raketen bauen zu lassen, die ebenfalls große Lasten für *militärische Zwecke in den erdnahen* Raum tragen können.

Unterdessen treffen die Kosmonauten Wladimir Lachow und Alexander Alexandrow, die am Montag ihren 143. Tag in der experimentellen Raumstation Saljut-7 verbrachten, Vorbereitungen für die Rückkehr zur Erde. Nach sowjetischen Angaben werden die beiden Raumfahrer, die am 27. Juni in ihrem Raumschiff Sojus-T-9 starteten, noch vor Monatsende zurückkehren. Damit haben die Russen zum ersten Mal Einblick in den geplanten Verlauf des Unternehmens gegeben, dessen nicht planmäßiger Verlauf zu den wildesten Spekulationen geführt hatte. Ein Treibstoffleck in der Station hatte sogar zu Vermutungen geführt, die Kosmonauten seien im Weltraum gestrandet.

Es muß der sowjetischen Raumflugführung zugestanden werden, daß sie in einem Krisenmanagement *brenzlige Situationen meisterte, die* durch ein Treibstoffleck in der Station und der Explosion einer bemannten Rakete entstanden waren. Am 9. September brach in der Station nach amerikanischen Informationen eine Leitung mit dem Sauerstoffträger Stickstofftetraoxid. Der hochgiftige Treibstoff bedeutete höchste Alarmstufe. Lachow und Alexandrow bestiegen in verschlossenen Raumanzügen ihr Sojus-Rückkehrfahrzeug. Doch das Leck breitete sich nicht bis in die Station aus. Der Treibstoffverlust für die Lagensteuerung bedeutete aber verminderte Manövrierfähigkeit der Station.

Dann explodierte am 27. September eine Rakete mit den Kosmonauten Titow und Streaklow, die ein frisches Raumschiff zu der Station bringen sollten. Die Besatzung konnte sich mit dem Fallschirm retten, aber Lachow und Alexandrow überschritten nach 113 Tagen die Grenze, die *man sich in Moskau für die Rückkehr* eines bemannten Raumschiffes gesetzt hatte. Man schickte den unbemannten Frachter Progress-18 mit neuem Treibstoff. Zudem brachten die Kosmonauten an der Station noch neue Sonnenzellen-Elemente an, die der Weltraumschlepper Kosmos 1443 gebracht hatte.

Gelingt die sichere Rückkehr der Kosmonauten in dem rund 5 Monate dem harten Vakuum ausgesetzten Raumschiff Sojus-T-9, dann können die Sowjets die Rückkehrperioden für bemannte Raumschiffe weiter steigern – so weit, wie es für *Flüge* zum Mars notwendig ist. Der Flug von Menschen zum roten Planeten ist ein erklärtes Ziel der sowjetischen Astronautik. Für die Hin- und Rückreise ist bei den günstigsten Voraussetzungen eine anhaltende Gewichtslosigkeit von wenigstens eineinhalb Jahre erforderlich.

Kontaktaufnahme zu Heineken-Entführern über Kleinanzeigen

BODO RADKE, Amsterdam

Hollands Polizei und die Direktion des Brauereikonzerns Heineken in Amsterdam bewahren weiterhin striktes Stillschweigen im Fall des am Mittwochabend letzter Woche entführten Brauerei-Konzernchefs Alfred Heineken (60) und seines Chauffeurs Ab Doderer (57). Einziger Anhaltspunkt für die Öffentlichkeit sind zwei kleine Anzeigen, die der Konzern in der Amsterdamer Zeitung „De Telegraaf", ausgerechnet in der Rubrik „Glückwünsche" aufgegeben hat. Das Blatt ist das auflagenstärkste der Niederlande.

Will der Konzern zahlen?

Der Text des ersten Kleininserats lautete: „Herzlich gratuliert. Die Wiese ist grün für den Hasen. Kontakt dringend gewünscht." Am Tage darauf war unter der gleichen Rubrik zu lesen: „Die Wiese ist grün für den Hasen. Kontakt dringend gewünscht. Die Art dieser Rubrik verlangt einen Glückwunsch am Schluß."

Angeblich sollen die Entführer in einem schon wenige Stunden nach dem Verbrechen in einem Polizeirevier von Den Haag gefundenen Brief diese Art der Kontaktsuche mit ihnen verlangt haben. Der Codesatz „Die Wiese ist grün für den Hasen" wird allgemein als Bereitschaftserklärung des Konzerns zur Zahlung von Lösegeld interpretiert.

Nach unbestätigten Gerüchten soll dieser Brief auch eine Lösegeld-Forderung über Gulden, Mark, Dollar, Schweizer Franken und Lire im Gesamtwert von 22,5 Millionen Mark enthalten haben. Jeder Betrag sei in kleinerer Stückelung vorzubereiten. Für den in 143 Ländern der Erde tätigen Heineken-Konzern dürfte es nach übereinstimmender Meinung von Experten nicht schwierig sein, auch eine Summe dieser Größenordnung jederzeit über seine Hausbanken flüssig zu machen.

Bankenhilfe erforderlich

Allerdings bedürfte es der Hilfe der niederländischen Nationalbank bei der Bereitstellung der Papierschein-Stapel in Fremdwährungen, da Geschäftsbanken in ihren Tresoren Bargeld in Fremdwährungen nur in geringem Umfang verwahren. Das Volumen eines eventuellen Lösegeld-Pakets in dieser Form wäre im übrigen so unhandlich, daß sich für die Übergabe technische Probleme ergäben.

Berichte, nach denen Alfred Heineken – er gilt als einer der reichsten Männer Europas – angeordnet haben soll, im Falle seiner Entführung dürfte auf keinen Erpressungsversuch eingegangen werden, finden in Holland wenig Glauben. Dagegen spricht auch, daß die Konzerndirektion schon am Tage nach dem Verbrechen ihre Bereitschaft zur Zahlung von Lösegeld signalisierte. (SAD)

Auch nach seinem Verschwinden macht „Shergar" noch Kasse

Außer nach dem Wunderpferd sucht die Polizei jetzt auch noch nach 80 000 Pfund

FRITZ WIRTH, London

„Erst wenn mir jemand die Leiche zeigt, bin ich bereit zu glauben, daß Shergar tot ist. Zur Stunde aber suche ich immer noch nach einem Pferd, das läuft und frißt." Das ist die Devise, mit der „Jazzer" Murphy seit 280 Tagen sein irgendwie an Erfolgserlebnissen armes Dasein motiviert und verteidigt.

„Jazzer" Murphy ist einer der erfolgreichsten „Spürhunde" der irischen Polizei. Er leitete die Jagd nach der Gemäldediebin Rose Dugdale und den Entführern des holländischen Industriellen Herrema. Seit 280 Tagen nun befindet sich Murphy auf der Jagd nach dem verschwundenen Rennpferd Shergar, über dessen wirklichen Wert sich selbst Fachleute nicht einigen können. Er wird zwischen 50 und 80 Millionen Mark angesiedelt.

Seit einigen Tagen nun sucht Murphy zusätzlich nach 80 000 irischen Pfund (rund 250 000 Mark). Ein Taschengeld im Vergleich zu jenen Beträgen, um die es in der Shergar-Affäre geht und die selbst den Versicherungsleuten von Lloyd's vorübergehend eine leichte Gänsehaut bescherten. Sie haben an die verschiedenen Besitzer von Shergar (das Pferd gehört einem Syndikat von 33 Eigentümern) immerhin schon rund neun Millionen Pfund „Schmerzensgeld" ausgezahlt.

Dennoch: Die nun zusätzlich vermißten 80 000 Pfund beweisen, daß das Wunderpferd Shergar auch nach seinem Verschwinden nicht seine bemerkenswerte Fähigkeit verloren hat, Geld zu machen. Zugleich ist diese neue Affäre im Fall Shergar so geheimnisvoll, rätselhaft und undurchsichtig wie alles, was in den letzten 280 Tagen seit der Entführung dieses Pferdes im Februar dieses Jahres geschehen ist und vermutet wurde.

Diese 80 000 Pfund, nach denen die irische Polizei nun zusätzlich fahndet, sind angeblich Ende Juli vom Tierarzt Shergars, Stan Cosgrave, als erste Anzahlung eines Lösegeldes für Shergar bezahlt worden. Empfänger soll ein namentlich nicht genannter Farmer aus der irischen Grafschaft Clare gewesen sein. Als Mittelsmann fungierte ohne Wissen seiner Vorgesetzten ein irischer Polizist. Er soll die 80 000 Pfund von Cosgrave erhalten und an den Farmer aus Clare weitergeleitet haben. Der Farmer stand angeblich in Kontakt mit den Entführern Shergars.

Was immer daran stimmen mag, sicher nur ist: Die 80 000 Pfund sind heute ebenso spurlos verschwunden wie Shergar selbst. Der Farmer behauptet, das Geld sei aus dem Kofferraum seines Autos in der Nähe von Limerick gestohlen worden. Die irische Polizei bestätigte inzwischen offiziell, daß sie nach 80 000 Pfund sucht. Es gab bisher Verhöre, aber noch keine Verhaftungen.



Mehrere Theorien, aber keine Spur: „Shergar", das „Wunderpferd" FOTO: UPI

„Jazzer" Murphy gesteht ein, daß trotz dieser jüngsten Nebenaffäre die Spuren im Fall Shergar sehr kalt geworden sind. Seit vier Monaten habe es praktisch keine Signale mehr von den Entführern gegeben und keinerlei Geldforderungen. Das hat in zunehmendem Maße Spekulationen genährt, daß Shergar von seinen Entführern inzwischen getötet worden sei.

Zwei Versionen über die mutmaßlichen Täter halten sich bis heute noch: Es habe sich entweder um einen Racheakt von Männern gehandelt, die den Hauptbesitzer von Shergar, den Aga Khan, treffen wollten, oder um einen Coup der Terrororganisation IRA, die auf diese Weise zu Geld kommen wollte. Es ist bekannt, daß sich die IRA in Finanzschwierigkeiten befindet, seit die Spendengelder aus den Vereinigten Staaten nicht mehr so üppig fließen wie früher.

Für unwahrscheinlich halten Kenner der Szene nach wie vor die Vermutung, daß Shergar außer Landes gebracht worden sei und sich heute in Libyen aufhalte. Die Logistik eines Pferde-Transports zur See oder in der Luft sei viel zu aufwendig, um dies unerkannt inszenieren zu können.

Der ehrliche Finder von Shergar kann nach wie vor mit einer Belohnung von rund 800 000 Mark rechnen. Die Polizei hat dem Finder sogar versprochen, das Pferd zurückzunehmen, ohne weitere Fragen zu stellen. „Jazzer" Murphy indes hält weiter Ausschau nach dem bisher teuersten vermißten Gegenstand in der Kriminalgeschichte, der zugleich „frißt und läuft".

Neue Bilder aus alten Archiven

Film zeigt Bombenkrieg um Berlin aus anderer Perspektive

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Berlin, Dienstag, 18. November 1943, 20.11 Uhr: Die Stimme aus dem Volksempfänger meldet „anrückende Bomberverbände". Wenig später brennt die erste deutsche Stadt. Bald geht es Schlag auf Schlag. Bis Kriegsende starben allein in Berlin 50 000 Menschen in den Trümmern; 1,5 Millionen waren im Nazi-Jargon „Totalgeschädigte".

Diese schrecklichsten Jahre der deutschen Hauptstadt dokumentiert jetzt eine Frau mit dem Film „Bomben auf Berlin". Er zeigt die Katastrophe, ist zugleich aber auch ein Epos auf die Berlinerin, zeigt zwischen den Alarmen einen Rest von Normalität: Mit Kopftuch gegen Trümmerstaub, bei einem Täßchen Ersatzkaffee im „Kranzler" ...

Regisseurin Irmgard von zur Mühlen, Ehefrau von „Chronos"-Filmchef Bengt von zur Mühlen, stellt ihr 90-Minuten-Dokument in strengem Schwarz-Weiß am 21. November zum erstenmal der Öffentlichkeit vor. „*Mein Film heißt mit Bedacht* im Untertitel ‚Leben zwischen Furcht und Hoffnung'. Er zeigt auch den Alltag im Schatten des Krieges. Ihn haben vor allem die Frauen erlebt, denn die meisten Männer waren an der Front."

Sie hat aus deutschen und osteuropäischen Archiven bislang völlig unbekannte Dokumente zusammengetragen: „Beispielsweise Wochenschauaufnahmen ohne Ton, die zur ‚Geheimen Reichssache' erklärt worden waren und in Bunkern des Reichsfilmarchivs lagerten. Goebbels hatte verboten, diese Aufnahmen in der Wochenschau zu zeigen, weil es ‚nur schaurige Elendsbilder' seien. Er ließ sich dann Material zusammenschneiden, das den Durchhalte-Parolen entsprach."

Nach der Eroberung Berlins durch die Rote Armee waren die Filmrollen aus Babelsberg bei Potsdam nach Moskau geschafft worden. „Weder der Senat von Berlin noch irgendwelche Stellen in Ost-Berlin und in der DDR besitzen Material über den Luftkrieg um Berlin. Wir haben es unter großen Mühen zusammengesucht", berichtet die Regisseurin, die auch das Drehbuch schrieb.

Sie selbst habe oft gestaunt, wenn die alten Zelluloidstreifen über das Mischpult liefen: „Mitten im Krieg, als die *Alliierten* auch schon Tagesangriffe flogen, gab es tatsächlich noch so etwas wie Sonntagsvergnügen und Freizeit. Ich habe Bilder von Berlinern im Film, die im Krieg im Café Kranzler sitzen, während in Kreuzberg schon Bomben gefallen waren. Man sieht das proppenvolle Olympiastadion mit 100 000 Besuchern, während der 5. Fußball-Kriegsmeisterschaft. Horst Caspar steht im ‚Urfaust' auf der Bühne ..."

Viele Berliner halfen bei der Materialsuche mit. „Eines Tages klingelte ein Mann und brachte uns heimlich aufgenommene Amateurfilme. Das war ja damals verboten. Sie zeigten eine Weihnachtsfeier mit Soldaten bei der AEG und Bilder von einer Silvesterfeier." Ein Bäckermeister stellte seine Notizbücher zur Verfügung. „Er hatte sich nach jedem Angriff Aufzeichnungen gemacht. Eine alte Dame gab uns Fotos, die ihr die Feuerwehr geschenkt hatte, nachdem sie bei einem der ersten Angriffe aus einem verschütteten Keller gerettet worden war."

Drei Schauspielerinnen der Staatsbühnen sprechen die authentischen Zitate damaliger Augenzeugen: Liselotte Rau, Uta Hallant, Mona Seefried. Dazu gehört auch der Text der Jüdin Inge Deutschkron, die ihr Leben hilfsbereiten Berlinern verdankt, die inmitten der brennenden Stadt nicht nur die nackte Haut, sondern auch ein Stück ihres Gewissens zu retten versuchten.

Buxtehude begann Versuch mit Tempo 30

dpa, Buxtehude

Buxtehude, vor den Toren Hamburgs, hat gestern als erste Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland mit der Einführung von Tempo 30 in der Innenstadt begonnen. Die Geschwindigkeitsbegrenzung ist Kernstück eines Konzeptes zur „flächenhaften Verkehrsberuhigung", mit dem Unfallzahlen und Umweltbelastungen spürbar vermindert werden sollen. „Es ist ein Versuch", betont Baudezernent Otto Wicht, „wenn er sich bewährt, sollen weitere Städte nachziehen." Buxtehude ist Vorreiter für ein bundesweites Forschungsprogramm, das gemeinsam von der Bundesanstalt für das Straßenwesen, dem Umweltbundesamt und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung getragen wird. Sechs Städte – neben Buxtehude Berlin, Mainz, Borgentreich (Westfalen), Esslingen und Ingolstadt – wurden vom Bundesbauministerium zu Versuchszwecken ausgewählt. „Tempo 30" wird von den Befürwortern als einzige Chance gesehen, den innerstädtischen Verkehr zu entschärfen. Fußgänger oder Radfahrer, die von einem Auto angefahren werden, hätten bei Tempo 30 wesentlich größere Chancen, mit dem Leben davonzukommen.

Modellversuch in Düsseldorf

dpa, Düsseldorf

Die erste von elf anrufbaren Telefonzellen im Düsseldorfer Stadtgebiet ist gestern am Rande eines verkehrsreichen Platzes der Landeshauptstadt in Betrieb genommen worden. Mit 37 weiteren solcher Telefonzellen erweitert die Post ihr Versuchsprojekt auf Nordrhein-Westfalen. In Frankfurt läuft das Modell seit 1981.

Kostensenkende Pappsärge

AP, Toowoomba

Auf ungewöhnliche Weise soll in Australien die Nachfrage nach billigeren Beerdigungen befriedigt werden: Nach dem Willen der Bestattungsunternehmer sollen weniger begüterte Tote in Zukunft auch in schmucklosen Pappsärgen zur letzten Ruhe gebettet werden können.

Waffenlager entdeckt

dpa, Deggendorf

Bei einer Durchsuchungsaktion in Bayern hat die Polizei 78 Schußwaffen und mehr als einen Zentner Munition sichergestellt sowie 25 Personen festgenommen. Die Verdächtigen sollen untereinander aus kommerziellen Gründen und aus Sammelleidenschaft illegale Waffengeschäfte abgewickelt haben. Politische Motive sind nach Ansicht der Polizei nicht erkennbar.

Hellseher sehen schwarz

AFP, Turin

Einen Zusammenstoß zweier mit atomarem Material beladener Güterzüge in der Bundesrepublik Deutschland sagten 200 in Turin versammelte Hellseher zum Abschluß ihres Kongresses voraus. Nach den Prognosen der „Experten" wird es im kommenden Jahr aber keinen Atomkrieg geben. Außerdem kündigten sie einen Ausbruch des Vesuvs an.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der Ed. Emil Thoma KG, München, bzw. der Firma Bücher-Büchner, Hannover, bei.

WETTER: Etwas wärmer

Wetterlage: Eine Hochdruckzone erstreckt sich von den Britischen Inseln nach Südosteuropa. Der Ausläufer eines skandinavischen Tiefs überquert Norddeutschland.

Vorhersage für Dienstag:

Norddeutschland und Raum Berlin: Stark bewölkt und gelegentlich Regen, in den Frühstunden Glättegefahr. Im Laufe des Tages Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Höchsttemperaturen um 6 Grad. Tiefste Nachtwerte um null Grad. Mäßiger bis frischer Nordwestwind.



Mitte und Süden: Nach Auflösung von Dunst- und Nebelfeldern heiter und trocken. In der zweiten Tageshälfte im Mittelgebirgsraum Bewölkungsaufzug. Höchsttemperaturen null bis 5 Grad. Nachts Abkühlung auf Werte um null Grad, in Süddeutschland bis minus 7 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Kaum Niederschlag, etwas wärmer.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	1°	Kairo	24°
Bonn	2°	Kopenh.	3°
Dresden	– 1°	Las Palmas	25°
Essen	– 1°	London	5°
Frankfurt	1°	Madrid	13°
Hamburg	0°	Mailand	4°
List/Sylt	4°	Mallorca	17°
München	– 3°	Moskau	– 11°
Stuttgart	– 1°	Nizza	13°
Algier	26°	Oslo	1°
Amsterdam	1°	Paris	2°
Athen	13°	Prag	– 1°
Barcelona	14°	Rom	9°
Brüssel	0°	Stockholm	2°
Budapest	– 1°	Tel Aviv	22°
Bukarest	0°	Tunis	19°
Helsinki	– 3°	Wien	– 2°
Istanbul	10°	Zürich	– 1°

* Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.40 Uhr, Untergang: 16.33 Uhr, Mondaufgang: 15.25 Uhr, Untergang 2.30 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Nichts ging mehr für die Geldwäscher der Mafia

Spezialeinheit der italienischen Polizei stürmte Spielcasinos / Strohmänner tauschten heißes Geld am Roulettetisch

AFP, Lugano

Gut 800 Besucher sitzen an diesem Abend um die Roulettetische des mondänen Casinos in Campione d'Italia. Gegen 23 Uhr werden plötzlich die Türen zu den hellerleuchteten Sälen aufgerissen. Eine Hundertschaft der „Guardia di Finanza" stürmt herein. Die Beamten dieser Spezialeinheit der italienischen Polizei nehmen den Spielern ihr Geld. In den Büros des Hauses stellen sie stapelweise Kontoauszüge und andere Unterlagen sicher. Neben dem Direktor der Spielbank und dessen Stellvertreter werden 14 weitere Personen verhaftet.

Am Wochenende haben auch die beiden Bürgermeister von Campione, einer italienischen Enklave auf der Schweizer Seite des Luganer Sees, eine polizeiliche Vorladung erhalten.

Gleichzeitig mit der Razzia in Campione wurden noch in drei anderen Orten Italiens die Spieler unsanft von den Tischen geholt: Die „Aktion Martinstag" wurde als voller Erfolg gewertet. An den Vorbereitungen des Einsatzes und den Durchsuchungen der Spielcasinos in San Remo, St. Vinzenz (Aostatal) und Venedig waren rund 2000 Polizeibeamte beteiligt.

Der Coup galt dem sogenannten „schmutzigen" Geld der sizilianischen Mafia und der neapolitanischen Camorra. Es handelt sich dabei um Banknoten, die diese Verbrecherorganisationen bei Überfällen erbeutet oder bei Entführungen als Lösegeld kassiert haben. Die Polizei hatte herausgefunden, daß die Mafia schon seit geraumer Zeit Spielcasinos, insbesondere das von Campione, dazu benutzt, ihr Geld zu „waschen".

Dazu wechselte ein Strohmann „heiße" Scheine an der Kasse der Spielbank gegen Chips ein und setzte sich an einen Tisch. Nach einiger Zeit ging er dann wieder an den Schalter und ließ sich einen Scheck in Höhe des Wertes der zurückgegebenen Chips ausstellen. Anders als die „heißen" Banknoten konnten diese Schecks gefahrlos auf ein Konto eingezahlt werden.

Der festgenommene Spielbankdirektor, der Sizilianer Lucio Traversa, hatte 1977 von der Gemeinde die Geschäftsführung des Casinos übertragen bekommen. Es gelang dem cleveren Geschäftsmann nicht nur, innerhalb von sechs Jahren die Bilanz des bis dahin verlustreichen Spielbetriebs auszugleichen, sondern sogar Gewinne hereinzuwirtschaften.

Doch schon bald kam der Verdacht auf, daß dieser Erfolg wohl kaum auf Traversas Qualitäten als Manager beruhte. Deshalb nahmen die Finanzbehörden bei der Razzia nicht nur die Bücher des Casinos unter die Lupe, sondern überprüften auch die Nummern der Banknoten, die sie in der Kasse und bei den Spielern fanden. Das Ergebnis der Ermittlungen ist noch nicht bekannt. Die Spielbank bleibt vorerst geschlossen.

Verlockend für die süditalienischen Ganoven war ganz sicher der Status der 2300 Einwohner zählenden Gemeinde. Büros der „Guardia di Finanza" gibt es hier nicht, nur eine Polizeiwache. Der Ort gehört zwar zu Italien, aber in den Geschäften zahlt man mit Schweizer Franken. Die Autos fahren mit Tessiner Nummernschildern und Campione ist der eidgenössischen Post angegliedert.

Zu Streitigkeiten kam es um diese italienische Enklave schon vor mehr als 1000 Jahren. Damals wurde sie *zum Zankapfel zwischen* verschiedenen italienischen Klöstern. Der Fall „Campione" beschäftigte sogar Karl den Großen. Später gab es wegen Campione am Hof der österreichischen Kaiserin Maria Theresia Diskussionen, und auch Napoleon mußte sich mit der Enklave befassen.

Aufgrund ihrer Lage scheint sie heute dunkle Elemente geradezu anzuziehen. Der illegale Waffenhandel blüht an diesem Uferstück des Luganer Sees. Aber auch für die kleinen Gauner fällt dort immer etwas ab: So hatte ein Reiseveranstalter aus Varese in der Lombardei Busfahrten zum Besuch des Casinos von Campione organisiert. Doch kurioserweise waren es immer seine Busse, die auf der Autobahn Mailand–Chiasso von Räubern gestoppt wurden. Die Ganoven hatten es auf Bargeld und Schmuck der Passagiere abgesehen.

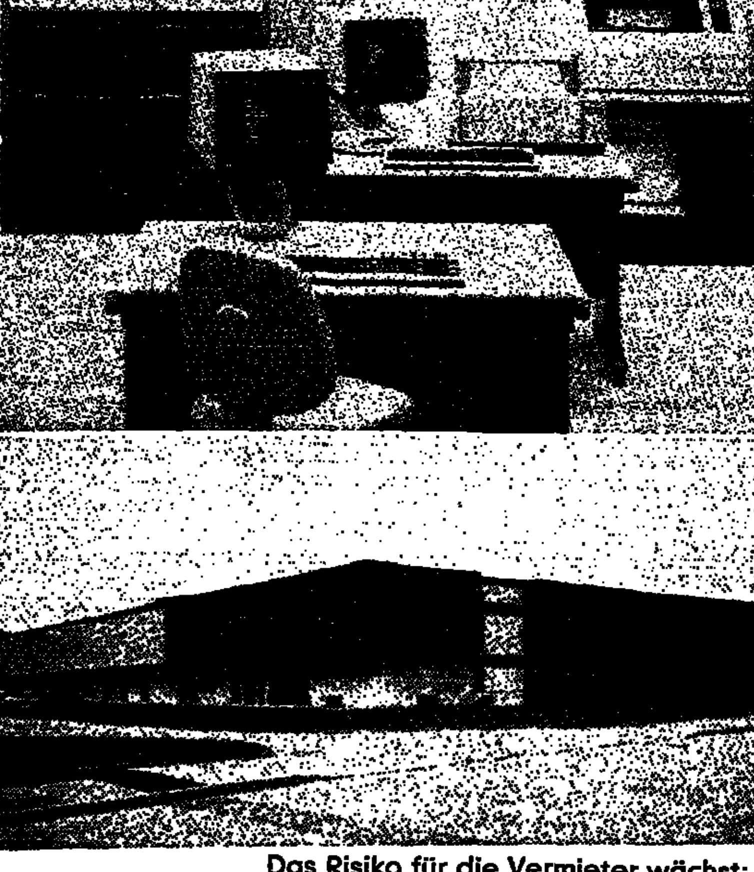
Das Casino, das gerade seinen 50. Geburtstag feierte, zog aber auch viele Eidgenossen an, weil in der Schweiz das Glücksspiel wesentlich strengeren Bestimmungen unterworfen ist.

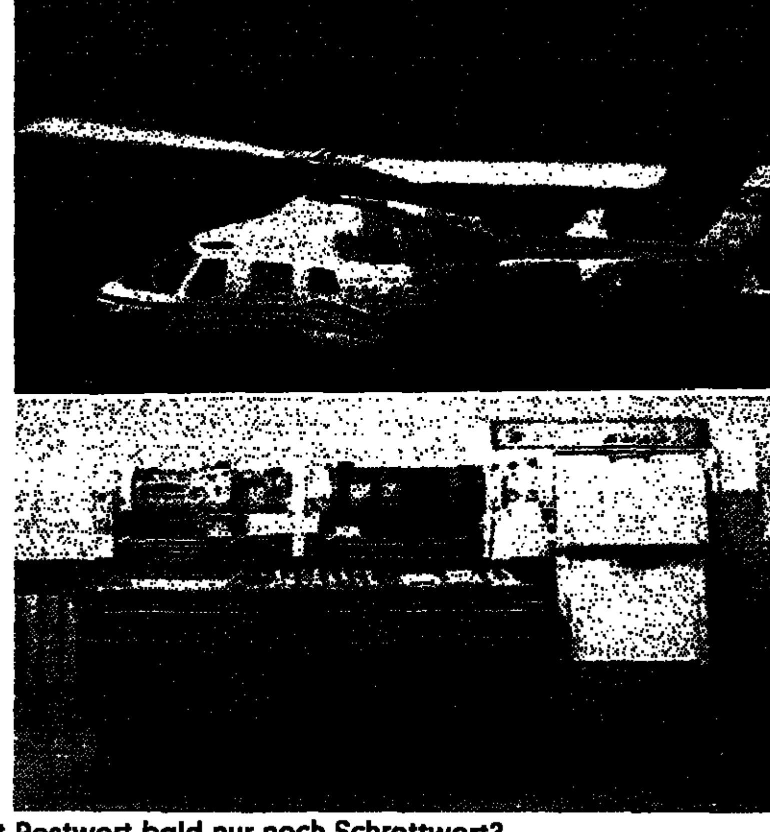
ZU GUTER LETZT

„Wir haben einen tüchtigen Frauenarzt, aber leider darf er nur die Vorarbeit leisten. Die Kinder müssen in Zell oder Koblenz geboren werden. Der echte Cochemer stirbt aus! Nur weil bei uns die Betten fehlen." Aus einem Leserbrief an die „Rhein-Zeitung"

Leasing

Ein kluger Mann sagte bereits 1823: „Die Spezies Mensch läßt sich in zwei ganz spezifische Rassen einteilen, in die Gruppe jener Menschen, die leiht, und jene, die verleiht." Hätte dieser Mann seine Theorie einen Schritt weiter ausgebaut, so hätte er auch erkennen können, daß der Mensch bereit ist, dafür etwas zu zahlen, daß er etwas leihen kann, und daß jener, der verleiht, daran interessiert ist, es mit Profit zu tun. So hätte Leasing in einer Einfachstform schon vor 160 Jahren definiert werden können. Heute ist kein Land mehr ohne Leasing. Seitdem die USA vor rund dreißig Jahren diese Form der Finanzierung einführten, ging sie mit einigen Anlaufschwierigkeiten, aber dann doch im Flug um die Erde. So traf sich jetzt alles, was Rang und Namen in der Welt des Leasing hat, zu einer Arbeitstagung in Sevilla, veranstaltet vom Verband Leaseuropa, Paris. Die WELT veröffentlicht in diesem Report Auszüge aus den wichtigsten Vorträgen der Veranstaltung.







Das Risiko für die Vermieter wächst: Ist Restwert bald nur noch Schrottwert?



PROGNOSE / Weniger Investitionen als 1982?

Der Fuß steht wieder auf der Konjunkturbremse

Die Stimmung in der deutschen Industrie, die sich im Frühjahr noch deutlich verbessert hatte, ist jetzt zum Herbst wieder gedämpft worden, heißt es in einem Konjunkturbericht der Mietfinanz GmbH, Mülheim/Ruhr, zum Stichtag 9. November. Die Wirtschaft hat den Fuß wieder auf die Investitionsbremse gestellt.

Nach Gesprächen mit Kunden aus 13 großen Industriezweigen kommt die Mietfinanz zu dem Urteil, daß die Industrie in diesem Jahr wahrscheinlich kaum mehr, vielleicht sogar weniger investieren wird als 1982. Erst für 1984 könne man aus heutiger Sicht mit einem spürbaren Wachstum der Investitionen rechnen.

Als Begründung führte der geschäftsführende Gesellschafter der Mietfinanz, Gerd Koenig, an: Zahlreiche Unternehmen seien von den Ergebnissen der angekündigten wirtschaftspolitischen Wende enttäuscht. Sie hätten inzwischen zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich diese Wende in der überschaubaren Zukunft auf die Konsolidierung des Bundeshaushaltes beschränken werde. Eine Lösung der wichtigen Fragen, wie zum Beispiel der Steuerreform, könne nicht mehr mit Sicherheit für diese Legislaturperiode erwartet werden.

Hinzu kämen die ungelösten Fragen über die Zukunft der Stahlindustrie und des Bergbaus. Fast einhellig lautete die Meinung in den Führungsetagen der Wirtschaft: „Bisher ist nur bekannt, daß die Wirtschaftspolitik verbessert werden soll, aber nicht wann und in welchem Ausmaß."

Unter diesen Umständen ist es nach Koenig verständlich, daß diejenigen Unternehmen, die voll durchgeplante und durchfinanzierte Investitionsvorhaben parat haben, deren Verwirklichung weiter aufschieben. „Die Mietfinanz, die von ihren Kunden immer sehr frühzeitig in die Investitionsüberlegungen einbezogen wird, hatte noch nie so viele Projekte auf dem Tisch wie heute, die von Woche zu Woche und von Monat zu Monat weiter aufgeschoben werden", sagte Koenig.

Der Investitionsstau von mindestens 40 Milliarden Mark werde sich erst dann lösen, wenn handfestere Anhaltspunkte für eine tatsächliche Verbesserung der Wirtschafts- und Finanzpolitik vorlägen. Die Investitionen der nächsten Monate würden sich im wesentlichen auf Ersatzbedarf und Rationalisierung beschränken.

Diese Einschätzung des Investitionsklimas sei auch deshalb realistisch, weil die Ertrags- und Eigenkapitalverhältnisse der deutschen Industrie dringend verbesserungsbedürftig seien.

Auch wegen der sich ankündigenden Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern (nicht zuletzt um eine weitere Arbeitszeitverkürzung) beurteilten viele Unternehmen ihre Ertragskraft für die unmittelbare Zukunft skeptisch. Ferner lasse die Konjunktur im Export immer noch zu wünschen übrig.

Im Durchschnitt der befragten 13 Branchen wird jetzt nur noch für 1983 mit einem realen Wachstum von 0,5 Prozent gerechnet gegenüber 0,4 Prozent im Juli und 0,6 Prozent im April 1983. *Ohne die EDV (plus 15 Prozent)* ergibt sich für die übrigen 12 Branchen eine Umsatzschrumpfung um real 0,7 Prozent.

Nur zwei der 13 Industriezweige erwarten schon für das laufende Jahr eine kräftige, beziehungsweise spürbare Steigerung ihrer Erträge, nämlich die chemische Industrie und die Autoindustrie. Zwei andere große Branchen, der Steinkohlenbergbau und der Maschinenbau, befürchten sogar eine erneute Verschlechterung ihrer Ertragslage. (-nn)

DIE BRANCHE / Mit zweistelligen Zuwachsraten ist es vorbei – Leasing-Volumen hat rund 12 Milliarden Mark erreicht

Hersteller vermieten weniger

Von allen Instituten wird es belegt und von der Wirtschaft schmerzlich empfunden: Das letzte Jahr war eines der schwierigsten der Nachkriegszeit. *So blieb es nicht aus, daß* auch die erfolggewohnte Leasing-Branche zum erstenmal seit 20 Jahren *auf ihre fast selbstverständlich* gewordenen zweisteiligen Zuwachsraten verzichten mußte. Sie kam „nur" noch mit 6,8 Prozent voran, was einem Leasing-Volumen von rund 12 Milliarden Mark entspricht.

Zweistellige Zuwachsraten hatten bisher auch die Hersteller von mobilen Wirtschaftsgütern bei der Vermietung ihrer Aggregate. Doch auch damit ist es vorbei. Hier hat sich die Entwicklung sogar umgekehrt. Statt Wachstumsraten mußten sie gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 4,5 Prozent hinnehmen. Damit eilen Leasing und Hersteller-Vermietung auseinander – zugunsten des Leasings.

Rechnet man die Hersteller-Vermietung und das Leasinggeschäft zusammen, dann ergibt sich, daß der addierte Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen von 6,8 auf 7,1 Prozent zugenommen hat. Effektiv entspricht dieser Anteil einem Mietvolumenbestand von fast 70 Milliarden Mark.

Der Rückfall in die einstelligen Zuwachsraten ist aber kein Indiz für geringeres Interesse an der Finanzierungsart Leasing. Der Verfall der Erträge im letzten Jahr in der Wirtschaft hat die Leasing-Gesellschaften vorsichtiger gemacht. Ihre Bonitätsprüfungen wurden schärfer als je zuvor – mit dem Ergebnis, daß weitaus mehr Leasing-Gesuche als in irgendeinem Jahr zuvor abgelehnt wurden.

Die Vorsicht der Leasing-Geber ist aber auch weiter geschärft worden von dem weiteren Verfall der Eigenkapitalquoten der deutschen Wirtschaft, die in der Industrie bei 20 Prozent angekommen ist. Der Bundesverband Deutscher Leasinggesellschaften hat ermittelt, daß inzwischen rund 30 Prozent der gestellten Leasing-Anträge abgelehnt werden. Im Durchschnitt der letzten Jahre waren es nur 20 Prozent.

Konnte das Leasing-Gewerbe vor zehn Jahren noch damit werben, daß seine Dienstleistung den Druck des *geringen Eigenkapitalanteils von nur* 30 Prozent der Bilanzsumme mildere, so ist diese Selbstfinanzierungsquote *inzwischen so weit gefallen, daß die* Leaser aus Sicherheitsgründen auf manches Geschäft verzichten müssen.

Damit gerät die Leasing-Branche automatisch in den Zwang, ihre Akquisition erheblich zu verstärken, um solche Kunden zu gewinnen, die noch kein Leasing in ihrer Mischfinanzierung haben, oder die immer noch über eine ausreichende Eigenkapitalbasis verfügen. Damit erhöht sich der Kostensockel bei den Leasinggesellschaften, deren Erträge ohnehin schon angesichts der heftigen Konkurrenz in der Branche gedrückt liegen.

Gründlicher Strukturwandel

Auch die Struktur des Leasing-Geschäftes hat sich grundlegend gewandelt. Während bisher das Mobilien-*Leasing Jahr für Jahr Wachstum* meldete, stagnierte die Nachfrage nach mobilen Wirtschaftsgütern. Das *Wachstum* wurde demnach ausschließlich von der Vermietung von Immobilien getragen, das inzwischen auch das Volumen der verleasten mobilen Güter übertroffen hat. Innerhalb des Immobilienleasings dominiert wieder das „Sale-and-lease-back", des Verkaufs von Immobilien an die Leasing-Gesellschaft und der Rückmietung des Objektes durch den Verkäufer. Es ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Unternehmen neben einer dünnen Kapitaldecke auch Liquiditätsprobleme haben.

Nach Mitteilung des Verbandes Deutscher Leasinggesellschaften hat sich die Zahl der Leasing-Gesellschaften inzwischen auf fast 600 erhöht. *Die Gefahr, daß Umsatz* um jeden Preis zur Maxime des Geschäftes wird, wächst damit automatisch – womit auch der *bisher gute Ruf des* Leasings auf dem Spiel steht. Die Etablierten der Branche sind sicher, daß die Wettbewerbssituation über kurz oder lang zu einer Ausdünnung der Zahl der Firmen führt, da für die kleineren unter den Newcomern die Möglichkeiten der Refinanzierung immer geringer werden.

Begrüßt wird in der Branche, daß Leasing jetzt auch Zutritt zum Bereich der Investitionszulagen bekommen hat – etwa im Zonenrandgebiet. Beklagt wird nach wie vor, daß dem Leasing der Zutritt zum Güterfernverkehr verwehrt bleibt. Das Güterkraftverkehrsgesetz von 1952 schreibt vor, daß Kraftfahrzeuge mit mehr als vier Tonnen Nutzlast dem Unternehmer gehören oder aber von ihm auf Abzahlung gekauft werden – Eigentum ist Pflicht, die Miete untersagt.

Doch hier soll das letzte Wort noch nicht gesprochen worden sein. Der Bundesverband Deutscher Leasinggesellschaften bemüht sich beim Gesetzgeber weiterhin um Abbau dieser *Diskriminierung eines Finanzierungsinstrumentes*. Der Verband unterstützt – neben anderen Anregungen des Frühjahrsgutachtens der Wirtschaftsinstitute – insbesondere die Forderung nach einer durchgreifenden Durchforstung des Subventionsdschungels zugunsten besserer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft insgesamt.

Wie groß die Wachstumschancen des Leasings in der Bundesrepublik noch sind, zeigt ein Blick über die Grenzen: Während – wie berichtet – die deutsche Leasing-Wirtschaft an den Gesamtinvestitionen nur einen Anteil von 7,1 Prozent hält, liegen Frankreich und Italien bereits bei 10 Prozent. England hat inzwischen gut 12 Prozent erreicht, und die USA überschritten die 20-Prozent-Marke. *Hier muß allerdings* angemerkt werden, daß die USA zehn Jahre früher als Westeuropa das Leasing als *Finanzierungsinstrument einführten.*

Gemessen an der allgemeinen Stagnation – Wachstumserwartung des *Bruttosozialprodukts 1983 knapp ein* Prozent – sind die Wachstumsraten des Leasings nun doch noch beachtlich. Die wesentlichsten Gründe, warum die Wirtschaft zum Leasing greift, sind die Schonung des ohnehin raren Eigenkapitals und die Chance, immer mit dem technisch neuesten Produktionsmittel dem Eigentümer mit seinen oft langen Abschreibungszeiten um eine Nasenlänge voraus zu sein.

Immer mehr Dienstleistung

Mehr und mehr in den Hintergrund tritt das Leasing in seiner Urform, die einfache Vermietung eines Produktionsmittels, Dienstleistungsgeräts oder einer Immobilie. Mehr und mehr gehen die *Leasing-Unternehmen* dazu über, Pakete anzubieten, also neben dem „Objekt" auch Dienstleistung anzubieten – wie etwa beim Auto-Leasing der Service rund um die geleaste Flotte, bis hin zu Wageneinsatzplänen. Das „intelligent" Leasing ist auch das beste Mittel, den Markt zu bereinigen, da nur die gestandenen Gesellschaften mit entsprechendem Kapitalrückhalt in der Lage sind, ein aufwendiges Paket-Leasing anzubieten und sauber auszuführen.

Das Ifo-Institut sagt für 1983 voraus, daß Leaser und Hersteller-Vermieter weiter wachsen werden. Das Institut stützt seine Prognose auf die Tatsache, daß die „Marktdurchdringungsphase" des Leasings in der Bundesrepublik noch nicht abgeschlossen sei. Ein weiterer, aber wohl kleinerer Schub könnte von der Investitionszulage kommen, auf die die Unternehmer aber nur schwach reagiert hätten.

HANS BAUMANN

Die Bombe in der Bilanz

Bm. – Der Leasing-Markt ist hart umkämpft. Über 600 Firmen ringen um Kunden und Geschäfte. Da bleibt es nicht aus, daß der eine oder andere Verleaser den Ritt über den Bodensee wagt – und in der Hoffnung auf den großen Wurf Geschäfte abschließt, die nicht nur für ihn ein Spiel mit dem Risiko sind, sondern auch für den Leasing-Nehmer. Denn was passiert, wenn ein Leasing-Unternehmen in die Pleite schlittert? Es ist doch nicht auszuschließen, daß der Konkursverwalter sein Kündigungsrecht wahrnimmt und eine Maschine beim Leasing-Nehmer abholt, um sie im Interesse der Gläubiger der gescheiterten Leasing-Gesellschaft bestmöglichst zu verwerten. Der Leasing-Nehmer steht denn plötzlich ohne Produktionsmittel da.

So schauen sich heute die Leasing-Nehmer ihre Leasing-Geber sicherlich ebenso kritisch an, wie zu allen Zeiten die seriösen Leasing-Geber ihre Kunden. Denn es hat sich herumgesprochen, daß in mancher Bilanz von Leasing-Gesellschaften Zeitbomben ticken – Zeitbomben verschiedenster Art. Einige Gesellschaften kalkulieren vorsichtig erst nach der Hälfte der Mietzeit Gewinne ein, um gegen Risiken in der zweiten Hälfte sicherer zu sein. Wer will schon wissen, was in zehn Jahren ist?

Andere ziehen die *kalkulierten* Gewinne bilanziell nach vorn, in der Hoffnung, daß während der *Laufzeit des Leasing-Vertrages* weder die Zinsen steigen, die Maschine technologisch weit überholt ist und ihre Verwertung nach Ablauf der Mietfrist fast ausgeschlossen ist. Durch den vorgezogenen Gewinn können leicht gegen Ende der Mietzeit ungedeckte Kosten entstehen, zumindest in Höhe der jährlich steigenden Löhne und Gehälter. Die Folge: Wer so bilanziert, ist gezwungen, auf Gedeih und Verderb zu aquirieren, um aus den Gewinnen der Neugeschäfte stets die Kosten aus den alten Verträgen abzudecken. Die Zeitbombe tickt, obwohl er nichts Rechtswidriges tut, nur ein wenig spekulativ bilanziert.

Der Grad des Risikos wächst, wenn in die Mietverträge auch noch hohe Restwerte einkalkuliert werden, die zum Vorteil im Wettbewerb die Leasing-Raten während der Laufzeit der Verträge drücken. So häufen sich in den Bilanzen Restwertverpflichtungen, die in einigen Fällen durchaus das Eigenkapital einer Leasing-Gesellschaft übersteigen.

Doch wer garantiert, daß die kalkulierten Restwerte am Schluß der Laufzeit des Leasing-Vertrages auch realisiert werden können? Die seriösen Gesellschaften kalkulieren im extremsten Falle den Schrottwert, weil der in der Regel hereinzuholen ist. Fazit: Augen auf beim Leasen. Der kleine Vorteil bei der Leasing-Rate kann zum großen Nachteil für Leaser und Leasing-Geber werden. Vor Zeitbomben wird gewarnt.

In erster Linie ist Leasing eine umfassende Finanzierungs-Dienstleistung

Leasing ist in erster Linie eine umfassende Finanzierungsdienstleistung. Mit seiner Hilfe lassen sich Investitionen hundertprozentig finanzieren. Man braucht kein teures Eigenkapital einzusetzen. Bei chronisch niedriger Eigenkapitalquote der deutschen Unternehmen – derzeit etwa 22 Prozent – wird jeder Unternehmer diesen Vorteil des Leasing schätzen: Liquidität wird geschont, knappe Eigenmittel können dort eingesetzt werden, wo sie dringender benötigt werden, oder für Vorhaben, für die nicht ohne weiteres ein Bankkredit erhältlich ist. Die knappe eigene Liquidität kann nun zur Finanzierung des Umlaufvermögens, der Vorratshaltung oder zur Ausnutzung von Skonti eingesetzt werden.

Kauft man dagegen ein Objekt, so wird man in der Regel immer Eigenkapital einsetzen müssen. Ob dieser Anteil zehn oder 30 Prozent beträgt, ist unerheblich. Nur in den seltensten Fällen wird eine hundertprozentige Fremdfinanzierung möglich sein. Mit der Unterschrift unter den Leasingvertrag ist auch die Finanzierung in einem Zuge sichergestellt.

Über Leasing erhält man aber nicht nur eine verwaltungstechnisch einfache Lösung seines Finanzierungsbedarfs; mit Leasing ist das Investitionsvorhaben auch schon durchfinanziert und zwar kongruent zur Laufzeit des Vertrages. Dabei brauchten keine Vereinbarungen über verschiedene Darlehen mit einer Bank geschlossen zu werden. Es erübrigte sich auch, möglicherweise mit verschiedenen Kreditgebern Verhandlungen zu führen. Mit der Leasinggesellschaft erhält der Leasingnehmer einen weiteren unabhängigen Partner für seine Finanzierung.

Leasing bietet aber noch mehr. So läßt sich der Leasingvertrag mit einem Bauservice-Paket kombinieren. Das bietet die Gewähr, daß ein Bauvorhaben zu den budgetierten Kosten und den vorgegebenen Terminen schlüsselfertig erstellt wird. Die Unternehmen, die keine eigene Bauabteilung haben oder nicht über ausreichende Erfahrung im Bauen verfügen, greifen im Rahmen eines Immobilien-Leasingvertrages gern auf diesen zusätzlichen Bauservice zurück.

Hierbei werden in enger Abstimmung mit dem Mieter im wesentlichen folgende Leistungen erbracht: Durchführung und Überwachung aller planerischen Aufgaben, Vergabe der Bauleistungen, wirtschaftliche und fachtechnische Überwachung der Bauausführung, Ermittlung und Beseitigung aller Gewährleistungsmängel, Durchführung aller behördlichen Genehmigungen und Abnahmen, kaufmännische und juristische Gestaltung aller erforderlichen Verträge sowie die Verwaltung des Objektes.

Welche Leistungen?

Je nach betrieblicher Situation können aber auch noch andere Leasingvorteile unterschiedlich starkes Gewicht erlangen. Zunächst: Weil Leasing juristisch eine Miete ist, ist die Leasingrate wie auch die normale Miete Betriebsausgabe und mindert damit die Gewerbe- und Körperschaftsteuerbelastung. Aus demselben Grunde wird das Leasingobjekt nicht beim Mieter bilanziert: Juristischer und im steuerlichen Sinne wirtschaftlicher Eigentümer ist die Leasinggesellschaft. Investition und Finanzierung bleiben außerhalb der Bilanz.

Anders als bei konventioneller Finanzierung ermöglicht die vertragliche Flexibilität des Leasingvertrages, auch auf besondere betriebliche Situationen einzugehen. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Objekt- beziehungsweise Besitzgesellschaft sind dazu der Ansatzpunkt.

Eine Besonderheit, die nur Leasing bietet und bei konventioneller Finanzierung nicht möglich ist, ist das „sale-lease-back". Hier verkauft der Leasingnehmer ein Gebäude (das mindestens sechs Jahre in seiner Bilanz stehen sollte, um die steuerfreie Wiederanlage im Rahmen des § 6 b EStG zu erhalten) zum Verkaufswert an die Leasinggesellschaft und mietet es gleichzeitig zurück. Damit erhält er zusätzliche Liquidität, und das „tote" Kapital, das bisher in seinen Anlagen „schlummerte", wird damit freigesetzt, und zwar in Höhe der Differenz zwischen Buchwert und Verkehrswert.

Überall dort, wo Kapital langfristig gebunden ist, wie zum Beispiel in Vorräten (Kohle- und Erzlager) oder in Beteiligungen, bietet sich das Konzept des „sale-lease-back" geradezu an. Keine Frage, daß sich auch ein Beteiligungserwerb still und elegant über Leasing finanzieren und abwickeln läßt. Dieser Vorgang, bei dem die Leasinggesellschaft von einem Dritten etwas erwirbt und dann an den Leasingnehmer weitervermietet, heißt „buy and lease".

Anders als bei der normalen Miete ist die Leasingrate eine fest vereinbarte Größe, die nicht von Jahr zu Jahr nach Maßgabe irgendeines Indexes wie bei der normalen Miete steigt. Leasing bietet damit eine klar kalkulierbare Kostenbasis und Kostentransparenz. Um von fallenden Zinsen zu profitieren, kann man vier- oder fünfjährige Zinskonversionen vereinbaren. Während der Bauzeit sind kürzere, etwa halbjährliche Festsetzungen nach Maßgabe des jeweiligen Finanzierungszinssatzes möglich. Man kann also mit Leasing auch auf fallende Zinsen spekulieren und ist nicht für die gesamte Laufzeit des Vertrages an einen Zins gebunden.

Ein Punkt, der immer wieder Verwirrung stiftet, sind die Kosten des Leasingvertrages. Die meisten Kostenvergleiche sind Verallgemeinerungen, die je nach Standort einmal für und einmal gegen Leasing sprechen. Grundsätzlich läßt sich die Vorteilhaftigkeit von Leasing nicht in einem rein quantitativen Vergleich erfassen. Denn totes, in Gebäuden gebundenes Kapital läßt sich nur über Leasing in Liquidität umwandeln.

Welche Kosten?

Nur eine Leasinggesellschaft bietet die Finanzierung und einen kompletten Bauservice in einem Paket an. Aber selbst wenn man in einer Vergleichsrechnung nur die jeweiligen Nettokosten mit einer hundertprozentigen konventionellen Finanzierung vergleicht, ist Leasing – je nach Länge des Mietvertrages – immer noch kostengünstiger.

Wie vorteilhaft ein Leasingvertrag ist, ergibt sich auch aus den Vereinbarungen bei Vertragsende. Jeder Leasingvertrag ermöglicht es, nach Ablauf der Grundmietzeit Eigentümer zu werden. Der Leasingnehmer kann das Mietobjekt dann in der Regel zu einem Preis, der dem jeweiligen Restbuchwert entspricht, erwerben. Mit dem Ablauf des ersten Mietvertrages kann er aber auch einen neuen Mietvertrag auf der Basis des dann gegebenen Restbuchwertes schließen. Dabei wird ihm der Gewinn aus der Verwertung des alten Objektes zu 75 Prozent angerechnet.

PETER KRAEMER

DAS UNTERNEHMENSPORTRÄT / FL Finanzleasing GmbH

Aus dem „Loch" wieder aufwärts

Es war ein steuerpolitisches Loch, aus dem man sich in den ersten Monaten 1983 erst einmal wieder herausarbeiten mußte. Ende vorigen Jahres lief die Bestellfrist ab für zulagebegünstigte Investitionen im Rahmen des § 4 b des Investitionszulagengesetzes. Logisch, daß die Firmen vor Ablauf dieser Frist Bestellungen vornehmen, die eigentlich für Frühjahr 1983 geplant waren. Das machte sich besonders bei Großinvestitionen negativ bemerkbar. Dennoch gelang es der FL Finanz-Leasing GmbH, Wiesbaden, im neuen Jahr ihr ertragsorientiertes Wachstum fortzusetzen.

Ein großes Datum setzte das Unternehmen im Mai dieses Jahres: Die Finanz-Leasing-Gruppe FL Finanzleasing GmbH, die FL Mobilien-Leasing GmbH und die FL Immobilien-Leasing GmbH hat ihrem addierten Mietvolumen seit Gründung die Milliarden-Grenze überschritten.

Wachstum trotz Flaute also? Die Geschäftsführung aus Armin Schaefer, Rasto Klopcic und Peter-Dirk Lausberg (stellv.) begründen das so: Die Breite des Angebotes und vor allem die gezielte Ansprache von Unternehmen aller Branchen, die intensive Akquisition also, machten die natürlichen Ausfälle in jenen Branchen wett, die von der Konjunktur besonders hart betroffen sind. Diese Ausfälle konnte also durch Aufträge aus Wachstumsbranchen mehr als kompensiert werden. Zu Hilfe kam der FL-Gruppe zudem die Umstrukturierung des Unternehmens zu Profitcentern mit kleineren Einheiten.

Es wird in Wiesbaden aber auch nicht verhehlt, daß die Zeiten zum Teil hoher zweistelliger Zuwachsraten angesichts der nach wie vor lahmenden Konjunktur vorüber sind. Bedauert wird, daß angesichts dieser Situation immer mehr Leasing-Geber – „und nicht nur Newcomer" – die Flucht nach vorn antraten, natürlich zu Lasten des Ertrages.

Für die FL-Gruppe bedeutet diese Marktlage, daß das Jahr 1983 nach jahrenlangem, ungewöhnlichem Wachstum nun im Zeichen der Konsolidierung stehen wird. Schon der Abschluß für das Geschäftsjahr 1982 deutet den Weg an:

Der Jahresgewinn von rund 650 000 Mark wird für 12 Prozent Dividende (240 000 Mark) verwendet, und der Rest von über 400 000 in die Rücklagen eingestellt, die jetzt 1,32 Millionen Mark betragen, gegenüber 1,80 Millionen Mark im Vorjahr. Die Diskrepanz ist leicht zu erklären: Das Stammkapital wurde aus Gesellschaftsmitteln (also aus den Rücklagen) von 1,02 auf 2,00 Millionen Mark aufgestockt.

Und dies ist der Weg der Divisionierung der FL seit 1980: Gründung der MGH Maschinen- und Gerätehandelsgesellschaft mbH, Mainz. Ziel: Die Probleme der gesamten Branche bei der Verwertung der verleasten Mobilien nach Ablauf der Verträge bei der FL zu minimieren oder gar zu lösen. Es folgte 1981 die Gründung der MBL Baumaschinen-Leasing GmbH, Wiesbaden, an der FL zu 51 Prozent beteiligt ist. Damit wurde das schwierige Baumaschinen-Geschäft ausgegliedert.

Mitte 1982 schließlich wurde auch das Immobilien-Geschäft mit der Gründung der FL Immobilien-Leasing GmbH, Wiesbaden, verselbständigt. Nun blieb konsequenterweise nur noch die Ausgründung des Mobilien-Geschäftes. Dieser Leasing-Zweig wurde mit den Neugeschäften auf die MGH übertragen, die Abwicklung der Altgeschäfte besorgt die FL Finanzleasing GmbH, die seitdem für die Gruppe als Holding fungiert.

Im Januar dieses Jahres schließlich wurde die MGH in FL Mobilien-Leasing GmbH umbenannt und deren Sitz von Mainz nach Wiesbaden verlegt. Vorsorglich wurde auch eine LSL Leasing-Gesellschaft in Wiesbaden gegründet, die sich des Sparkassen-Leasing annimmt.

Diese Neustrukturierung, davon ist die Geschäftsführung überzeugt, führte dazu, daß trotz der Schwäche der Volkswirtschaft bei der FL-Gruppe das Neugeschäft 1982 von 184,8 auf 225,8 Millionen Mark stieg, also um 22,2 Prozent (FL-Leasing und Mobilien-Leasing konsolidiert). Die Gesellschaft hebt hervor, daß dieser Erfolg erzielt wurde, obwohl sie weder in der Konformität ihrer Vertragsbedingungen noch in ihrer Bonitätspolitik Zugeständnisse machte. Das allerdings habe zu steigenden Akquisitions- und Beratungskosten geführt.

Trotz der Schwäche in weiten Teilen der Volkswirtschaft konnte die FL-Gruppe die Annahmequote von 75 Prozent der FL angetragenen Geschäfte aufrechterhalten. Nach wir vor lehnt FL Abschlüsse mit nicht garantierten, also spekulativen, Restwerten ab. (Bm.)

Meinungen und Informationen von einer Arbeitstagung der Leaseurope in Sevilla von John H. Giddens, United States Leasing Internationale Inc., USA, Thomas Benes Felsberg, Rezende, D'Avila, Woelz und Yoshihiko Miyauchi, Präsident der Orient Leasing C. Ltd., Japan

Südostasien: Mit der Prosperität kam auch Leasing ins Geschäft

Mitte der siebziger Jahre hatte die Leasing-Branche gerade erst in einer Handvoll Staaten in Südostasien und im Fernen Osten Fuß gefaßt. Die Industrielandschaft war – mit Ausnahme Japans – noch unterentwickelt und der Leasing-Gedanke noch nicht weit verbreitet.

Da jedoch im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung die Nachfrage nach langfristigen Geldern stieg und in vielen asiatischen Ländern die Banken nicht in der Lage waren, die benötigten langfristigen Mittel zur Verfügung zu stellen, bot sich das Leasing als willkommene Finanzierungs-Alternative an.

Heute, noch nicht zehn Jahre später, kann man sagen, daß sich das Leasing noch stärker als erwartet entwickelt hat. Leasing hat in hohem Maße die wirtschaftliche Entwicklung mit vorangetrieben.

1982 wurde die „Asian Leasing Association" gegründet. Zur Zeit gehören zu ihr 12 Mitgliedstaaten, 41 Mitgliedgesellschaften und fünf Organisationen. Die Vereinigung hofft, in naher Zukunft stärker mit solchen Gruppierungen in anderen Regionen, wie etwa der Leaseurope, zusammenzuarbeiten.

Im Gegensatz zu den Firmen in Europa fällt es den asiatischen Leasing-Unternehmen schwer, sich zu multinationalen Organisationen zusammenzuschließen.

In Europa ist die Entwicklung von Organisationen wie der Leaseurope aufgrund einer einheitlichen wirtschaftlichen Basis und vergleichbarer Marktbedingungen schneller vorangeschritten. Eine Gemeinsamkeit asiatischer Länder besteht in den letzten Jahren in den relativ hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten und in dem Willen, in wirtschaftliche Entwicklung zu investieren. Heute stellt Asien für Leasing ein interessantes Betätigungsfeld dar.

Steil aufwärts in Japan

Die Entwicklung des Leasings in Japan begann vor etwa 20 Jahren. Da es den Anforderungen der Wirtschaft gerecht wurde, erlebte das Leasen ein unvorhergesehenes Wachstum. Heute steht es im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Interesses in Japan.

Im Fiskaljahr 1982, das am 31. März 1983 endete, erreichte das Volumen neu abgeschlossener Leasing-Verträge die Höhe von 2,4 Billionen Yen, das sind 10 Milliarden Dollar. Innerhalb eines Jahres entspricht diese Entwicklung einer Steigerung um 24 Prozent. Im Laufe der letzten fünf Jahre stieg dieser Wert auf das 2,8fache oder um jährlich 23 Prozent. Die Höhe des Warenwertes neu abgeschlossener Verträge erreichte 1,9 Billionen Yen oder 7,9 Milliarden Dollar im Fiskaljahr 1982.

Diese Summe entspricht einem Anteil des privaten Investitionskapitals von 4,8 Prozent am gesamten Haushaltsbudget, eine kräftige Steigerung gegenüber 3,7 Prozent im Fiskaljahr 1981. Diese Steigerung kann fast ausschließlich dem Wachstum des Leasings zugeschrieben werden, da überall eine Kürzung von Investitionskapital vorgenommen wurde.

Es gibt verschiedene Charakteristika des japanischen Leasings. Das eine ist die Ware, die geleast wird. Im Fiskaljahr 1982 betrug der Anteil der Datenverarbeitungsanlagen und der Computer 46 Prozent aller neu geleasten Mobilien, und diese Zahl wächst weiter.

Charakteristisch für das Leasing-Geschäft mit Anlagen zur Rationalisierung des Büros ist die gemeinsame Akquisition von Herstellern und Händlern von Leasing-Nehmern, die dann an die Leasing-Gesellschaften vermittelt werden. Das aber erfordert eine intensive Schulung der Händler, die sonst kein Bein in den Leasing-Markt bekämen.

Leasing in Japan steht in einem intensiven Wettbewerb. Gegenwärtig gehören 192 Leasing-Firmen der „Japanese Leasing Association" (JLA) an; auch diese Zahl wächst.

Neben Finanzierungsinstituten versuchen Handelshäuser und große Hersteller, Verbraucherkreditgesellschaften und Firmen anderer Industriezweige in den Leasing-Markt vorzustoßen – und dies mit großem Erfolg. Die scharfe Konkurrenz und die Lockerung der Refinanzierung haben das Wachstum des Leasings positiv beeinflußt.

Gleichzeitig haben diese Faktoren aber auch die Renditen des Leasings unter Druck gesetzt. Im Fiskaljahr 1982 betrug die Gewinnspanne der 23 größten Leasing-Unternehmen der JLA magere 0,8 Prozent. Um damit noch leben zu können, versucht man, die Kapitalkosten zu drücken, das Geschäft zu diversifizieren und die Marketing-Operationen nicht auf Japan zu beschränken, sondern sie zu internationalisieren.

Doch es gibt noch andere Probleme. So gibt es zum Beispiel noch keine Gesetze, die die steuerliche Behandlung des Leasings einheitlich regeln. Das Leasing hat in dieser Hinsicht einen ziemlich weiten Handlungsspielraum, mit ein Grund dafür, daß immer neue Firmen in diesen Markt dringen.

Ein viel diskutiertes Thema ist die vorgesehene Einführung eines Systems, das Steuervorteile bei Investitionen vorsieht, die über Leasing finanziert werden. Besonders kleine und mittlere Firmen rufen nach solchen Steuerprivilegien, und die Regierung neigt dazu, diesem Wunsch nachzukommen.

Probleme haben die japanischen Leasing-Gesellschaften auch mit der Kapitalbeschaffung zur Finanzierung der von ihnen verleasten Güter. Bisher beschaffen sie diese Mittel fast ausschließlich von Finanzinstituten, vornehmlich von Banken. Eigenmittel sind rar, da die Ausgabe von Kapitalanteilen reglementiert ist. Daher sind die Leasing-Gesellschaften daran interessiert, auch Zugang zum Kapitalmarkt zu erhalten, also Eigenmittel aufzubauen, um die Finanzierungsbasis zu erweitern.

Neun Leaser in Südkorea

Seit dem Erlaß eines Leasing-Förderungsgesetzes im Jahr 1973 konnte in Südkorea das Leasing seinen Anteil am Finanzmarkt ständig ausweiten. Ende 1982 betrug das gesamte Leasing-Volumen auf Basis Anschaffungspreise rund 257 Millionen Dollar. Der Anteil des Leasings am gesamten Investitionskapital 1982 belief sich auf 1,2 Prozent. Seit 1979 betreiben auch Handelsbanken das Leasing-Geschäft. Den Wettbewerb bestreiten zur Zeit drei Leasing-Unternehmen und sechs Handelsbanken.

Konstantes Wachstum in Taiwan

Die ersten Leasing-Geschäfte in Taiwan wurden 1973 von Treuhand- und Investmentgesellschaften abgeschlossen. Obwohl der Markt für ausländische Investoren praktisch erschlossen ist, erfreut er sich einer regen Geschäftstätigkeit – und Konkurrenz – der inländischen Leasing-Unternehmen. Leasing verzeichnet ein konstantes Wachstum. Die Konkurrenz zwischen der großen Zahl inländischer Gesellschaften ist groß. Innerhalb der sechs Monate von Januar bis Juni 1982 erreichte die Summe der abgeschlossenen Verträge 166 Millionen Dollar.

Die Philippinen waren früh dabei

Nach Japan waren die Philippinen das zweite asiastische Land, das das Konzept der Finanzierung durch Leasing übernahm. Das war 1970, und bis heute haben die Firmen ein vergleichsweise weiterentwickeltes Leasing-System aufgebaut.

Charakteristisch für die Philippinen ist die Existenz eines Universalbank-Systems. Innerhalb dieses Systems können sich dessen einzelne Banken dem Leasing widmen oder in anderen Gelddienstleistungsgeschäften tätig werden. Das Resultat: Eine große Zahl von Firmen ist im Bereich des Leasings tätig. Typisch ist jedoch, daß nur 15 große Leasing- und Finanzierungsgesellschaften rund 90 Prozent des Marktes beherrschen.

In Hongkong Off-shore-Geschäfte

Hongkong als Handelszentrum bietet die gesamte Palette der Finanzierungsleistungen einschließlich Leasing. Fast alle Handelsbanken und Finanzierungsunternehmen besitzen eigene Leasing-Töchter oder -Filialen. Damit läßt sich die hohe Zahl von 200 Leasing-Gesellschaften erklären.

Als Mittel zur Finanzierung von Equipment aller Art steht das Leasing in ständigem Wettbewerb mit anderen Alternativen, wie Bankdarlehen oder Kreditkäufen. Neben dem inländischen Geschäft spielen die Off-shore-Geschäfte eine bedeutende Rolle. Hier werden zum Beispiel Schiffe und andere große Ausstattungsgüter geleast.

Die ungewisse Zukunft Hongkongs nach 1997 stellt natürlich für die Finanzierungsgesellschaften einen Unsicherheitsfaktor dar, der berücksichtigt werden muß.

Über 100 Firmen in Malaysia

Die Einführung des Leasings in Malaysia geht auf das Jahr 1973 zurück. Damals wurde die erste Leasing-Gesellschaft gegründet. Heute – nach nur zehn Jahren – hat die „Equipment Leasing Association of Malaysia" mehr als 100 Mitgliedsunternehmen, deren gesamtes Leasing-Volumen im Fiskaljahr 1982 rund 425 Millionen US-Dollar betrug. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 33 Prozent.

Der „Vierte Malaysia-Plan" ist jetzt in Kraft getreten. Es ist ein staatlicher Enteignungsplan für private Investitionen. Von ihm erhofft sich natürlich auch das Leasing weiteren Auftrieb.

Indonesien begann nur zögernd

Die Entwicklung des Leasing-Geschäftes in Indonesien seit 1972 kam nur zögernd voran, weil das Finanzministerium die erforderlichen Leasing-Lizenzen nur an wenige Firmen vergab. Nachdem jedoch vor kurzem die Vorschriften gelockert wurden, erhöhte sich die Zahl der Leasing-Gesellschaften.

Heute sind es rund 40 Gesellschaften, die dieses Geschäft bereits betreiben oder doch bald einsteigen wollen. Obwohl das wirtschaftliche Wachstum zurückging und die Rupiah schwach ist, blieb die Nachfrage nach Leasing-Finanzierung unverändert groß. Dazu trug sicherlich auch der Engpaß der Kapitalversorgung durch die Banken bei.

Singapur: Ein heiß umkämpfter Markt

In Singapur wurde die erste Leasing-Gesellschaft ebenfalls 1972 gegründet. Nationale und internationale Finanzunternehmen – zusammen mit großen japanischen Leasing-Gesellschaften – tummeln sich in diesem Markt. Die Nachfrage nach dieser Form der Finanzierung ist ständig gestiegen.

Singapur stellt nach Japan den am heftigsten umkämpften Leasing-Markt dar. Die Attraktivität dieses Marktes läßt sich mit der politischen und sozialen Stabilität ebenso begründen wie mit der Position Singapurs als Zentrum des asiatischen Dollar-Marktes.

Thailand startete spät

Das Leasing-Geschäft in Thailand hatte mit der Gründung einer Joint-venture-Leasing-Gesellschaft 1978 einen relativ späten Start. Selbst heute gibt es nur sechs Unternehmen in Thailand, die diese Methode der Finanzierung anbieten. Der größte Teil der Geschäfte erstreckt sich auf das Leasen von Industrieausrüstungen aller Art.

Allmählich kommen auch Datenverarbeitungsanlagen, Computer, Geschäftsausstattungen und Transportmittel ins Geschäft. Leasing von Importgütern ist durch Importbestimmungen und Steuervorschriften stark behindert. Eine Modifizierung dieser Vorschriften könnte dem Leasing weiteren Auftrieb geben.

Joint venture in Sri Lanka

Den Leasing-Markt in Sri Lanka beherrscht zur Zeit noch eine Joint-venture-Unternehmung, die 1981 gegründet wurde. Ihre Geschäfte beschränken sich hauptsächlich auf das Verleasen von Gütern, die zur Verbesserung der Infrastruktur beitragen sollen. Aufwind wird Leasing in Sri Lanka erst bekommen, wenn weitere Unternehmen auf diesem Markt tätig werden.

Fließt bald Kapital für Indien?

Leasing gibt es in Indien schon seit 1973. Von wirtschaftlicher Bedeutung ist es aber erst seit wenigen Jahren. Der überwiegende Teil der wenigen Leasing-Gesellschaften konzentriert sich auf den Süden des Landes in der Nähe von Bombay und Madras, da hier auch die Finanzinstitutionen zu Hause sind. Man hofft auf die Gründung weiterer Leasing-Gesellschaften und auf ausländisches Kapital für die Refinanzierung.

In China ebnet CITIC den Weg

Die Volksrepublik China begann sich 1978 politisch zu öffnen. Seitdem stiegen die Importe neuer Technologie und fortschrittlicher Maschinen. Dieser Aufstieg war begleitet von Investitionen aus dem Ausland. 1979 wurde ein neues Joint-venture-Gesetz erlassen, mit dem Ziel, diese Investitionen weiter zu fördern. Dieses Gesetz führte auch zur Gründung der Chinesischen Internationalen Treuhand- und Investment-Gesellschaft (CITIC), die ausländische Investitionen regelt.

Die erste Leasing-Gesellschaft, die in China gegründet wurde, war eine Joint-venture-Gesellschaft dieser CITIC, der Beijing Machinery and Electric Equipment Corp. und einer anderen ausländischen Leasing-Gesellschaft. Es folgte ein weiteres Leasing-Unternehmen, das jedoch zu 100 Prozent inländisch finanziert ist.

Noch fehlt ein fester gesetzlicher und finanzieller Rahmen für Leasing in China. Ist der erst aufgebaut, dann wird Leasing einen bedeutsamen Anteil an der Modernisierung Chinas haben.

LEASING:
Redaktion: Heinz-R. Scheika, Bonn
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
Übersetzung Südostasien, Lateinamerika und USA: Claus Baumann

Lateinamerika: Unter dem Zuckerhut gedeiht die Branche besonders gut

Es hinkt zwar hinter der westeuropäischen und vor allem hinter der Entwicklung in den USA her, dennoch: Leasing in Lateinamerika befindet sich im Aufschwung. In Brasilien gibt es bereits 57 Leasing-Firmen, und der Gegenwert der geleasten Güter wird mit 2,6 Milliarden Dollar angegeben.

In Venezuela nutzten Firmen das Leasing als Investitionsmittel in der Größenordnung von 450 Millionen Dollar. Auch in fast allen übrigen Ländern Südamerikas gibt es bereits Leasing-Firmen, deren Bedeutung ständig wächst.

Das größte Tempo allerdings legt Brasilien vor. Von Dezember 1978 bis Dezember 1982 stieg der Nettobetrag der über Leasing investierten Mittel von 620 Millionen Dollar auf die erwähnten 2,6 Milliarden Dollar.

Der größte Teil der Leasing-Aktivitäten (über 90 Prozent) betrifft das Finanz-Leasing, den längerfristigen Bereich also. Aber es gibt auch schon Operating-Leasing, also die kurzfristige Vermietung von Gütern (etwa Baumaschinen oder Antiquitäten zum Schmuck der Wohnung – Anm. der Red.).

Praktisch werden in Brasilien alle Güter verleast, mobile wie immobile. Die Leasing-Verträge haben in der Regel für mobile Güter Laufzeiten zwischen zwei und fünf Jahren.

Es gibt in Brasilien viele Arten von Leasing, aber die folgenden werden sich in Zukunft wohl durchsetzen:

1. Domestic Leasing: Es bedeutet, daß eine brasilianische Firma ein inländisches Produkt an eine andere brasilianische Firma verleast.

2. Domestic lease-back: Hierbei verkauft ein brasilianischer Hersteller oder Besitzer einer Ware diese an eine Finanzierungsgesellschaft, die ihrerseits das Objekt wieder an den Verkäufer verleast. Immer mehr Leasing-Gesellschaften versuchen, in diesem Geschäft Fuß zu fassen.

3. International Leasing: Eine ausländische Firma verleast ein ausländisches Produkt an ein brasilianisches Unternehmen.

4. Export Leasing: In Brasilien hergestellte Güter werden durch ein brasilianisches Unternehmen im Ausland verleast. Obwohl diese Variante bereits vom Gesetzgeber genehmigt wurde, bestehen noch keine festen Rechtsnormen. Für die Praxis bedeutet das, daß diese Art von Geschäften gegenwärtig kaum möglich ist.

5. Export sale and lease: In diesem Fall verkauft ein brasilianisches Unternehmen seine Ware an eine ausländische Tochtergesellschaft oder Filiale einer brasilianischen Leasing-Gesellschaft, die dann wiederum die Ware an eine Firma im Ausland verleast.

6. Export sale and lease back: Ein brasilianisches Produkt wird an ein ausländisches Unternehmen verkauft, und von ihm wieder an den Verkäufer in Brasilien verleast.

Eine neue Gesetzgebung in Brasilien soll für eine Expansion des Leasings sorgen:

- Leasing-Unternehmen sollen künftig auch mit Privatpersonen Geschäfte abschließen können.
- Brasilianischen Leasing-Gesellschaften soll die Möglichkeit gegeben werden, Lease-back-Geschäfte abzuwickeln, wie eben erläutert.
- Die Zahlungsziele sollen gestreckt werden. Bisher waren die Leasing-Raten halbjährlich fällig.

Die Belebung des Leasing-Geschäftes durch die neue Gesetzgebung soll es der brasilianischen Regierung ermöglichen, die Subvention der Zinssätze für die Landwirtschaft zu kürzen oder ganz abzuschaffen. Produktionsgüter oder auch Immobilien sollen in Brasilien mehr geleast werden. Unterstützt wird dieser Trend auch durch internationale Organisationen, wie etwa die Weltbank.

Zur Zeit ist es brasilianischen Leasing-Gesellschaften noch verboten, im Ausland hergestellte Güter zu erwerben und zu verleasen. Die neue Gesetzgebung aber ermöglicht ein Massenleasen von ausländischen Produkten. Diese sollen dann von brasilianischen Leasing-Gesellschaften auf einer Art Einzelhandelsbasis an inländische Firmen verleast werden.

In Brasilien müssen Leasing-Gesellschaften von der Zentralbank zugelassen sein. Ausländische Beteiligungen an solchen Gesellschaften sind auf 50 Prozent des Gesellschaftskapitals beschränkt.

Leasing-Gesellschaften müssen die Rechtsform einer Aktiengesellschaft haben. Ein Mindestkapital ist vorgeschrieben. Die Gesellschaften dürfen sich nur im Leasing-Bereich betätigen. Die Zentralbank hat strenge Richtlinien erlassen, die eine präzise Kontrolle der Gesellschaften ermöglichen. Zum Beispiel:

Die Schulden dürfen das Fünfzehnfache des Kapitals plus Reserven nicht überschreiten.

Mindestens 70 Prozent der Leasing-Verträge einer Firma müssen mit brasilianischen Unternehmen abgeschlossen werden.

Ein einzelner Leaser darf nicht mehr als zehn Prozent der Gesamtforderungen einer Leasing-Gesellschaft auf sich vereinen. Der durchschnittliche Anteil an den Gesamtforderungen sollte fünf Prozent nicht überschreiten.

Jede Leasing-Gesellschaft, die mehr als zehn Zweigunternehmen führt, ist verpflichtet, für jede Filiale zusätzliches Kapital auszuweisen. Bisher schon wurden Flugzeuge, Schiffe und Bohrinseln aus dem Ausland geleast. Nun können aber auch alle anderen Güter über Leasing im Ausland erworben werden. Diese Güter unterliegen den bestehenden Importbestimmungen.

Ergänzend wurden aber noch folgende Bestimmungen erlassen:

1. Import-Leasing ist nicht erlaubt, wenn ähnliche (vergleichbare) Güter im Inland produziert werden.
2. Die Vertragslaufzeit beträgt mindestens fünf Jahre.
3. Die Gesamtkosten des Leasing-Projektes dürfen nicht höher sein als die Kosten vergleichbarer Importfinanzierung.
4. Die Zahlung der Leasing-Raten muß gleichmäßig über die Laufzeit des Vertrages verteilt sein.

Auf alle internationalen Leasing-Zahlungen wird eine Vorsteuer in folgender Höhe erhoben:

- 2,5 Prozent auf Leasing-Geschäfte, die Pacht oder andere Zahlungen vorsehen, die 75 Prozent der Kosten der Ausstattung zuzüglich der Finanzaufwendungen nicht übersteigen.
- 5 Prozent in allen anderen Fällen. Flugzeuge, Schiffe und Bohrinseln sind in den meisten Fällen von dieser Steuer befreit.
- Auf Exportgeschäfte und Lease-back-Operationen geht die 2,5-Prozent-Rate mit einer Rückzahlung von 20 Prozent der vorher einbehaltenen Beträge einher.
- Zusätzlich wird eine Steuer in Höhe von 25 Prozent auf Wechsel und Kreditgeschäfte erhoben, die von denjenigen zu zahlen ist, die Pachtzahlungen an das Ausland leisten. Die Steuergrundlage sind 90 Prozent der Nettozahlungen nach Abzug der Vorsteuer. Diese Steuern machen das internationale Leasing-Geschäft nicht konkurrenzunfähig, da andere Alternativen zum Leasing ähnliche Abgaben erfordern.

■ Fortsetzung Seite IV





Industrie-Roboter mit menschlichen Fähigkeiten

Von H. J. SIEVERS

Neulich schrieb ein Wirtschaftmagazin, wie es sich zukünftig die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Lieferant vorstellt:

Der zeitraubende Gang zum Schneider kann Liebhabern von Maßkonfektionen in Zukunft erspart bleiben. Statt langwieriger Anproben wird es genügen, zu Hause vor einer Videokamera Haltung anzunehmen, Beinlänge, Brust- und Taillenumfang werden vom Computer der Textilfabrikanten registriert und gespeichert. Alles weitere regelt dann der Rechner, von der Bestellabwicklung über den Schnittmusterbogen und die Anfertigung bis hin zur Fakturierung des natürlich perfekt mit Laserstrahl auf Wünsche und Masse des Kunden zugeschnittenen Kleidungsstücks.

Das ist keine Vision im Sinne von Jules Verne, sondern tatsächlich greifbare Gegenwart.

Künftig soll es auch keine langen Rüstzeiten mehr geben. Die Produktion wird nicht dadurch stillstehen, daß man kleinere Serien auflegt, sondern Computer sollen die gekoppelten Fertigungselemente steuern, die sich dann selbst einstellen und rund im die Uhr arbeiten, obwohl einzelne Produkte variieren. Damit wird die Mischung zwischen Massen- und individueller Produktion ermöglicht.

Objektrisiken bei beweglichen Wirtschaftsgütern werden absolut zunehmen, wenn man bedenkt, daß Mobilieninvestitionen über Leasinggesellschaften in Deutschland erst einen Anteil von etwa 7 Prozent an den Gesamtinvestitionen haben. Das ist gering im internationalen Vergleich. In den USA beträgt der Anteil 20 Prozent.

Die Notwendigkeit moderner Produktionsanlagen steigt ständig, um überhaupt noch bei dem starken Wettbewerbsdruck bestehen zu können. Die Eroberung neuer Absatzmärkte hat zudem so viel Kapital beansprucht, daß für die betrieblichen Investitionen die finanziellen Möglichkeiten häufig eingeschränkt sind. Hier sollen Kriterien für Objektrisiken aufgezeigt und Methoden dargestellt werden, wie die negativen wirtschaftlichen Folgen aus diesen Risiken gemindert werden können.

Es entspricht der Eigenart des beweglichen Wirtschaftsgutes, daß sein Wert in der Regel nicht durch das Alter steigt. Ausnahmen mag es hier und da geben, wie vielleicht für Heidelberger Druckmaschinen oder attraktive Oldtimer, aber darauf kann unser Geschäft nicht aufgebaut werden.

Anders war das in der Vergangenheit auch für Immobilien, die in besten Lagen jährlich an Wert zunahmen, weshalb Verwertungsrisiken hier eine ganz andere Bedeutung erfahren haben. Beschränken wir uns auf die Objektrisiken bei beweglichen Wirtschaftsgütern. Durch den Wertverfall über die Zeit ergeben sich die Probleme, es wächst aber auch die Notwendigkeit, ein Instrument zu entwickeln, mit diesen Risiken fertig zu werden.

Sinkende Kosten und lange Lebensdauer

In der Computerindustrie lebten und leben wir noch heute mit einer Entwicklungsdynamik, die wohl besonders deutlich macht, was sich in den vergangenen Jahren kurzfristig technologisch verändert hat.

Ein IBM-Computer des Typs 650 kostete 1955 200 000 US-Dollar. Er hatte eine Additionszeit von 750 µ-Sekunden, eine Speicherkapazität von 3000 Bit bei einem Gewicht von 2500 kg und arbeitete mit über 2000 Röhren. Sein Stromverbrauch betrug 18 kWh. Eine vergleichbare Anlage von Texas Instruments des Typs 59 kostete 1980, also 25 Jahre danach, nur noch 200 US-Dollar, seine Additionszeit beträgt 7 µ-Sekunden, die Speicherkapazität ist auf 64 000 Bit gestiegen, wobei sein Gewicht daneben nur 200 Gramm beträgt. Die Bauelemente sind keine Röhren mehr, sondern 166 000 Chips. Der Strombedarf ist auf 0,1 Watt gesunken.

Die Verwendung neuer Bauteile führte zunehmend zu einer extremen Miniaturisierung, einer starken Leistungserhöhung bei fast unbegrenzter Lebensdauer und Zuverlässigkeit bei enorm sinkenden Kosten der Schaltelemente und damit des Computers an sich.

Wenn die Entwicklung dieser integrierten Systeme vielleicht auch erst in den Kinderschuhen steckt, so wissen wir aus den vergangenen Jahren, wie schnell daraus Allgemeingut werden kann.

Es wird bereits an einem Programm gearbeitet – Auftraggeber ist die amerikanische Luftwaffe – welches künftig die totale Verknüpfung gewährleisten soll. Das ICAM-Programm (Integrated Computer Aided Manufacturing), welches übrigens 100 Mill. Dollar kosten soll, wurde 1977 begonnen. Es geht darum, die Anwendung kompatibler und genormter Technologien in der rechnerintegrierten Fertigung auf ein Minimum zu verkürzen.

Nach Eugene Merchant, Leiter der Fertigungsforschung bei Cincinnati Milacron Inc. in Ohio wird der Zeitplan der Umstellung, abgeleitet aus einer Umfrage, wie folgt verlaufen:

- Um 1985 werden zunehmend Montagearbeiten in andere Fertigungsabläufe integriert, die rechnergestützt sind.
- Schon ab 1987 werden 15 Prozent der Werkzeugmaschinen nicht mehr als Einzelmaschinen eingesetzt, sondern als Teil eines flexiblen Fertigungssystems.
- Um 1990 werden durch den Einsatz moderner Sensortechnik Industrieroboter bei der Montage annähernd menschliche Fähigkeiten erreichen.

Die Computertechnik wird die Betriebe revolutionieren. Aber die Leasinggesellschaften müssen sich fragen, welcher Betrieb überleben wird. Die Objektrisiken aus nichtgezahlten Mieten dürften sich dann häufen. Risiken durch neue Technik lassen sich durch die Entwicklung der Computertechnologie am einfachsten verdeutlichen.

Die Konjunkturzyklen betrugen früher etwa sieben Jahre. Sie sind heute auf drei Jahre zusammengeschrumpft. Hinzu kommt, daß durch die hohe Verschuldung einzelner Länder und die Ölpreisentwicklung erhebliche Strukturprobleme aufgetreten sind.

Insgesamt gibt es heute zu große Kapazitäten. Erweiterungsinvestitionen sind selten geworden. Der Einsatz von Spezialaggregaten nimmt ständig zu.

1982 sprach man in Deutschland vom Jahr der Pleiterekorde. Über 15 000 Betriebe sind ausgeschieden. Hiervon wurden über 11 700 Konkursverfahren mangels Masse abgelehnt. Sie kommen als Anbieter oder Käufer nicht mehr in Frage. Soweit es sich um Anbieter von Investitionsgütern handelt, sinken ihre Produkte dadurch enorm an Wert, weil die Versorgung mit Ersatzteilen nicht mehr sichergestellt ist. Die Verwertung der Produktionsanlagen erhöht kurzfristig das Angebot und hat damit Einfluß auf die Preise.

Starke Absatzschwankungen und die Zunahme der Spezialisierung, bedingt durch den Wettbewerbsdruck, sind entscheidende Kriterien dafür, daß die Verwertungsrisiken bei beweglichen Wirtschaftsgütern so stark gestiegen sind.

Risiken durch die Strukturanpassung der Wirtschaft lassen sich am besten durch die Entwicklung in der Werkzeugmaschinenindustrie verdeutlichen, und zwar sowohl für diese Branche selbst als auch für deren Auswirkung auf andere Industriezweige.

Mitte der siebziger Jahre waren in diesem Industriezweig in Deutschland noch 125 000 Mitarbeiter beschäftigt, heute sind es nur noch 95 000. In diesem Zeitraum sind auch 20 Prozent der im Werkzeugmaschinenbau tätigen Unternehmen aus dem Markt ausgeschieden.

Deutschland und Japan im Vergleich

In Deutschland gibt es nur 17 Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten. Das sind nur 3,8 Prozent aller Werkzeugbaumaschinenunternehmungen. Demgegenüber hat es in Japan einen starken Konzentrationsprozeß gerade in dieser Branche gegeben. Nur drei japanische Unternehmen (Mori Seiki, Yamazaki Machinery Works, Okuma Machinery Works) stellen über 50 Prozent der NC-Drehmaschinen Japans her. 1982 wurden in Japan davon 26 000 produziert. Demgegenüber waren es in der Bundesrepublik nur 6200. Die Japaner sind führend geworden in der Anwendung computergesteuerter Werkzeugmaschinen.

In der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie wird die Mikroelektroniklücke mittlerweise offen zugegeben. Noch beträgt der Anteil japanischer Werkzeugmaschinen in der Bundesrepublik nur drei Prozent, und er ist sogar anteilsmäßig um 0,9 Prozent zurückgegangen.

Die weltweite Rezession hat auch für die japanische Werkzeugmaschinenindustrie deutliche Einbußen gebracht. Die derzeitigen japanischen Überkapazitäten führten zu einem Preiskrieg auf Märkten außerhalb Japans, die bisher den deutschen Anbietern sicher waren.

Preisverfall durch Überkapazitäten erhöht das Risiko des Investors. Nicht selten werden heute schon Rabatte bis zu 50 Prozent gewährt, die als Mengen- oder Finanzierungsrabatte gewährleistet werden. Es wird sich zeigen, wie viele Betriebe vom Markt verschwinden werden, und das bleibt nicht ohne Einfluß auf die Preise der zu verwertenden Maschinen.

Nicht zu unterschätzen sind Probleme, die dadurch entstehen können, daß bewegliche Wirtschaftsgüter in ein Drittland überführt und dort eingesetzt werden, oder daß mit einem Drittland Leasingengagements für bewegliche Wirtschaftsgüter, z. B. Flugzeuge, direkt abgeschlossen werden.

Wenn es beispielsweise für die Ein- und Ausfuhr von Baumaschinen in arabische Länder keine Probleme gab, so entstanden sie dann, wenn Baustellen mangelhaft oder überhaupt nicht fertiggestellt wurden. Verträge und gesetzliche Bestimmungen traten vor dem Bestreben zurück, sich schadlos zu halten, was durch die Zurücknahme der mobilen Wirtschaftsgüter am einfachsten möglich war. Zahlungsbilanzprobleme sind für viele Länder zum Dauerthema geworden. Die Nutzung geleaster, mobiler Investitionsgüter muß deshalb künftig nicht unbedingt einhergehen mit der vereinbarten Mietzahlung, weil Devisen fehlen und der Staat möglicherweise Devisenausfuhrverbote erläßt.

Welche Maßnahmen müssen nun ergriffen werden, damit die Leasinggesellschaften zu objektiven Risikobeurteilung kommen. Leasinggesellschaften ohne qualifizierte Fungibilitätsprüfung sind fahrlässig. Sie kann lediglich dann unterbleiben, wenn man von der Bonität des Mieters über die Dauer der Mietzeit überzeugt ist. Das sind aber seltene Fälle. Die Fachwelt kennt Firmen, die vor Jahren noch jeder Bonitätsprüfung standhielten, deren Existenz heute aber gefährdet ist. Dabei handelt es sich auch um sehr große Firmen.

Die Fungibilitätsprüfung kann durch eigene Leute erfolgen, durch externe Experten oder auch durch eine Kombination von beiden. Für das Mobilienleasinggeschäft empfiehlt es sich kaum, die Fungibilitäts-Prüfung nur auf externe Experten zu beschränken. Zuviel unternehmenspolitische Einflüsse können die Objektivität der Wertermittlung beeinflussen. Vereidigte Sachverständige haben zudem häufig nur technischen Sachverstand und ermitteln Marktpreise über die technische Abnutzung.

Eine Branche, die vom Risiko lebt

Das Problem des Einsatzes eigener Leute liegt darin, daß deren Wissen und Erfahrung ständig ergänzt werden muß. Der Kontakt zu Maschinenhändlern und Brokern im In- und Ausland ist unerläßlich. Fachzeitschriften und Preislisten gehören zum täglichen Handwerkszeug. Über den Kontakt zu marktbestimmenden Lieferanten müssen Neuankündigungen früh erkannt werden. Eine Einschätzung des Gebrauchtmarktes durch die Lieferanten selbst ist problematisch. Hier liegt das Hauptinteresse im Verkauf neuer Aggregate. Als Auskunftei für neue Techniken sind solche Kontakte aber von Nutzen.

Objektbeurteilungen sollen schriftlich erfolgen. Über ein Formblatt ist auch später feststellbar, warum man zu der Beurteilung gekommen ist. Sie zwingen den Schätzer, grundsät[...] das Objekt zu zergliedern. Behör[...] auflagen, Inspektionsrhythmen[...] tos oder Prospekte, Substitute[...] Preisentwicklungen nach Kateg[...] sind Kriterien, die festgehalten [...] den, um die Fungibilität, die über [...] Gebrauchtpreise der nächsten [...] Jahre angegeben wird, festzustel[...]

Diese Formblätter werden [...] Objekten abgelegt. Bei Verwer[...] gen sind alte Schätzungen, die [...] Grundlage der neuen sind, zu ü[...] prüfen. Darüber bildet sich Er[...] rung. Bei größeren Beständen [...] nen die Angaben der Formblä[...] untergliedert nach Kategorien, E[...] mäßig erfaßt werden. Die Datens[...] werden dann für Schätzungen au[...] rufen. Die Grenze der Anlage [...] Pflege dieser Dateien liegt in i[...] Wirtschaftlichkeit.

Die Überprüfung der Bonität [...] mindestens ebenso wichtig, wie [...] Fungibilitätsprüfung. Es entspr[...] auch der Erfahrung, daß schle[...] Kunden in der Regel auch schle[...] Fungibilitäten anschaffen. Aus B[...] tätsgründen muß auf Exoten au[...] wichen werden. Auch ist bei Spe[...] aggregaten die Einschätzung der [...] nität wichtiger als die Fungibilitä[...]

Der Schutz vor Objektrisiken [...] auch durch eine gute Vertragsge[...] tung verbessern. Das ist aber ein [...] sondertes Thema und soll des[...] nur der Vollständigkeit halber [...] wähnt werden. Anzahlungen [...] kurze Laufzeiten oder auch die [...] gressive Miete sind als Schutz [...] Risiken denkbar.

Zur Minimierung der Risiken [...] hört aber auch eine gute Verwertu[...] Sie kann über Vertragshändler, ei[...] ne Organisationen oder auch über [...] Hersteller selbst erfolgen. Die ei[...] nen Mitarbeiter sollten die Fungib[...] tätsprüfungen vornehmen, auch [...] tiv die Verwertung betreiben. Da[...] wird gleichzeitig Erfahrung für [...] Neugeschäft gewonnen.

Richtig ist, daß ein Geschäft ni[...] um jeden Preis gemacht werden [...] Wer aber nur Risiken sieht, sich b[...] ge macht, wird vor lauter Sicherhei[...] bedürfnis kein Engagement m[...] eingehen. Aber davon lebt die Br[...] che.



USA: Neue Jobs durch Leasing

■ Fortsetzung von Seite III

Im Mutterland des Leasing – den USA – hat diese Form der Finanzierung bereits einen Anteil von 16 Prozent des Gesamt-Investitionsvolumens. Effektiv waren es im vergangenen Jahr 57,6 Milliarden Dollar. Damit spielt das Leasing in den USA eine bedeutende Rolle bei den Investitionen. Eine neuere US-Studie hat herausgefunden, daß Leasing als Finanzierungsform fünfmal so bedeutend ist wie die Finanzierung über die Ausgabe von Aktien oder von Hypotheken.

Aus dieser Studie von Brimmer and Associates, einer Washingtoner Wirtschaftsforschungsgesellschaft, geht ferner hervor, daß 1981 die Anschaffung von Leasing-Gütern über 1,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen oder aber doch erhalten hat. Im Detail: 300 000 Arbeitsplätze im Bereich des Transportes, über 180 000 Arbeitsplätze im Bereich der Produktionsmaschinen, 175 000 bei den Computerherstellern und mehr als 125 000 in der Produktion von Büromaschinen und Büroausstattung.

Stark belebt wurde in den USA das Leasing-Geschäft durch Steueranreize. Die Summe dieser Steuervorteile betrug im Fiskaljahr 1982 bei Leasinggeschäften 6,7 Milliarden Dollar, eine Summe, hinter der allerdings auch ein großes Investitionsvolumen steht.

„Fortune" hat 600 amerikanische Unternehmen befragt, um das „Wer", das „Was" und das „Warum" des Leasing zu analysieren. Die Umfrage zeigte, daß 64 Prozent der Befragten innerhalb der letzten zwei Jahre geleast haben. 74 Prozent aller Leaser haben Güter im Wert von mindestens einer Million Dollar geleast, rund ein Viertel derer, die leasten, wendeten mehr als zehn Millionen Dollar auf. Mehr als die Hälfte der Unternehmen, die Güter geleast haben, beabsichtigen, diese nach Ablauf der Leasing-Verträge in ihr Eigentum zu übernehmen, ihre Option also zu nutzen.

Und was wurde alles geleast? 80 Prozent der Kunden leasten Computer, 54 Prozent mieteten Kopierer und andere Büroausstattung, 45 Prozent leasten Transportmittel – mit Ausnahme von Autos –, 40 Prozent beschafften sich auf diesem Weg Produktionsmittel und 33 Prozent Kommunikationssysteme. Gefragt, was sie in Zukunft zu leasen gedenken, antworten die Leasing-Nehmer in etwa in den gleichen Prozentsätzen.

Die Mehrzahl der Unternehmen gab als Grund für das Leasen Angst vor technologischer Überalterung an. Für weniger als ein Drittel der Befragten standen steuerliche Überlegungen im Vordergrund.

Zur rechtlichen Situation des Leasing in den USA läßt sich folgendes sagen: Nach dem 31. Dezember 1983 wird die Möglichkeit des „safe harbor leasing" stark eingeschränkt, vorerst auch bis 1985 begrenzt. Mit diesem Instrument, dies als redaktionelle Erläuterung der WELT, ist in den USA Mißbrauch betrieben worden. 1981 führte Präsident Reagen diesen Steuervorteil ein. Er gab jenen Firmen, die hohe Gewinne hatten, die Möglichkeit, als Leasing-Geber aufzu[...] ten, die gewinnschwachen Fir[...] Leasing anboten und so über h[...] zusätzliche Abschreibungen h[...] Steuergewinne erzielten.

In Sevilla wurde darauf hinge[...] sen, daß zum Beispiel die US N[...] plane, Frachtschiffe für ihre Sch[...] truppen von privaten Investoren [...] leasen. Das wurde im Repräsen[...] tenhaus bekannt. Obwohl [...] Transaktion wahrscheinlich n[...] den gesetzlichen Segen erhält, so[...] künftig doch eine Reihe ähnlic[...] Vorgänge durch das neue Gesetz [...] terbunden werden.

Eine weitere gesetzliche Entwi[...] lung in den USA könnte Einfluß [...] das Leasing in den Vereinigten S[...] ten haben. Es ist vorgeschlagen w[...] den, nun auch „kranken" Untern[...] men die Inanspruchnahme von [...] fentlichen Investitionsdarlehen zu[...] möglichen. Bisher ist dies bei un[...] nügender Ertragslage nicht möglic[...]

Nun sollen diese schwachen Unt[...] nehmen Kredite erhalten können w[...] die starken Unternehmen, voraus[...] setzt allerdings, diese öffentlich[...] Mittel fließen in Anlageinvestition[...] Hier liegt die Chance der Leasing[...] sellschaften. Der Autor dieses Beit[...] ges, John H. Giddens, plädiert [...] offene, für alle sichtbare Subve[...] nen, die dann auch für andere Unt[...] nehmen kalkulierbar bleiben.

Giddens bekennt allerdings, d[...] sowohl die Politiker als auch die su[...] ventionierten Unternehmen von d[...] ser Politik der gläsernen Tasch[...] nicht sehr angetan sind, da sie lei[...] zu öffentlichen Kontroversen führt[...]

Ein sauberes Angebot

Sauberkeit und Qualität der Berufskleidung müssen oberstes Gebot sein, wenn ein Unternehmen sein gutes Image nach innen und außen nicht leichtfertig aufs Spiel setzen will. Grund genug, auch Waschen und Pflegen nicht mehr den Mitarbeitern zu überlassen, sondern einen qualifizierten Dienstleistungsbetrieb einzuschalten. Hier geht es um viel mehr als lediglich um Kosten.

Unternehmer, die möglicherweise ihre bisherige Fremdleistungsstrategie überprüfen wollen, sollten sich folgende Fragen stellen:

1. Ist die im eigenen Betrieb praktizierte Verfahrensweise hinsichtlich Wäschepflege und Instandhaltung sinnvoll, oder bieten sich möglicherweise wirtschaftlichere und effektivere Methoden an?
2. Ist es günstiger, dem Mitarbeiter Kauf und Pflege zu überlassen, selbst in einer hauseigenen Wäscherei zu reinigen, oder sollte man einen externen Dienstleister beauftragen?
3. Ist es für den eigenen Betrieb möglicherweise vorteilhafter, die Berufskleidung samt Pflege und Service komplett zu mieten oder sie zu kaufen und sich selbst um Reinigung und Pflege zu kümmern?

Dabei ist klar: Sowohl Kauf als auch Miete von Berufskleidung stellen für jedes Unternehmen Kosten dar, die man auf jeden Fall genau unter die Lupe nehmen sollte.

Kosten entstehen nämlich nicht allein durch den Kauf von Berufskleidung, wobei jeder Mitarbeiter normalerweise mindestens dreifach ausgestattet werden muß. Dazu wird laufend Ersatzbedarf wegen Verschleiß fällig. Neueinkleidungen müssen vorgenommen werden, wenn Mitarbeiter in das Unternehmen eintreten. Dazu kommen die Lagerkosten und auch die Kosten für Reinigungsmaschinen, der personelle Organisations- und Abwicklungsaufwand und nicht zuletzt die laufende Belastung von Einkauf und Buchhaltung.

Wo und wie nun tatsächlich Einsparungen möglich sind, zeigt sich am besten durch eine betriebsindividuelle Wirtschaftlichkeitsberechnung und durch Kostenvergleiche der verschiedenen Alternativen.

Nachdem man sich mit dem Dienstleister für den Komplettservice geeinigt hat, wählt man zunächst die geeignete Berufskleidung aus, läßt die Maße der Mitarbeiter nehmen. Anschließend plant das Leasing-Unternehmen den Organisationsablauf für den Berufskleidungstausch.

Die Erstausstattung mit Kleidung erfolgt dann zum vereinbarten Termin, wobei alle Kleidungsstücke mit dem Namen der Mitarbeiter gekennzeichnet sind und ein Firmenemblem tragen.

Die absolute Regelmäßigkeit, mit der dann verschmutzte Wäsche abgeholt und saubere gebracht wird, trägt erheblich zur Kontinuität des Arbeitsprozesses bei und entlastet die Terminkontrolle. Neue Mitarbeiter werden innerhalb eines solchen Mietservice-Vertrages sofort eingekleidet. Die Kleidung von ausgeschiedenen Mitarbeitern wird dem Kreislauf entzogen. Die monatlichen Abrechnungen passen sich damit auch automatisch dem tatsächlichen Bedarf an. Eine angenehme Einrichtung innerhalb des Mietvertrages besteht darin, daß verschlissene Teile automatisch durch neue ersetzt werden. (K.S.)